

Gesetzentwurf

der Bundesregierung

Entwurf eines Gesetzes

zu dem Zusatzabkommen vom 6. Oktober 1997

**zu dem Abkommen zwischen den Parteien des Nordatlantikvertrags
über die Rechtsstellung ihrer Truppen hinsichtlich**

**der im Königreich der Niederlande stationierten deutschen Truppen
einschließlich des ergänzenden Protokolls und**

zu dem Abkommen vom 6. Oktober 1997

zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland

und der Regierung des Königreichs der Niederlande

über die Rahmenbedingungen für das I. (Deutsch-Niederländische) Korps

und dem Korps zugeordnete Truppenteile, Einrichtungen und Dienststellen

**(Gesetz zu dem Vertragswerk über die deutsch-niederländische
militärische Zusammenarbeit)**

A. Zielsetzung

Das Zusatzabkommen zu dem Abkommen zwischen den Parteien des Nordatlantikvertrags über die Rechtsstellung ihrer Truppen hinsichtlich der im Königreich der Niederlande stationierten deutschen Truppen einschließlich des ergänzenden Protokolls soll der Bundeswehr in den Niederlanden die gleichen Rechte, wie sie die niederländischen Streitkräfte in Deutschland haben, gewähren. Dabei verzichten die Niederländer in dem ergänzenden Protokoll für ihre in Deutschland stationierten Streitkräfte auf bestimmte Vorrechte und Befreiungen, die ihnen durch das ZA/NTS eingeräumt werden. Dieser Verzicht wird zu einem Mehraufkommen bei der Umsatzsteuer führen. In dem Abkommen über die Rahmenbedingungen für das I. (Deutsch-Niederländische) Korps und dem Korps zugeordnete Truppenteile, Einrichtungen und Dienststellen sollen grundsätzliche Angelegenheiten der vertieften Integration in diesem binationalen Verband geregelt werden.

Fristablauf: 06. 03. 98

B. Lösung

Durch das Vertragsgesetz werden die Voraussetzungen für die Ratifikation der genannten Abkommen geschaffen.

C. Alternativen

Keine

D. Kosten der öffentlichen Haushalte**1. Haushaltsausgaben ohne Vollzugsaufwand**

Haushaltsausgaben ohne Vollzugsaufwand sind durch das Gesetz nicht zu erwarten.

2. Vollzugsaufwand

Die Anwendung des Gesetzes wird zur Arbeitserleichterung bei der Planung und Durchführung von Kooperationsvorhaben beitragen und keine zusätzlichen Kosten verursachen.

Länder und Gemeinden werden durch das Gesetz nicht mit zusätzlichen Kosten belastet.

Auswirkungen auf die Einzelpreise und auf das Preisniveau sind nicht zu erwarten.

3. Das Mehraufkommen bei der Umsatzsteuer ist mangels statistischer Daten nicht quantifizierbar.

E. Sonstige Kosten

Kosten für die Wirtschaft oder für soziale Sicherungssysteme entstehen nicht.

Gesetzentwurf

der Bundesregierung

**Entwurf eines Gesetzes
zu dem Zusatzabkommen vom 6. Oktober 1997
zu dem Abkommen zwischen den Parteien des Nordatlantikvertrags
über die Rechtsstellung ihrer Truppen hinsichtlich
der im Königreich der Niederlande stationierten deutschen Truppen
einschließlich des ergänzenden Protokolls und
zu dem Abkommen vom 6. Oktober 1997
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung des Königreichs der Niederlande
über die Rahmenbedingungen für das I. (Deutsch-Niederländische) Korps
und dem Korps zugeordnete Truppenteile, Einrichtungen und Dienststellen
(Gesetz zu dem Vertragswerk über die deutsch-niederländische
militärische Zusammenarbeit)**

Bundesrepublik Deutschland

Der Bundeskanzler

031 (221) – 379 35 – Str 7/98

Bonn, den 23. Januar 1998

An den
Präsidenten des Bundesrates

Hiermit übersende ich gemäß Artikel 76 Abs. 2 des Grundgesetzes den von der Bundesregierung beschlossenen

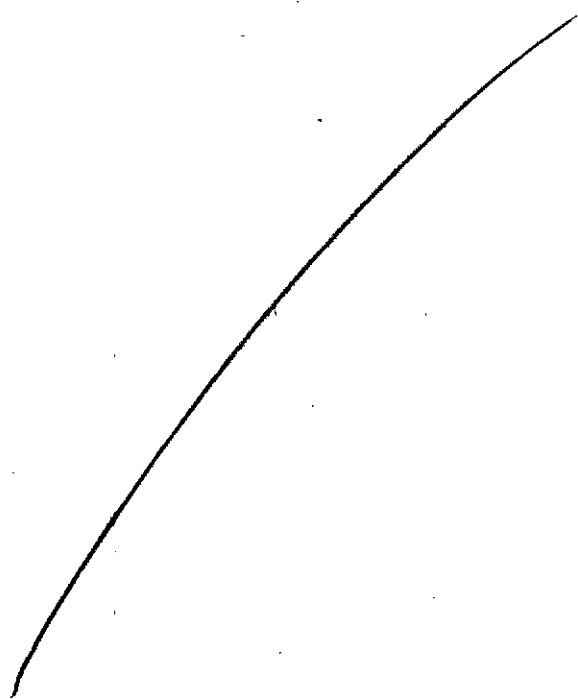
Entwurf eines Gesetzes zu dem Zusatzabkommen vom 6. Oktober 1997 zu dem Abkommen zwischen den Parteien des Nordatlantikvertrags über die Rechtsstellung ihrer Truppen hinsichtlich der im Königreich der Niederlande stationierten deutschen Truppen einschließlich des ergänzenden Protokolls und zu dem Abkommen vom 6. Oktober 1997 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung des Königreichs der Niederlande über die Rahmenbedingungen für das I. (Deutsch-Niederländische) Korps und dem Korps zugeordnete Truppenteile, Einrichtungen und Dienststellen (Gesetz zu dem Vertragswerk über die deutsch-niederländische militärische Zusammenarbeit)

mit Begründung und Vorblatt.

Der Gesetzentwurf ist vom Bundesministerium der Verteidigung und vom Auswärtigen Amt gemeinsam erstellt worden.

Dr. Helmut Kohl

Fristablauf: 06. 03. 98



-4-

Entwurf**Gesetz**

**zu dem Zusatzabkommen vom 6. Oktober 1997
zu dem Abkommen zwischen den Parteien des Nordatlantikvertrags
über die Rechtsstellung ihrer Truppen hinsichtlich
der im Königreich der Niederlande stationierten deutschen Truppen
einschließlich des ergänzenden Protokolls und
zu dem Abkommen vom 6. Oktober 1997
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung des Königreichs der Niederlande
über die Rahmenbedingungen für das I. (Deutsch-Niederländische) Korps
und dem Korps zugeordnete Truppenteile, Einrichtungen und Dienststellen
(Gesetz zu dem Vertragswerk über die deutsch-niederländische
militärische Zusammenarbeit)**

Vom

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Folgenden in Bergen am 6. Oktober 1997 unterzeichneten Übereinkünften wird zugestimmt:

- a) dem Zusatzabkommen zu dem Abkommen zwischen den Parteien des Nordatlantikvertrags über die Rechtsstellung ihrer Truppen hinsichtlich der im Königreich der Niederlande stationierten deutschen Truppen einschließlich des ergänzenden Protokolls (Zusatzabkommen NL) und
- b) dem Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung des Königreichs der Niederlande über die Rahmenbedingungen für das I. (Deutsch-Niederländische) Korps und dem Korps zugeordnete Truppenteile, Einrichtungen und Dienststellen.

Die vorgenannten Abkommen werden nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

**Änderung des Gesetzes
über die Anwendung unmittelbaren Zwanges
und die Ausübung besonderer Befugnisse
durch Soldaten der Bundeswehr
und zivile Wachpersonen**

Das Gesetz über die Anwendung unmittelbaren Zwanges und die Ausübung besonderer Befugnisse durch Soldaten der Bundeswehr und zivile Wachpersonen

vom 12. August 1965 (BGBl. I S. 796), geändert durch Artikel 159 des Einführungsgesetzes zum Strafgesetzbuch vom 2. März 1974 (BGBl. I S. 469), wird wie folgt geändert:

1. Die Gesetzesüberschrift wird wie folgt gefaßt:
„Gesetz über die Anwendung unmittelbaren Zwanges und die Ausübung besonderer Befugnisse durch Soldaten der Bundeswehr und verbündeter Streitkräfte sowie zivile Wachpersonen“.
2. § 1 wird wie folgt geändert:
 - a) Nach Absatz 1 wird folgender neuer Absatz 2 eingefügt:
„(2) Soldaten verbündeter Streitkräfte, die im Einzelfall mit der Wahrnehmung militärischer Wach- oder Sicherheitsaufgaben betraut werden können, unterstehen vom Bundesminister der Verteidigung bestimmten und diesem für die Wahrnehmung des Wach- oder Sicherheitsdienstes verantwortlichen Vorgesetzten; sie können dann die Befugnisse nach diesem Gesetz ausüben.“
 - b) Der bisherige Absatz 2 wird Absatz 3; in seinem Satz 1 werden die Wörter „der Bundesminister“ durch die Wörter „das Bundesministerium“ ersetzt.
3. In § 2 Abs. 2 Satz 1 werden die Wörter „der Bundesminister“ durch die Wörter „das Bundesministerium“ ersetzt.
4. In § 8 Abs. 1 werden die Wörter „der Bundesminister“ durch die Wörter „das Bundesministerium“ ersetzt.

5. In § 20 Abs. 2 Satz 1 werden die Wörter „in der Fassung vom 27. September 1961 (Bundesgesetzbl. I S. 1769)“ durch die Wörter „in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 54-1, veröffentlichten bereinigten Fassung, zuletzt geändert durch Artikel 12 Abs. 33 des Postneuordnungsgesetzes vom 14. September 1994 (BGBl. I S. 2325),“ ersetzt.

Artikel 3

Inkrafttreten

- (1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

(2) Der Tag, an dem

- a) das Zusatzabkommen zu dem Abkommen zwischen den Parteen des Nordatlantikvertrags über die Rechtsstellung Ihrer Truppen hinsichtlich der im Königreich der Niederlande stationierten deutschen Truppen einschließlich des ergänzenden Protokolls nach seinem Artikel 54 und
- b) das Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung des Königreichs der Niederlande über die Rahmenbedingungen für das I. (Deutsch-Niederländische) Korps und dem Korps zugeordnete Truppenteile, Einrichtungen und Dienststellen nach seinem Artikel 15 Abs. 1

In Kraft treten, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Begründung zum Vertragsgesetz

Zu Artikel 1

Auf die Abkommen findet Artikel 59 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes Anwendung, da sie sich auf Gegenstände der Bundesgesetzgebung beziehen.

Die Zustimmung des Bundesrates ist nach Artikel 105 Abs. 3 in Verbindung mit Artikel 106 Abs. 3 des Grundgesetzes erforderlich, da das Zusatzabkommen zu dem Abkommen vom 19. Juni 1951 zwischen den Parteien des Nordatlantikvertrags über die Rechtsstellung ihrer Truppen hinsichtlich der im Königreich der Niederlande stationierten deutschen Truppen in Verbindung mit dem Protokoll zum Zusatzabkommen vom 6. Oktober 1997 Regelungen über Steuern enthält, deren Aufkommen den Ländern oder den Gemeinden (Gemeindeverbänden) ganz oder zum Teil zufließt.

Zu Artikel 2

Die Änderung des Gesetzes über die Anwendung unmittelbaren Zwanges und die Ausübung besonderer Befugnisse durch Soldaten der Bundeswehr und zivile Wachpersonen (UZwGBw) soll einen gemeinsamen Wach- oder Sicherheitsdienst deutscher Soldaten und Soldaten verbündeter Streitkräfte in gemischt-national genutzten Liegenschaften oder Einrichtungen in Deutschland ermöglichen.

Um ihre Sicherheit und Einsatzbereitschaft zu gewährleisten, muß die Truppe jederzeit in der Lage sein, selbst ihre ständig oder nur zeitweise genutzten Einrichtungen (insbesondere Kasernen oder Gefechtsstände im Manöver) sowie Transporte (von Waffen, Munition, militärischem Gerät etc.) zu bewachen. Dies gilt sowohl für deutsche als auch für gemischt-nationale Verbände (wie z.B. das I. [Deutsch-Niederländische] Korps), an denen sich die Bundeswehr verstärkt beteiligt. Die im UZwGBw enthaltenen Eingriffsbefugnisse können bisher aber nicht auf die Soldaten verbündeter Streitkräfte übertragen werden, wie sich aus der Regelung seines § 1 ergibt. Die Erfüllung von Wach- oder Sicherheitsaufgaben nur durch die Soldaten des deutschen Anteils eines gemischt-nationalen Verbandes liefe jedoch der Forderung nach einem umfassenden Zusammenwirken aller beteiligten Streitkräfte zuwider. Die Gesetzesänderung ermöglicht es, in Deutschland auch den ausländischen Soldaten dieser Verbände die erforderlichen Zwangsbefugnisse im Wach- oder Sicherheitsdienst zu übertragen und sie so zusammen mit den Bundeswehrsoldaten an diesen Aufgaben zu beteiligen.

Zu Nummer 1 (Gesetzesüberschrift): Die Gesetzesüberschrift muß geändert werden, weil die Befugnisse nach dem Gesetz nunmehr auch auf Soldaten verbündeter Streitkräfte übertragen werden können.

Zu Nummer 2 (§ 1), Nummer 3 (§ 2) und Nummer 4 (§ 8):

Die materiell-polizeilichen Eingriffsbefugnisse können im Einzelfall Soldaten verbündeter Streitkräfte übertragen werden. Hierzu wird in § 1 der berechnete Personenkreis erweitert. Die ausländischen Soldaten unterstehen – beschränkt auf die Wahrnehmung von Wach- oder Sicherheitsaufgaben – ausschließlich deutschen Vorgesetzten. Hierzu werden sie für den Wach- oder Sicherheitsdienst und nur zu diesem Zweck zeitlich und funktional aus ihren bisherigen nationalen Unterstellungsverhältnissen (mit Ausnahme der truppendienstlichen Unterstellung, die national verbleiben kann) herausgelöst. Gleichzeitig werden sie für den Wach- oder Sicherheitsauftrag allein deutschen militärischen Vorgesetzten unterstellt. Diese bestimmt der Bundesminister der Verteidigung aufgrund seiner Befehls- und Kommandogewalt (Artikel 65a des Grundgesetzes). Der ausländische Wach- oder Sicherheits soldat unterliegt ausschließlich deutscher Weisungsbefugnis. Er wird nicht als Organ seiner (z.B. niederländischen) Streitkräfte, sondern allein nach Weisung seines deutschen Vorgesetzten tätig. Folglich ist das Handeln des im Wach- oder Sicherheitsdienst eingesetzten Soldaten verbündeter Streitkräfte als Ausübung deutscher Hoheitsgewalt zu qualifizieren. Eine Hoheitsrechtsübertragung im Sinne des Artikels 24 Abs. 1 des Grundgesetzes findet daher nicht statt.

Die redaktionellen Änderungen in Nummer 2 Buchstabe b sowie in den Nummern 3 und 4 berücksichtigen die 1993 eingeführte sächliche Bezeichnung der Bundesressorts.

Zu Nummer 5 (§ 20): Die redaktionelle Änderung berücksichtigt die insgesamt acht Änderungen des Bundesleistungsgesetzes seit seiner Neufassung von 1961.

Zu Artikel 3

Die Bestimmung des Absatzes 1 entspricht dem Erfordernis des Artikels 82 Abs. 2 des Grundgesetzes. Nach Absatz 2 ist der Zeitpunkt, in dem die Abkommen nach ihren jeweiligen Inkrafttretensbestimmungen in Kraft treten, im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Schlußbemerkungen

Bund, Länder und Gemeinden werden durch die Ausführung des Gesetzes nicht mit zusätzlichen Kosten belastet. Haushaltsausgaben ohne Vollzugsaufwand sind durch das Gesetz nicht zu erwarten. Die Anwendung des Gesetzes wird zur Arbeitserleichterung bei der Planung und Durchführung von Kooperationsvorhaben beitragen. Auch Auswirkungen auf die Einzelpreise und auf das Preisniveau sind nicht zu erwarten. Kosten für die Wirtschaft oder für soziale Sicherungssysteme entstehen nicht.

**Zusatzabkommen
zu dem Abkommen vom 19. Juni 1951
zwischen den Parteien des Nordatlantikvertrags
über die Rechtsstellung ihrer Truppen
hinsichtlich der im Königreich der Niederlande stationierten deutschen Truppen**

**Aanvullende Overeenkomst
bij het Verdrag van 19 Juni 1951
tussen de Staten die Partij zijn bij het Noord-Atlantisch Verdrag
nopens de rechtspositie van hun krijgsmachten met betrekking
tot de in het Koninkrijk der Nederlanden gestationeerde Duitse strijdkrachten**

Die Bundesrepublik Deutschland
und
das Königreich der Niederlande –

auf der Grundlage des Nordatlantikvertrags vom 4. April 1949,

eingedenk ihres Abkommens vom 6. Oktober 1997 über die Stationierung von Truppen der Bundesrepublik Deutschland im Königreich der Niederlande,

gemäß dem Abkommen vom 19. Juni 1951 zwischen den Parteien des Nordatlantikvertrags über die Rechtsstellung ihrer Truppen,

In Übereinstimmung mit dem deutsch-niederländischen Notenwechsel vom 18. März 1993,

In dem Wunsch, für den Aufenthalt der Bundeswehr, ihrer Mitglieder und deren Angehörige im Königreich der Niederlande ergänzende Regelungen zu treffen, die denjenigen vergleichbar sind, die für niederländisches Militärpersonal, die Mitglieder des zivilen Gefolges der niederländischen Truppen und deren Angehörige in der Bundesrepublik Deutschland gelten –

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

Zweck des Abkommens

Das Abkommen vom 19. Juni 1951 zwischen den Parteien des Nordatlantikvertrags über die Rechtsstellung ihrer Truppen (im folgenden als NATO-Truppenstatut bezeichnet) wird bezüglich der Rechte und Pflichten der Truppen der Bundesrepublik Deutschland im Hoheitsgebiet des Königreichs der Niederlande durch die Bestimmungen dieses Zusatzabkommens ergänzt.

Artikel 2

Begriffsbestimmungen

(1) Bundeswehr: die „Truppe“ und das „zivile Gefolge“ der Bundesrepublik Deutschland im Sinne des Artikels 1 Absatz 1 Buchstabe a beziehungsweise b des NATO-Truppenstatuts.

(2) Angehöriger: der Ehegatte eines Mitglieds der Truppe oder des zivilen Gefolges sowie ein dem Mitglied gegenüber unterhaltsberechtigtes Kind.

De Bondsrepubliek Duitsland
en
het Koninkrijk der Nederlanden,

Gelet op het Noord-Atlantisch Verdrag van 4 april 1949,

Indachtig hun Verdrag inzake de stationering van strijdkrachten van de Bondsrepubliek Duitsland in het Koninkrijk der Nederlanden van 6 oktober 1997,

Ingevolge het Verdrag tussen de Staten die partij zijn bij het Noord-Atlantisch Verdrag nopens de rechtspositie van hun krijgsmachten van 19 juni 1951,

In overeenstemming met de Duits-Nederlandse notawisseling van 18 maart 1993,

Geleid door de wens voor het verblijf van de Bundeswehr, haar leden en hun gezinsleden in het Koninkrijk der Nederlanden aanvullende regelingen te treffen die vergelijkbaar zijn met die welke voor het Nederlandse militaire personeel, de leden van de civiele dienst van de Nederlandse strijdkrachten en hun gezinsleden in de Bondsrepubliek Duitsland gelden,

zijn het volgende overeengekomen:

Artikel 1

Doel van de Overeenkomst

Het Verdrag tussen de Staten die partij zijn bij het Noord-Atlantisch Verdrag nopens de rechtspositie van hun krijgsmachten van 19 juni 1951 (hierna te noemen „Navo-Status Verdrag“) wordt wat betreft de rechten en verplichtingen van de strijdkrachten van de Bondsrepubliek Duitsland op het grondgebied van het Koninkrijk der Nederlanden aangevuld met de bepalingen van deze Aanvullende Overeenkomst.

Artikel 2

Begripsbepalingen

1. Bundeswehr: de „krijgsmacht“ en de „civiele dienst“ van de Bondsrepubliek Duitsland als bedoeld in artikel 1, eerste lid, onder a respectievelijk b, van het NAVO-Status Verdrag.

2. Gezinslid: de echtgeno(o)t(e) van een lid van de krijgsmacht of van de civiele dienst, alsmede een kind van een zodanig lid, dat van hem of haar afhankelijk is voor zijn onderhoud.

Stirbt ein Mitglied der Bundeswehr oder verläßt es infolge einer Versetzung das Hoheitsgebiet des Königreichs der Niederlande, so gelten seine Angehörigen, sofern sie sich im Hoheitsgebiet des Königreichs der Niederlande aufhalten, während einer Frist von 90 Tagen nach dem Tod oder der Versetzung weiterhin als Angehörige im Sinne des Artikels I Absatz 1 Buchstabe c des NATO-Truppenstatuts.

(3) Wetboek van Strafrecht: Gesetz vom 3. März 1881, veröffentlicht im Staatsblatt Nr. 35, in der am Tag des Inkrafttretens dieses Abkommens geltenden Fassung.

(4) Wetboek van Strafvordering: Gesetz vom 15. Januar 1921, veröffentlicht im Staatsblatt Nr. 14, in der am Tag des Inkrafttretens dieses Abkommens geltenden Fassung.

(5) Vreemdelingenwet: Gesetz vom 13. Januar 1965, veröffentlicht im Staatsblatt Nr. 40, in der am Tag des Inkrafttretens dieses Abkommens geltenden Fassung.

Artikel 3

Zusammenarbeit

(1) In Übereinstimmung mit den im Rahmen des Nordatlantikvertrags bestehenden Verpflichtungen der Parteien zu gegenseitiger Unterstützung arbeiten die niederländischen Behörden und die Behörden der Bundeswehr eng zusammen, um die Durchführung des NATO-Truppenstatuts und dieses Abkommens sicherzustellen.

(2) Die in Absatz 1 vorgesehene Zusammenarbeit erstreckt sich insbesondere

- a) auf die Förderung und Wahrung der Sicherheit sowie den Schutz des Vermögens des Königreichs der Niederlande, der Bundesrepublik Deutschland und der Bundeswehr, namentlich auf die Sammlung, den Austausch und den Schutz aller Nachrichten, entsprechend den zwischen den Vertragsstaaten bestehenden Vereinbarungen, die für diese Zwecke von Bedeutung sind;
- b) auf die Förderung und Wahrung der Sicherheit sowie auf den Schutz des Vermögens von Niederländern, Mitgliedern der Bundeswehr und Angehörigen sowie von deutschen Staatsangehörigen, die nicht zu diesem Personenkreis gehören.

(3)

- a) Im Rahmen der in den Absätzen 1 und 2 vorgesehenen Zusammenarbeit gewährleisten die niederländischen Behörden und die Behörden der Bundeswehr durch geeignete Maßnahmen eine enge gegenseitige Verbindung. Personenbezogene Daten werden ausschließlich zu den im NATO-Truppenstatut und in diesem Abkommen vorgesehenen Zwecken übermittelt. Einschränkungen der Verwendungsmöglichkeiten, die auf den Rechtsvorschriften des übermittelnden Vertragsstaats beruhen, werden beachtet.

- b) Dieser Absatz verpflichtet die Vertragsstaaten nicht zur Durchführung von Maßnahmen, die gegen ihre Gesetze verstoßen würden oder denen ihre überwiegenden Interessen am Schutz der Sicherheit des Staates oder der öffentlichen Sicherheit entgegenstehen.

(4) Die niederländischen Behörden und die deutschen Behörden treffen alle zur Durchführung des NATO-Truppenstatuts und dieses Abkommens erforderlichen Verwaltungsmaßnahmen und schließen zu diesem Zweck, soweit erforderlich, Verwaltungsabkommen oder andere Vereinbarungen.

(5)

- a) Bei der Durchführung der auf dem Gebiet der Versorgung bestehenden Bestimmungen des NATO-Truppenstatuts und dieses Abkommens gewähren die niederländischen Behörden der Bundeswehr die für eine befriedigende Erfüllung ihrer Verteidigungspflichten erforderliche Behandlung.

Indien een lid van de Bundeswehr overlijdt of het grondgebied van het Koninkrijk der Nederlanden als gevolg van overplaatsing verlaat, worden de gezinsleden van een zodanig lid nog gedurende 90 dagen na dat overlijden of die overplaatsing geacht te zijn, en behandeld als, gezinsleden in de zin van artikel I, eerste lid, onder c, van het NAVO-Status Verdrag, indien zij zich op het grondgebied van het Koninkrijk der Nederlanden bevinden.

3. Wetboek van Strafrecht: Wet van 3 maart 1881, gepubliceerd in Staatsblad nr. 35, in de op de dag van inwerkingtreding van deze Overeenkomst geldende versie.

4. Wetboek van Strafvordering: Wet van 15 januari 1921, gepubliceerd in Staatsblad nr. 14, in de op de dag van inwerkingtreding van deze Overeenkomst geldende versie.

5. Vreemdelingenwet: Wet van 13 januari 1965, gepubliceerd in Staatsblad nr. 40, in de op de dag van inwerkingtreding van deze Overeenkomst geldende versie.

Artikel 3

Samenwerking

1. In overeenstemming met de krachtens het Noord-Atlantisch Verdrag op de partijen bij het Verdrag rustende verplichtingen om elkaar hulp te verlenen, werken de Nederlandse autoriteiten en de autoriteiten van de Bundeswehr nauw samen ter verzekering van de uitvoering van het NAVO-Status Verdrag en van deze Overeenkomst.

2. De samenwerking als bedoeld in het eerste lid van dit artikel strekt zich in het bijzonder uit

- a. tot de bevordering en waarborging van de veiligheid van het Koninkrijk der Nederlanden, van de Bondsrepubliek Duitsland en van de Bundeswehr, alsmede tot de bescherming van hun eigendommen, en met name tot het verzamelen, uitwisselen en beveiligen van alle informatie, overeenkomstig de tussen de Overeenkomstsluitende Staten bestaande overeenkomsten, die voor deze doeleinden van belang zijn;
- b. tot de bevordering en waarborging van de veiligheid van Nederlanders, van leden van de Bundeswehr en hun gezinsleden en van niet tot deze categorieën behorende Duitse onderdanen, alsmede tot de bescherming van hun eigendommen.

3.

- a. In het kader van de in het eerste en tweede lid van dit artikel bedoelde samenwerking verzekeren de Nederlandse autoriteiten en de autoriteiten van de Bundeswehr door het nemen van passende maatregelen een nauw en wederkerig contact. Persoonlijke gegevens worden uitsluitend doorgegeven voor de in het NAVO-Status Verdrag en deze Overeenkomst gestelde doeleinden. Beperkingen van de toepassingsmogelijkheden op grond van de wetgeving van de Overeenkomstsluitende Staat die de gegevens verstrekt, worden in acht genomen.

- b. Dit lid verplicht een Overeenkomstsluitende Staat er niet toe maatregelen te nemen die in strijd zijn met zijn wetgeving of die indruisen tegen zijn zwaarwegende belangen met betrekking tot de bescherming van de staatsveiligheid of de openbare veiligheid.

4. De Nederlandse autoriteiten en de Duitse autoriteiten nemen alle administratieve maatregelen die nodig zijn voor de uitvoering van het NAVO-Status Verdrag en van deze Overeenkomst en sluiten te dien einde, indien nodig, administratieve of andere overeenkomsten.

5.

- a. Bij de uitvoering van de bepalingen op het gebied van de verzorging, neergelegd in het NAVO-Status Verdrag en in deze Overeenkomst, kennen de Nederlandse autoriteiten de Bundeswehr een zodanige behandeling toe als nodig is voor een bevredigende vervulling van hun taak ten aanzien van de verdediging.

- (b) Bei der Geltendmachung der Rechte, die ihnen nach den unter Buchstabe a erwähnten Bestimmungen zustehen, tragen die Behörden der Bundeswehr im Sinne eines angemessenen Ausgleichs zwischen ihren Bedürfnissen und denjenigen des Königreichs der Niederlande den niederländischen öffentlichen und privaten Interessen gebührend Rechnung.

Artikel 4

Ausweispflicht

(1) Für die Ausweispflicht im Hoheitsgebiet des Königreichs der Niederlande gilt folgendes:

- a) Mitglieder der Bundeswehr benötigen keine Marschbefehle.
- b) Mitglieder der Bundeswehr, die sich in Uniform in einer Einheit unter militärischer Führung bewegen, brauchen sich nicht auszuweisen. Auf Verlangen der niederländischen Behörden legt der Führer einer Einheit seinen Personalausweis vor, falls in Ausnahmefällen die sofortige Identifizierung der Einheit notwendig ist.
- c) Mitglieder der Bundeswehr und Angehörige weisen sich durch einen Dienst-/Truppen- oder Personalausweis aus, der den Namen, das Geburtsdatum und ein Lichtbild des Inhabers, eine Nummer und die Bezeichnung der ausstellenden Behörde sowie Angaben über die Eigenschaft, in der sich der Inhaber im Hoheitsgebiet des Königreichs der Niederlande aufhält, enthalten muß.
- d) Wenn in Ausnahmefällen ein Mitglied der Bundeswehr oder ein Angehöriger nicht im Besitz der unter Buchstabe c vorgesehenen Ausweise ist, erkennen die niederländischen Behörden eine von den Behörden der Bundeswehr ausgestellte vorläufige Bescheinigung an, daß die betreffende Person Mitglied der Bundeswehr oder Angehöriger ist. Die Behörden der Bundeswehr ersetzen diese Bescheinigung so bald wie möglich durch die in Absatz c vorgesehenen Ausweise und teilen dies den niederländischen Behörden mit.

(2) Für den Grenzübertritt gilt folgendes:

- a) Einzel- oder Sammelmarschbefehle enthalten in der Regel die in Artikel III Absatz 2 Buchstabe b des NATO-Truppenstatuts vorgesehenen Angaben in englischer Sprache. Die niederländischen Behörden erkennen indessen einen Marschbefehl auch dann als gültig an, wenn diese Angaben ausnahmsweise nicht in englischer Sprache gemacht sind. Marschbefehle werden entweder für eine einmalige Ein- oder Ausreise ausgestellt oder haben für eine begrenzte Zeit Gültigkeit. Die Behörden der Bundeswehr können die Gültigkeitsdauer eines Marschbefehls verlängern.
- b) Eine Einheit, die auf Grund eines Sammelmarschbefehls unter militärischer Führung die Grenze überschreitet, wird durch ihren Führer ausgewiesen, der seinen Personalausweis und den Sammelmarschbefehl vorlegt. Halten die niederländischen Behörden in Ausnahmefällen die Nachprüfung der Identität bestimmter Mitglieder einer Einheit aus besonderen Gründen, welche die niederländischen Grenzkontrollbeamten dem Führer der Einheit mitteilen, für notwendig, so legt dieser ihnen die Personalausweise dieser Mitglieder vor. Diese Nachprüfung darf für die Einheit keine wesentliche Verzögerung zur Folge haben.
- c) Die Ausweiskontrolle bei Ein- und Ausreisen über Militärflugplätze findet grundsätzlich in der gleichen Weise statt wie die Grenzkontrolle beim Grenzübertritt auf dem Landwege.

Artikel 5

Meldewesen

(1) Mitglieder der Bundeswehr und Angehörige sind von den niederländischen Vorschriften auf dem Gebiet des Meldewesens

- b. Bij het doen gelden van de rechten die hun krachtens de onder a bedoelde regelingen zijn toegekend, houden de autoriteiten van de Bundeswehr, teneinde te geraken tot een redelijke afweging van hun behoeften en die van het Koninkrijk der Nederlanden, met de Nederlandse openbare en particuliere belangen naar behoren rekening.

Artikel 4

Legitimatieplicht

1. Met betrekking tot de legitimatieplicht op het grondgebied van het Koninkrijk der Nederlanden gelden de volgende bepalingen:

- a. Leden van de Bundeswehr behoeven geen reiswijzer te hebben.
- b. In uniform geklede leden van de Bundeswehr die zich in het verband van een onderdeel onder militair commando verplaatsen, behoeven hun identiteit niet aan te tonen. Indien het bij uitzondering noodzakelijk is onmiddellijk de identiteit van een eenheid vast te stellen, toont de commandant van de eenheid op verzoek van de Nederlandse autoriteiten zijn persoonlijk identiteitsbewijs.
- c. Leden van de Bundeswehr en gezinsleden tonen hun identiteit aan door middel van een „Dienstausweis/Truppenausweis/Personalausweis“ waarop moeten voorkomen de naam, de geboortedatum en een foto van de houder, een volgnummer en de aanduiding van de autoriteit die het bewijs heeft afgegeven en de hoedanigheid waarin de houder op het grondgebied van het Koninkrijk der Nederlanden verblijft.
- d. Indien bij uitzondering een lid van de Bundeswehr of een gezinslid niet in het bezit is van de documenten bedoeld onder c, nemen de Nederlandse autoriteiten genoegen met een tijdelijke schriftelijke verklaring van de autoriteiten van de Bundeswehr, volgens welke de betrokkene persoon een lid van de Bundeswehr of een gezinslid is. De autoriteiten van de Bundeswehr vervangen een zodanige verklaring zo spoedig mogelijk door de documenten, bedoeld onder c en stellen de Nederlandse autoriteiten daarvan op de hoogte.

2. Met betrekking tot grensoverschrijdingen gelden de volgende bepalingen:

- a. Individuele of collectieve reiswijzers behelzen als regel in het Engels de gegevens bedoeld in artikel III, tweede lid, onder b, van het NAVO-Status Verdrag. Reiswijzers waarin bij uitzondering deze gegevens niet in het Engels vermeld staan, worden niettemin door de Nederlandse autoriteiten als geldig erkend. Reiswijzers worden afgegeven voor één in- of uitreis of zijn geldig gedurende een beperkte periode. De autoriteiten van de Bundeswehr kunnen de geldigheidsduur van een reiswijzer verlengen.
- b. De identiteit van een onderdeel dat op een collectieve reiswijzer onder militair commando de grens overschrijdt, wordt aangetoond door zijn commandant die zijn persoonlijk identiteitsbewijs en de collectieve reiswijzer overlegt. Indien de Nederlandse autoriteiten het bij uitzondering, in verband met bijzondere redenen die door het Nederlandse grenscontrole-personeel aan de commandant van de eenheid worden medegedeeld, nodig achten de identiteit van bepaalde leden van een eenheid vast te stellen, legt de commandant van de eenheid de persoonlijke identiteitsbewijzen van die leden over. Dit onderzoek mag voor de eenheid geen aanmerkelijke vertraging ten gevolge hebben.
- c. De controle van identiteitsbewijzen bij binnenkomst of vertrek via militaire vliegvelden geschiedt op dezelfde wijze als de grenscontrole bij grensoverschrijding over land.

Artikel 5

Aanmelding

1. Leden van de Bundeswehr en gezinsleden zijn niet onderworpen van de Nederlandse voorschriften op het gebied van de

und von den Vorschriften des niederländischen „Vreemdelingenwet“ befreit.

(2) Die Behörden der Bundeswehr registrieren laufend alle ihre Mitglieder und alle Angehörigen. Die Behörden der Bundeswehr erteilen in Einzelfällen den niederländischen Behörden die Auskünfte, die insbesondere auf Grund der in Absatz 1 erwähnten Vorschriften benötigt werden, wenn die niederländischen Behörden unter Darlegung der Gründe darum ersuchen.

(3) Die niederländischen Behörden werden auf ihr Verlangen von den Behörden der Bundeswehr über die Zahl der Mitglieder und der Angehörigen unterrichtet.

Artikel 6

Ausweisung

(1) Beabsichtigt eine zuständige niederländische Behörde, eine der in Artikel III Absatz 5 Satz 1 des NATO-Truppenstatuts aufgeführten und dem Königreich der Niederlande vorbehaltenen Maßnahmen zu treffen, so unterrichtet sie die zuständige deutsche Behörde von dieser Absicht unter Darlegung der Begründung der in Aussicht genommenen Maßnahme und gibt ihr Gelegenheit, innerhalb einer angemessenen Frist Stellung zu nehmen oder selbst die ihr geeignet erscheinenden Maßnahmen zu treffen. Die niederländischen Behörden ziehen eine Stellungnahme der Bundesrepublik Deutschland und die von ihren Behörden etwa ergriffenen Maßnahmen wohlwollend in Betracht.

(2) Die Unterrichtung über eine nach Artikel III Absatz 5 des NATO-Truppenstatuts beabsichtigte Maßnahme erfolgt durch die zuständige niederländische Behörde.

(3) Anträge auf Entfemung werden nur gestellt und Ausweisungsbefehle nur erlassen, wenn die zuständige niederländische Behörde der Ansicht ist, daß auf Grund der weiteren Anwesenheit der in Frage stehenden Person im Hoheitsgebiet des Königreichs der Niederlande die öffentliche Sicherheit oder Ordnung zu dem Zeitpunkt tatsächlich gefährdet ist, an dem der Antrag gestellt oder der Befehl erlassen wird.

Artikel 7

Führerscheine

(1) Führerscheine oder andere Erlaubnisscheine, die Mitgliedern der Bundeswehr von einer deutschen Behörde zum Führen dienstlicher Land-, Wasser- oder Luftfahrzeuge erteilt worden sind, berechtigen zum Führen solcher Land-, Wasser- oder Luftfahrzeuge im Hoheitsgebiet des Königreichs der Niederlande. Führerscheine für dienstliche Fahrzeuge berechtigen, soweit dies nach dem deutschen Recht zulässig ist, auch zum Führen entsprechender privater Landfahrzeuge.

(2) In der Bundesrepublik Deutschland erteilte zivile Führerscheine, die zum Führen privater Kraftfahrzeuge in diesem Staat ermächtigen, berechtigen Mitglieder der Bundeswehr und Angehörige zum Führen solcher Fahrzeuge im Hoheitsgebiet des Königreichs der Niederlande. Die niederländischen Vorschriften über die Gültigkeitsdauer solcher Führerscheine im Hoheitsgebiet des Königreichs der Niederlande und über ihre Außerkraftsetzung durch eine niederländische Verwaltungsbehörde werden nicht angewendet, wenn der Inhaber eine Bescheinigung einer Behörde der Bundeswehr darüber besitzt, daß er Mitglied der Bundeswehr oder dessen Angehöriger ist.

(3) Die von der deutschen Luftfahrtverwaltung Mitgliedern der Bundeswehr oder Angehörigen erteilten zivilen Luftfahrerscheine berechtigen zum Führen privater Luftfahrzeuge im Königreich der Niederlande, wenn sie auf den Richtlinien und Empfehlungen der Internationalen Zivilluftfahrt-Organisation beruhen.

aanmelding en de voorschriften van de Nederlandse Vreemdelingenwet.

2. De autoriteiten van de Bundeswehr houden doorlopend bijgewerkte lijsten van van alle leden en gezinsleden. De autoriteiten van de Bundeswehr verstrekken de Nederlandse autoriteiten op een met redenen omkleed verzoek van die autoriteiten in bijzondere gevallen de inlichtingen die met name vereist zijn ingevolge de in het eerste lid bedoelde voorschriften.

3. De autoriteiten van de Bundeswehr delen de Nederlandse autoriteiten op hun verzoek het aantal leden en gezinsleden mede.

Artikel 6

Uitwijzing

1. Indien een bevoegde Nederlandse autoriteit voornemens is één van de in artikel III, vijfde lid, van het NAVO-Status Verdrag genoemde en aan het Koninkrijk der Nederlanden voorbehouden maatregelen te nemen, stelt die autoriteit de bevoegde Duitse autoriteit van dit voornemen in kennis, onder mededeling van de redenen waarop de voorgenomen maatregel is gebaseerd en stelt die autoriteit in de gelegenheid binnen een redelijke termijn haar standpunt kenbaar te maken dan wel zelf de maatregelen te nemen die zij gepast acht. De Nederlandse autoriteiten nemen het door de Bondsrepubliek Duitsland ingenomen standpunt en de eventueel door haar autoriteiten genomen maatregelen in welwillende overweging.

2. De kennisgeving van het voornemen tot het nemen van één van de maatregelen, bedoeld in artikel III, vijfde lid, van het NAVO-Status Verdrag, wordt gedaan door de bevoegde Nederlandse autoriteit.

3. Verzoeken om verwijdering en uitwijzingsbevelen worden slechts gedaan, onderscheidenlijk gegeven, indien de bevoegde Nederlandse autoriteit van mening is dat op het tijdstip waarop het verzoek of het bevel wordt gedaan, onderscheidenlijk gegeven, het verdere verblijf van de betrokken persoon op het grondgebied van het Koninkrijk der Nederlanden de openbare orde of veiligheid daadwerkelijk in gevaar brengt.

Artikel 7

Rijbewijzen

1. Een rijbewijs of andere machtiging, afgegeven door een Duitse autoriteit aan een lid van de Bundeswehr, op grond waarvan de houder bevoegd is dienstvoertuigen, -vaartuigen of -luchtvaartuigen te besturen, is geldig voor het besturen van die voertuigen, vaartuigen en luchtvaartuigen binnen het grondgebied van het Koninkrijk der Nederlanden. Rijbewijzen voor dienstvoertuigen machtigen ook, voor zover zulks volgens het Duitse recht is toegestaan, tot het besturen van overeenkomstige particuliere voertuigen.

2. De houder van een burgerrijbewijs, afgegeven in de Bondsrepubliek Duitsland, op grond waarvan de houder bevoegd is particuliere motorrijtuigen in die staat te besturen, is bevoegd tot het besturen van zodanige rijtuigen op het grondgebied van het Koninkrijk der Nederlanden, indien hij lid van de Bundeswehr of een gezinslid is. De Nederlandse voorschriften betreffende de geldigheidsduur van een zodanig rijbewijs op het grondgebied van het Koninkrijk der Nederlanden en de ongeldigverklaring ervan door een Nederlandse administratieve autoriteit zijn niet van toepassing, indien de houder in het bezit is van een verklaring, afgegeven door een autoriteit van de Bundeswehr, waaruit blijkt dat hij lid van de Bundeswehr dan wel een gezinslid is.

3. Een burgervliegbriefje, afgegeven door Duitse autoriteiten aan een lid van de Bundeswehr of aan een gezinslid, machtigt de houder tot het besturen van particuliere luchtvaartuigen in het Koninkrijk der Nederlanden, indien dit briefje beantwoordt aan de Normen en Aanbevolen Werkwijzen van de Internationale Burgerluchtvaartorganisatie.

(4)

- a) Die Behörden der Bundeswehr stellen sicher, daß die Führer der in Absatz 1 genannten dienstlichen Wasserfahrzeuge beim Befahren von Binnengewässern eine ausreichende Kenntnis der zu befahrenden Strecke und der einschlägigen schiffahrtspolizeilichen Vorschriften besitzen.
- b) Zum Führen nichtmilitärischer Binnenschiffe der Bundeswehr berechtigen nur die von der zuständigen niederländischen zivilen Behörde auf der Grundlage der im Königreich der Niederlande geltenden Vorschriften erteilten Befähigungsnachweise. Im Rahmen internationaler Abkommen anwendbare Vorschriften bleiben unberührt.

(5)

- a) Die Behörden der Bundeswehr entziehen die nach Absatz 1 im Hoheitsgebiet des Königreichs der Niederlande gültigen Kraftfahrzeugführerscheine oder die in Absatz 2 erwähnten Bescheinigungen, wenn begründete Bedenken gegen die Zuverlässigkeit oder Eignung der Inhaber zum Führen von Kraftfahrzeugen bestehen. Sie prüfen wohlwollend Ersuchen der niederländischen Behörden, solche Führerscheine oder Bescheinigungen zu entziehen. Führerscheine oder Bescheinigungen dürfen wiedererteilt werden, wenn dies aus zwingenden militärischen Gründen oder deshalb notwendig ist, um den Inhabern das Verlassen des Hoheitsgebiets des Königreichs der Niederlande zu ermöglichen. Die Behörden der Bundeswehr teilen den niederländischen Behörden alle nach diesem Buchstaben vorgenommenen Entziehungen sowie alle Fälle mit, in denen nach einer solchen Entziehung der Führerschein oder die Bescheinigung wiedererteilt worden ist.
- b) In Fällen, in denen die niederländischen Gerichte die Gerichtsbarkeit auf Grund des Artikels VII des NATO-Truppenstatuts und der Artikel 12, 13 und 14 dieses Abkommens ausüben, bleiben die Vorschriften des niederländischen Strafrechts über die Entziehung der Fahrerlaubnis auf die in Absatz 2 dieses Artikels erwähnten Führerscheine anwendbar. Die Entziehung der Fahrerlaubnis ist auf dem Führerschein, der dem Inhaber zu belassen ist, zu vermerken.

(6)

- a) Absatz 5 Buchstabe a ist auf die in Absatz 3 erwähnten Luftfahrerscheine entsprechend anzuwenden.
- b) Auf Ersuchen der niederländischen Behörden treffen die Behörden der Bundeswehr die erforderlichen Maßnahmen gegenüber Inhabern von nach Absatz 1 im Hoheitsgebiet des Königreichs der Niederlande gültigen Luftfahrerscheinen, welche die Luftverkehrsregeln nicht beachtet haben.

Artikel 8

Fahrzeugzulassungen

(1) Kraftfahrzeuge und Kraftfahrzeuganhänger der Bundeswehr, ihrer Mitglieder und von deren Angehörigen können nach deutschem Recht registriert und zugelassen werden. Vorbehaltlich der im Rahmen internationaler Abkommen anwendbaren Vorschriften gilt dies auch für Wasserfahrzeuge der Bundeswehr. Luftfahrzeuge der Bundeswehr, ihrer Mitglieder und von deren Angehörigen werden von den deutschen Behörden entsprechend den anwendbaren internationalen Vorschriften registriert und zugelassen.

(2) Kraftfahrzeuge und Kraftfahrzeuganhänger, die nach Absatz 1 registriert und zugelassen oder von der Bundeswehr im Hoheitsgebiet des Königreichs der Niederlande benutzt werden, sind in regelmäßigen Abständen einer technischen Untersuchung zu unterziehen. Unberührt bleibt die Möglichkeit, daß Fahrzeuge in niederländischen Prüfstellen nach niederländischen Vorschriften begutachtet und geprüft werden.

4.

- a. De autoriteiten van de Bundeswehr zien erop toe dat personen die dienstvaartuigen besturen als bedoeld in het eerste lid van dit artikel, bij het bevaren van binnenwateren voldoende kennis bezitten van het te bevaren traject en van de terzake geldende rivierpolitiereglementen.
- b. Tot het besturen van niet-militaire binnenvaartuigen van de Bundeswehr machtigen slechts bewijzen van bekwaamheid die zijn afgegeven door de bevoegde Nederlandse civiele autoriteit op grond van de in het Koninkrijk der Nederlanden geldende voorschriften. De in het kader van internationale overeenkomsten toepasselijke voorschriften blijven onverminderd van kracht.

5.

- a. De autoriteiten van de Bundeswehr trekken rijbewijzen die op het grondgebied van het Koninkrijk der Nederlanden geldig zijn ingevolge het eerste lid van dit artikel, of verklaringen bedoeld in het tweede lid van dit artikel in, indien er gerede twijfel bestaat aangaande de betrouwbaarheid of de geschiktheid van de houder voor het besturen van motorvoertuigen. Zij nemen verzoeken van de Nederlandse autoriteiten om intrekking van zulke rijbewijzen of verklaringen in welwillende overweging. Rijbewijzen of verklaringen kunnen opnieuw worden afgegeven wegens dringende militaire redenen of om de houder in de gelegenheid te stellen het grondgebied van het Koninkrijk der Nederlanden te verlaten. De autoriteiten van de Bundeswehr stellen de Nederlandse autoriteiten in kennis van iedere intrekking op grond van deze paragraaf en van ieder geval waarin na een zodanige intrekking een rijbewijs of verklaring opnieuw is afgegeven.

- b. In gevallen waarin Nederlandse rechtbanken rechtsmacht uitoefenen in overeenstemming met artikel VII van het NAVO-Status Verdrag en de artikelen 12, 13 en 14 van deze Overeenkomst blijven de bepalingen van de Nederlandse strafwetgeving inzake de ontzegging van de rijbevoegdheid van toepassing met betrekking tot rijbewijzen bedoeld in het tweede lid van dit artikel. Van de ontzegging van de rijbevoegdheid wordt melding gemaakt in het rijbewijs, dat in het bezit van de houder wordt gelaten.

6.

- a. Het gestelde in het vijfde lid, onder a, is van overeenkomstige toepassing op de in het derde lid bedoelde vliegbrevetten.
- b. Op verzoek van de Nederlandse autoriteiten treffen de autoriteiten van de Bundeswehr de nodige maatregelen tegen houders van vliegbrevetten welke ingevolge het eerste lid van dit artikel geldig zijn op het grondgebied van het Koninkrijk der Nederlanden die de luchtverkeersvoorschriften niet in acht hebben genomen.

Artikel 8

Toelating van voertuigen, vaartuigen en luchtvaartuigen

1. Motorrijtuigen en aanhangwagens van motorrijtuigen van de Bundeswehr, van haar leden en van hun gezinsleden, kunnen naar Duits recht worden geregistreerd en toegelaten. Met inachtneming van de in het kader van internationale overeenkomsten toepasselijke voorschriften geldt hetzelfde ten aanzien van vaartuigen van de Bundeswehr. Luchtvaartuigen van de Bundeswehr, van haar leden en van hun gezinsleden, worden door de Duitse autoriteiten geregistreerd en toegelaten in overeenstemming met de toepasselijke internationale voorschriften.

2. Motorrijtuigen en aanhangwagens van motorrijtuigen die ingevolge het eerste lid van dit artikel zijn geregistreerd en toegelaten, of door de Bundeswehr worden gebruikt op het grondgebied van het Koninkrijk der Nederlanden, dienen regelmatig een technische keuring te ondergaan. Deze bepalingen doen geen afbreuk aan de mogelijkheid om motorrijtuigen te doen onderzoeken of keuren in Nederlandse testinrichtingen in overeenstemming met de Nederlandse voorschriften.

(3) Kraftfahrzeuge, Kraftfahrzeuganhänger, Wasserfahrzeuge und Luftfahrzeuge, die gemäß Absatz 1 registriert und zugelassen oder von der Bundeswehr im Gebiet des Königreichs der Niederlande benutzt werden, müssen außer mit einer Erkennungsnummer oder einem anderen geeigneten Erkennungszeichen mit einem deutlichen „D“-Kennzeichen versehen sein. Die Erkennungszeichen für private Kraftfahrzeuge und Kraftfahrzeuganhänger müssen sich von den Erkennungszeichen für Dienstfahrzeuge deutlich unterscheiden. Die Behörden der Bundeswehr teilen den niederländischen Behörden das Kennzeichnungssystem für die von ihnen registrierten und zugelassenen Kraftfahrzeuge, Kraftfahrzeuganhänger und Wasserfahrzeuge mit. Die Behörden der Bundeswehr teilen im Einzelfall den niederländischen Behörden, wenn diese unter Darlegung der Gründe darum ersuchen, die Namen und Anschriften der Personen mit, auf deren Namen private Kraftfahrzeuge, Kraftfahrzeuganhänger und Luftfahrzeuge gemäß Absatz 1 zugelassen sind.

(4) Zulassungsscheine für private Kraftfahrzeuge und private Kraftfahrzeuganhänger müssen die Erkennungsnummer, den Namen oder die Marke und die Fabrik- oder Seriennummer des Herstellers, den Tag der ersten Zulassung im Hoheitsgebiet des Königreichs der Niederlande sowie Namen und Vornamen des Inhabers enthalten. Den Zulassungsscheinen für private Luftfahrzeuge sind die Richtlinien und Empfehlungen der Internationalen Zivilluftfahrt-Organisation zugrunde zu legen. Nichtmilitärische Binnenwasserfahrzeuge der Bundeswehr mit einer Wasserverdrängung von 15 t oder mehr müssen eine Bescheinigung über ihre Fahrtauglichkeit an Bord mitführen, die von den Behörden der Bundeswehr ausgestellt werden kann.

(5) Die Behörden der Bundeswehr treffen hinsichtlich der von ihnen registrierten und zugelassenen oder im Hoheitsgebiet des Königreichs der Niederlande von der Bundeswehr benutzten Kraftfahrzeuge, Kraftfahrzeuganhänger, Wasser- und Luftfahrzeuge die angemessenen Sicherheitsmaßnahmen.

Artikel 9

Private Fahrzeuge

Die Mitglieder der Bundeswehr und deren Angehörige dürfen private Kraftfahrzeuge, Kraftfahrzeuganhänger, Luftfahrzeuge und Wasserfahrzeuge im Hoheitsgebiet des Königreichs der Niederlande nur gebrauchen oder deren Gebrauch gestatten, wenn die Risiken aus dem Gebrauch durch eine Haftpflichtversicherung nach Maßgabe des niederländischen Rechts gedeckt sind.

Artikel 10

Waffen

(1) Die Behörden der Bundeswehr können Mitglieder des zivilen Gefolges und andere Personen, die im Dienst der Bundeswehr stehen, ermächtigen, Waffen zu besitzen und zu führen, soweit diese Personen Bewachungs- und Sicherungsaufgaben für die Bundeswehr ausüben.

(2) Die Behörden der Bundeswehr erlassen über den Waffengebrauch durch die nach Absatz 1 ermächtigten Personen Bestimmungen, die sich im Rahmen des niederländischen Notwehrrechts halten.

(3) Die nach Absatz 1 ermächtigten Personen dürfen Schusswaffen nur dann mit sich führen, wenn sie im Besitz eines von den Behörden der Bundeswehr ausgestellten Waffenausweises sind. Als Waffenausweis gilt auch der mit einer entsprechenden Eintragung versehene Dienstausweis.

(4) Die Behörden der Bundeswehr stellen Waffenausweise nur für Personen aus, gegen deren Zuverlässigkeit keine begründeten Bedenken bestehen. Sie entziehen auf Antrag der niederländischen Behörden oder auf Grund eigener Entscheidung einen

3. Motorrijtuigen, aanhangwagens van motorrijtuigen, vaartuigen en luchtvaartuigen die overeenkomstig het eerste lid van dit artikel zijn geregistreerd en toegelaten of die door de Bundeswehr worden gebruikt op het grondgebied van het Koninkrijk der Nederlanden, voeren behalve een registratienummer of een ander passend herkenningsteken een duidelijk nationaliteitskenteken „D“. Herkenningstekens op particuliere motorrijtuigen en aanhangwagens moeten duidelijk verschillen van die welke worden gebruikt op dienstvoertuigen. De autoriteiten van de Bundeswehr lichten de Nederlandse autoriteiten in omtrent het systeem van kentekens dat wordt gebruikt voor de door hen geregistreerde en toegelaten motorrijtuigen, aanhangwagens van motorrijtuigen en vaartuigen. Op een met redenen omkleed verzoek van de Nederlandse autoriteiten verstrekken de autoriteiten van de Bundeswehr in individuele gevallen de namen en adressen van de personen op wier naam particuliere motorrijtuigen, aanhangwagens van motorrijtuigen of luchtvaartuigen zijn geregistreerd en toegelaten in overeenstemming met het eerste lid van dit artikel.

4. Het kentekenbewijs van een particulier motorrijtuig of een particuliere aanhangwagen van motorrijtuigen vermeldt het registratienummer, de naam of het handelsmerk, het fabrieks- of serienummer van de fabrikant, de datum van eerste toelating op het grondgebied van het Koninkrijk der Nederlanden en de naam en voornamen van de houder. Het bewijs van inschrijving van een particulier luchtvaartuig dient te worden gebaseerd op de Normen en Aanbevolen Werkwijzen van de Internationale Burgerluchtvaartorganisatie. Andere dan dienstbinnenvaartuigen van de Bundeswehr met een waterverplaatsing van vijftien ton of meer voeren aan boord een bewijs van deugdelijkheid, dat kan worden afgegeven door de autoriteiten van de Bundeswehr.

5. De autoriteiten van de Bundeswehr nemen passende veiligheidsmaatregelen met betrekking tot motorrijtuigen, aanhangwagens van motorrijtuigen, vaartuigen en luchtvaartuigen die door hen zijn geregistreerd en toegelaten of door de Bundeswehr worden gebruikt op het grondgebied van het Koninkrijk der Nederlanden.

Artikel 9

Particuliere voertuigen, vaartuigen en luchtvaartuigen

De leden van de Bundeswehr en hun gezinsleden mogen op het grondgebied van het Koninkrijk der Nederlanden particuliere motorrijtuigen, aanhangwagens van motorrijtuigen, luchtvaartuigen en vaartuigen slechts gebruiken of laten gebruiken indien de uit het gebruik voortvloeiende risico's worden gedekt door een verzekering tegen wettelijke aansprakelijkheid in overeenstemming met de Nederlandse wetgeving.

Artikel 10

Wapens

1. De autoriteiten van de Bundeswehr kunnen leden van de civiele dienst en andere personen in dienst van de Bundeswehr machtigen tot het bezitten en dragen van wapens indien die personen voor de Bundeswehr bewakings- en beveiligingstaken uitoefenen.

2. De autoriteiten van de Bundeswehr stellen met betrekking tot het gebruik van wapens door de personen die daartoe gemachtigd zijn ingevolge het eerste lid voorschriften vast die in overeenstemming zijn met de Nederlandse wetgeving inzake noodweer (Notwehr).

3. De ingevolge het eerste lid gemachtigde personen mogen uitsluitend vuurwapens bij zich dragen indien zij in het bezit zijn van een verklaring afgegeven door de autoriteiten van de Bundeswehr, dat zij daartoe gerechtigd zijn. Een dienstidentiteitsbewijs voorzien van een desbetreffende aantekening wordt eveneens als een zodanige verklaring beschouwd.

4. De autoriteiten van de Bundeswehr geven deze verklaringen uitsluitend af aan personen omtrent wier betrouwbaarheid redelijkerwijs geen twijfel bestaat. Zij trekken op verzoek van de Nederlandse autoriteiten of op grond van hun eigen beslissing

Waffenausweis, wenn nachgewiesen wird, daß der Inhaber seine Schußwaffe mißbraucht hat oder daß gegen seine Zuverlässigkeit begründete Bedenken bestehen.

Artikel 11

Leichenbestattung

(1) Die zuständigen deutschen Behörden sind berechtigt, bei Todesfällen im Hoheitsgebiet des Königreichs der Niederlande die sterblichen Überreste von Mitgliedern der Bundeswehr und von deren Angehörigen in Übereinstimmung mit den deutschen Vorschriften in ihre Obhut zu nehmen, darüber zu verfügen und Leichenöffnungen aus medizinischen Gründen oder zum Zwecke strafrechtlicher Ermittlungen vorzunehmen.

(2) Ersuchen niederländischer Behörden um Leichenöffnungen wird stattgegeben; bei Leichenöffnungen aus medizinischen Gründen gilt dies nur, soweit das deutsche Recht eine solche Leichenöffnung zuläßt. Bei der Vornahme einer Leichenöffnung kann ein von den niederländischen Behörden beauftragter Arzt anwesend sein. Falls es sich um eine Leichenöffnung zum Zweck niederländischer strafrechtlicher Ermittlungen handelt, steht dieses Recht auch einem niederländischen Richter oder Staatsanwalt zu; dessen Hinweise auf die Anforderungen des niederländischen Strafverfahrensrechts bei Leichenöffnungen werden berücksichtigt.

(3) Ist ein niederländisches Gericht oder eine niederländische Behörde zuständig, eine Leichenöffnung anzuordnen, so gilt Absatz 2 entsprechend, wenn die zuständige deutsche Behörde an dem Ergebnis der Leichenöffnung interessiert ist.

Artikel 12

Strafgerichtsbarkeit

(1) Hängt die Entscheidung der Frage, wem bei einer Straftat die Gerichtsbarkeit zusteht, davon ab, ob eine Handlung der vorgeworfenen Art nach dem deutschen Recht strafbar ist, so setzt das mit der Sache befaßte niederländische Gericht oder die mit der Sache befaßte niederländische Behörde das Verfahren aus und unterrichtet die zuständige deutsche Behörde. Die zuständige deutsche Behörde kann innerhalb von einundzwanzig Tagen nach Empfang der Mitteilung oder, wenn eine solche Mitteilung noch nicht erfolgt ist, jederzeit dem niederländischen Gericht oder der niederländischen Behörde eine Bescheinigung darüber vorlegen, ob eine solche Handlung nach dem deutschen Recht strafbar ist oder nicht. Wird in der Bescheinigung die Handlung als nach dem deutschen Recht strafbar bezeichnet, so ist anzugeben, nach welcher Vorschrift sie strafbar ist und mit welcher Strafe sie bedroht ist.

(2) Das niederländische Gericht oder die niederländische Behörde trifft die Entscheidung im Einklang mit der Bescheinigung.

(3) Ist zu entscheiden, ob eine Handlung nach niederländischem Recht strafbar ist, so findet das in den Absätzen 1 und 2 vorgesehene Verfahren auf diese Handlung entsprechend Anwendung mit der Maßgabe, daß die Bescheinigung von der zuständigen niederländischen Staatsanwaltschaft ausgestellt wird.

Artikel 13

Straftaten in Ausübung des Dienstes

(1) Ist im Rahmen eines Strafverfahrens gegen ein Mitglied der Bundeswehr zu entscheiden, ob eine Straftat vorliegt, die sich aus einer Handlung oder Unterlassung in Ausübung des Dienstes ergibt, so ist für diese Entscheidung das deutsche Recht maßgebend. Die zuständige deutsche Behörde kann dem mit der Sache befaßten niederländischen Gericht oder der mit der Sache befaßten niederländischen Behörde eine Bescheinigung hierüber vorlegen.

(2) Das niederländische Gericht oder die niederländische Behörde trifft die Entscheidung im Einklang mit der Bescheinigung.

deze verklaringen in, indien is komen vast te staan dat de houder misbruik heeft gemaakt van zijn vuurwapen of indien redelijkerwijs twijfel bestaat ten aanzien van zijn betrouwbaarheid.

Artikel 11

Lijkbezorging

1. De bevoegde Duitse autoriteiten zijn, in overeenstemming met de Duitse voorschriften, gerechtigd de stoffelijke overschotten van de leden van de Bundeswehr en van hun gezinsleden die op het grondgebied van het Koninkrijk der Nederlanden zijn overleden, in ontvangst te nemen en daarover te beschikken, alsmede de lijkschouwingen te verrichten die uit medische overwegingen of met het oog op een strafrechtelijk onderzoek noodzakelijk zijn.

2. Verzoeken van Nederlandse autoriteiten om lijkschouwingen te verrichten worden ingewilligd; in geval van medische overwegingen echter alleen indien lijkschouwing is toegelaten krachtens de Duitse wetgeving. Bij een lijkschouwing mag een door de Nederlandse autoriteiten aangewezen arts aanwezig zijn. In het geval van een lijkschouwing met het oog op een Nederlands strafrechtelijk onderzoek geldt deze bevoegdheid tevens voor een Nederlandse rechter of officier van justitie; diens aanwijzingen met betrekking tot de vereisten van het Nederlandse strafprocesrecht ter zake van lijkschouwingen worden in acht genomen.

3. Ingeval een Nederlandse rechtbank of autoriteit bevoegd is een lijkschouwing te gelasten, is het tweede lid van overeenkomstige toepassing, indien de bevoegde Duitse autoriteit belang heeft bij het resultaat van de lijkschouwing.

Artikel 12

Rechtsmacht in strafzaken

1. Indien het, ter beantwoording van de vraag welke autoriteit bevoegd is tot het uitoefenen van rechtsmacht met betrekking tot een ten laste gelegd feit, noodzakelijk is vast te stellen of een feit strafbaar is volgens het Duitse recht, schorst de Nederlandse rechtbank of autoriteit die de zaak behandelt, de behandeling en doet daarvan mededeling aan de bevoegde Duitse autoriteit. De bevoegde Duitse autoriteit kan binnen eenentwintig dagen na ontvangst van de mededeling of, zolang die mededeling nog niet heeft plaatsgehad, te allen tijde aan de Nederlandse rechtbank of autoriteit een officiële verklaring overleggen betreffende de vraag of het feit volgens het Duitse recht al dan niet strafbaar is. Indien de officiële verklaring het feit als „strafbaar naar Duits recht” aanmerkt, dient de verklaring tevens aan te geven op grond van welke bepaling het feit strafbaar is alsmede met welke straf dit feit bedreigd is.

2. De Nederlandse rechtbank of autoriteit beslist in overeenstemming met de verklaring.

3. Indien moet worden vastgesteld of een feit naar Nederlands recht strafbaar is, is de in het eerste en tweede lid voorgeschreven procedure van overeenkomstige toepassing met betrekking tot die handeling, met dien verstande dat in dat geval de officiële verklaring door het bevoegde Nederlandse Openbaar Ministerie wordt afgegeven.

Artikel 13

Strafbare feiten begaan in de uitoefening van de dienst

1. Indien het in de loop van een strafproces tegen een lid van de Bundeswehr noodzakelijk is vast te stellen of een strafbaar feit is voortgevloeid uit een handelen of nalaten in de uitoefening van de dienst, is voor deze vaststelling het Duitse recht beslissend. De bevoegde Duitse autoriteit kan aan de Nederlandse rechtbank of autoriteit die met de behandeling van de zaak is belast, daaromtrent een officiële verklaring overleggen.

2. De Nederlandse rechtbank of autoriteit beslist in overeenstemming met de verklaring.

Artikel 14**Verzicht auf Ausübung
der niederländischen Gerichtsbarkeit**

(1) Das Königreich der Niederlande verzichtet gegenüber der Bundesrepublik Deutschland im Rahmen von Artikel VII Absatz 3 Buchstabe c des NATO-Truppenstatuts auf das den niederländischen Behörden nach Absatz 3 Buchstabe b des genannten Artikels in den Fällen der konkurrierenden Gerichtsbarkeit zustehende Vorrecht nach Maßgabe der folgenden Absätze.

(2) Das Königreich der Niederlande teilt den zuständigen deutschen Behörden die Einzelfälle mit, die unter den Verzicht nach Absatz 1 fallen. Unbeschadet anderer Unterrichtungspflichten nach dem NATO-Truppenstatut oder diesem Abkommen teilen die zuständigen deutschen Behörden den zuständigen niederländischen Behörden mit, wenn sie beabsichtigen, das ihnen nach Artikel VII Absatz 3 Buchstabe a des NATO-Truppenstatuts gewährte Vorrecht auf Ausübung der Gerichtsbarkeit im Hinblick auf einzelne Straftaten in Anspruch zu nehmen, die wesentliche Belange der niederländischen Rechtspflege berühren können.

(3) Sind die zuständigen niederländischen Behörden wegen der besonderen Umstände eines Einzelfalls der Ansicht, daß wesentliche Belange der niederländischen Rechtspflege die Ausübung der niederländischen Gerichtsbarkeit erfordern, so können sie den nach Absatz 1 gewährten Verzicht durch eine amtliche Erklärung zurücknehmen, die sie den zuständigen deutschen Behörden innerhalb von einundzwanzig Tagen nach Eingang der in Absatz 2 vorgesehenen Mitteilung abgeben. Die niederländischen Behörden können die Erklärung auch vor dem Eingang der Mitteilung abgeben.

(4)

- (a) Die zuständigen deutschen Behörden können mit Zustimmung der niederländischen Behörden einzelne Strafsachen, für die der Bundesrepublik Deutschland die Gerichtsbarkeit zusteht, an die niederländischen Gerichte oder Behörden zur Untersuchung, Verhandlung und Entscheidung abgeben.
- (b) Die niederländischen Behörden können mit Zustimmung der deutschen Behörden einzelne Strafsachen, für die dem Königreich der Niederlande die Gerichtsbarkeit zusteht, den deutschen Behörden zur Untersuchung, Verhandlung und Entscheidung abgeben.

(5) Übt ein niederländisches Gericht oder eine niederländische Behörde die ausschließliche Gerichtsbarkeit gemäß Artikel VII Absatz 2 Buchstabe b des NATO-Truppenstatuts über ein Mitglied der Bundeswehr aus, so werden den Behörden der Bundeswehr unter Beachtung der jeweiligen innerstaatlichen Bestimmungen der Vertragsstaaten über den Datenschutz auf besonderes oder allgemeines Ersuchen der Bundesrepublik Deutschland mitgeteilt:

- a) der Erlaß und der Vollzug eines Haftbefehls oder Unterbringungsbefehls,
- b) die Erhebung der öffentlichen Klage,
- c) die Urteile,
- d) der Ausgang des Verfahrens, soweit eine Mitteilung nach den Buchstaben a bis c zu machen war.

Die Übermittlung personenbezogener Daten erfolgt ausschließlich zu dem Zweck, der Bundeswehr die Erfüllung ihrer Aufgaben im Bereich der Disziplinar- und Personalangelegenheiten zu ermöglichen.

Artikel 15**Vorläufige Festnahme**

(1) Die Behörden der Bundeswehr können eine Person, die nicht der deutschen Gerichtsbarkeit unterworfen ist, im niederländischen Hoheitsgebiet auch ohne frische Tatbetroffenheit im

Artikel 14**Afstand van uitoefening
van Nederlandse rechtsmacht**

1. Het Koninkrijk der Nederlanden doet in het kader van artikel VII, derde lid, onder c, van het NAVO-Status Verdrag ten gunste van de Bondsrepubliek Duitsland afstand van het in het derde lid, onder b, van genoemd artikel aan de Nederlandse autoriteiten toekomende recht om in gevallen van samenloop van rechtsmacht bij voorrang rechtsmacht uit te oefenen, en wel overeenkomstig de volgende leden.

2. Het Koninkrijk der Nederlanden stelt de bevoegde Duitse autoriteiten in kennis van iedere afzonderlijke zaak die onder de afstand van rechtsmacht als bedoeld in het eerste lid valt. Onverminderd andere kennisgevingsverplichtingen ingevolge het NAVO-Status Verdrag of deze Overeenkomst, stellen de bevoegde Duitse autoriteiten de bevoegde Nederlandse autoriteiten ervan in kennis wanneer zij voornemens zijn gebruik te maken van hun recht van voorrang bij de uitoefening van rechtsmacht, verleend ingevolge artikel VII, derde lid, onder a, van het NAVO-Status Verdrag, ten aanzien van afzonderlijke delicten die de wezenlijke belangen van de Nederlandse rechtspleging kunnen raken.

3. Indien de bevoegde Nederlandse autoriteiten wegens de bijzondere omstandigheden in een afzonderlijk geval van oordeel zijn dat wezenlijke belangen van de Nederlandse rechtspleging de uitoefening van rechtsmacht door Nederlandse autoriteiten gebieden, kunnen zij de afstand van rechtsmacht, gedaan ingevolge het eerste lid van dit artikel, herroepen door een officiële verklaring die zij aan de bevoegde Duitse autoriteiten overleggen binnen eenentwintig dagen na ontvangst van de kennisgeving bedoeld in het tweede lid van dit artikel. De Nederlandse autoriteiten kunnen deze verklaring ook vóór de ontvangst van bedoelde kennisgeving afgeven.

4.

- a. De bevoegde Duitse autoriteiten kunnen met toestemming van de Nederlandse autoriteiten bepaalde strafzaken ten aanzien waarvan rechtsmacht bij de Bondsrepubliek Duitsland berust, voor onderzoek, berechting en uitspraak overdragen aan de Nederlandse rechtbanken of autoriteiten.
- b. De Nederlandse autoriteiten kunnen met toestemming van de Duitse autoriteiten bepaalde strafzaken ten aanzien waarvan rechtsmacht bij het Koninkrijk der Nederlanden berust, voor onderzoek, berechting en uitspraak overdragen aan de Duitse autoriteiten.

5. Indien een Nederlandse rechtbank of autoriteit ingevolge artikel VII, tweede lid, onder b, van het NAVO-Status Verdrag bij uitsluiting rechtsmacht uitoefent over een lid van de Bundeswehr, wordt op speciaal of algemeen verzoek van de Bondsrepubliek Duitsland aan de autoriteiten van de Bundeswehr, met inachtneming van de respectieve nationale bepalingen inzake gegevensbescherming van de Overeenkomstsluitende Staten medegedeeld:

- a. de uitvaardiging en tenuitvoerlegging van een arrestatiebevel of een bevel tot gedwongen opname,
- b. het aanhangig maken van strafvervolgning,
- c. de vonnissen/uitspraken,
- d. de afloop van de zaak, voor zover een mededeling als bedoeld onder a. tot en met c. kon worden gedaan.

Het doorgeven van persoonsgegevens vindt uitsluitend plaats om de Bundeswehr in staat te stellen haar taken op het gebied van disciplinaire aangelegenheden en personeelszaken te vervullen.

Artikel 15**Aanhouding**

1. De autoriteiten van de Bundeswehr kunnen een persoon die niet aan de Duitse rechtsmacht onderworpen is, op Nederlands grondgebied, ook buiten het geval van ontdekking op heterdaad,

Sinne des Artikels 54 Absatz 5 des niederländischen Wetboek van Strafvordering festhalten, wenn

- a) diese Person in unmittelbarem örtlichem und zeitlichem Zusammenhang mit der Tat betroffen wird oder
- b) eine niederländische Behörde um das Festhalten („aanhouding“) ersucht.

(2) Ist Gefahr im Verzuge und die niederländische Staatsanwaltschaft oder ein niederländischer Polizeibeamter nicht rechtzeitig erreichbar, so können die Behörden der Bundeswehr eine Person, die nicht ihrer Gerichtsbarkeit unterworfen ist, in dem niederländischen Hoheitsgebiet festnehmen im Sinne des Artikels 54 Absatz 5 des niederländischen Wetboek van Strafvordering, wenn dringender Verdacht besteht, daß diese Person innerhalb einer Anlage der Bundeswehr oder gegen eine solche eine strafbare Handlung begangen hat oder zu begehen versucht, oder daß sie eine Handlung begangen hat oder zu begehen versucht, die nach den Artikeln 98, 98a, oder 98c des Wetboek van Strafrecht strafbar ist. Dies gilt nur, wenn die Person flüchtig ist oder sich verborgen hält oder die begründete Befürchtung besteht, daß sie sich einem Strafverfahren wegen einer solchen Straftat oder eines solchen strafbaren Versuchs entziehen will.

(3) In den Fällen der Absätze 1 und 2 können die Behörden der Bundeswehr im Rahmen ihrer sonstigen Befugnisse den Festgehaltenen oder den Festgenommenen durchsuchen und ihm die in seinem Besitz befindlichen Gegenstände abnehmen, entweder als Sicherungsmaßnahme oder für die beweismäßige Ermittlung der vermuteten oder angeblichen Straftat.

(4) Die Behörden der Bundeswehr setzen den nächsten niederländischen Staatsanwalt, Polizeibeamten oder Richter unverzüglich von einer Festnahme gemäß Absatz 2 in Kenntnis und übergeben den gemäß diesem Artikel Festgehaltenen oder Festgenommenen zusammen mit den abgenommenen Gegenständen unverzüglich dem nächsten niederländischen Staatsanwalt, Polizeibeamten oder Richter.

Artikel 16

Unterrichtung bei Ermittlungsverfahren und Festnahmen

(1) Leitet eine niederländische Behörde ein Ermittlungsverfahren ein oder nimmt sie eine Festnahme vor wegen einer Handlung, die nach den Vorschriften, auf die in Artikel 15 Absatz 2 dieses Abkommens verwiesen wird, strafbar ist, so unterrichtet die das Ermittlungsverfahren durchführende niederländische Behörde unverzüglich die zuständigen deutschen Behörden. Das gleiche gilt, wenn eine niederländische Behörde ein Ermittlungsverfahren einleitet oder eine Festnahme vornimmt wegen einer Handlung, die sich sonst gegen die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland oder der Bundeswehr richtet.

(2) Leitet die zuständige deutsche Behörde im Hoheitsgebiet des Königreichs der Niederlande ein Ermittlungsverfahren ein oder nimmt sie eine Festnahme vor wegen einer Handlung, die im Hoheitsgebiet des Königreichs der Niederlande begangen worden ist und die Sicherheit des Königreichs der Niederlande berührt, so unterrichtet sie unverzüglich die niederländischen Behörden.

Artikel 17

Gewahrsamrecht bei Festnahmen

(1)

- a) In den Fällen, in denen die deutschen Behörden die Gerichtsbarkeit ausüben, steht der Gewahrsam an Mitgliedern der Bundeswehr und an deren Angehörigen den deutschen Behörden zu.
- b) In den Fällen, in denen die niederländischen Behörden die Gerichtsbarkeit ausüben, steht der Gewahrsam an Mitgliedern der Bundeswehr und an deren Angehörigen den Behörden des Königreichs der Niederlande nach Maßgabe der Absätze 2 und 3 zu.

aanhouden in de zin van artikel 54, vijfde lid, van het Nederlandse Wetboek van Strafvordering,

- a. indien deze persoon in onmiddellijke samenhang met het feit qua plaats en tijd wordt aangetroffen, of
- b. indien een Nederlandse autoriteit om aanhouding verzoekt.

2. Indien er gevaar bestaat voor vertraging en het Nederlandse Openbaar Ministerie of een Nederlandse politiefunctaris niet tijdig bereikbaar is, kunnen de autoriteiten van de Bundeswehr een persoon die niet aan hun rechtsmacht onderworpen is, op Nederlands grondgebied aanhouden in de zin van artikel 54, vijfde lid, van het Nederlandse Wetboek van Strafvordering, indien ernstige verdenking bestaat dat die persoon een strafbaar feit heeft gepleegd of een strafbare poging doet tot het plegen van een strafbaar feit binnen, of gericht tegen, een inrichting van de Bundeswehr dan wel een feit dat strafbaar is op grond van het in artikel 98, 98a en 98c van het Nederlandse Wetboek van Strafrecht bepaalde. Deze bepaling is slechts van toepassing, indien de betrokkene voortvluchtig is of zich verborgen houdt of indien gegronde reden bestaat om te vrezen dat hij zich aan strafvervolgung ter zake van het plegen van een strafbaar feit of een strafbare poging daartoe als bovenbedoeld tracht te onttrekken.

3. In de gevallen bedoeld in het eerste en tweede lid kunnen de autoriteiten van de Bundeswehr in het kader van hun overige bevoegdheden de aangehouden persoon visiteren en alle in zijn bezit zijnde voorwerpen in beslag nemen, bij wijze van veiligheidsmaatregel, dan wel voor de bewijsvoering in het onderzoek naar het strafbare feit waarvan hij wordt verdacht of beschuldigd.

4. De autoriteiten van de Bundeswehr stellen de dichtstbijzijnde Nederlandse officier van justitie, politiefunctaris of rechter onverwijld in kennis van een aanhouding zoals bedoeld in het tweede lid en geven een persoon die overeenkomstig dit artikel is aangehouden alsmede de in beslag genomen voorwerpen onverwijld over aan de dichtstbijzijnde Nederlandse officier van justitie, politiefunctaris of rechter.

Artikel 16

Kennisgeving in geval van onderzoek of arrestatie

1. Indien een Nederlandse autoriteit een onderzoek opent of een arrestatie verricht wegens een feit dat strafbaar is op grond van de in artikel 15, tweede lid, van deze Overeenkomst bedoelde bepalingen, stelt de Nederlandse autoriteit die het onderzoek leidt de bevoegde Duitse autoriteiten daarvan onverwijld in kennis. Hetzelfde geldt indien een Nederlandse autoriteit een onderzoek opent of een arrestatie verricht wegens een feit dat op andere wijze gericht is tegen de veiligheid van de Bondsrepubliek Duitsland of van de Bundeswehr.

2. Indien de bevoegde Duitse autoriteit op het grondgebied van het Koninkrijk der Nederlanden een onderzoek opent of een arrestatie verricht wegens een feit dat op het grondgebied van het Koninkrijk der Nederlanden is gepleegd en de veiligheid van het Koninkrijk der Nederlanden raakt, stelt die autoriteit de bevoegde Nederlandse autoriteiten daarvan onverwijld in kennis.

Artikel 17

Bewaring

1.

- a. Indien rechtsmacht wordt uitgeoefend door de Duitse autoriteiten, berust de bewaring van leden van de Bundeswehr en van gezinsleden bij de Duitse autoriteiten.
- b. Indien rechtsmacht wordt uitgeoefend door de Nederlandse autoriteiten, berust de bewaring van leden van de Bundeswehr en van gezinsleden bij de autoriteiten van het Koninkrijk der Nederlanden overeenkomstig het tweede en derde lid.

(2)

- a) Haben die niederländischen Behörden die Festnahme vorgenommen, so wird der Festgenommene auf Antrag den deutschen Behörden übergeben.
- b) Haben die deutschen Behörden die Festnahme vorgenommen oder ist ihnen der Festgenommene gemäß Buchstabe a übergeben worden, so
 - können sie den Gewahrsam jederzeit auf die niederländischen Behörden übertragen;
 - berücksichtigen sie wohlwollend Anträge auf Übertragung des Gewahrsams, die in besonderen Fällen von den niederländischen Behörden gestellt werden können.
- c) Bei strafbaren Handlungen, die sich ausschließlich gegen die Sicherheit des Königreichs der Niederlande richten, steht der Gewahrsam nach Maßgabe von Vereinbarungen, die mit den deutschen Behörden gegebenenfalls hierzu geschlossen werden, den niederländischen Behörden zu.

(3) Steht der Gewahrsam den deutschen Behörden nach Maßgabe von Absatz 2 zu, so verbleibt er bei diesen bis zur Entlassung oder zum Freispruch durch die niederländischen Behörden oder bis zum Beginn der Strafvollstreckung. Die deutschen Behörden stellen den Festgenommenen den niederländischen Behörden zur Durchführung des Ermittlungs- und des Strafverfahrens zur Verfügung und treffen alle geeigneten Maßnahmen zu diesem Zwecke und um eine Verdunkelungsgefahr auszuschließen. Sie tragen jedem besonderen Wunsch der zuständigen niederländischen Behörden hinsichtlich des Gewahrsams in vollem Umfang Rechnung.

Artikel 18

Anwesenheit bei Hauptverhandlungen und Ermittlungshandlungen

(1)

- a) Wird die Strafgerichtsbarkeit über ein Mitglied der Bundeswehr oder einen Angehörigen durch ein niederländisches Gericht oder eine niederländische Behörde ausgeübt, so hat ein Vertreter der Bundesrepublik Deutschland das Recht, bei der Hauptverhandlung anwesend zu sein. Richtet sich eine strafbare Handlung ausschließlich gegen die Sicherheit des Königreichs der Niederlande oder gegen in dem Königreich der Niederlande befindliche Vermögenswerte oder gegen einen Niederländer oder eine sich im Hoheitsgebiet des Königreichs der Niederlande aufhaltende Person und wird die Strafgerichtsbarkeit durch ein Gericht oder eine Behörde der Bundesrepublik Deutschland im Königreich der Niederlande ausgeübt, so hat ein niederländischer Vertreter das Recht, bei der Hauptverhandlung anwesend zu sein.
- b) Im Sinne des Buchstabens a umfaßt der Ausdruck
 - „in dem Königreich der Niederlande befindliche Vermögenswerte“ nicht Vermögenswerte der Bundeswehr, ihrer Mitglieder und deren Angehöriger;
 - „eine sich im Hoheitsgebiet des Königreichs der Niederlande aufhaltende Person“ weder Mitglieder der Bundeswehr noch Angehörige.
- c) Buchstabe a gilt nicht, wenn die Anwesenheit des nationalen Vertreters mit den Sicherheitsinteressen des die Gerichtsbarkeit ausübenden Staates, die nicht zugleich Sicherheitsinteressen des anderen Staates sind, unvereinbar ist.
- d) Die niederländischen Gerichte und Behörden einerseits und die deutschen Gerichte und Behörden andererseits teilen einander Ort und Zeit der Hauptverhandlung rechtzeitig mit.

(2) Unter den in Absatz 1 genannten Voraussetzungen hat ein deutscher bzw. ein niederländischer Vertreter auch das Recht, bei Vernehmungen und anderen Ermittlungshandlungen an-

2.

- a. Indien die arrestatie is verricht door de Nederlandse autoriteiten, wordt de gearresteerde persoon overgegeven aan de Duitse autoriteiten, indien deze autoriteiten hierom verzoeken.
- b. Indien de arrestatie is verricht door de Duitse autoriteiten of indien de gearresteerde persoon aan hen is overgegeven overeenkomstig het tweede lid, onder a.,
 - kunnen zij de bewaring te allen tijde overdragen aan de Nederlandse autoriteiten;
 - nemen zij een door de Nederlandse autoriteiten in bepaalde gevallen gedaan verzoek om overdracht van de bewaring in welwillende overweging.
- c. In geval van strafbare feiten, uitsluitend gericht tegen de veiligheid van het Koninkrijk der Nederlanden, berust de bewaring bij de Nederlandse autoriteiten overeenkomstig eventueel daartoe met de Duitse autoriteiten te treffen regelingen.

3. Indien de bewaring overeenkomstig het tweede lid van dit artikel bij de Duitse autoriteiten berust, blijft zij bij deze autoriteiten berusten tot de invrijheidstelling of vrijpraak door de Nederlandse autoriteiten, dan wel totdat de tenuitvoerlegging van het vonnis een aanvang neemt. De Duitse autoriteiten stellen de gearresteerde persoon ter beschikking van de Nederlandse autoriteiten voor het onderzoek en het strafproces en nemen daartoe alle passende maatregelen; zij nemen eveneens alle passende maatregelen om te voorkomen dat onderzoek en strafproces nadelig worden beïnvloed (Verdunkelungsgefahr). Zij houden volledig rekening met speciale verzoeken van bevoegde Nederlandse autoriteiten inzake bewaring.

Artikel 18

Aanwezigheid bij terechtzitting en opsporingshandelingen

1.

- a. Indien rechtsmacht in strafzaken wordt uitgeoefend door een Nederlandse rechtbank of autoriteit over een lid van de Bundeswehr of over een gezinslid, heeft een vertegenwoordiger van de Bondsrepubliek Duitsland het recht bij de terechtzitting aanwezig te zijn. Indien een strafbaar feit uitsluitend is gericht tegen de veiligheid van het Koninkrijk der Nederlanden of tegen eigendommen die zich in het Koninkrijk der Nederlanden bevinden dan wel tegen een Nederlander of tegen een persoon die zich op het grondgebied van het Koninkrijk der Nederlanden bevindt en rechtsmacht op het grondgebied van het Koninkrijk der Nederlanden wordt uitgeoefend door een rechtbank of een autoriteit van de Bondsrepubliek Duitsland, heeft een Nederlandse vertegenwoordiger het recht bij de terechtzitting aanwezig te zijn.
 - b. In het onder a bepaalde
 - worden onder de uitdrukking „eigendommen die zich in het Koninkrijk der Nederlanden bevinden“ niet begrepen eigendommen welke toebehoren aan de Bundeswehr, haar leden en hun gezinsleden;
 - wordt onder de uitdrukking „een persoon die zich op het grondgebied van het Koninkrijk der Nederlanden bevindt“ niet begrepen een lid van de Bundeswehr of een gezinslid.
 - c. Het onder a bepaalde is niet van toepassing indien de aanwezigheid van een nationale vertegenwoordiger niet verenigbaar is met de veiligheidseisen van de staat welke rechtsmacht uitoefent die niet tevens veiligheidseisen van de andere staat zijn.
 - d. De Nederlandse rechtbanken en autoriteiten enerzijds en de Duitse rechtbanken en autoriteiten anderzijds stellen elkaar tijdig in kennis van de plaats en de tijd van de terechtzitting.
2. Onder de voorwaarden, omschreven in het eerste lid, heeft een Duitse respectievelijk een Nederlandse vertegenwoordiger ook het recht de verhoren en andere opsporingshandelingen bij

wesend zu sein, soweit dies gegebenenfalls zwischen den deutschen Behörden und denen des Königreichs der Niederlande vereinbart wird.

Artikel 19

Befugnisse der Feldjäger

(1) In Übereinstimmung mit Artikel 36 Absatz 1 und unbeschadet des Artikels VII Absatz 10 Buchstabe a des NATO-Truppenstatuts ist die niederländische Polizei einschließlich der Königlich niederländischen Marechaussee berechtigt, ihre Aufgaben innerhalb der der Bundeswehr zur ausschließlichen Nutzung überlassenen Liegenschaften in dem Maße wahrzunehmen, in dem die öffentliche Ordnung und Sicherheit des Königreichs der Niederlande gefährdet oder verletzt ist. Soll eine Strafverfolgungsmaßnahme innerhalb einer solchen Liegenschaft vollzogen werden, so kann auch die Bundesrepublik Deutschland im Benehmen mit den niederländischen Behörden hinsichtlich der Modalitäten diese Maßnahme durch ihre eigene Polizei durchführen lassen. In diesem Fall wird die Maßnahme unverzüglich und, soweit es von niederländischer Seite gewünscht wird, in Anwesenheit von Vertretern niederländischer Behörden durchgeführt.

(2) Die Feldjäger der Bundeswehr sind berechtigt, auf öffentlichen Wegen, in öffentlichen Verkehrsmitteln, in Gaststätten und an anderen Orten, die der Allgemeinheit zugänglich sind, Streife zu gehen und gegen Soldaten der Bundeswehr die zur Aufrechterhaltung von Ordnung und Disziplin notwendigen Maßnahmen zu treffen. Die Einzelheiten der Ausübung dieses Rechts werden zwischen den niederländischen Behörden und den Behörden der Bundeswehr, die eine enge gegenseitige Verbindung aufrechterhalten, vereinbart.

(3) Ist die öffentliche Ordnung und Sicherheit durch einen Zwischenfall, an dem Soldaten der Bundeswehr beteiligt sind, gefährdet oder gestört, so treffen die Feldjäger der Bundeswehr auf Ersuchen der niederländischen Behörden hinsichtlich dieser Personen die zur Aufrechterhaltung oder zur Wiederherstellung von Ordnung und Disziplin angemessenen Maßnahmen.

Artikel 20

Sicherheit der Streitkräfte

(1) Das Königreich der Niederlande führt die gesetzgeberischen Maßnahmen herbei, die es für erforderlich hält, um innerhalb seines Hoheitsgebiets angemessenen Schutz und Sicherheit der Bundeswehr und ihrer Mitglieder zu gewährleisten.

(2) Zur Ausführung von Artikel VII Absatz 11 des NATO-Truppenstatuts und von Absatz 1 dieses Artikels wird das Königreich der Niederlande der Bundeswehr und ihren Mitgliedern denselben strafrechtlichen Schutz wie der niederländischen Truppe und ihren Mitgliedern gewähren.

Artikel 21

Abwesenheit in nicht strafrechtlichen Verfahren

Sind Mitglieder der Bundeswehr und Angehörige vorübergehend in nicht strafrechtlichen Verfahren, an denen sie beteiligt sind, am Erscheinen verhindert und wird dies dem zuständigen niederländischen Gericht oder der zuständigen niederländischen Behörde ohne schuldhaften Aufschub mitgeteilt, so wird hierauf gebührend Rücksicht genommen, damit ihnen hieraus keine rechtlichen Nachteile entstehen.

Artikel 22

Unterstützung in Vollstreckungssachen

(1) Die Behörden der Bundeswehr gewähren bei der Durchsetzung vollstreckbarer Titel in nicht strafrechtlichen Verfahren niederländischer Gerichte und Behörden alle in ihrer Macht liegende Unterstützung.

te wonen, voor zover dit tussen de Duitse autoriteiten en die van het Koninkrijk der Nederlanden eventueel wordt overeengekomen.

Artikel 19

Bevoegdheden van de militaire politie (Feldjäger)

1. In overeenstemming met de bepalingen van artikel 36, eerste lid en onverminderd de bepalingen van artikel VII, tiende lid, onder a, van het NAVO-Status Verdrag, is de Nederlandse politie, met inbegrip van de Koninklijke Marechaussee, bevoegd haar taken te verrichten in onroerende goederen die voor uitsluitend gebruik ter beschikking zijn gesteld aan de Bundeswehr, voor zover de openbare orde en veiligheid van het Koninkrijk der Nederlanden worden bedreigd of geschaad. Indien in zodanige onroerende goederen een strafrechtelijke vervolgingsmaatregel ten uitvoer moet worden gelegd, kan de Bondsrepubliek Duitsland na overleg met de Nederlandse autoriteiten over de modaliteiten, deze maatregel ook ten uitvoer doen leggen door haar eigen politie. In dat geval wordt de maatregel onverwijld ten uitvoer gelegd en, indien zulks van Nederlandse zijde wordt verlangd, in tegenwoordigheid van vertegenwoordigers van de Nederlandse autoriteiten.

2. De militaire politie (Feldjäger) van de Bundeswehr is bevoegd te patrouilleren op openbare wegen, in openbare voermiddelen, in restaurants en in alle andere voor het publiek toegankelijke plaatsen ten einde de noodzakelijke maatregelen voor de handhaving van orde en tucht ten aanzien van militairen van de Bundeswehr te treffen. De bijzonderheden inzake de uitoefening van dit recht worden in overleg vastgesteld tussen de Nederlandse autoriteiten en de autoriteiten van de Bundeswehr, die terzake wederkerig nauw contact zullen onderhouden.

3. Indien de openbare orde en veiligheid in gevaar worden gebracht of verstoord door een incident waarbij militairen van de Bundeswehr zijn betrokken, neemt de militaire politie (Feldjäger) van de Bundeswehr op verzoek van de Nederlandse autoriteiten ten aanzien van deze personen de vereiste maatregelen om de orde en tucht te handhaven of te herstellen.

Artikel 20

Veiligheid van de strijdkrachten

1. Het Koninkrijk der Nederlanden neemt die wettelijke maatregelen die het noodzakelijk acht om op zijn grondgebied de veiligheid en de bescherming te verzekeren van de Bundeswehr en haar leden.

2. Ter uitvoering van artikel VII, elfde lid, van het NAVO-Status Verdrag en van het eerste lid van dit artikel garandeert het Koninkrijk der Nederlanden dezelfde strafrechtelijke bescherming voor de Bundeswehr en haar leden als die welke het Nederlandse leger en zijn leden genieten.

Artikel 21

Niet bijwonen niet-strafrechtelijke procedures

Indien leden van de Bundeswehr en gezinsleden tijdelijk verhinderd zijn een niet-strafrechtelijke procedure waarbij zij partij zijn bij te wonen en indien de bevoegde Nederlandse rechtbank of autoriteit hiervan zonder verwijtbare vertraging in kennis wordt gesteld, wordt daarmede naar behoren rekening gehouden, opdat zij hiervan rechtens geen nadeel ondervinden.

Artikel 22

Ondersteuning bij tenuitvoerlegging

1. De autoriteiten van de Bundeswehr werken naar vermogen mede aan de tenuitvoerlegging van in kracht van gewijsde gegane rechterlijke uitspraken en andere executoriale titels (vollstreckbarer Titel) van Nederlandse rechtbanken en autoriteiten in niet-strafrechtelijke procedures.

(2)

- a) In einem nicht strafrechtlichen Verfahren kann eine Haft gegen Mitglieder der Bundeswehr oder gegen Angehörige von niederländischen Behörden und Gerichten nur angeordnet werden, um die Erfüllung einer gerichtlichen oder behördlichen Entscheidung oder Anordnung zu gewährleisten, die der Betreffende schuldhaft nicht befolgt hat oder nicht befolgt. Wegen einer Handlung oder Unterlassung in Ausübung des Dienstes darf eine Haft nicht angeordnet werden. Eine Bescheinigung der zuständigen höchsten deutschen Behörde, daß die Handlung oder Unterlassung in Ausübung des Dienstes erfolgte, ist für niederländische Stellen verbindlich. In anderen Fällen berücksichtigen die zuständigen niederländischen Stellen das Vorbringen der zuständigen höchsten deutschen Behörde, daß zwingende Interessen einer Haft entgegenstehen, in gebührender Weise.
- b) Eine Verhaftung nach diesem Absatz kann nur vorgenommen werden, nachdem die Behörden der Bundeswehr für die Ersetzung der betroffenen Person gesorgt haben, sofern sie dies für erforderlich halten. Die Behörden der Bundeswehr ergreifen unverzüglich alle zu diesem Zweck erforderlichen zumutbaren Maßnahmen und gewähren den für die Durchsetzung einer Anordnung oder Entscheidung im Einklang mit diesem Absatz verantwortlichen niederländischen Behörden alle in ihrer Macht liegende Unterstützung.

(3) Bezüge, die einem Mitglied der Bundeswehr von der Bundesrepublik Deutschland zustehen, unterliegen der Pfändung, dem Zahlungsverbot oder einer anderen Form der Zwangsvollstreckung auf Anordnung eines niederländischen Gerichts oder einer niederländischen Behörde, soweit das deutsche Recht die Zwangsvollstreckung gestattet. Die Unterstützung nach Absatz 1 schließt auch Hinweise auf Vollstreckungsmöglichkeiten in das bereits zur Auszahlung gelangte Einkommen ein.

(4) Ist die Vollstreckung eines vollstreckbaren Titels in nicht strafrechtlichen Verfahren niederländischer Gerichte und Behörden innerhalb einer Anlage der Bundeswehr durchzuführen, so wird sie durch den niederländischen Vollstreckungsbeamten im Beisein eines Beauftragten der Bundeswehr vollzogen.

Artikel 23

Vollstreckung in Zahlungsansprüche

Soll aus einem vollstreckbaren Titel niederländischer Gerichte oder Behörden gegen einen Schuldner vollstreckt werden, dem aus der Beschäftigung bei der Bundeswehr gemäß Artikel 40 oder aus unmittelbaren Lieferungen oder sonstigen Leistungen an die Bundeswehr ein Zahlungsanspruch zusteht, so gilt folgendes:

- a) Erfolgt die Zahlung durch Vermittlung einer niederländischen Behörde und wird diese von einem Vollstreckungsorgan ersucht, nicht an den Schuldner, sondern an den Pfändungsgläubiger zu zahlen, so ist die niederländische Behörde berechtigt, diesem Ersuchen im Rahmen der Vorschriften des niederländischen Rechts zu entsprechen.
- b) Erfolgt die Zahlung nicht durch Vermittlung einer niederländischen Behörde, so hinterlegen die Behörden der Bundeswehr, sofern das deutsche Recht dies nicht verbietet, auf Ersuchen eines Vollstreckungsorgans von der Summe, die sie anerkennen, dem Vollstreckungsschuldner zu schulden, den in dem Ersuchen genannten Betrag bei der zuständigen Stelle. Die Hinterlegung befreit die Bundeswehr in Höhe des hinterlegten Betrags von ihrer Schuld gegenüber dem Schuldner.

2.

- a. Een Nederlandse autoriteit of rechtbank kan in een niet-strafrechtelijke procedure leden van de Bundeswehr of gezinsleden slechts gijzelen ter verzekering van de naleving van een gerechtelijke of administratieve beslissing waaraan de betrokkene op verwijtbare wijze geen gevolg heeft gegeven of geeft. Gijzeling kan niet worden gelast ten aanzien van enig handelen of nalaten in de uitoefening van de dienst. Een officiële verklaring van de hoogste bevoegde Duitse autoriteit dat het handelen of nalaten was geschied in de uitoefening van de dienst, is bindend voor Nederlandse instanties. In andere gevallen houden de bevoegde Nederlandse instanties naar behoren rekening met het standpunt van de hoogste bevoegde Duitse autoriteit dat hogere belangen zich tegen gijzeling verzetten.
- b. Gijzeling op grond van dit lid kan slechts plaatsvinden nadat de autoriteiten van de Bundeswehr hebben gezorgd voor vervanging van betrokkene, indien zij zulks noodzakelijk achten. De autoriteiten van de Bundeswehr nemen onverwijld alle noodzakelijke en redelijkerwijs aanvaardbare maatregelen hiertoe en verlenen de Nederlandse autoriteiten die verantwoordelijk zijn voor de tenuitvoerlegging van een beslissing ingevolge dit lid alle medewerking die in hun vermogen ligt.

3. De bedragen verschuldigd door de Bondsrepubliek Duitsland aan een lid van de Bundeswehr zijn in zoverre onderworpen aan beslag of een andere vorm van executie op last van een Nederlandse rechtbank of autoriteit als door de Duitse wetgeving is toegestaan. De in het eerste lid bedoelde medewerking omvat ook het verstrekken van inlichtingen omtrent de mogelijkheid van executie op reeds uitgekeerde inkomsten.

4. Wanneer de tenuitvoerlegging op grond van een in kracht van gewijsde gegane rechterlijke uitspraak of andere executoriale titel van een Nederlandse rechtbank of autoriteit in een niet-strafrechtelijke procedure dient plaats te vinden in een inrichting van de Bundeswehr, wordt deze tenuitvoerlegging door een Nederlandse deurwaarder uitgevoerd in tegenwoordigheid van een vertegenwoordiger van de Bundeswehr.

Artikel 23

Tenuitvoerlegging bij vorderingen

Indien een in kracht van gewijsde gegane rechterlijke uitspraak of een andere executoriale titel van een Nederlandse rechtbank of autoriteit moet worden ten uitvoer gelegd tegen een schuldenaar aan wie een bedrag verschuldigd is, hetzij uit hoofde van zijn dienstbetrekking bij de Bundeswehr overeenkomstig artikel 40, hetzij uit hoofde van rechtstreekse leveranties of diensten aan de Bundeswehr, gelden de volgende bepalingen:

- a. Indien de betaling plaatsvindt door tussenkomst van een Nederlandse autoriteit, is die autoriteit, indien haar door een instantie die met de tenuitvoerlegging is belast wordt verzocht het bedrag niet aan de schuldenaar maar aan de schuldeiser die beslag heeft gelegd te betalen, gerechtigd aan dat verzoek te voldoen binnen de grenzen van de Nederlandse wettelijke voorschriften.
- b. Indien de betaling niet plaatsvindt door tussenkomst van een Nederlandse autoriteit, deponeren de autoriteiten van de Bundeswehr op verzoek van een instantie die met de tenuitvoerlegging is belast, van de geldsom die zij erkennen aan de schuldenaar tegen wie de executie plaatsvindt schuldig te zijn, het in het verzoek genoemde bedrag bij de bevoegde instantie, voor zover de Duitse wetgeving dit toelaat. Zulks strekt de Bundeswehr tot het gadeponeerde bedrag tegenover de schuldenaar tot bevrijding van haar schuld.

Artikel 24**Zustellung**

(1) Zur öffentlichen Zustellung an Mitglieder der Bundeswehr oder an Angehörige bedarf es zusätzlich der Veröffentlichung eines Auszugs des zuzustellenden Schriftstücks in der deutschen Sprache in einem von der Bundesrepublik Deutschland zu bezeichnenden Blatt.

(2) Hat ein niederländischer Zustellungsbeamter einer Person, die sich in einer Anlage der Bundeswehr befindet, ein Schriftstück zuzustellen, so trifft die für die Verwaltung der Anlage zuständige Behörde der Bundeswehr alle Maßnahmen, die erforderlich sind, damit der niederländische Zustellungsbeamte die Zustellung durchführen kann.

Artikel 25**Ladung**

Bei Ladungen von Mitgliedern der Bundeswehr oder von Angehörigen vor niederländische Gerichte oder Behörden ergreifen die Behörden der Bundeswehr, sofern nicht dringende militärische Erfordernisse dem entgegenstehen, alle im Rahmen ihrer Befugnisse liegenden Maßnahmen, um sicherzustellen, daß der Ladung Folge geleistet wird, soweit nach niederländischem Recht das Erscheinen erzwingbar ist.

Artikel 26**Geheimschutz bei Vernehmungen**

(1) Ergibt sich im Verlauf eines strafrechtlichen oder nicht strafrechtlichen Verfahrens oder einer Vernehmung vor einem Gericht oder einer Behörde der Bundesrepublik Deutschland oder des Königreichs der Niederlande, daß ein Amtsgeheimnis eines der beiden Staaten oder beider oder eine Information, die der Sicherheit eines der beiden Staaten oder beider schaden würde, preisgegeben werden könnte, so holt das Gericht oder die Behörde vorher die schriftliche Einwilligung der zuständigen Behörde dazu ein, daß das Amtsgeheimnis oder die Information preisgegeben werden darf. Erhebt die zuständige Behörde Einwendungen gegen die Preisgabe, so trifft das Gericht oder die Behörde alle in ihrer Macht stehenden Maßnahmen, einschließlich derjenigen, auf die sich Absatz 2 bezieht, um die Preisgabe zu verhüten, vorausgesetzt, daß die verfassungsmäßigen Rechte eines beteiligten Vertragsstaats dadurch nicht verletzt werden.

(2) Die niederländischen Vorschriften über den Ausschluß der Öffentlichkeit von Verhandlungen in strafrechtlichen und nicht strafrechtlichen Verfahren werden in Verfahren vor niederländischen Gerichten und Behörden, in denen eine Gefährdung der Sicherheit der Bundeswehr zu besorgen ist, entsprechend angewendet.

Artikel 27**Zeugen und Sachverständige**

Die Rechte und Vorrechte der Zeugen, Verletzten und Sachverständigen bestimmen sich nach dem Recht der Gerichte oder der Behörden, vor denen sie erscheinen. Das Gericht oder die Behörde berücksichtigt jedoch die Rechte und Vorrechte angemessen, welche Zeugen, Verletzte und Sachverständige, wenn sie Mitglieder der Bundeswehr oder Angehörige sind, vor einem deutschen Gericht, und, wenn sie nicht zu diesem Personenkreis gehören, vor einem niederländischen Gericht haben würden.

Artikel 28**Schutz von Dienstpostsendungen**

Vorbehaltlich entgegenstehender Bestimmungen im NATO-Truppenstatut oder in diesem Abkommen unterliegen Archive, Dokumente, als solche erkennbare Dienstpostsendungen und Eigentum der Bundeswehr nicht der Durchsuchung, Beschlagnahme oder Zensur durch die niederländischen Behörden, sofern auf die Immunität nicht verzichtet wird.

Artikel 24**Betekening**

1. De betekening van documenten aan leden van de Bundeswehr of aan gezinsleden door middel van openbare kennisgeving dient tevens te geschieden door middel van bekendmaking van een uittreksel van het te betekenen document in de Duitse taal in een door de Bondsrepubliek Duitsland te noemen publicatieblad.

2. Indien de betekening van een document door een Nederlandse deurwaarder moet geschieden aan een persoon die zich binnen een inrichting van de Bundeswehr bevindt, neemt de autoriteit van de Bundeswehr die verantwoordelijk is voor het beheer van de inrichting alle maatregelen die noodzakelijk zijn om de Nederlandse deurwaarder in staat te stellen de betekening te verrichten.

Artikel 25**Dagvaarding**

Indien een lid van de Bundeswehr of een gezinslid wordt gedagvaard voor een Nederlandse rechtbank of autoriteit, nemen de autoriteiten van de Bundeswehr, tenzij militaire noodzaak zich hiertegen verzet, alle onder hun bevoegdheid vallende maatregelen om ervoor te zorgen dat de betrokkene verschijnt, mits de verschijning ingevolge de Nederlandse wetgeving verplicht is.

Artikel 26**Geheimhouding bij verhoren**

1. Indien in de loop van een al dan niet strafrechtelijke procedure of een verhoor voor een rechtbank of een autoriteit van de Bondsrepubliek Duitsland of van het Koninkrijk der Nederlanden blijkt dat een staatsgeheim van één van beide Staten of van beide, of een inlichting die de veiligheid van één van beide Staten of van beide zou kunnen schaden, openbaar gemaakt zou kunnen worden, verzoekt de rechtbank of autoriteit de bevoegde autoriteit om schriftelijk haar toestemming te geven tot het openbaar maken van het staatsgeheim of de inlichting. Indien de bevoegde autoriteit bezwaar heeft tegen de openbaarmaking, neemt de rechtbank of autoriteit alle haar ter beschikking staande maatregelen, met inbegrip van die bedoeld in het tweede lid, om de openbaarmaking te voorkomen, mits daardoor geen inbreuk wordt gemaakt op de grondwettelijke rechten van één der Overeenkomstsluitende Staten.

2. De Nederlandse bepalingen aangaande behandeling met gesloten deuren in al dan niet strafrechtelijke procedures zijn van overeenkomstige toepassing in zaken voor Nederlandse rechtbanken en autoriteiten, indien de veiligheid van de Bundeswehr in gevaar dreigt te worden gebracht.

Artikel 27**Getuigen en deskundigen**

De rechten en voorrechten van getuigen, slachtoffers en deskundigen worden bepaald door de wetgeving van de rechtbank of autoriteit waarvoor zij verschijnen. Indien getuigen, slachtoffers of deskundigen lid van de Bundeswehr of gezinslid zijn, houdt de rechtbank of autoriteit naar behoren rekening met de rechten en voorrechten die zij zouden hebben voor een Duitse rechtbank, of, indien zij niet tot deze categorieën behoren, voor een Nederlandse rechtbank.

Artikel 28**Veiligheid van dienstpostzendingen**

Voor zover in enige bepaling van het NAVO-Status Verdrag of van deze Overeenkomst niet het tegendeel is bepaald, zijn archieven, documenten, als zodanig herkenbare dienstpostzendingen en eigendommen van de Bundeswehr niet vatbaar voor onderzoek, inbeslagneming of censuur door de Nederlandse autoriteiten, tenzij van die immunitet afstand wordt gedaan.

Artikel 29**Haftung**

(1) Die Abgeltung von Schäden, die durch Handlungen oder Unterlassungen der Bundeswehr und ihrer Mitglieder oder durch andere Begebenheiten, für die die Bundeswehr haftbar ist, verursacht worden sind, bestimmt sich nach Artikel VIII des NATO-Truppenstatuts und den ergänzenden Vorschriften dieses Artikels.

(2) Eine Entschädigung ist nicht zu gewähren bei einer Beschädigung von öffentlichen Wegen, Straßen, Brücken, schiffbaren Wasserstraßen und anderen öffentlichen Verkehrsanlagen infolge Benutzung durch die Bundeswehr für normale Verkehrszwecke.

(3)

a) Das Königreich der Niederlande verzichtet auf Ansprüche gegen die Bundesrepublik Deutschland wegen des Verlusts oder der Beschädigung von ihr gehörenden Sachen, die der Bundeswehr zur ausschließlichen Benutzung überlassen worden sind. Dieser Verzicht gilt nicht für Schäden, die vorsätzlich oder grob fahrlässig verursacht worden sind. Dieser Verzicht gilt auch nicht für Schäden an Sachen der Niederländischen Bahn und der Niederländischen Post.

b) Artikel VIII Absatz 2 Buchstabe f des NATO-Truppenstatuts wird auf den Verlust oder die Beschädigung von Sachen im Eigentum der Niederländischen Bahn und der Niederländischen Post sowie auf Schäden an Straßen der Niederlande nicht angewendet.

(4) Die Bundesrepublik Deutschland verzichtet auf Ansprüche gegen das Königreich der Niederlande wegen des Verlusts oder der Beschädigung von ihr gehörenden Sachen, die von einem Mitglied oder Bediensteten der niederländischen Truppe in Ausübung des Dienstes oder durch die Benutzung von Fahrzeugen, Schiffen oder Flugzeugen der niederländischen Truppe verursacht werden, vorausgesetzt, daß es sich um Sachen handelt, die von der Bundeswehr benutzt werden und sich im Königreich der Niederlande befinden. Dieser Verzicht gilt nicht für Schäden, die vorsätzlich oder grob fahrlässig verursacht worden sind.

(5) Artikel VIII Absatz 5 des NATO-Truppenstatuts und dieser Artikel sind nicht anzuwenden auf Schäden, die Mitgliedern der Bundeswehr durch Handlungen oder Unterlassungen anderer Mitglieder der Bundeswehr oder durch andere Begebenheiten verursacht worden sind, für welche die Bundeswehr haftbar ist.

(6) Die Haftung der Bundeswehr wird dadurch, daß ihr Befreiungen von niederländischen Vorschriften zustehen, nicht berührt. Stehen der niederländischen Truppe gleiche Befreiungen zu, so ist eine Entschädigung nur zu gewähren, wenn und soweit auch für Schäden, welche die niederländische Truppe verursacht, eine Entschädigung zu gewähren ist.

(7)

a) Ist durch ein Ereignis, das einen nach Artikel VIII Absatz 5 des NATO-Truppenstatuts abzugeltenden Schaden eines Dritten verursacht hat, auch der Bundesrepublik Deutschland ein Schaden entstanden und ist der Dritte für diesen Schaden entschädigungspflichtig, so ist der Entschädigungsanspruch der Bundesrepublik Deutschland gegen den Entschädigungsanspruch des Dritten aufzurechnen.

b) Nach Maßgabe von Verwaltungsabkommen macht das Königreich der Niederlande auf Antrag der Bundesrepublik Deutschland Ansprüche, die ihr wegen eines im Königreich der Niederlande verursachten Schadens gegen im Königreich der Niederlande ansässige Personen entstanden sind, für sie geltend; dies gilt nicht für vertragliche Ansprüche. Aufwendungen, die dem Königreich der Niederlande bei der Geltendmachung der Ansprüche außerhalb der allgemeinen Kosten der Verwaltung entstehen, werden ihr von der Bundesrepublik Deutschland erstattet.

Artikel 29**Aansprakelijkheid**

1. De regeling van vorderingen terzake van schade veroorzaakt door een handelen of nalaten van de Bundeswehr en haar leden of door andere voorvallen waarvoor de Bundeswehr aansprakelijk is, wordt beheerst door de bepalingen van artikel VIII van het NAVO-Status Verdrag en de aanvullende bepalingen van dit artikel.

2. Geen schadeloosstelling wordt betaald in geval van schade aan openbare wegen, bruggen, bevaarbare waterwegen en andere openbare verkeerswerken, voortvloeiende uit het gebruik daarvan door de Bundeswehr voor normale verkeersdoeleinden.

3.

a. Het Koninkrijk der Nederlanden doet afstand van al zijn vorderingen op de Bondsrepubliek Duitsland ter zake van verlies van of schade aan eigendommen van het Koninkrijk der Nederlanden die uitsluitend voor het gebruik van de Bundeswehr ter beschikking zijn gesteld. Deze afstand is niet van toepassing op schade die opzettelijk of door grove nalatigheid is veroorzaakt. Deze afstand is ook niet van toepassing op schade aan eigendommen van de Nederlandse Spoorwegen of de Nederlandse posten.

b. De bepalingen van artikel VIII, tweede lid, onder f, van het NAVO-Status Verdrag zijn niet van toepassing op verlies van of schade aan eigendommen van de Nederlandse Spoorwegen of de Nederlandse posten noch op schade aan Nederlandse wegen.

4. De Bondsrepubliek Duitsland doet afstand van al haar vorderingen op het Koninkrijk der Nederlanden ter zake van verlies van of schade aan eigendommen van de Bondsrepubliek Duitsland veroorzaakt door leden of werknemers van de Nederlandse strijdkrachten in de uitoefening van hun dienst of door het gebruik van voertuigen, vaartuigen of luchtvaartuigen van de Nederlandse strijdkrachten, mits die eigendommen door de Bundeswehr worden gebruikt en zij zich in het Koninkrijk der Nederlanden bevinden. Deze afstand is niet van toepassing op schade die opzettelijk of door grove nalatigheid is veroorzaakt.

5. De bepalingen van artikel VIII, vijfde lid, van het NAVO-Status Verdrag en van dit artikel zijn niet van toepassing op schade, geleden door leden van de Bundeswehr en veroorzaakt door een handelen of nalaten van andere leden van de Bundeswehr of door andere voorvallen waarvoor de Bundeswehr aansprakelijk is.

6. De aansprakelijkheid van de Bundeswehr wordt niet beïnvloed door de omstandigheid dat zij onttrokken is aan de Nederlandse voorschriften. Indien de Nederlandse strijdkrachten dezelfde vrijstellingen genieten, behoeft alleen schadeloosstelling te worden betaald indien en voor zover schadeloosstelling dient te worden betaald voor schade veroorzaakt door de Nederlandse strijdkrachten.

7.

a. Indien ten gevolge van een voorval aan een derde schade is toegebracht die met toepassing van artikel VIII, vijfde lid, van het NAVO-Status Verdrag wordt afgewikkeld en er ten gevolge van hetzelfde voorval eveneens schade is toegebracht aan de Bondsrepubliek Duitsland, worden, indien de derde aansprakelijk is voor het vergoeden van die schade, de vordering van de Bondsrepubliek Duitsland en de vordering van de derde gecompenseerd.

b. Het Koninkrijk der Nederlanden maakt in overeenstemming met administratieve overeenkomsten en op verzoek van de Bondsrepubliek Duitsland namens de Bondsrepubliek Duitsland vorderingen geldend tegen in het Koninkrijk der Nederlanden verblijvende personen, welke vorderingen voortvloeien uit schade die aldaar aan de Bondsrepubliek Duitsland is toegebracht; dit is niet van toepassing op contractuele vorderingen. De kosten die het Koninkrijk der Nederlanden bij het geldend maken van vorderingen maakt, worden, voor zover zij de algemene administratieve kosten te boven gaan, door de Bondsrepubliek Duitsland vergoed.

(8)

- a) Mit Ausnahme von Fällen, in denen nicht festgestellt werden kann, ob die niederländische Truppe oder die Bundeswehr für den Verlust oder Schaden verantwortlich ist, stellt die Bundeswehr Bescheinigungen über die in Artikel VIII Absatz 8 des NATO-Truppenstatuts genannten Fragen aus; auf Ersuchen der niederländischen Behörde überprüft sie diese Bescheinigungen, falls eine niederländische Behörde oder ein niederländisches Gericht bei der Prüfung des Entschädigungsantrags zu der Ansicht gelangt, daß Umstände vorliegen, die zu einer von dem Inhalt der Bescheinigung abweichenden Beurteilung der Frage führen können.
- b) Bleibt eine Meinungsverschiedenheit bestehen, die nicht in weiteren, zwischen den beiden Parteien auf höherer Ebene geführten Erörterungen beseitigt werden kann, so ist das in Artikel VIII Absatz 8 des NATO-Truppenstatuts vorgesehene Verfahren anzuwenden.
- c) Die niederländischen Behörden oder Gerichte treffen ihre Entscheidung auf der Grundlage der Bescheinigung oder gegebenenfalls der Entscheidung des Schiedsrichters.

(9)

- a) Artikel VIII des NATO-Truppenstatuts und dieser Artikel werden auf die Schäden angewendet, die nach dem Inkrafttreten dieses Abkommens verursacht werden oder als nach diesem Zeitpunkt verursacht gelten.
- b) Auf Schäden, die vor dem Inkrafttreten dieses Abkommens verursacht worden sind oder als vor diesem Zeitpunkt verursacht gelten, werden die bis dahin geltenden Vorschriften weiter angewendet.

(10) Zur Regelung des Verfahrens zwischen den niederländischen Behörden und den Behörden der Bundeswehr bei der Abgeltung von Schäden werden Verwaltungsabkommen geschlossen.

Artikel 30

Manöver und andere Übungen

(1) Soweit die Bundeswehr ihre Ausbildung nicht ohne Beeinträchtigung ihrer Ausbildungsziele auf den ihr zur ausschließlichen Benutzung oder Mitbenutzung überlassenen Liegenschaften durchführen kann, hat sie auf der Grundlage dieses Artikels vorbehaltlich der Zustimmung des niederländischen Verteidigungsministers das Recht, außerhalb dieser Liegenschaften Manöver und andere Übungen in dem Umfang durchzuführen, der zur Erfüllung ihrer Aufgabe erforderlich ist. Die Entscheidung des niederländischen Verteidigungsministers wird unter angemessener Abwägung aller Gesichtspunkte getroffen, die sich aus mehrseitigen oder zweiseitigen Vereinbarungen ergeben, denen das Königreich der Niederlande und die Bundesrepublik Deutschland als Vertragsstaat angehören; hierzu gehören die durch den Obersten Befehlshaber der Verbündeten Streitkräfte in Europa und andere Behörden der Nordatlantikvertragsorganisation oder durch zuständige europäische Stellen festgelegten Ausbildungserfordernisse. Die Durchführung von oder Teilnahme an Manövern und anderen Übungen nach diesem Artikel durch Truppenteile, die zu diesem Zwecke in das Königreich der Niederlande kommen, bedarf der Zustimmung der zuständigen niederländischen Behörden. Die Verfahren zur Anmeldung, Koordinierung und Genehmigung von Manövern und anderen Übungen werden durch ein gesondertes Abkommen geregelt.

(2) Für die Abhaltung von Manövern und anderen Übungen nach Absatz 1 gelten die maßgebenden Vorschriften des niederländischen Rechts. Über diese Vorschriften erteilen oder vermitteln die niederländischen militärischen Behörden auf Ersuchen der Behörden der Bundeswehr Auskunft. Die zuständigen niederländischen Behörden nehmen rechtzeitig mit den Behörden der Bundesrepublik Deutschland Erörterungen auf über vorgesehene grundlegende Änderungen des niederländischen Rechts, welche die Abhaltung von Manövern und anderen Übungen wesentlich beeinträchtigen können.

8.

- a. Behalve in gevallen waarin het niet mogelijk is vast te stellen of de Nederlandse krijgsmacht of de Bundeswehr voor het verlies of de schade verantwoordelijk is, verstrekt de Bundeswehr een verklaring inzake de in artikel VIII, achtste lid, van het NAVO-Status Verdrag bedoelde vragen; zij neemt op verzoek van de Nederlandse autoriteiten een zodanige verklaring opnieuw in beschouwing indien gedurende het onderzoek van een vordering een Nederlandse autoriteit of een Nederlandse rechtbank tot het inzicht mocht komen dat er omstandigheden bestaan die tot een ander oordeel zouden kunnen leiden dan in de verklaring is neergelegd.
- b. Indien er een verschil van mening blijft bestaan dat niet kan worden opgelost door middel van nadere besprekingen tussen de twee partijen op hoger niveau, wordt de procedure gevolgd die is neergelegd in artikel VIII, achtste lid, van het NAVO-Status Verdrag.
- c. De Nederlandse autoriteiten of rechtbanken nemen hun beslissingen op grond van de verklaring onderscheidenlijk de beslissing van de arbiter.

9.

- a. De bepalingen van artikel VIII van het NAVO-Status Verdrag en van dit artikel zijn van toepassing op schades die zijn veroorzaakt of worden geacht te zijn veroorzaakt na de inwerkingtreding van deze Overeenkomst.
- b. Schades die zijn veroorzaakt vóór de inwerkingtreding van deze Overeenkomst of die worden geacht voordien te zijn veroorzaakt, worden behandeld in overeenstemming met de regelingen die tot dat tijdstip van toepassing waren.

10. Ter regeling van de tussen de Nederlandse autoriteiten en de autoriteiten van de Bundeswehr te volgen procedure bij de afwikkeling van schadevorderingen worden administratieve overeenkomsten gesloten.

Artikel 30

Manoeuvres en andere oefeningen

1. Voor zover de Bundeswehr haar oefenprogramma niet kan uitvoeren op de haar voor uitsluitend gebruik of medegebruik ter beschikking gestelde onroerende goederen, zonder aan de oefeningsdoelenden afbreuk te doen, heeft de Bundeswehr op grond van dit artikel het recht, onder voorbehoud van toestemming van de Nederlandse minister van Defensie, buiten deze onroerende goederen manoeuvres en andere oefeningen uit te voeren in de mate die nodig is ter vervulling van haar taak. De beslissing van de Nederlandse minister van Defensie wordt genomen nadat naar behoren rekening is gehouden met alle aspecten die voortvloeien uit multilaterale of bilaterale overeenkomsten waarbij het Koninkrijk der Nederlanden en de Bondsrepubliek Duitsland partij zijn, met inbegrip van de door de Geallieerde Opperbevelhebber in Europa of andere autoriteiten van de Noord-Atlantische Verdragsorganisatie of de bevoegde Europese autoriteiten vastgestelde oefeningseisen. Voor het uitvoeren van of de deelneming aan manoeuvres of andere oefeningen in overeenstemming met dit artikel door onderdelen van de krijgsmacht die voor dit doel naar het Koninkrijk der Nederlanden komen, is de toestemming van de bevoegde Nederlandse autoriteiten vereist. De procedures voor kennisgeving, coördinering en goedkeuring van manoeuvres en andere oefeningen worden geregeld in een afzonderlijke overeenkomst.

2. Op het uitvoeren van manoeuvres en andere oefeningen in overeenstemming met het eerste lid van dit artikel zijn de desbetreffende bepalingen van de Nederlandse wetgeving van toepassing. Op verzoek van de autoriteiten van de Bundeswehr verstreken de Nederlandse militaire autoriteiten informatie over deze bepalingen of doen zij deze verstrekken. De bevoegde Nederlandse autoriteiten voeren tijdig besprekingen met de autoriteiten van de Bondsrepubliek Duitsland over verwachte fundamentele wijzigingen in Nederlandse wettelijke bepalingen die wezenlijk afbreuk kunnen doen aan het uitvoeren van manoeuvres en andere oefeningen.

Artikel 31**Manöver und Übungen im Luftraum**

(1) Die Bundeswehr hat auf der Grundlage dieses Artikels vorbehaltlich der Zustimmung der zuständigen niederländischen Behörden das Recht, Manöver und andere Übungen im Luftraum des Königreichs der Niederlande in dem Umfang durchzuführen, der zur Erfüllung ihrer Aufgabe erforderlich ist. Die Entscheidung der zuständigen niederländischen Behörden wird unter angemessener Abwägung aller Gesichtspunkte getroffen, die sich aus mehrseitigen oder zweiseitigen Vereinbarungen ergeben, denen die Bundesrepublik Deutschland und das Königreich der Niederlande als Vertragsstaat angehören; hierzu gehören die durch den Obersten Befehlshaber der Verbündeten Streitkräfte in Europa und andere Behörden der Nordatlantikvertragsorganisation oder durch zuständige europäische Stellen festgelegten Ausbildungs-erfordernisse.

(2) Für die Abhaltung von Manövern und anderen Übungen nach Absatz 1 gelten die niederländischen Vorschriften über den Einflug in den niederländischen Luftraum und seine Benutzung sowie die Inanspruchnahme von Anlagen und Einrichtungen der Luftfahrt sowie die geltenden Anmeldungs-, Zustimmungs- und Koordinierungsverfahren, wie sie in den entsprechenden Gesetzen, sonstigen Vorschriften und Veröffentlichungen enthalten sind. Die zuständigen niederländischen Behörden nehmen rechtzeitig mit den Behörden der Bundesrepublik Deutschland Erörterungen auf über vorgesehene Änderungen der niederländischen Vorschriften oder Verwaltungsbestimmungen betreffend den Einflug in den niederländischen Luftraum und seine Benutzung sowie die Inanspruchnahme von Einrichtungen und Anlagen der Luftfahrt. Die Vertragsstaaten bedienen sich der in diesem Bereich zuständigen Organisationen, um solche Änderungen zu erörtern.

(3) Für Außenlandungen sowie für Fallschirmsprünge und -abwürfe auf Liegenschaften, die der Bundeswehr nicht zur ständigen Benutzung überlassen worden sind, gilt Artikel 30.

(4) Niederländische Vorschriften über den Einflug in den niederländischen Luftraum, seine Benutzung und die Inanspruchnahme von Anlagen und Einrichtungen der Luftfahrt sowie die geltenden Anmeldungs-, Zustimmungs- und Koordinierungsverfahren, wie sie in den entsprechenden Gesetzen, sonstigen Vorschriften und Veröffentlichungen enthalten sind, umfassen das Luftverkehrsgesetz in seiner jeweils geltenden Fassung und die hierzu erlassenen Verordnungen und Verwaltungsregelungen zivil und militärischer Art sowie die in dem AFCENT LOW FLYING HANDBOOK oder einer entsprechenden Nachfolgepublikation veröffentlichten einschlägigen Verfahren und innerstaatlichen Vorschriften. Neben den Bestimmungen dieses Artikels gelten Vereinbarungen – nebst etwaigen zukünftigen Änderungen – über die Durchführung von Manövern und anderen Übungen in niederländischem Luftraum, die das Königreich der Niederlande und die Bundesrepublik Deutschland geschlossen haben oder schließen werden, so lange fort, bis sie ersetzt oder gekündigt werden.

(5) Zu den in Absatz 2 genannten zuständigen Organisationen gehören auch die AFCENT LOW FLYING WORKING GROUP oder eine entsprechende Nachfolgeorganisation.

Artikel 32**Sach- und Dienstleistungen**

(1) Das Königreich der Niederlande gewährt der Bundeswehr auf dem Gebiet der Lieferungen und Leistungen keine ungünstigere Behandlung als der niederländischen Truppe.

(2) Im Hinblick auf gegebenenfalls erforderliche Maßnahmen im Sinne von Artikel IX Absatz 2 Satz 2 des NATO-Truppenstatuts teilen die Behörden der Bundeswehr den niederländischen

Artikel 31**Manoeuvres en andere oefeningen in het luchtruim**

1. De Bundeswehr heeft op grond van dit artikel het recht, onder voorbehoud van toestemming van de bevoegde Nederlandse autoriteiten, in het luchtruim van het Koninkrijk der Nederlanden manoeuvres en andere oefeningen uit te voeren in de mate die nodig is ter vervulling van haar taak. De beslissing van de bevoegde Nederlandse autoriteiten wordt genomen nadat naar behoren rekening is gehouden met alle aspecten die voortvloeien uit multilaterale of bilaterale overeenkomsten waarbij het Koninkrijk der Nederlanden en de Bondsrepubliek Duitsland partij zijn, met inbegrip van de door de Geallieerde Opperbevelhebber in Europa en andere autoriteiten van de Noord-Atlantische Verdragsorganisatie of de bevoegde Europese autoriteiten vastgestelde opleidingseisen.

2. Op het uitvoeren van manoeuvres en andere oefeningen in overeenstemming met het eerste lid van dit artikel zijn de Nederlandse voorschriften inzake het binnenvliegen en het gebruik van het Nederlandse luchtruim en inzake het gebruik van luchtvaartinstallaties en -inrichtingen van toepassing, alsmede de toepasselijke procedures betreffende kennisgeving, goedkeuring en coördinatie als vervat in de desbetreffende wetten, voorschriften en bekendmakingen. De bevoegde Nederlandse autoriteiten voeren tijdig besprekingen met de autoriteiten van de Bondsrepubliek Duitsland over verwachte wijzigingen in Nederlandse voorschriften of administratieve bepalingen betreffende het binnenvliegen en het gebruik van het Nederlandse luchtruim en het gebruik van luchtvaartinstallaties en -inrichtingen. De Overeenkomstsluitende Staten wenden zich tot de op dit terrein bevoegde organisaties om die wijzigingen te bespreken.

3. De bepalingen van artikel 30 zijn zowel van toepassing op landingen buiten de luchtvaartterreinen als op parachutesprongen of het afwerpen van voorwerpen per parachute op terreinen die niet voor permanent gebruik ter beschikking van de Bundeswehr zijn gesteld.

4. Nederlandse voorschriften inzake het binnenvliegen en het gebruik van het Nederlandse luchtruim en het gebruik van luchtvaartinstallaties en -inrichtingen, alsmede de toepasselijke procedures betreffende kennisgeving, goedkeuring en coördinatie als vervat in de desbetreffende wetten, voorschriften en bekendmakingen omvatten mede de wetgeving inzake het luchtverkeer in de dan van kracht zijnde versie, en de uit hoofde daarvan uitgevaardigde voorschriften, civiele en militaire administratieve regels, alsook relevante procedures en nationale voorschriften als bekendgemaakt in het AFCENT LOW FLYING HANDBOOK of latere publicaties. Naast de bepalingen van dit artikel zijn overeenkomsten – en eventuele toekomstige wijzigingen daarop – inzake het uitvoeren van manoeuvres en andere oefeningen in het Nederlandse luchtruim die het Koninkrijk der Nederlanden en de Bondsrepubliek Duitsland hebben gesloten of zullen sluiten van toepassing, totdat deze worden vervangen of opgezegd.

5. De in het tweede lid van dit artikel genoemde bevoegde organisaties omvatten mede de AFCENT LOW FLYING WORKING GROUP of een organisatie waardoor deze wordt opgevolgd.

Artikel 32**Levering van goederen en diensten**

1. Ter zake van de levering van goederen en diensten doet het Koninkrijk der Nederlanden de Bundeswehr een behandeling ten deel vallen die niet minder gunstig is dan die welke de Nederlandse strijdkrachten ontvangen.

2. Met het oog op de maatregelen die eventueel ingevolge het bepaalde in artikel IX, tweede lid, tweede volzin, van het NAVO-Status Verdrag noodzakelijk blijken, delen de autoriteiten van de

Behörden auf Antrag ihren Bedarf auf bestimmten Gebieten der Beschaffung mit.

(3) Die Bundeswehr kann die von ihr benötigten Lieferungen und Leistungen entweder unmittelbar beschaffen oder nach vorheriger Vereinbarung durch die zuständigen niederländischen Behörden beschaffen lassen. Die Durchführung von Verkehrsleistungen ist in Artikel 41 geregelt.

(4) Beschaffen die Behörden der Bundeswehr unmittelbar, so

- a) können sie dies nach dem bei ihnen üblichen Verfahren tun, jedoch unter Beachtung der im Königreich der Niederlande für öffentliche Aufträge anzuwendenden Grundsätze, die sich aus den Vorschriften über den Wettbewerb, über die Berücksichtigung bevorzugter Bewerber sowie über die Preise bei öffentlichen Aufträgen ergeben;
- b) unterrichten sie die niederländischen Behörden über Gegenstand und Umfang des Auftrags, den Namen des Auftragnehmers und den vereinbarten Preis, sofern es sich nicht um geringfügige Aufträge handelt.

(5) Beschaffen die Behörden der Bundeswehr durch die niederländischen Behörden, so

- a) geben sie diesen rechtzeitig ihren Bedarf mit allen Einzelheiten, vor allem mit den technischen Angaben und den besonderen Lieferungs- und Zahlungsbedingungen, bekannt;
- b) werden die Verträge über Lieferungen und Leistungen zwischen den niederländischen Behörden und dem Auftragnehmer abgeschlossen; die niederländischen Rechts- und Verwaltungsvorschriften für öffentliche Aufträge sind anzuwenden;
- c) beteiligen die niederländischen Behörden, unbeschadet ihrer ausschließlichen Zuständigkeit gegenüber dem Auftragnehmer, die Behörden der Bundeswehr an dem Beschaffungsverfahren, soweit es erforderlich ist, um deren Interessen angemessen zu berücksichtigen; insbesondere wird der Auftrag nicht erteilt oder nicht geändert ohne schriftliche Zustimmung der Behörden der Bundeswehr; vorbehaltlich abweichender Vereinbarung erfolgt die Abnahme gemeinsam;
- d) ersetzt die Bundesrepublik Deutschland dem Königreich der Niederlande
 - alle Aufwendungen, zu denen sie nach niederländischem Recht betreffend öffentlicher Aufträge verpflichtet ist, jedoch Aufwendungen auf Grund eines außergerichtlichen Vergleichs nur dann, wenn die Bundeswehr ihm zugestimmt hat;
 - Zahlungen, die mit Zustimmung der Bundeswehr ohne Anerkennung einer Rechtspflicht geleistet werden;
 - Aufwendungen, die aus Maßnahmen der niederländischen Behörden zur Wahrnehmung der Interessen der Bundeswehr in Nottfällen entstehen und nicht vom Auftragnehmer zu tragen sind;
- e) stellen sie die erforderlichen Mittel zu einem Zeitpunkt zur Verfügung, der die Zahlung bei Fälligkeit ermöglicht;
- f) sind sie nach Maßgabe zu schließender Vereinbarungen berechtigt, die Unterlagen über die von den zuständigen niederländischen Zahlstellen geleisteten Zahlungen zu prüfen;
- g) werden die Einzelheiten des Verfahrens nach den Buchstaben a, c, d, e und f durch Verwaltungsabkommen zwischen den niederländischen Behörden und den Behörden

Bundeswehr an die Nederlandse autoriteiten – indien deze hierom verzoeken – hun behoeften op bepaalde gebieden van bevoorradiging mede.

3. De Bundeswehr kan zich de goederen en diensten die zij nodig heeft hetzij rechtstreeks, hetzij – na voorafgaande afspraak – door bemiddeling van de bevoegde Nederlandse autoriteiten verschaffen. De uitvoering van vervoersdiensten is geregeld in artikel 41.

4. Indien de autoriteiten van de Bundeswehr zich rechtstreeks goederen en diensten verschaffen,

- a. kunnen zij de bij hen gebruikelijke procedure volgen, mits met inachtneming van de in het Koninkrijk der Nederlanden geldende beginselen met betrekking tot aanschaffingen voor de openbare dienst, welke beginselen zijn neergelegd in de voorschriften inzake de mededinging, preferente inschrijvers en de prijzen die van toepassing zijn op aanschaffingen voor de openbare dienst;
- b. stellen zij de Nederlandse autoriteiten in kennis van de aard en de omvang van de bestelling, de naam van de leverancier en de overeengekomen prijs, tenzij het bestellingen van ondergeschikt belang betreft.

5. Indien de autoriteiten van de Bundeswehr zich goederen en diensten verschaffen door bemiddeling van de Nederlandse autoriteiten,

- a. delen zij hun behoeften tijdig en in bijzonderheden mede aan de Nederlandse autoriteiten, onder vermelding van met name de technische specificaties en de bijzondere voorwaarden inzake aflevering en betaling;
- b. worden de contracten met betrekking tot goederen en diensten gesloten tussen de Nederlandse autoriteiten en de leveranciers; de Nederlandse wettelijke en administratieve voorschriften inzake aanschaffingen voor de openbare dienst zijn van toepassing;
- c. staan de Nederlandse autoriteiten – onverminderd hun uitsluitende bevoegdheid tegenover de leverancier – aan de autoriteiten van de Bundeswehr toe deel te nemen aan het sluiten en uitvoeren van contracten voor zover dit nodig is om hun belangen voldoende tot hun recht te doen komen; in het bijzonder worden geen contracten gesloten of gewijzigd zonder schriftelijke toestemming van de autoriteiten van de Bundeswehr; de afname van de goederen en diensten geschiedt gemeenschappelijk, tenzij anders is overeengekomen;
- d. betaalt de Bondsrepubliek Duitsland aan het Koninkrijk der Nederlanden terug:
 - alle uitgaven die volgens de Nederlandse wetgeving met betrekking tot aanschaffingen voor de openbare dienst ten laste komen van het Koninkrijk der Nederlanden, met dien verstande dat uitgaven ten gevolge van een buitenrechtelijk akkoord alleen worden terugbetaald indien de Bundeswehr in het sluiten van het akkoord heeft toegestemd;
 - onverschuldigde betalingen gedaan met toestemming van de Bundeswehr;
 - uitgaven voortvloeiende uit maatregelen door de Nederlandse autoriteiten in noodgevallen genomen ter bescherming van de belangen van de Bundeswehr, voor zover deze uitgaven niet ten laste gebracht kunnen worden van de leverancier;
- e. stellen de autoriteiten van de Bundeswehr de noodzakelijke geldmiddelen zo tijdig beschikbaar, dat de betalingen op de vervaldagen kunnen plaatsvinden;
- f. zijn de autoriteiten van de Bundeswehr gerechtigd om op een schriftelijk nader overeen te komen wijze de bescheiden met betrekking tot betalingen verricht door de daartoe bevoegde Nederlandse instanties te verifiëren;
- g. worden de details van de in dit lid onder a, c, d, e en f bedoelde procedures geregeld bij administratieve overeenkomsten tussen de Nederlandse autoriteiten en de autoriteiten van de

der Bundeswehr geregelt, insbesondere mit dem Ziel, eine fristgemäße Durchführung des Beschaffungsverfahrens sicherzustellen.

Artikel 33

Liegenschaftsbedarf

(1)

- a) Der Liegenschaftsbedarf der Bundeswehr wird nach Maßgabe des NATO-Truppenstatuts und dieses Abkommens gedeckt.
- b) Der Liegenschaftsbedarf der Bundeswehr wird bei den niederländischen Behörden in regelmäßigen Abständen in Form von Programmen angemeldet. Außerhalb dieser Programme melden die Behörden der Bundeswehr Liegenschaftsbedarf nur in dringenden Fällen an. Die Anmeldungen enthalten im einzelnen die von der Bundeswehr aufgestellten näheren Angaben, insbesondere über das ungefähre Gebiet, die Größe, den vorgesehenen Verwendungszweck, die voraussichtliche Dauer des Bedarfs und die Bereitstellungsfristen.
- c) Über die Deckung des Liegenschaftsbedarfs werden Vereinbarungen zwischen den Behörden der Bundeswehr und den niederländischen Behörden geschlossen. Diese Vereinbarungen erstrecken sich auch auf den Zugang zu den Liegenschaften (Straßen-, Schienen- oder Wasserweg) sowie gegebenenfalls auf die in Artikel 45 bezeichneten Kosten. Die niederländischen Behörden führen die nach den Vereinbarungen zu treffenden Maßnahmen durch.
- d) Die niederländischen Behörden benennen auf Antrag die Betriebe, denen die Versorgung der Bundeswehr mit Wasser, Gas und Elektrizität sowie die Abwasserbehandlung obliegt und mit denen Verträge geschlossen werden können. Soweit der Bedarf der Bundeswehr nicht im Wege von Verträgen zwischen den Behörden der Bundeswehr und den betreffenden Betrieben gedeckt werden kann, wird zwischen den niederländischen Behörden und den Behörden der Bundeswehr, wenn letztere es beantragen, eine Vereinbarung über die Deckung dieses Bedarfs geschlossen. Die niederländischen Behörden treffen geeignete Maßnahmen, um die Durchführung der Vereinbarung sicherzustellen; hierunter fällt gegebenenfalls auch der Abschluß von Verträgen.

(2) Über die der Bundeswehr nach Maßgabe von Absatz 1 zu überlassenden Liegenschaften werden schriftliche Überlassungsvereinbarungen geschlossen, die Angaben über Größe, Art, Lage, Zustand und Ausstattung der Liegenschaft sowie über die Einzelheiten ihrer Benutzung enthalten. Die Liegenschaften werden ausschließlich der Bundeswehr zur Belegung und Benutzung überlassen, soweit nicht zwischen den niederländischen Behörden und den Behörden der Bundeswehr etwas anderes vereinbart wird.

(3) Die Bundeswehr ist für die zur ordnungsgemäßen Erhaltung der ihr überlassenen Liegenschaften erforderliche Instandsetzung und Instandhaltung verantwortlich, es sei denn, daß bei entgeltlich überlassenen Liegenschaften in den gemäß Absatz 2 geschlossenen Überlassungsvereinbarungen etwas anderes vereinbart ist.

(4) Für die Rückgabe von Liegenschaften durch die Bundeswehr gilt folgendes:

- a) Die Behörden der Bundeswehr überprüfen laufend ihren Bedarf an Liegenschaften, um eine Beschränkung der von ihnen benutzten Liegenschaften an Zahl und Umfang auf das erforderliche Mindestmaß zu gewährleisten. Darüber hinaus überprüfen sie ihren Bedarf in besonderen Einzelfällen auf Verlangen der niederländischen Behörden. Unbeschadet etwaiger besonderer Vereinbarungen über die Benutzungs-

Bundeswehr, in het bijzonder ter verzekering van uitvoering van de aanschaffings-procedure binnen de gestelde termijn.

Artikel 33

Behoeftte aan onroerende goederen

1.

- a. In de behoeften van de Bundeswehr aan onroerende goederen wordt voorzien in overeenstemming met het NAVO-Status Verdrag en de bepalingen van deze Overeenkomst.
- b. De behoeften van de Bundeswehr aan onroerende goederen worden door middel van periodiek in te dienen schema's ter kennis gebracht van de Nederlandse autoriteiten. Buiten deze schema's delen de autoriteiten van de Bundeswehr slechts in noodgevallen hun behoeften aan onroerende goederen mede. Deze mededelingen behelzen door de Bundeswehr vastgestelde gedetailleerde gegevens die in het bijzonder betrekking hebben op de bij benadering aangegeven ligging van het gebied, de omvang, het voorgestelde gebruik, de geschatte duur van de behoefte en de data waarop de onroerende goederen ter beschikking moeten worden gesteld.
- c. De autoriteiten van de Bundeswehr sluiten met de Nederlandse autoriteiten overeenkomsten inzake de voorziening in hun behoeften aan onroerende goederen. Deze overeenkomsten strekken zich tevens uit tot de toegang tot de onroerende goederen (wegen, spoorwegen of waterwegen) en, in voorkomende gevallen, tot de kosten bedoeld in artikel 45. De Nederlandse autoriteiten voeren de ingevolge deze overeenkomsten te treffen maatregelen uit.
- d. De Nederlandse autoriteiten wijzen op verzoek de ondernemingen aan die verantwoordelijk zijn voor de levering aan de Bundeswehr van water, gas en elektriciteit of voor de afvoer van afvalwater, met welke ondernemingen contracten kunnen worden gesloten. Voor zover in de behoeften van de Bundeswehr niet kan worden voorzien door middel van contracten tussen de autoriteiten van de Bundeswehr en de betrokken ondernemingen, wordt inzake de voorziening in deze behoeften een overeenkomst gesloten tussen de Nederlandse autoriteiten en de autoriteiten van de Bundeswehr, indien laatstgenoemden hierom verzoeken. De Nederlandse autoriteiten nemen passende maatregelen om de nakoming van deze overeenkomst te verzekeren, zo nodig door het sluiten van contracten.

2. Met betrekking tot de overeenkomstig het eerste lid aan de Bundeswehr ter beschikking te stellen onroerende goederen worden speciale schriftelijke overeenkomsten gesloten; deze overeenkomsten bevatten gegevens betreffende de omvang, de aard, de plaats, de toestand en de inventaris van de onroerende goederen, alsmede de bijzonderheden betreffende het gebruik ervan. De onroerende goederen worden uitsluitend aan de Bundeswehr voor legering en gebruik ter beschikking gesteld, voor zover niet anders is overeengekomen tussen de Nederlandse autoriteiten en de autoriteiten van de Bundeswehr.

3. De Bundeswehr is verantwoordelijk voor de uitvoering van de herstel- en onderhoudswerkzaamheden die nodig zijn om de ter beschikking gestelde onroerende goederen in goede staat van onderhoud te houden, tenzij met betrekking tot de tegen betaling ter beschikking gestelde onroerende goederen in de overeenkomsten gesloten ingevolge het tweede lid anders is bepaald.

4. De volgende bepalingen zijn van toepassing op de teruggave van onroerende goederen door de Bundeswehr:

- a. De autoriteiten van de Bundeswehr controleren voortdurend hun behoeften aan onroerende goederen, teneinde te verzekeren dat het aantal en de omvang van de door hen gebruikte onroerende goederen worden beperkt tot het minimaal vereiste. Bovendien verifiëren zij op verzoek van de Nederlandse autoriteiten hun behoeften in individuele gevallen. Behoudens eventuele bijzondere overeenkomsten inzake de

dauer werden Liegenschaften, die nicht mehr benötigt werden oder für die eine Ersatzliegenschaft, die den Bedürfnissen der Bundeswehr entspricht, verfügbar gemacht wird, nach vorheriger Mitteilung an die niederländischen Behörden unverzüglich zurückgegeben.

- b) Absatz a gilt entsprechend, wenn die Bundeswehr eine Liegenschaft nicht mehr in vollem Umfange benötigt und eine Teilrückgabe möglich ist.
- c) Unbeschadet Buchstabe a tragen die Behörden der Bundeswehr in Fällen, in denen unter Berücksichtigung der gemeinsamen Verteidigungsaufgabe eindeutig ein überwiegendes niederländisches Interesse an der Benutzung einer Liegenschaft besteht, Freigabeanträgen der niederländischen Behörden in angemessener Weise Rechnung.
- d) Liegenschaften, die nach dem Inkrafttreten dieses Abkommens der Bundeswehr für einen begrenzten Zeitraum überlassen worden sind, werden mit dem Ablauf dieses Zeitraums zurückgegeben, wenn dessen Begrenzung in Übereinstimmung mit den bei der Anmeldung des Liegenschaftsbedarfs von den Behörden der Bundeswehr gemachten Angaben erfolgt ist; die Benutzungsdauer kann verlängert werden, soweit entweder der Eigentümer oder sonstige Berechtigte mit einer weiteren Benutzung der Liegenschaft einverstanden ist oder eine Inanspruchnahme nach der niederländischen Leistungsgesetzgebung zulässig ist.
- e) Gegenstände, die zusammen mit einer Liegenschaft in Anspruch genommen worden sind und sich noch darin befinden, werden gleichzeitig mit ihr freigegeben, sofern sich nicht der Eigentümer mit einer anderen Regelung einverstanden erklärt.

Artikel 34

Baumaßnahmen

(1) Die Programme für die zur Deckung des Bedarfs der Bundeswehr erforderlichen Bauvorhaben werden den zuständigen niederländischen Behörden von den Behörden der Bundeswehr übermittelt.

(2) Baumaßnahmen werden nach Maßgabe der geltenden niederländischen Rechts- und Verwaltungsvorschriften und besonderer Verwaltungsabkommen durch die zuständigen niederländischen Behörden durchgeführt. Bei der Durchführung dieser Baumaßnahmen finden auf Ersuchen deutsche Bauvorschriften Beachtung, soweit diese auf dem Gebiet der öffentlichen Sicherheit und Ordnung im Einzelfall höhere Anforderungen stellen als die niederländischen Vorschriften.

(3) Werden Arbeiten im Sinne des Absatzes 2 für die Bundeswehr von den niederländischen Behörden durchgeführt, so

- a) können die Behörden der Bundeswehr sich je nach Bedarf an der Ausarbeitung der Entwürfe beteiligen oder die Entwürfe und Baubeschreibungen selbst zur Verfügung stellen;
- b) werden Art, Inhalt und Umfang der zu erstellenden Bauunterlage zwischen den niederländischen Behörden und den Behörden der Bundeswehr vereinbart;
- c) wird der Zuschlag erst erteilt, wenn die Behörden der Bundeswehr der Vergabeunterlage schriftlich zugestimmt haben;
- d) dürfen die Behörden der Bundeswehr an Überprüfungen von Bauarbeiten teilnehmen, haben Zugang zu den Bauplänen und allen einschlägigen Bauunterlagen und Abrechnungen und beteiligen sich an der Übergabe;
- e) entlassen die niederländischen Behörden den Auftragnehmer aus seinen vertraglichen Verpflichtungen erst nach schriftlicher Zustimmung der Behörden der Bundeswehr;

dur von het gebruik worden onroerende goederen die niet langer nodig zijn of waarvoor andere onroerende goederen die in de behoeften van de Bundeswehr voorzien ter beschikking zijn gesteld, na voorafgaande kennisgeving onverwijld aan de Nederlandse autoriteiten teruggave.

- b. Het gestelde onder a is van overeenkomstige toepassing indien de Bundeswehr niet meer het gehele onroerende goed nodig heeft en een gedeeltelijke teruggave mogelijk is.
- c. Behoudens het gestelde onder a houden de autoriteiten van de Bundeswehr naar behoren rekening met verzoeken van de Nederlandse autoriteiten om teruggave van een speciaal onroerend goed wanneer het, gelet op de gemeenschappelijke verdedigingstaak, duidelijk is dat het Nederlandse belang bij het gebruik van een dergelijk onroerend goed overheerst.
- d. Onroerende goederen die na de inwerkingtreding van deze Overeenkomst voor een bepaalde termijn aan de Bundeswehr ter beschikking zijn gesteld, worden na afloop van die termijn teruggave, mits deze tijdsduur is vastgesteld overeenkomstig de verklaringen door de autoriteiten van de Bundeswehr verstrekt op het tijdstip dat zij hun behoefte aan onroerende goederen mededeelden; de tijdsduur van het gebruik mag worden verlengd voor zover de eigenaar of een andere rechthebbende erin toestemt dan wel vordering is toegestaan ingevolge de Nederlandse vorderingswetgeving.
- e. Voorwerpen die tezamen met onroerende goederen zijn gevorderd en die zich nog in deze onroerende goederen bevinden, worden tegelijk met de onroerende goederen teruggave, tenzij de eigenaar met een andere regeling instemt.

Artikel 34

Bouwwerkzaamheden

1. De programma's betreffende de bouwplannen die noodzakelijk zijn om in de behoeften van de Bundeswehr te voorzien, worden door de autoriteiten van de Bundeswehr toegezonden aan de bevoegde Nederlandse autoriteiten.

2. De bouwwerkzaamheden worden uitgevoerd door de bevoegde Nederlandse autoriteiten overeenkomstig de geldende Nederlandse wettelijke bepalingen en administratieve voorschriften en overeenkomstig bijzondere administratieve overeenkomsten. In voorkomend geval worden bij de uitvoering van deze bouwwerkzaamheden op verzoek Duitse bouwvoorschriften in acht genomen, voor zover deze op het gebied van de openbare orde en veiligheid hogere eisen stellen dan de Nederlandse voorschriften.

3. Indien de in het tweede lid van dit artikel bedoelde werkzaamheden ten behoeve van de Bundeswehr worden uitgevoerd door de Nederlandse autoriteiten,

- a. kunnen de autoriteiten van de Bundeswehr wanneer zij zulks noodzakelijk achten deelnemen aan het ontwerpen van de plannen of zelf de plannen en bestekken verstrekken;
- b. worden de aard, de inhoud en de omvang van de op te maken bescheiden inzake de bouw tussen de Nederlandse autoriteiten en de autoriteiten van de Bundeswehr overeengekomen;
- c. geschiedt de gunning eerst nadat de autoriteiten van de Bundeswehr de bescheiden inzake de vergunning schriftelijk hebben goedgekeurd;
- d. wordt aan de autoriteiten van de Bundeswehr toegestaan deel te nemen aan inspecties van bouwwerken en hebben zij toegang tot bouwplannen en alle daarop betrekking hebbende bescheiden en afrekeningen en wonen zij de oplevering bij;
- e. ontslaan de Nederlandse autoriteiten de aannemer eerst van zijn contractuele verplichtingen nadat zij de schriftelijke goedkeuring van de autoriteiten van de Bundeswehr hebben verkregen;

- f) ersetzt die Bundesrepublik Deutschland dem Königreich der Niederlande
- alle Aufwendungen, wenn die Bundeswehr ihnen zugestimmt hat;
 - Zahlungen, die mit Zustimmung der Bundeswehr ohne Anerkennung einer Rechtspflicht geleistet werden;
 - Aufwendungen, die aus Maßnahmen der niederländischen Behörden zur Wahrnehmung der Interessen der Bundeswehr in Notfällen entstehen und nicht vom Auftragnehmer zu tragen sind;
- g) werden die erforderlichen Mittel von den Behörden der Bundeswehr zu einem Zeitpunkt zur Verfügung gestellt, der die Zahlung bei Fälligkeit ermöglicht;
- h) sind die Behörden der Bundeswehr nach Maßgabe zu schließender Vereinbarungen berechtigt, die Unterlagen über die von den zuständigen niederländischen Zahlstellen geleisteten Zahlungen zu prüfen;
- i) entschädigt die Bundesrepublik Deutschland die niederländischen Behörden nach Maßgabe von Verwaltungsabkommen für ihre besonderen, mit der Durchführung der Baumaßnahmen zusammenhängenden Leistungen (Planung, Oberleitung, Bauführung).
- f. betaalt de Bondsrepubliek Duitsland aan het Koninkrijk der Nederlanden terug:
- alle uitgaven, indien de Bundeswehr daarmee heeft ingestemd;
 - onverschuldigde betalingen gedaan met toestemming van de Bundeswehr;
 - uitgaven voortvloeiende uit maatregelen door de Nederlandse autoriteiten in noodgevallen genomen ter bescherming van de belangen van de Bundeswehr, voor zover deze uitgaven niet ten laste kunnen worden gebracht van de aannemer;
- g. stellen de autoriteiten van de Bundeswehr de noodzakelijke geldmiddelen zo tijdig beschikbaar dat de betalingen op de vervaldagen kunnen plaatsvinden;
- h. zijn de autoriteiten van de Bundeswehr gerechtigd om op een nader overeen te komen wijze de bescheiden met betrekking tot betalingen verricht door de daartoe bevoegde Nederlandse instanties te verifiëren;
- i. stelt de Bondsrepubliek Duitsland de Nederlandse autoriteiten overeenkomstig administratieve overeenkomsten schadeloos ten aanzien van bijzondere diensten, door de laatstgenoemden in verband met de uitvoering van bouwwerkzaamheden (bouw-plannen, toezicht en inspectie) geleverd.

Artikel 35

Restwertentschädigung

(1) Beabsichtigt die Bundesrepublik Deutschland, Liegenschaften oder andere Vermögenswerte, die rechtlich im Eigentum des Königreichs der Niederlande stehen und die der Bundeswehr zur Benutzung überlassen sind, ganz oder teilweise freizugeben, so erzielen die Behörden der Bundeswehr und die niederländischen Behörden ein Einvernehmen über den zur Zeit der Freigabe gegebenenfalls noch vorhandenen Restwert von Investitionen, die aus Mitteln der Bundesrepublik Deutschland finanziert worden sind. Das Königreich der Niederlande erstattet der Bundesrepublik Deutschland den vereinbarten Restwert. Die Sätze 1 und 2 gelten auch für aus eigenen Mitteln der Bundesrepublik Deutschland beschaffte Ausrüstungsgegenstände und Vorräte, die vereinbarungsgemäß auf einer solchen Liegenschaft zurückbleiben sollen.

(2) Zahlung nach Absatz 1 wird insoweit nicht geleistet, als für Schäden, die an den Liegenschaften oder anderen Vermögenswerten durch die Bundesrepublik Deutschland verursacht worden sind, nach Artikel 29 Entschädigung zu leisten ist oder zu leisten sein würde, wenn auf den Entschädigungsanspruch nicht verzichtet oder die Bundesrepublik Deutschland nicht von der Haftung für Entschädigungsansprüche nach dem genannten Artikel befreit worden wäre.

(3) Die Bundesrepublik Deutschland ist nicht verpflichtet, Investitionen, Ausrüstungsgegenstände oder Vorräte von rechtlich im Eigentum des Königreichs der Niederlande stehenden Liegenschaften oder anderen Vermögenswerten zu entfernen.

(4) Bei der Erzielung des Einvernehmens über den Restwert gehen die niederländischen Behörden von dem militärischen oder wirtschaftlichen Nutzen, den die zurückgelassenen Investitionen, Ausrüstungsgegenstände oder Vorräte für sie selbst haben, oder gegebenenfalls von dem Reinerlös des Verkaufs aus.

Artikel 36

Maßnahmen innerhalb von Liegenschaften

(1) Die Bundeswehr kann innerhalb der ihr zur ausschließlichen Benutzung überlassenen Liegenschaften die zur befriedigenden Erfüllung ihrer Verteidigungspflichten erforderlichen Maßnahmen treffen. Für die Benutzung solcher Liegenschaften gilt das niederländische Recht, soweit in diesem Abkommen und in anderen internationalen Übereinkünften nicht etwas anderes vorgesehen ist und sofern nicht die Organisation, die interne Funktionsweise

Artikel 35

Vergoeding van de restwaarde

1. Indien de Bondsrepubliek Duitsland voornemens is onroerende goederen of andere vermogensbestanddelen die rechte eigendom zijn van het Koninkrijk der Nederlanden en die de Bundeswehr ter beschikking zijn gesteld, geheel of gedeeltelijk terug te geven, wordt overeenstemming bereikt tussen de autoriteiten van de Bundeswehr en de Nederlandse autoriteiten met betrekking tot de eventuele op het tijdstip van teruggave bestaande restwaarde van verbeteringen die de Bondsrepubliek Duitsland ten laste van eigen fondsen heeft aangebracht. Het Koninkrijk der Nederlanden betaalt de overeengekomen restwaarde aan de Bondsrepubliek Duitsland terug. Het gestelde in de eerste en tweede volzin is eveneens van toepassing op uitrusting en voorraden die de Bondsrepubliek Duitsland uit eigen middelen heeft aangeschaft en die ingevolge overeenkomst bij deze onroerende goederen moeten achterblijven.

2. Betaling ingevolge het eerste lid wordt niet verricht voor zover ingevolge artikel 29 schadevergoeding voor schade door de Bondsrepubliek Duitsland toegebracht aan onroerende goederen of andere vermogensbestanddelen moet worden betaald of zou moeten worden betaald, indien geen afstand van de vordering tot schadevergoeding was gedaan dan wel indien de Bondsrepubliek Duitsland niet van haar aansprakelijkheid voor zodanige vorderingen ingevolge genoemd artikel was bevrijd.

3. De Bondsrepubliek is niet verplicht aangebrachte verbeteringen, uitrustingsgoederen of voorraden van onroerende goederen of andere vermogensbestanddelen, die rechte eigendom zijn van het Koninkrijk der Nederlanden, te verwijderen.

4. Bij het bereiken van overeenstemming over de restwaarde gaan de Nederlandse autoriteiten uit van het militaire of economische nut dat de achtergelaten verbeteringen, uitrustingsgoederen of voorraden voor henzelf hebben, of van de eventuele netto-opbrengst van de verkoop.

Artikel 36

Maatregelen binnen onroerende goederen

1. De Bundeswehr kan binnen de haar voor uitsluitend gebruik ter beschikking gestelde onroerende goederen ten behoeve van een genoegzame vervulling van haar verdedigingsverplichtingen alle noodzakelijke maatregelen nemen. Op het gebruik van die onroerende goederen is het Nederlandse recht van toepassing, tenzij in deze Overeenkomst en in andere internationale overeenkomsten anders is bepaald en voor zover het niet de organisatie,

und die Führung der Bundeswehr, ihrer Mitglieder und deren Angehöriger sowie andere interne Angelegenheiten, die keine vorhersehbaren Auswirkungen auf die Rechte Dritter oder auf umliegende Gemeinden und die Öffentlichkeit im allgemeinen haben, betroffen sind. Die zuständigen niederländischen Behörden und die Behörden der Bundeswehr konsultieren einander und arbeiten zusammen, um auftretende Meinungsverschiedenheiten beizulegen.

(2) Absatz 1 Satz 1 gilt entsprechend für Maßnahmen im Luftraum über den Liegenschaften, vorausgesetzt, daß Maßnahmen, welche zu Störungen des Luftverkehrs führen können, nur in Koordinierung mit den niederländischen Behörden getroffen werden.

(3) Die Benutzung von Truppenübungsplätzen, Standortübungsplätzen und Standortschießanlagen durch Truppenteile, die zu Übungs- und Ausbildungszwecken in das Königreich der Niederlande gebracht werden, ist den zuständigen niederländischen Behörden vorher zur Zustimmung anzuzeigen. Die Zustimmung gilt als erteilt, wenn die niederländischen Behörden nicht innerhalb von 45 Tagen nach Eingang der Anzeige widersprechen.

(4) Einzelheiten der Benutzung von Truppenübungsplätzen, Luft-/Bodenschießplätzen, Standortübungsplätzen und Standortschießanlagen sowie des nach Absatz 3 vorgesehenen Anzeigens und Zustimmungsverfahrens werden durch Verwaltungsabkommen geregelt.

(5) Die Behörden der Bundeswehr gewähren den zuständigen niederländischen Behörden jede angemessene Unterstützung, die zur Wahrnehmung der niederländischen Belange erforderlich ist, einschließlich des Zutritts zu den Liegenschaften nach vorheriger Anmeldung, damit sie ihre Amtspflichten erfüllen können. Die für die Liegenschaften zuständigen niederländischen Behörden sind den Behörden der Bundeswehr auf deren Ersuchen behilflich. In Eilfällen und bei Gefahr im Verzuge ermöglichen die Behörden der Bundeswehr den sofortigen Zutritt ohne vorherige Anmeldung. Die Behörden der Bundeswehr entscheiden in jedem Fall, ob sie die niederländischen Behörden begleiten.

(6) In allen Fällen des Zutritts werden die Erfordernisse der militärischen Sicherheit berücksichtigt, insbesondere die Unverletzlichkeit von Räumen, Einrichtungsgegenständen und Schriftstücken, die der Geheimhaltung unterliegen.

(7) Die Behörden der Bundeswehr und die niederländischen Behörden gestalten den Zutritt so, daß weder die Wahrnehmung niederländischer Belange noch im Gang befindliche oder bereits angesetzte militärische Übungen in unangemessener Weise beeinträchtigt werden.

(8) Sollte in den Fällen der Absätze 5 bis 7 keine Einigung erzielt werden, so werden auf beiden Seiten die zuständigen höheren Behörden befaßt.

Artikel 37

Verfahrensbeteiligung niederländischer Behörden

(1) Soweit niederländisches Recht im Zusammenhang mit der Benutzung von Liegenschaften im Sinne des Artikels 36 Anwendung findet und vorschreibt, daß eine besondere Erlaubnis, Zulassung oder sonstige öffentlich-rechtliche Genehmigung einzuholen ist, stellen die niederländischen Behörden in Zusammenarbeit und im Benehmen mit den Behörden der Bundeswehr die erforderlichen Anträge und betreiben die diesbezüglichen Verwaltungs- und Gerichtsverfahren für die Bundeswehr.

(2) Absatz 1 findet auch Anwendung, wenn die Entscheidung von Dritten angegriffen wird, wenn Maßnahmen oder Einrichtungen anzeigepflichtig sind, sowie bei Verfahren, die von Amts wegen, insbesondere zur Wahrung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung, oder auf Betreiben Dritter eingeleitet werden. In

het interne functioneren en de leiding van de Bundeswehr, haar leden en hun gezinsleden en andere interne aangelegenheden die geen voorzienbare gevolgen hebben voor rechten van derden, naburige gemeenschappen of het algemeen belang, betreft. De bevoegde Nederlandse autoriteiten en de autoriteiten van de Bundeswehr plegen overleg en werken samen om eventuele verschillen van mening bij te leggen.

2. De eerste volzin van het eerste lid is van overeenkomstige toepassing op maatregelen met betrekking tot het luchtruim boven de onroerende goederen, mits de maatregelen die het luchtverkeer zouden kunnen hinderen slechts worden genomen in overleg met de Nederlandse autoriteiten.

3. Het gebruik van militaire oefenterreinen, lokale militaire oefenterreinen en schietbanen door onderdelen van de strijdkrachten die voor oefen- en opleidingsdoeleinden naar het Koninkrijk der Nederlanden zijn overgebracht, dient vooraf te worden aangekondigd ter goedkeuring door de bevoegde Nederlandse autoriteiten. Het gebruik wordt geacht te zijn goedgekeurd indien de Nederlandse autoriteiten daartegen geen bezwaar maken binnen 45 dagen na de ontvangst van de aankondiging.

4. Bijzonderheden betreffende het gebruik van militaire oefenterreinen, luchtverdedigingsterreinen, lokale militaire oefenterreinen en schietbanen, alsmede de in het derde lid bedoelde aankondiging en goedkeuring, worden geregeld in administratieve overeenkomsten.

5. De autoriteiten van de Bundeswehr verlenen de bevoegde Nederlandse autoriteiten alle redelijke bijstand die noodzakelijk is om de Nederlandse belangen te waarborgen, waaronder toegang tot onroerende goederen na voorafgaande kennisgeving, opdat zij hun taken in het kader van de openbare dienst kunnen vervullen. De voor de onroerende goederen bevoegde Nederlandse autoriteiten verlenen de autoriteiten van de Bundeswehr op verzoek bijstand. In noodgevallen en bij dreigend gevaar maken de autoriteiten van de Bundeswehr onmiddellijk toegang mogelijk zonder voorafgaande kennisgeving. De autoriteiten van de Bundeswehr besluiten per geval of zij de Nederlandse autoriteiten zullen begeleiden.

6. In alle gevallen van toegang wordt rekening gehouden met overwegingen van militaire veiligheid, in het bijzonder de onschendbaarheid van zones, uitrusting en documenten waarvoor geheimhouding geldt.

7. De autoriteiten van de Bundeswehr en de Nederlandse autoriteiten regelen de toegang zodanig dat daardoor noch het waarborgen van de Nederlandse belangen, noch aan de gang of ophanden zijnde militaire oefeningen op onredelijke wijze worden belemmerd.

8. Mocht in de gevallen bedoeld in het vijfde tot en met het zevende lid geen overeenstemming worden bereikt, dan wordt de aangelegenheid aan beide zijden voorgelegd aan de bevoegde hogere autoriteiten.

Artikel 37

Betrokkenheid van Nederlandse autoriteiten bij procedures

1. Voor zover het Nederlandse recht van toepassing is in verband met het gebruik van de in artikel 36 bedoelde onroerende goederen, en dit voorschrijft dat een bijzondere vergunning, machtiging of enige andere vorm van officiële toestemming moet worden verkregen, dienen de Nederlandse autoriteiten, in samenwerking en in overleg met de autoriteiten van de Bundeswehr, de benodigde aanvragen in en voeren zij de desbetreffende administratieve en gerechtelijke procedures namens de Bundeswehr.

2. Het eerste lid van dit artikel is ook van toepassing wanneer de beslissing wordt aangevochten door een derde, wanneer van maatregelen of voorzieningen melding moet worden gedaan, en ingeval de procedures ambtshalve worden ingesteld, in het bijzonder om de openbare orde en veiligheid te waarborgen, of

diesen Fällen wahren die für die Bundeswehr handelnden niederländischen Behörden die Interessen der Bundeswehr. Wird eine nach Absatz 1 beantragte Genehmigung in Übereinstimmung mit niederländischem Recht verweigert, nachträglich geändert oder ungültig, so konsultieren die Behörden der Bundeswehr und die niederländischen Behörden einander, um den Bedürfnissen der Bundeswehr in anderer Weise zu genügen, die mit den Erfordernissen des niederländischen Rechts vereinbar ist.

(3) Die Behörden der Bundeswehr befolgen genau die Bedingungen und Anforderungen einer rechtlich wirksamen Entscheidung, die nach Absatz 1 ergeht. Sie arbeiten eng mit niederländischen Behörden zusammen, um sicherzustellen, daß dieser Verpflichtung Genüge geschieht. Eine Vollstreckung aus einer solchen Entscheidung findet nicht statt.

Artikel 38

Gesundheitsbestimmungen, Pflanzenschutz

(1) Soweit in diesem Absatz nichts anderes vorgesehen ist, gelten für die Bundeswehr die niederländischen Vorschriften und Verfahren zur Verhütung und Bekämpfung übertragbarer Krankheiten bei Menschen, Tieren und Pflanzen sowie zur Verhütung der Verbreitung und zur Bekämpfung von Pflanzenschädlingen. Die Bundeswehr kann auf dem in Satz 1 genannten Gebiet innerhalb der ihr zur Benutzung überlassenen Liegenschaften sowie auf ihre Mitglieder und Angehörige ihre eigenen Vorschriften und Verfahren unter der Voraussetzung anwenden, daß sie hierdurch nicht die öffentliche Gesundheit oder den Pflanzenbau gefährdet.

(2) Die Behörden der Bundeswehr und die niederländischen Behörden unterrichten einander unverzüglich über den Verdacht, den Ausbruch, den Verlauf und das Erlöschen einer übertragbaren Krankheit sowie über die getroffenen Maßnahmen.

(3) Halten die Behörden der Bundeswehr zum Schutze der Gesundheit Maßnahmen in der Umgebung von der Bundeswehr zur Benutzung überlassenen Liegenschaften für erforderlich, so schließen sie über ihre Durchführung Vereinbarungen mit den niederländischen Behörden.

(4) Sachen, deren Einfuhr nach niederländischem Recht unzulässig ist, können mit Genehmigung der niederländischen Behörden unter der Voraussetzung, daß die öffentliche Gesundheit oder der Pflanzenbau hierdurch nicht gefährdet wird, durch die Behörden der Bundeswehr eingeführt werden. Die niederländischen Behörden und die Behörden der Bundeswehr schließen Vereinbarungen über Gruppen von Sachen, deren Einfuhr durch die niederländischen Behörden nach dieser Bestimmung genehmigt wird.

(5) Die Behörden der Bundeswehr können mit Genehmigung der niederländischen Behörden die Untersuchung und Überwachung der Sachen durchführen, die von ihnen eingeführt werden. Sie stellen sicher, daß durch die Einfuhr solcher Sachen die öffentliche Gesundheit oder der Pflanzenbau nicht gefährdet werden.

Artikel 39

Umweltschutz

Die niederländischen Umweltvorschriften gelten für die Bundeswehr. Soweit in den niederländischen Rechtsvorschriften Ausnahmen für die niederländischen Truppen gemacht werden, gelten diese gleichermaßen für die Bundeswehr.

Artikel 40

Zivile Arbeitskräfte

Die für die zivilen Bediensteten bei den niederländischen Truppen maßgebenden arbeitsrechtlichen Vorschriften gelten auch für die Beschäftigungsverhältnisse der zivilen Arbeitskräfte bei der Bundeswehr.

ingeval deze op aandringen van een derde worden ingesteld. In deze gevallen dienen de Nederlandse autoriteiten die namens de Bundeswehr handelen, de belangen van de Bundeswehr te behartigen. Indien een ingevolge het eerste lid van dit artikel aangevraagde vergunning overeenkomstig het Nederlandse recht wordt afgewezen of op een later tijdstip wordt gewijzigd of ongeldig verklaard, plegen de autoriteiten van de Bundeswehr en de Nederlandse autoriteiten overleg om op een andere wijze in de behoeften van de Bundeswehr te voorzien die verenigbaar is met de vereisten van het Nederlandse recht.

3. De autoriteiten van de Bundeswehr nemen strikt de voorwaarden en vereisten in acht van een rechtskracht hebbende beslissing als bedoeld in het eerste lid van dit artikel. Zij werken nauw samen met de Nederlandse autoriteiten om te verzekeren dat deze verplichting wordt nagekomen. Bedoelde beslissing kan niet het voorwerp vormen van executie.

Artikel 38

Volksgesondheid, gewasbescherming

1. Voor zover in dit lid niet anders is bepaald, zijn de Nederlandse voorschriften en procedures ter voorkoming en bestrijding van besmettelijke ziekten bij mensen, dieren en planten, alsmede ter voorkoming van de verbreiding en ter bestrijding van voor planten schadelijke insecten, van toepassing op de Bundeswehr. De Bundeswehr mag op de in de vorige volzin bedoelde gebieden haar eigen voorschriften en procedures toepassen binnen de onroerende goederen die haar voor gebruik ter beschikking zijn gesteld, of ten aanzien van haar leden en gezinsleden, mits noch de volksgezondheid, noch de plantenteelt daarvoor in gevaar wordt gebracht.

2. De autoriteiten van de Bundeswehr en de Nederlandse autoriteiten stellen elkaar terstond in kennis van het uitbreken of vermoedelijk uitbreken, de ontwikkeling en de afloop van een besmettelijke ziekte, alsmede van de genomen maatregelen.

3. Indien de autoriteiten van de Bundeswehr het noodzakelijk achten om ten behoeve van de bescherming van de gezondheid maatregelen te treffen in de omgeving van haar voor gebruik ter beschikking gestelde onroerende goederen, sluiten zij terzake van de uitvoering van deze maatregelen overeenkomsten met de Nederlandse autoriteiten.

4. Indien de Nederlandse wetgeving de invoer van bepaalde artikelen verbiedt, kunnen deze artikelen met goedkeuring van de Nederlandse autoriteiten en mits noch de volksgezondheid noch de plantenteelt daardoor in gevaar wordt gebracht, door de autoriteiten van de Bundeswehr worden ingevoerd. De Nederlandse autoriteiten en de autoriteiten van de Bundeswehr sluiten overeenkomsten inzake de categorieën artikelen waarvan de invoer door de Nederlandse autoriteiten in de zin van dit artikel wordt goedgekeurd.

5. De autoriteiten van de Bundeswehr kunnen met goedkeuring van de Nederlandse autoriteiten het onderzoek en de controle van de door hen ingevoerde artikelen uitvoeren. Zij dragen er zorg voor dat noch de volksgezondheid, noch de plantenteelt als gevolg van de invoer van die artikelen in gevaar wordt gebracht.

Artikel 39

Milieubescherming

De Nederlandse milieuvorschriften gelden voor de Bundeswehr. Voor zover in de Nederlandse wettelijke bepalingen uitzonderingen worden gemaakt voor de Nederlandse strijdkrachten, gelden deze eveneens voor de Bundeswehr.

Artikel 40

Burgerpersoneel

De arbeidswetgeving, zoals die geldt voor burgerpersoneel in dienst bij de Nederlandse strijdkrachten, is ook van toepassing op de arbeidsverhouding van burgerpersoneel bij de Bundeswehr.

Artikel 41 Verkehrsvorschriften

(1)

- a) Die Bundeswehr, ihre Mitglieder und die Angehörigen sind vorbehaltlich der Genehmigung der zuständigen niederländischen Behörden berechtigt, mit Land-, Wasser- und Luftfahrzeugen in das Königreich der Niederlande einzureisen oder sich in und über dem Königreich der Niederlande zu bewegen; Transporte und andere Bewegungen im Rahmen niederländischer Rechtsvorschriften, einschließlich dieses Abkommens und anderer internationaler Übereinkünfte, denen das Königreich der Niederlande und die Bundesrepublik Deutschland als Vertragsstaat angehören, sowie damit im Zusammenhang stehende technische Vereinbarungen und Verfahren, gelten als genehmigt. Soweit Sondererlaubnisse und Ausnahmeerlaubnisse sowie Befreiungen von den Rechtsvorschriften für den Transport gefährlicher Güter für militärische Bewegungen und Transporte erforderlich sind, werden sie durch die zuständigen Stellen der niederländischen Truppe eingeholt.
- b) Die zuständigen Stellen der niederländischen Truppe koordinieren die Wahrnehmung militärischer Interessen der Bundeswehr in Verkehrsangelegenheiten gegenüber den zivilen Behörden. Sie koordinieren ferner die Durchführung militärischer Verkehrsbewegungen untereinander als auch mit dem Zivilverkehr. Art und Umfang dieser Koordinierung werden zwischen den Behörden der Bundeswehr und der niederländischen Truppe vereinbart. Werden solche Vereinbarungen nicht geschlossen, so teilt die Bundeswehr den zuständigen Stellen der niederländischen Truppe militärische Bewegungen auf der Straße und auf der Schiene mit. In Bezug auf den militärischen Luftverkehr gelten die üblichen Verfahren.

(2) Die Betriebsrechte der niederländischen Eisenbahnen bleiben unberührt. Über die Einstellung und Beförderung eigener Güter- und Reisezugwagen und über die Zulassung eigener Triebfahrzeuge der Bundeswehr werden Einstellungsverträge oder Verwaltungsabkommen zwischen den Behörden der Bundeswehr und der niederländischen Eisenbahnverwaltung abgeschlossen.

(3) Die Bundeswehr, ihre Mitglieder und die Angehörigen befolgen die niederländischen Verkehrsvorschriften einschließlich der Vorschriften über das Verhalten am Unfallort und der Vorschriften über den Transport gefährlicher Güter, soweit nicht in diesem Abkommen etwas anderes bestimmt ist. Die Einhaltung dieser Vorschriften überwachen die zuständigen Behörden. Um die Kontrolle der Einhaltung dieser Bestimmungen zu erleichtern, kann diese Überwachung gemeinsam durchgeführt werden. Die Durchführung dieser Überwachung kann durch örtliche Absprachen geregelt werden. Bestehende Absprachen bleiben bestehen, es sei denn sie werden überarbeitet.

(4)

- a) Abweichungen von den niederländischen Vorschriften über das Verhalten im Straßenverkehr sind der Bundeswehr nach Maßgabe des niederländischen Rechts gestattet. Im Falle künftiger Änderungen niederländischer Gesetze oder Vorschriften, die den Straßenverkehr betreffen, finden durch dringende militärische Erfordernisse bedingte Abweichungen im Einklang mit Verfahren statt, die zwischen den Behörden der Bundeswehr und den zuständigen niederländischen Behörden vereinbart werden.
- b) Der Verkehr auf Straßen mit Kraftfahrzeugen und Kraftfahrzeuganhängern, deren Abmessungen, Achslast, Gesamtgewicht oder Anzahl die nach dem niederländischen Straßenverkehrsrecht geltenden Begrenzungen überschreiten, wird nur mit Erlaubnis der zuständigen niederländischen militärischen Behörden durchgeführt. Bei Unglücksfällen, Katastrophen, im Falle des Staatsnotstands oder nach vorheriger Vereinbarung zwischen den betroffenen Behörden ist die Erlaubnis der zuständigen niederländischen militärischen Behörden nicht erforderlich.

Artikel 41 Verkeersvoorschriften

1.

- a. De Bundeswehr, haar leden en gezinsleden zijn, onder voorbehoud van goedkeuring van de bevoegde Nederlandse autoriteiten, gerechtigd het Koninkrijk der Nederlanden binnen te komen met voertuigen, vaartuigen en luchtvaartuigen en zich daarin binnen en boven het grondgebied van het Koninkrijk der Nederlanden te verplaatsen; transporten en andere verplaatsingen die vallen binnen het kader van de Nederlandse wettelijke bepalingen, met inbegrip van deze Overeenkomst en andere internationale overeenkomsten waarbij het Koninkrijk der Nederlanden en de Bondsrepubliek partij zijn, alsmede daarmee verband houdende technische akkoorden en procedures, worden geacht te zijn goedgekeurd. Voor zover bijzondere en uitzonderlijke vergunningen en ontheffingen van de wettelijke bepalingen inzake het vervoer van gevaarlijke stoffen zijn vereist voor militaire verplaatsingen en transporten, worden deze verkregen door de bevoegde diensten van de Nederlandse strijdkrachten.
- b. De bevoegde diensten van de Nederlandse strijdkrachten coördineren de behartiging van de militaire belangen van de Bundeswehr in verkeerszaken bij de civiele autoriteiten. Zij coördineren tevens de uitvoering van militaire verkeersbewegingen met elkaar en met het civiele verkeer. De aard en de omvang van die coördinatie wordt geregeld tussen de autoriteiten van de Bundeswehr en de Nederlandse strijdkrachten. Indien zulke regelingen niet worden getroffen, meldt de Bundeswehr militaire bewegingen over de weg en per spoor aan de bevoegde diensten van de Nederlandse strijdkrachten. Ten aanzien van het militaire luchtverkeer zijn de gewone procedures van toepassing.

2. De exploitatierechten van de Nederlandse spoorwegen blijven onaangetast. Het gebruik van eigen goederenwagens en personenrijtuigen, alsmede de toelating van eigen locomotieven van de Bundeswehr, wordt beheerst door contracten inzake gebruik of administratieve overeenkomsten gesloten tussen de autoriteiten van de Bundeswehr en de Nederlandse spoorwegautoriteiten.

3. De Bundeswehr, haar leden en gezinsleden nemen, tenzij in deze Overeenkomst anders is bepaald, de Nederlandse verkeersvoorschriften in acht, met inbegrip van de voorschriften inzake het gedrag op de plaats van een ongeval, alsmede de voorschriften inzake het vervoer van gevaarlijke stoffen. Op de naleving van deze voorschriften wordt toegezien door de bevoegde autoriteiten. Teneinde de controle op de naleving van deze voorschriften te vergemakkelijken, kan dit toezicht gezamenlijk worden uitgevoerd. De uitvoering van dit toezicht kan middels lokale afspraken worden geregeld. Bestaande afspraken blijven van kracht, tenzij deze worden herzien.

4.

- a. De Bundeswehr mag van de Nederlandse wegenverkeersvoorschriften afwijken in overeenstemming met de Nederlandse wetgeving. In geval van toekomstige wijzigingen in de Nederlandse wegenverkeerswetten of -voorschriften, vinden afwijkingen wegens militaire noodzaak plaats in overeenstemming met de tussen de autoriteiten van de Bundeswehr en de bevoegde Nederlandse autoriteiten overeengekomen procedures.
- b. Het rijden op wegen met motorrijtuigen en aanhangwagens waar van de afmetingen, de asdruk, het totaalgewicht of het aantal de door de Nederlandse wegenverkeersvoorschriften gestelde beperkingen overschrijden, geschiedt slechts met toestemming van de bevoegde Nederlandse militaire autoriteiten. De toestemming van de bevoegde Nederlandse militaire autoriteiten is niet vereist in geval van ongevallen, rampen, of de noodtoestand, dan wel krachtens voorafgaande overeenstemming tussen de betrokken autoriteiten.

(5) Die deutschen Behörden beachten grundlegende niederländische Verkehrssicherheitsvorschriften. Innerhalb dieses Rahmens können sie ihre eigenen Normen auf den Bau, die Ausführung und die Ausrüstung der Kraftfahrzeuge, Kraftfahrzeuganhänger, Binnenschiffe und Luftfahrzeuge anwenden. Die niederländischen Behörden und die Behörden der Bundeswehr arbeiten bei der Durchführung dieser Bestimmung eng zusammen.

(6) Die Bundeswehr darf mit Militärflugzeugen Verkehrsflughäfen und sonstiges Luftfahrtgelände, das ihr nicht zur ausschließlichen Benutzung überlassen worden ist, nur in Notfällen gemäß niederländischen Vorschriften oder nach Maßgabe von Verwaltungsabkommen oder sonstigen Vereinbarungen mit den zuständigen niederländischen Behörden benutzen.

(7) Alle von den niederländischen Behörden und den Behörden der Bundeswehr errichteten und betriebenen Kontrollsysteme für den Luftverkehr und die dazu gehörigen Fernmeldesysteme werden koordiniert, soweit dies erforderlich oder erwünscht ist, um die Sicherheit des Luftverkehrs und die gemeinsame Verteidigung zu gewährleisten.

Artikel 42

Benutzung von Verkehrseinrichtungen

Bei der Benutzung öffentlicher Verkehrseinrichtungen gelten für die Bundeswehr die gleichen Tarife wie für die niederländischen Truppen.

Artikel 43

Militärpostämter

Die Bundeswehr kann Militärpostämter für den Post- und Telegraphenverkehr ihrer Mitglieder sowie deren Angehöriger einrichten und betreiben.

Artikel 44

Telekommunikation

(1) Die Bundeswehr und die Angehörigen benutzen die öffentlichen Fernmeldedienste des Königreichs der Niederlande, soweit nicht in diesem Artikel etwas anderes vorgesehen ist. Für die Benutzung gelten die jeweiligen niederländischen Vorschriften, soweit nicht durch Verwaltungsabkommen etwas Abweichendes bestimmt ist. Bei der Anwendung der niederländischen Vorschriften wird die Bundeswehr nicht ungünstiger als die niederländischen Truppen behandelt.

(2) Die Bundeswehr kann, soweit dies für militärische Zwecke erforderlich ist,

- a) Fernmeldeanlagen (außer Funkanlagen) innerhalb der von ihr benutzten Liegenschaften,
- b) Funkstellen für feste Funkdienste nach Konsultation der niederländischen Behörden,
- c) Funkanlagen für bewegliche Funkdienste und Ortungsfunkdienst,
- d) sonstige Funkempfangsanlagen,
- e) zeitweilig Fernmeldeanlagen jeder Art für den Einsatz bei Übungen, Manövern und in den Fällen eines Notstands

entsprechend den mit niederländischen Behörden abgestimmten Verfahren errichten, betreiben und unterhalten.

(3)

- a) Die Bundeswehr kann Drahtfernmeldeanlagen außerhalb der von ihr benutzten Liegenschaften mit Zustimmung der niederländischen Behörden errichten, betreiben und unterhalten, wenn

– zwingende Gründe der militärischen Sicherheit vorliegen oder

5. De Duitse autoriteiten nemen de fundamentele Nederlandse verkeersveiligheidsvoorschriften in acht. Binnen dit kader kunnen zij hun eigen normen betreffende de bouw, het ontwerp en de uitrusting van voertuigen, aanhangwagens, binnenvaartuigen of luchtvaartuigen toepassen. De Nederlandse autoriteiten en de autoriteiten van de Bundeswehr werken nauw samen bij de toepassing van deze bepaling.

6. De Bundeswehr mag haar militaire luchtvaartuigen slechts in noodgevallen overeenkomstig Nederlandse voorschriften of in overeenstemming met administratieve of andere overeenkomsten, gesloten met de bevoegde Nederlandse autoriteiten, gebruik laten maken van burgerluchtvaartterreinen en andere landingsterreinen die haar niet voor uitsluitend gebruik ter beschikking zijn gesteld.

7. Het geheel van de door de Nederlandse autoriteiten en de autoriteiten van de Bundeswehr ontwikkelde en toegepaste luchtverkeerscontrole en de daarbij behorende verbindingsmedia worden gecoördineerd voor zover dit vereist en gewenst is ter verzekering van de luchtverkeersveiligheid en de gemeenschappelijke verdediging.

Artikel 42

Gebruik van vervoersdiensten

Bij het gebruik van openbare vervoersdiensten gelden voor de Bundeswehr dezelfde tarieven als voor de Nederlandse strijdkrachten.

Artikel 43

Veldpostkantoren

De Bundeswehr kan veldpostkantoren voor het post- en telegraafverkeer van haar leden en hun gezinsleden inrichten en doen functioneren.

Artikel 44

Telecommunicatie

1. Voor zover in dit artikel niet anders is bepaald, maken de Bundeswehr, haar leden en gezinsleden gebruik van de openbare telecommunicatiediensten van het Koninkrijk der Nederlanden. Op dit gebruik zijn de geldende Nederlandse voorschriften van toepassing, voor zover bij administratieve overeenkomsten niet anders is overeengekomen. Bij de toepassing van de Nederlandse voorschriften wordt aan de Bundeswehr geen ongunstiger behandeling toegekend dan aan de Nederlandse strijdkrachten.

2. Voor zover zulks voor militaire doeleinden vereist is, kan de Bundeswehr:

- a. inrichtingen voor telecommunicatie (met uitzondering van radiozendinstallaties) binnen de bij haar in gebruik zijnde onroerende goederen;
- b. na raadpleging van de betrokken Nederlandse autoriteiten, radiostations voor vaste diensten;
- c. installaties ten behoeve van mobiele radio-installaties en peilinstallaties;
- d. andere radio-ontvangstinrichtingen;
- e. tijdelijke inrichtingen voor telecommunicatie van allerlei aard voor oefeningsdoeleinden, manoeuvres en noodgevallen,

overeenkomstig de met de Nederlandse autoriteiten overeengekomen procedures, aanleggen, gebruiken en in stand houden.

3.

- a. De Bundeswehr kan met toestemming van de Nederlandse autoriteiten buiten de onroerende goederen die zij gebruikt lijnverbindingen en de daartoe bestemde apparatuur installeren, gebruiken en in stand houden, indien

– daarvoor dwingende redenen van militaire veiligheid bestaan, of

- die niederländischen Behörden nicht in der Lage sind oder darauf verzichten, die erforderlichen Einrichtungen zu schaffen.
 - b) Die beschleunigte Durchführung des Zustimmungsverfahrens seitens der niederländischen Behörden wird durch Verwaltungsabkommen sichergestellt.
- (4) Die Bundeswehr kann Femmeldeanlagen, die vor Inkrafttreten dieses Abkommens den bisherigen Vorschriften entsprechend in Betrieb genommen worden sind, auch weiterhin betreiben und unterhalten.
- (5) Die Bundeswehr, ihre Mitglieder und die Angehörigen können Ton- und Fernsehrundfunkempfangsanlagen gebührenfrei und ohne Einzelgenehmigung errichten und betreiben, sofern sie keine elektromagnetischen Störungen von Funkdiensten verursachen.
- (6) Für Funkfrequenzen einschließlich ihrer kennzeichnenden Merkmale gilt folgendes:
- a) Die Bundeswehr benutzt nur Frequenzen, die ihr von den niederländischen Behörden zugeteilt sind. Die Behörden der Bundeswehr teilen den niederländischen Behörden die Frequenzen mit, die sie nicht mehr benötigen. Halten die niederländischen Behörden es auf Grund internationaler Verpflichtungen, internationaler Beziehungen oder wesentlicher niederländischer Belange für erforderlich, eine Frequenz-Zuteilung zu ändern oder zurückzuziehen, so setzen sie sich vorher mit den Behörden der Bundeswehr ins Benehmen.
 - b) Das Verfahren für die Frequenz-Zuteilung, für die Änderung oder Zurückziehung von Frequenz-Zuteilungen sowie für die beschleunigte Zuteilung von Frequenzen zum Zweck einer vorübergehenden Benutzung bei Manövern wird zwischen den niederländischen Behörden und den Behörden der Bundeswehr, die in der Beratenden Arbeitsgruppe für Funkfrequenzen (Consultative Working Group on Radio Frequencies, CWG) oder deren Nachfolgeorganisation vertreten sind, besonders vereinbart. Diese Vereinbarung wird in Übereinstimmung mit den einschlägigen Verfahren, Weisungen und Empfehlungen der Nordatlantikvertragsorganisation geschlossen.
 - c) Maßnahmen zum Schutz der Frequenzen durch die zuständige Behörde der Nordatlantikvertragsorganisation werden von der Bundeswehr in Abstimmung mit dem niederländischen Minister der Verteidigung veranlaßt. Maßnahmen zum Schutz der Frequenzen durch andere internationale Organisationen, insbesondere durch die Internationale Femmeldeunion (ITU), werden von den niederländischen Behörden nur auf Antrag der Behörden der Bundeswehr veranlaßt.
 - d) Angaben über Frequenzen, die von der Bundeswehr benutzt werden, übermitteln die niederländischen Behörden anderen Stellen und Organisationen nur mit Zustimmung der Behörden der Bundeswehr.
 - e) Verursachen Funkstellen der Bundeswehr schädliche Störungen bei Funkstellen außerhalb des Hoheitsgebiets des Königreichs der Niederlande oder werden sie von solchen Funkstellen in schädlicher Weise gestört, so verfahren die niederländischen Behörden nach den Bestimmungen des jeweils gültigen Internationalen Femmeldevertrags und seiner Vollzugsordnung für den Funkdienst.
- (7)
- a) Die Bundeswehr berücksichtigt bei der Errichtung und beim Betrieb von Femmeldeanlagen die Bestimmungen des Internationalen Femmeldevertrags von Nairobi vom 6. November 1982 oder einer an seine Stelle tretenden Übereinkunft und die sonstigen das Königreich der Niederlande auf dem Gebiet des Femmeldewesens bindenden internationalen Übereinkünfte.
 - b) Die Bundeswehr ist an die unter Buchstabe a genannten Bestimmungen jedoch insoweit nicht gebunden, als die niederländischen Streitkräfte nach niederländischen Vorschriften davon befreit sind.
- de Nederlandse autoriteiten ofwel niet in staat zijn tot, ofwel afzien van de beschikbaarstelling van de gevraagde inrichtingen.
 - b. Bij administratieve overeenkomsten wordt een procedure vastgesteld die het mogelijk maakt de toestemming van de Nederlandse autoriteiten snel te verkrijgen.
4. De Bundeswehr kan het gebruik en de instandhouding van inrichtingen voor telecommunicatie die ingevolge de vóór de inwerkingtreding van deze Overeenkomst geldende voorschriften in gebruik zijn genomen, bestendigen.
5. De Bundeswehr, haar leden en hun gezinsleden kunnen radio- en televisie-ontvangtoestellen vrij van rechten en zonder persoonlijke vergunningen installeren en gebruiken, mits deze geen elektromagnetische storing voor de radioverbindingdiensten veroorzaken.
6. Voor radiofrequenties en hun specifieke kenmerkende gegevens gelden de volgende bepalingen:
- a. De Bundeswehr gebruikt slechts de haar door de Nederlandse autoriteiten toegewezen frequenties. De autoriteiten van de Bundeswehr stellen de Nederlandse autoriteiten in kennis van frequenties die zij niet langer nodig hebben. Indien de Nederlandse autoriteiten het op grond van internationale verplichtingen, internationale betrekkingen of essentiële Nederlandse belangen noodzakelijk achten een toegewezen frequentie te wijzigen of in te trekken, plegen zij, alvorens zulks te doen, overleg met de autoriteiten van de Bundeswehr.
 - b. De procedure voor de toewijzing van frequenties, voor het wijzigen of intrekken van reeds toegewezen frequenties en voor een versnelde toewijzing van frequenties ten behoeve van tijdelijk gebruik bij manoeuvres wordt vastgesteld in een bijzondere overeenkomst tussen de Nederlandse autoriteiten en de autoriteiten van de Bundeswehr die zijn vertegenwoordigd in de Consultative Working Group on Radio Frequencies (CWG) of een orgaan waardoor deze wordt opgevolgd. Een zodanige overeenkomst wordt gesloten in overeenstemming met de van kracht zijnde procedures, richtlijnen en aanbevelingen van de Noord-Atlantische Verdragsorganisatie.
 - c. De Bundeswehr neemt, in overleg met de Nederlandse minister van Defensie, de maatregelen die nodig zijn om de bevoegde autoriteit van de Noord-Atlantische Verdragsorganisatie in staat te stellen de frequenties te beschermen. De Nederlandse autoriteiten nemen slechts op verzoek van de autoriteiten van de Bundeswehr de maatregelen die nodig zijn om andere internationale organisaties, in het bijzonder de Internationale Telecommunicatie-Unie (ITU), in staat te stellen de frequenties te beschermen.
 - d. De Nederlandse autoriteiten verstrekken andere diensten en organisaties slechts met toestemming van de autoriteiten van de Bundeswehr inrichtingen omtrent frequenties die door de Bundeswehr worden gebruikt.
 - e. Indien radio-installaties van de Bundeswehr radio-installaties die buiten het grondgebied van het Koninkrijk der Nederlanden zijn gevestigd ernstig storen of door dergelijke installaties zelf ernstig worden gestoord, handelen de Nederlandse autoriteiten overeenkomstig de bepalingen van het op dat moment van kracht zijnde Internationale Verdrag betreffende de Telecommunicatie en het daarbij behorende radioreglement.
- 7.
- a. Bij de installatie en het in bedrijf hebben van inrichtingen voor telecommunicatie neemt de Bundeswehr de bepalingen van het Internationale Verdrag betreffende de telecommunicatie van Nairobi van 6 november 1982 of een eventueel daarvoor in de plaats tredende overeenkomst in acht, alsmede de overige internationale overeenkomsten die het Koninkrijk der Nederlanden op het gebied van de telecommunicatie binden.
 - b. De Bundeswehr is evenwel niet gebonden aan de onder a genoemde bepalingen voor zover de Nederlandse strijdkrachten daarvan op grond van Nederlandse voorschriften zijn vrijgesteld.

- c) Beim Abschluß künftiger internationaler Übereinkünfte auf dem Gebiet des Fernmeldewesens berücksichtigen die niederländischen Behörden nach Konsultation der Bundeswehr die Fernmeldebedürfnisse der Bundeswehr angemessen.

(8)

- a) Die Bundeswehr trifft alle zumutbaren Maßnahmen, um Störungen des niederländischen Fernmeldebetriebs durch Fernmelde- oder andere elektrische Anlagen der Bundeswehr zu vermeiden oder zu beseitigen.
- b) Die niederländischen Behörden treffen im Rahmen der niederländischen Vorschriften alle zumutbaren Maßnahmen, um Störungen des Fernmeldebetriebs der Bundeswehr durch niederländische Fernmelde- oder andere elektrische Anlagen zu vermeiden oder zu beseitigen.

Artikel 45

Anforderungsverfahren

Werden Anforderungsverfahren zugunsten der Bundeswehr nach niederländischen Vorschriften durchgeführt, so gilt folgendes:

- a) Das Verfahren wird von den niederländischen Behörden eingeleitet, die im Benehmen mit den Behörden der Bundeswehr bestimmt werden.
- b) Die Ausübung von Rechten und die Erfüllung von Pflichten, die sich aus der Stellung der Bundeswehr als Empfänger ergeben, werden nach Maßgabe von Verwaltungsabkommen von den zuständigen niederländischen Behörden wahrgenommen. Die Bundeswehr erfüllt jedoch die Pflichten selbst, die ihrer Natur nach nicht von den niederländischen Behörden erfüllt werden können. Die niederländischen Behörden, die für die Bundeswehr in Fragen der zu zahlenden Abgeltung auftreten, stimmen Vorschlägen, die hierzu von dem Leistungspflichtigen oder der Festsetzungsbehörde gemacht werden, nur im Benehmen mit den Behörden der Bundeswehr zu; ebenso machen sie eigene Vorschläge über die Höhe der Abgeltung nur im Benehmen mit den Behörden der Bundeswehr. Artikel 46 bleibt unberührt.
- c) Rechtsstreitigkeiten, die sich für oder gegen die Bundeswehr als Leistungsempfänger ergeben, werden von dem Königreich der Niederlande im eigenen Namen geführt.

Artikel 46

Unentgeltliche Leistungen

Artikel 63 des Zusatzabkommens zu dem Abkommen zwischen den Parteien des Nordatlantikvertrags über die Rechtsstellung ihrer Truppen hinsichtlich der in der Bundesrepublik Deutschland stationierten ausländischen Truppen in seiner jeweils gültigen Fassung gilt entsprechend. Es wird sichergestellt, daß die Bundeswehr in dem Königreich der Niederlande nicht schlechter gestellt wird als die niederländischen Truppen in der Bundesrepublik Deutschland.

Artikel 47

Verwaltungshilfe

Verwaltungsleistungen und Verwaltungshilfe einschließlich der Leistungen der niederländischen Polizei, des niederländischen öffentlichen Gesundheitswesens und des niederländischen Feuerschutzes, meteorologische, topographische und kartographische und sonstige öffentliche Leistungen sowie öffentliche Einrichtungen werden den Mitgliedern der Bundeswehr oder ihren Angehörigen kraft eigenen Rechts unentgeltlich zur Verfü-

- c. Bij het in de toekomst aangaan van internationale overeenkomsten op het gebied van de telecommunicatie houden de Nederlandse autoriteiten, na overleg met de Bundeswehr, voldoende rekening met de behoeften van de Bundeswehr op het gebied van de telecommunicatie.

8.

- a. De Bundeswehr neemt alle maatregelen die redelijkerwijs van haar kunnen worden verwacht om storing van de Nederlandse telecommunicatiediensten door inrichtingen voor telecommunicatie of andere elektrische installaties van de Bundeswehr te voorkomen of op te heffen.
- b. De Nederlandse autoriteiten nemen, binnen het kader van de Nederlandse voorschriften, alle maatregelen die redelijkerwijs van hen verwacht kunnen worden om storing van de telecommunicatiediensten van de Bundeswehr door Nederlandse inrichtingen voor telecommunicatie of andere elektrische installaties te voorkomen of op te heffen.

Artikel 45

Vorderingsmaatregelen

Wanneer ten behoeve van de Bundeswehr vorderingsmaatregelen volgens de Nederlandse voorschriften worden genomen, zijn de volgende bepalingen van toepassing:

- a. De maatregelen worden genomen door de Nederlandse autoriteiten, die in overleg met de autoriteiten van de Bundeswehr worden aangewezen.
- b. De bevoegde Nederlandse autoriteiten belasten zich, in overeenstemming met administratieve overeenkomsten, met de uitoefening van rechten en de vervulling van verplichtingen die voortvloeien uit de positie van de Bundeswehr als ontvanger van het gevorderde. De Bundeswehr vervult echter zelf die verplichtingen die naar hun aard niet door de Nederlandse autoriteiten kunnen worden vervuld. De Nederlandse autoriteiten die de belangen van de Bundeswehr behartigen inzake de uit te betalen schadeloosstelling aanvaarden voorstellen van degene van wie wordt gevorderd of van de met de vaststelling van de schadeloosstelling belaste autoriteiten slechts in overleg met de autoriteiten van de Bundeswehr; de Nederlandse autoriteiten dienen zelf geen voorstellen in met betrekking tot het bedrag van de schadeloosstelling dan nadat een zodanig overleg heeft plaatsgehad. De bepalingen van artikel 46 van deze Overeenkomst blijven onverlet.
- c. Rechtsgedingen ten behoeve van of tegen de Bundeswehr, voortvloeiend uit haar positie als ontvanger van het gevorderde, worden door en in naam van het Koninkrijk der Nederlanden ingesteld of verdedigd.

Artikel 46

Kosteloze goederen en diensten

Artikel 63 van de Aanvullende Overeenkomst bij het Verdrag tussen de Staten die partij zijn bij het Noord-Atlantisch Verdrag nopens de rechtspositie van hun krijgsmachten, met betrekking tot de in de Bondsrepubliek Duitsland gestationeerde buitenlandse krijgsmachten is in de dan van kracht zijnde versie van overeenkomstige toepassing. Gewaarborgd wordt dat de Bundeswehr in het Koninkrijk der Nederlanden niet ongunstiger wordt behandeld dan de Nederlandse strijdkrachten in de Bondsrepubliek Duitsland.

Artikel 47

Gebruik van openbare diensten

De leden van de Bundeswehr en hun gezinsleden kunnen zelfstandig kosteloos gebruik maken van dienstverlenende instanties, met inbegrip van de diensten van de Nederlandse politie, openbare gezondheidszorg en brandweer, alsmede van meteorologische, topografische en cartografische diensten en andere openbare diensten en van openbare instellingen, in dezelfde mate als andere personen op het grondgebied van het Koninkrijk

gung gestellt, und zwar in demselben Umfang, wie solche Einrichtungen und Leistungen anderen Personen im Hoheitsgebiet des Königreichs der Niederlande unentgeltlich zur Verfügung stehen. Das gleiche gilt für die Benutzung von öffentlichen Wegen, Straßen und Brücken und von schiffbaren Gewässern.

Artikel 48

Zoll- und steuerrechtliche Bestimmungen

(1) Die steuerrechtliche und zollrechtliche Behandlung der Bundeswehr, deren Mitglieder und deren Angehöriger im Königreich der Niederlande und die steuerrechtliche und zollrechtliche Behandlung der niederländischen Truppe und des zivilen Gefolges sowie deren Angehöriger in der Bundesrepublik Deutschland erfolgen nach dem Grundsatz der Gegenseitigkeit. Danach ist keiner der Vertragsstaaten verpflichtet, dem anderen Vertragsstaat weitergehende Vorrechte und Befreiungen zu gewähren, als in dem anderen Staat gewährt werden.

(2) Der Umfang der steuerrechtlichen und zollrechtlichen Vorrechte und Befreiungen für jeden Vertragsstaat wird in einem Protokoll geregelt.

Artikel 49

Straftaten vor Inkrafttreten dieses Abkommens

(1) Sofern nicht der Beschuldigte Niederländer ist, finden Artikel 14 dieses Abkommens und Artikel VII Absätze 1, 2 und 3 des NATO-Truppenstatuts keine Anwendung auf eine vor dem Inkrafttreten dieses Abkommens begangene strafbare Handlung, deren ein Mitglied der Bundeswehr beschuldigt wird, wenn vor diesem Zeitpunkt

- das Verfahren wegen einer solchen strafbaren Handlung durch eine die Gerichtsbarkeit ausübende Behörde der Bundesrepublik Deutschland eingeleitet oder beendet worden ist, oder
- die strafbare Handlung durch den Ablauf einer Frist nach Maßgabe des deutschen Rechts verjährt ist.

(2) Bei Festsetzung des Strafmaßes für eine vor Inkrafttreten dieses Abkommens begangene strafbare Handlung berücksichtigt das niederländische Gericht oder die niederländische Behörde die nach dem deutschen Recht, dem der Beschuldigte zur Zeit der Begehung der strafbaren Handlung unterworfen war, angedrohte Strafe angemessen, wenn diese milder ist als die Strafe nach niederländischem Recht.

Artikel 50

Anwendung bei Feindseligkeiten

Artikel XV des NATO-Truppenstatuts findet auf dieses Abkommen mit der Maßgabe Anwendung, daß die in dem genannten Artikel enthaltenen Bezugnahmen auf andere Bestimmungen des NATO-Truppenstatuts als Bezugnahmen auf solche Bestimmungen in der durch dieses Abkommen ergänzten Form gelten.

Artikel 51

Beilegung von Meinungsverschiedenheiten

(1) Meinungsverschiedenheiten über die Auslegung oder Anwendung dieses Abkommens werden durch Verhandlungen zwischen den Vertragsstaaten beigelegt und nicht an ein internationales Gericht oder an Dritte verwiesen.

(2) Ein Verfahren nach Absatz 1 findet in den Fällen des Artikels 12 Absatz 2 und des Artikels 13 Absatz 2 auch auf Antrag des niederländischen Gerichts oder der niederländischen Behörde statt; im Fall des Artikels 12 Absatz 3 auch auf Antrag des deutschen Gerichts oder der deutschen Behörde.

der Niederlanden. Hetzelfde geldt voor het gebruik van openbare wegen, bruggen en bevaarbare wateren.

Artikel 48

Belasting en douane

1. De belastingrechtelijke en douanetechnische behandeling van de Bundeswehr, haar leden en hun gezinsleden in het Koninkrijk der Nederlanden en de belastingrechtelijke en douanetechnische behandeling van de Nederlandse strijdkrachten, hun civiele dienst en gezinsleden in de Bondsrepubliek Duitsland geschieden op basis van het reciprociteitsbeginsel. Op grond hiervan is geen van de Overeenkomstsluitende Staten verplicht de andere Overeenkomstsluitende Staat verdergaande voorrechten en vrijstellingen toe te kennen dan in de andere Staat worden toegekend.

2. De omvang van de belastingrechtelijke en douanetechnische voorrechten en vrijstellingen voor elke Overeenkomstsluitende Staat wordt in een Protocol geregeld.

Artikel 49

Strafbare feiten voor de inwerkingtreding van deze Overeenkomst

1. Behalve in het geval dat de verdachte Nederlander is, is noch artikel 14 van deze Overeenkomst, noch artikel VII, eerste, tweede en derde lid, van het NAVO-Status Verdrag van toepassing op een voor de inwerkingtreding van deze Overeenkomst gepleegd strafbaar feit waarvan een lid van de Bundeswehr wordt verdacht, indien voor dat tijdstip:

- de strafprocedure met betrekking tot een zodanig strafbaar feit is aangevangen of beëindigd door een autoriteit van de Bondsrepubliek Duitsland die rechtsmacht uitoefent, of
- het recht tot vervolging van het strafbare feit krachtens het Duitse recht is verjaard door het verstrijken van een bepaalde termijn.

2. Bij het bepalen van de strafmaat ten aanzien van een voor de inwerkingtreding van deze Overeenkomst gepleegd strafbaar feit houdt de Nederlandse rechtbank of autoriteit naar behoren rekening met de straf voorzien in de Duitse wetgeving waaraan de verdachte onderworpen was op het moment van het plegen van het strafbare feit, indien blijkt dat deze straf lichter is dan die welke is voorgeschreven in de Nederlandse wetgeving.

Artikel 50

Toepassing in geval van vijandelikheden

De bepalingen van artikel XV van het NAVO-Status Verdrag zijn van toepassing op deze Overeenkomst, met dien verstande dat verwijzingen in dat artikel naar andere bepalingen van het NAVO-Status Verdrag worden geacht verwijzingen te zijn naar die bepalingen zoals die zijn aangevuld door deze Overeenkomst.

Artikel 51

Regeling van geschillen

1. Geschillen met betrekking tot de uitlegging of toepassing van deze Overeenkomst worden door onderhandelingen tussen de Overeenkomstsluitende Staten beslecht en worden niet aan een internationaal gerechtshof of aan derden voorgelegd.

2. De procedure overeenkomstig het eerste lid vindt in de gevallen van artikel 12, tweede lid en artikel 13, tweede lid ook plaats op verzoek van de Nederlandse rechtbank of autoriteit; in het geval van artikel 12, derde lid ook op verzoek van de Duitse rechtbank of autoriteit.

Artikel 52**Kündigung**

(1) Dieses Abkommen kann jederzeit von einem Vertragsstaat nach Ablauf von zwei Jahren nach seinem Inkrafttreten gekündigt werden.

(2) Die Kündigung durch einen Vertragsstaat erfolgt durch Notifikation an den anderen Vertragsstaat.

(3) Die Kündigung wird ein Jahr nach Eingang der Notifikation wirksam.

Artikel 53**Änderung**

Dieses Abkommen kann von den Vertragsstaaten im gegenseitigen Einvernehmen geändert oder ergänzt werden. Die Änderungen bzw. Ergänzungen bedürfen der Schriftform.

Artikel 54**Inkrafttreten**

Dieses Abkommen bedarf der Ratifikation; die Ratifikationsurkunden werden so bald wie möglich in Den Haag ausgetauscht. Dieses Abkommen tritt am ersten Tag des zweiten Monats nach Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft.

Für das Königreich der Niederlande gilt dieses Abkommen nur für den in Europa gelegenen Teil des Königreichs.

Geschehen zu Bergen am 6. Oktober 1997 in zwei Urschriften, jede in deutscher und niederländischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Bundesrepublik Deutschland
Voor de Bondsrepubliek Duitsland
Hartmann

Für das Königreich der Niederlande
Voor het Koninkrijk der Nederlanden
P. van Walsum

Artikel 52**Opzegging**

1. Deze Overeenkomst kan na afloop van twee jaar na de inwerkingtreding te allen tijde door een Overeenkomstsluitende Staat worden opgezegd.

2. De opzegging door een Overeenkomstsluitende Staat geschiedt door middel van kennisgeving aan de andere Overeenkomstsluitende Staat.

3. De opzegging wordt een jaar na ontvangst van de opzegging van kracht.

Artikel 53**Wijziging**

Deze Overeenkomst kan door de Overeenkomstsluitende Staat in onderling overleg worden gewijzigd of aangevuld. Wijzigingen respectievelijk aanvullingen dienen schriftelijk te geschieden.

Artikel 54**Inwerkingtreding**

Deze Overeenkomst dient te worden bekrachtigd; de akten van bekrachtiging worden zo spoedig mogelijk te 's-Gravenhage uitgewisseld. Deze Overeenkomst treedt in werking op de eerste dag van de tweede maand na de uitwisseling van de akten van bekrachtiging.

Wat het Koninkrijk der Nederlande betreft, geldt deze Overeenkomst uitsluitend voor het in Europa gelegen deel van het Koninkrijk.

Gedaan te Bergen, op 6 oktober 1997, in twee originele exemplaren, elk in de Duitse en in de Nederlandse taal, zijnde beide teksten gelijkelijk authentiek.

**Protokoll
zum Zusatzabkommen vom 6. Oktober 1997
zu dem Abkommen vom 19. Juni 1951
zwischen den Parteen des Nordatlantikvertrags
über die Rechtsstellung ihrer Truppen
hinsichtlich der im Königreich der Niederlande
stationierten deutschen Truppen**

**Protocol
bij de aanvullende Overeenkomst van 6 oktober 1997
bij het Verdrag van 19 juni 1951
tussen de Staten die partij zijn bij het Noord-Atlantisch Verdrag
nopens de rechtspositie van hun krijgsmachten
met betrekking tot de in het Koninkrijk der Nederlanden
gestationeerde Duitse strijdkrachten**

Die Bundesrepublik Deutschland
und
das Königreich der Niederlande

De Bondsrepubliek Duitsland
en
het Koninkrijk der Nederlanden

haben anlässlich der Unterzeichnung des Zusatzabkommens zu dem Abkommen vom 19. Juni 1951 zwischen den Parteen des Nordatlantikvertrags über die Rechtsstellung ihrer Truppen hinsichtlich der im Königreich der Niederlande stationierten deutschen Truppen (im folgenden als Zusatzabkommen Niederlande bezeichnet) am 6. Oktober 1997 in Bergen nachstehende Bestimmungen zu dessen Artikel 48 Absatz 2 vereinbart, die Bestandteil des Abkommens sind:

hebben bij de ondertekening van de Aanvullende Overeenkomst bij het Verdrag van 19 juni 1951 tussen de Staten die partij zijn bij het Noord-Atlantisch Verdrag nopens de rechtspositie van hun krijgsmachten met betrekking tot de in het Koninkrijk der Nederlanden gestationeerde Duitse strijdkrachten (hierna te noemen Aanvullende Overeenkomst Nederland) op 6 oktober 1997 te Bergen op grond van artikel 48, tweede lid, overeenstemming bereikt over de onderstaande bepalingen, die een onderdeel van de Overeenkomst vormen.

Zu Artikel 13 des Zusatzabkommens vom 3. August 1959 in der durch die Änderungsabkommen vom 21. Oktober 1971 und vom 18. März 1993 geänderten Fassung zu dem Abkommen zwischen den Parteen des Nordatlantikvertrags über die Rechtsstellung ihrer Truppen hinsichtlich der in der Bundesrepublik Deutschland stationierten ausländischen Truppen (im folgenden als Zusatzabkommen Deutschland bezeichnet):

Ten aanzien van artikel 13 van de Aanvullende Overeenkomst bij het Verdrag tussen de Staten die partij zijn bij het Noord-Atlantisch Verdrag nopens de rechtspositie van hun krijgsmachten, met betrekking tot de in de Bondsrepubliek Duitsland gestationeerde buitenlandse krijgsmachten van 3 augustus 1959, in de door de overeenkomsten tot wijziging van 21 oktober 1971 en van 18 maart 1993 gewijzigde versie (hierna te noemen de Aanvullende Overeenkomst Duitsland):

Die Vertragsstaaten sind mit Bezug auf Artikel 8 Absatz 1 der Verordnung (EWG) Nr. 1408/71 des Rates vom 14. Juni 1971 (ABl. Nr. L 149 vom 5. Juli 1971) gemäß beziehungsweise abweichend von Titel II dieser Verordnung wie folgt übereingekommen:

De Overeenkomstsluitende Staten zijn met betrekking tot artikel 8, eerste lid, van (EEG-) Verordening nr. 1408/71 van de Raad van 14 juni 1971 (Pb. Nr. L 149 van 5 juli 1971) overeenkomstig, respectievelijk in afwijking van, Titel II van deze Verordening als volgt overeengekomen:

1. Auf dem Gebiet der sozialen Sicherheit ist auf die Mitglieder der Truppe, die Mitglieder des zivilen Gefolges und auf ihre mitreisenden Angehörigen im Sinne des Artikels I des NATO-Truppenstatuts das Recht des jeweiligen Entsendestaats anzuwenden.
2. Abweichend von Nummer 1 ist das Recht des jeweiligen Aufnahmestaats auf die unter Nummer 1 genannten Personen anzuwenden, wenn diese nicht in einem Arbeitsverhältnis zur NATO stehen beziehungsweise selbständig tätig sind oder aber auf Grund des sozialen Sicherheitssystems des Aufnahmestaats eine Sozialleistung erhalten.

1. Op het gebied van de sociale zekerheid is de wetgeving van een land van herkomst van toepassing op leden van de krijgsmacht, leden van de civiele dienst en hun meereizende gezinsleden in de zin van artikel I van het NAVO-Statusverdrag.
2. In afwijking van het onder nummer 1 bepaalde is de wetgeving van het land van ontvangst van toepassing op de onder nummer 1 genoemde personen, wanneer diegenen niet in een dienstbetrekking staan tot de NAVO, of een vrij beroep uitoefenen, respectievelijk een sociale uitkering ontvangen ingevolge het systeem van sociale zekerheid van het land van ontvangst.

Zu Artikel 20 des Zusatzabkommens Niederlande:

Zur Durchführung von Artikel 20 Absatz 2 des Zusatzabkommens Niederlande und von Artikel 29 des Zusatzabkommens Deutschland erklären sich die Bundesrepublik Deutschland und das Königreich der Niederlande bereit, auf den strafrechtlichen Schutz ihrer Truppe, des zivilen Gefolges und von deren Mitgliedern im jeweils anderen Staat zu verzichten, soweit sie in ihrem eigenen Hoheitsgebiet dessen Truppe, dem zivilen Gefolge und deren Mitgliedern keinen entsprechenden strafrechtlichen Schutz gewähren.

Zu den Artikeln 45 und 46 des Zusatzabkommens Deutschland:

Beide Seiten stimmen darin überein, daß der Begriff „Verteidigungsaufgabe“ im Sinne der Artikel 45 und 46 des Zusatzabkommens Deutschland nicht enger auszulegen ist als der Begriff „Aufgabe“ im Sinne der Artikel 30 und 31 des Zusatzabkommens Niederlande.

Zu Artikel 48 des Zusatzabkommens Niederlande:

Das Zusatzabkommen Niederlande wird bezüglich der steuer- und zollrechtlichen Vorrechte und Befreiungen der Truppen des Königreichs der Niederlande im Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland durch die folgenden Bestimmungen ergänzt:

1. Der Bundeswehr, ihren Mitgliedern und deren Angehörigen, die sich im Hoheitsgebiet des Königreichs der Niederlande aufhalten, werden die steuer- und zollrechtlichen Vorrechte und Befreiungen nach Maßgabe des Abkommens vom 19. Juni 1951 zwischen den Parteien des Nordatlantikvertrags über die Rechtsstellung ihrer Truppen (im folgenden als NATO-Truppenstatut bezeichnet) und der Regelung „Duitse Strijdkrachten Nederland“ (Stcrt. 1990, 101, „Regelung Deutsche Streitkräfte in den Niederlanden“) vom 28. Mai 1990 gewährt.
2. Der niederländischen Truppe, dem zivilen Gefolge, ihren Mitgliedern und deren Angehörigen, die sich im Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland aufhalten, werden die steuer- und zollrechtlichen Vorrechte und Befreiungen nach Maßgabe des NATO-Truppenstatuts und des Zusatzabkommens Deutschland gewährt.
3. Entsprechend dem Grundsatz der Gegenseitigkeit gilt folgendes:
 - a) Für die Bundeswehr, ihre Mitglieder und deren Angehörige, die sich im Hoheitsgebiet des Königreichs der Niederlande aufhalten, sind auch die folgenden steuer- und zollrechtlichen Vorrechte und Befreiungen des Zusatzabkommens Deutschland nach dem Inkrafttreten des Zusatzabkommens Niederlande anzuwenden:

Artikel 2 Absatz 2 Buchstabe b,

Artikel 67 Absatz 1,

Artikel 71 Absätze 1 bis 4, 5 Buchstabe a Ziffer i, 5 Buchstabe b und 6.

- b) Für die niederländische Truppe, das zivile Gefolge, ihre Mitglieder und deren Angehörige, die sich im Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland aufhalten, sind die folgenden steuer- und zollrechtlichen Vorrechte und Befreiungen des Zusatzabkommens Deutschland, die über das Maß der steuer- und zollrechtlichen Vorrechte und Befreiungen der Regelung „Duitse Strijdkrachten Nederland“ hinausgehen, nach dem Inkrafttreten des Zusatzabkommens Niederlande nicht anzuwenden:

Artikel 66,

Ten aanzien van artikel 20 van de Aanvullende Overeenkomst Nederland:

Voor de tenuitvoerlegging van artikel 20, tweede lid van de Aanvullende Overeenkomst Nederland en artikel 29 van de Aanvullende Overeenkomst Duitsland verklaren het Koninkrijk der Nederlanden en de Bondsrepubliek Duitsland zich bereid afstand te doen van de strafrechtelijke bescherming van hun strijdkrachten, de civiele dienst en de leden daarvan in de andere staat, voor zover zij op hun eigen grondgebied diens strijdkrachten, de civiele dienst en de leden daarvan geen overeenkomstige strafrechtelijke bescherming bieden.

Ten aanzien van artikel 45 en 46 van de Aanvullende Overeenkomst Duitsland:

Beide zijden zijn het erover eens dat het begrip „verdedigings-taak“ in de zin van artikel 45 en 46 van de Aanvullende Overeenkomst Duitsland niet beperkter dient te worden opgevat dan het begrip „taak“ in de zin van artikel 30 en 31 van de Aanvullende Overeenkomst Nederland.

Ten aanzien van artikel 48 van de Aanvullende Overeenkomst Nederland:

De Aanvullende Overeenkomst Nederland wordt ten aanzien van de belastingrechtelijke en douanetechnische voorrechten en vrijstellingen van de strijdkrachten van het Koninkrijk der Nederlanden op het grondgebied van de Bondsrepubliek Duitsland aanvullend met de volgende bepalingen:

1. Aan de Bundeswehr, haar leden en hun gezinsleden die op het grondgebied van het Koninkrijk der Nederlanden verblijven, worden de belastingrechtelijke en douanetechnische voorrechten en vrijstellingen toegekend overeenkomstig het Verdrag tussen de Staten die partij zijn bij het Noord-Atlantisch Verdrag nopens de rechtspositie van hun krijgsmachten van 19 juni 1951 (hierna te noemen het NAVO-Status Verdrag) en de regeling Duitse Strijdkrachten Nederland (Stcrt. 1990, 101) van 28 mei 1990.
2. Aan de Nederlandse strijdkrachten, de civiele dienst, hun leden en gezinsleden die op het grondgebied van de Bondsrepubliek Duitsland verblijven, worden de belastingrechtelijke en douanetechnische voorrechten en vrijstellingen toegekend overeenkomstig het NAVO-Status Verdrag en de Aanvullende Overeenkomst Duitsland.
3. Overeenkomstig het reciprociteitsbeginsel is het volgende van toepassing:
 - a. Op de Bundeswehr, haar leden en hun gezinsleden die op het grondgebied van het Koninkrijk der Nederlanden verblijven, zijn na de inwerkingtreding van de Aanvullende Overeenkomst Nederland tevens de volgende belastingrechtelijke en douanetechnische voorrechten en vrijstellingen van de Aanvullende Overeenkomst Duitsland van toepassing:

artikel 2, tweede lid, onder b,

artikel 67, eerste lid,

artikel 71, eerste tot en met vierde lid, vijfde lid onder a (i), vijfde lid onder b, en zesde lid.
 - b. Op de Nederlandse strijdkrachten, de civiele dienst, hun leden en gezinsleden die op het grondgebied van de Bondsrepubliek Duitsland verblijven, zijn na de inwerkingtreding van de Aanvullende Overeenkomst Nederland de volgende belastingrechtelijke en douanetechnische voorrechten en vrijstellingen van de Aanvullende Overeenkomst Duitsland die verder gaan dan de belastingrechtelijke en douanetechnische voorrechten en vrijstellingen van de regeling Duitse strijdkrachten Nederland, niet van toepassing:

Artikel 67 Absatz 3 Buchstabe a Ziffer ii hinsichtlich der für den Gebrauch und Verbrauch durch die Mitglieder der Truppe, das zivile Gefolge, ihre Mitglieder und deren Angehörige bestimmten sonstigen Leistungen und der dazu ergangenen Verwaltungsregelungen

Artikel 68 Absatz 1,

Artikel 68 Absatz 2,

Artikel 68 Absatz 4,

Artikel 71 Absatz 5 Buchstabe a Ziffer ii,

Artikel 72,

Artikel 73.

4. Zu Artikel 74 Absatz 3 Buchstabe a des Zusatzabkommens Deutschland wird zwischen den zuständigen Behörden der Bundesrepublik Deutschland und den zuständigen Behörden des Königreichs der Niederlande ein Verwaltungsabkommen über die mengenmäßig beschränkte Abgabe bestimmter Waren in den Clubs und Organisationen in der Bundesrepublik Deutschland vereinbart.
5. Die Aufzählungen unter Nummer 3 Buchstaben a und b werden – soweit nach dem Grundsatz der Gegenseitigkeit erforderlich – im gegenseitigen Einvernehmen angepaßt.

artikel 67, derde lid, onder a (ii) met betrekking tot de voor gebruik en verbruik door de leden van een krijgsmacht, een civiele dienst, de leden daarvan en hun gezinsleden bestemde andere diensten en de daarmee verband houdende administratieve regelingen,

artikel 68, eerste lid,

artikel 68, tweede lid,

artikel 68, vierde lid,

artikel 71, vijfde lid, onder a (ii),

artikel 72,

artikel 73.

4. Met betrekking tot artikel 74, derde lid, onder a, van de Aanvullende Overeenkomst Duitsland wordt tussen de bevoegde autoriteiten van de Bondsrepubliek Duitsland en de bevoegde autoriteiten van het Koninkrijk der Nederlanden een administratieve overeenkomst gesloten inzake de afzet in beperkte hoeveelheden van bepaalde goederen in clubs en organisaties in de Bondsrepubliek Duitsland.
5. De opsommingen in nummer 3, onder a en b, worden – voor zover ingevolge het reciprociteitsbeginsel vereist – in onderling overleg aangepast.

Abkommen
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung des Königreichs der Niederlande
über die Rahmenbedingungen für das I. (Deutsch-Niederländische) Korps
und dem Korps zugeordnete Truppenteile, Einrichtungen und Dienststellen

Verdrag
tussen de Regering van de Bondsrepubliek Duitsland
en de Regering van het Koninkrijk der Nederlanden
inzake de algemene voorwaarden voor het 1 (Duits/Nederlandse) Legerkorps
en de aan het korps verbonden eenheden en instellingen

Convention
between the Government of the Federal Republic of Germany
and the Government of the Kingdom of the Netherlands
on the General Conditions for the 1 (German-Netherlands) Corps
and Corps-related units and establishments

Die Regierung
der Bundesrepublik Deutschland
und
die Regierung des Königreichs
der Niederlande –

De Regering van
de Bondsrepubliek Duitsland
en
de Regering van
het Koninkrijk der Nederlanden,

The Government of the
Federal Republic of Germany
and
the Government of the
Kingdom of the Netherlands,

eingedenk ihrer Verpflichtungen nach dem Nordatlantikvertrag vom 4. April 1949 und dem Brüsseler Vertrag vom 17. März 1948 in der durch das Protokoll vom 23. Oktober 1954 zur Änderung und Ergänzung des Brüsseler Vertrags geänderten Fassung,

im Hinblick auf die Gemeinsame Entschließung des Bundesministers der Verteidigung der Bundesrepublik Deutschland und des Ministers der Verteidigung des Königreichs der Niederlande vom 30. März 1993 über die Aufstellung eines multinationalen Korps mit anfänglicher deutscher und niederländischer Beteiligung,

auf der Grundlage des Vertrags vom 23. Oktober 1954 über den Aufenthalt ausländischer Streitkräfte in der Bundesrepublik Deutschland und des Abkommens vom 6. Oktober 1997 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung des Königreichs der Niederlande über die Stationierung von Truppen der Bundesrepublik Deutschland in dem Königreich der Niederlande,

in Übereinstimmung mit den Bestimmungen des Abkommens vom 19. Juni 1951 zwischen den Parteien des Nordatlantikvertrags über die Rechtsstellung ihrer Truppen (NATO-Truppenstatut), des Zusatzabkommens vom 3. August 1959 in der geänderten Fassung vom 18. März

Zich bewust van hun verplichtingen krachtens het Noord-Atlantisch Verdrag van 4 april 1949 en het Verdrag van Brussel van 17 maart 1948 als gewijzigd door het Protocol tot wijziging en aanvulling van het Verdrag van Brussel, van 23 oktober 1954;

Gelet op de Gemeenschappelijke Verklaring van de Bondsminister van Defensie van de Bondsrepubliek Duitsland en de Minister van Defensie van het Koninkrijk der Nederlanden inzake de oprichting van een multinationaal legerkorps met initiële Duitse en Nederlandse deelname van 30 maart 1993;

Op grond van het Verdrag inzake de aanwezigheid van buitenlandse strijdkrachten in de Bondsrepubliek Duitsland van 23 oktober 1954 en het Verdrag tussen de Regering van de Bondsrepubliek Duitsland en de Regering van het Koninkrijk der Nederlanden inzake de stationering van strijdkrachten van de Bondsrepubliek Duitsland in het Koninkrijk der Nederlanden van 6 oktober 1997;

Overeenkomstig de bepalingen van het Verdrag tussen de Partijen bij het Noord-Atlantisch Verdrag nopens de rechtspositie van hun krijgsmachten (NAVO-Status Verdrag) van 19 juni 1951, de Aanvullende Overeenkomst bij het Verdrag tussen de Staten die partij zijn bij het Noord-Atlan-

conscious of their obligations under the North Atlantic Treaty of 4 April 1949 and the Brussels Treaty of 17 March 1948 as amended by the Protocol modifying and completing the Brussels Treaty of 23 October 1954;

noting the Joint Resolution of the Federal Minister of Defence of the Federal Republic of Germany and the Minister of Defence of the Kingdom of the Netherlands of 30 March 1993 concerning the Establishment of a Multinational Corps with initial German and Netherlands' participation;

on the basis of the Convention on the Presence of Foreign Forces in the Federal Republic of Germany of 23 October 1954 and the Agreement between the Government of the Federal Republic of Germany and the Government of the Kingdom of the Netherlands regarding the Stationing of Forces of the Federal Republic of Germany in the Kingdom of the Netherlands of 6 October 1997;

in accordance with the provisions of the Agreement between the Parties to the North Atlantic Treaty regarding the Status of their Forces (NATO SOFA) of 19 June 1951, the Agreement to Supplement the Agreement between the Parties to the North Atlantic Treaty regarding the Status

1993 zu dem Abkommen zwischen den Vertragsparteien des Nordatlantikvertrags über die Rechtsstellung ihrer Truppen hinsichtlich der in der Bundesrepublik Deutschland stationierten ausländischen Truppen (Zusatzabkommen D) und des Zusatzabkommens vom 6. Oktober 1997 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich der Niederlande über die Rechtsstellung ihrer Truppen hinsichtlich der im Königreich der Niederlande stationierten deutschen Truppen (Zusatzabkommen NL) einschließlich der Protokolle,

in Übereinstimmung mit dem Notenwechsel vom 25. September 1990 in der geänderten Fassung vom 12. September 1994 zum NATO-Truppenstatut, dem Zusatzabkommen D und den ergänzenden Vereinbarungen,

eingedenk der Indienststellung des I. (Deutsch-Niederländischen) Korps am 30. August 1995 durch den Bundesminister der Verteidigung der Bundesrepublik Deutschland und den Minister der Verteidigung des Königreichs der Niederlande,

in Beachtung der Einrichtung des Verbindungskommandos der Luftstreitkräfte,

in dem Wunsch, Grundsätze für eine weitere Zusammenarbeit und Integration im Korps festzulegen –

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

Zweck des Abkommens

Zweck dieses Abkommens ist es, die Zuständigkeiten der Vertragsparteien und die Grundsätze der Zusammenarbeit und vertieften Integration im I. (Deutsch-Niederländischen) Korps – im folgenden als „Korps“ bezeichnet – und in den dem Korps zugeordneten Truppenteilen, Einrichtungen und Dienststellen festzulegen.

Artikel 2

Verantwortungsbereich der Vertragsparteien

(1) Die Befehlsgewalt und Anordnungsbefugnis über die dem Korps unterstellten oder zugeordneten Streitkräfteanteile verbleiben im nationalen Verantwortungsbereich.

(2) Die Organisationsstruktur des Korps wird zwischen dem Bundesministerium der Verteidigung der Bundesrepublik Deutschland und dem Ministerium der Verteidigung des Königreichs der Niederlande vereinbart.

(3) Die Vertragsparteien stellen das Korps mit den vom Bundesministerium der Verteidigung der Bundesrepublik Deutschland und vom Ministerium der Verteidigung des Königreichs der Niederlande zu bestimmenden personellen, materiellen und finanziellen Mitteln aus.

tisch Verdrag nopens de rechtspositie van hun krijgsmachten ten aanzien van buitenlandse krijgsmachten gestationeerd in de Bondsrepubliek Duitsland (Aanvullende Overeenkomst Duitsland) van 3 augustus 1959, als gewijzigd op 18 maart 1993, en de Aanvullende Overeenkomst tussen de Bondsrepubliek Duitsland en het Koninkrijk der Nederlanden nopens de rechtspositie van hun krijgsmachten met betrekking tot de in het Koninkrijk der Nederlanden gestationeerde Duitse strijdkrachten (Aanvullende Overeenkomst Nederland) van 6 oktober 1997 en de daarbij behorende Protocollen;

Overeenkomstig de Briefwisseling van 25 september 1990, als gewijzigd op 12 september 1994, bij het NAVO-Status Verdrag, de Aanvullende Overeenkomst Duitsland en de daarbij behorende akkoorden;

Zich bewust van de oprichting van het 1 (Duits/Nederlandse) Legerkorps op 30 augustus 1995 door de Bondsminister van Defensie van de Bondsrepubliek Duitsland en de Minister van Defensie van het Koninkrijk der Nederlanden;

Gelet op de oprichting van het Air Operations Coordination Center;

Geleid door de wens de uitgangspunten vast te stellen voor verdere samenwerking en integratie in het Korps;

zijn het volgende overeengekomen:

Artikel 1

Doel van het Verdrag

Dit Verdrag heeft tot doel de verantwoordelijkheden van de Verdragsluitende Partijen en de uitgangspunten voor samenwerking en verhoogde integratie in het 1 (Duits/Nederlandse) Legerkorps – hierna te noemen „het Korps“ – en de aan het Korps verbonden eenheden en instellingen vast te stellen.

Artikel 2

Verantwoordelijkheden van de Verdragsluitende Partijen

1. Het oppergezag en het toezicht over het personeel, het materieel, de eenheden, de installaties en de kantoren die aan het Korps zijn bijgedragen blijven een nationale verantwoordelijkheid.

2. Het Ministerie van Defensie van de Bondsrepubliek Duitsland en het Ministerie van Defensie van het Koninkrijk der Nederlanden bepalen in onderling overleg de structuur van de organisatie van het Korps.

3. De Verdragsluitende Partijen stellen aan het Korps het personeel, het materieel en de financiële middelen ter beschikking zoals wordt bepaald tussen het Ministerie van Defensie van de Bondsrepubliek Duitsland en het Ministerie van Defensie van het Koninkrijk der Nederlanden.

of their Forces with respect to Foreign Forces stationed in the Federal Republic of Germany (Supplementary Agreement GE) of 3 August 1959, as amended on 18 March 1993, and the Supplementary Agreement between the Federal Republic of Germany and the Kingdom of the Netherlands regarding the Status of their Forces with respect to German Forces stationed in the Kingdom of the Netherlands (Supplementary Agreement NL) of 6 October 1997 and the Protocols thereto;

in accordance with the Exchange of Notes of 25 September 1990, as amended on 12 September 1994, to the NATO SOFA, the Supplementary Agreement GE and the agreements related thereto;

conscious of the establishment of 1 (German/Netherlands) Corps on 30 August 1995 by both the Federal Minister of Defence of the Federal Republic of Germany and the Minister of Defence of the Kingdom of the Netherlands;

noting the establishment of the Air Operations Coordination Center;

desirous to establish the principles of further cooperation and integration in the Corps;

have agreed as follows:

Article 1

Purpose of the Convention

The purpose of this Convention is to define the responsibilities of the Contracting Parties and the principles of cooperation and deepened integration in the 1 (German/Netherlands) Corps – hereinafter referred to as “the Corps” – and Corps-related units and establishments.

Article 2

Responsibilities of the Contracting Parties

(1) The command and control over personnel, materiel, units, installations and offices contributed to the Corps shall remain a national responsibility.

(2) The Federal Ministry of Defence of the Federal Republic of Germany and the Ministry of Defence of the Kingdom of the Netherlands shall agree on the structure of the organization of the Corps.

(3) The Contracting Parties shall provide the Corps with the personnel, materiel and financial means as to be determined between the Federal Ministry of Defence of the Federal Republic of Germany and the Ministry of Defence of the Kingdom of the Netherlands.

Artikel 3**Aufgaben**

(1) Das Korps wird innerhalb der Grenzen der nationalen Verfassungen sowie gemäß den Bestimmungen der Charta der Vereinten Nationen jeweils nach Maßgabe der Entscheidung der zuständigen Organe der Bundesrepublik Deutschland und des Königreichs der Niederlande für folgende Aufgaben eingesetzt:

- gemeinsame Verteidigung gemäß Artikel 5 des Nordatlantikvertrags oder gemäß Artikel V des geänderten Brüsseler Vertrags,
- multinationale Krisenbewältigung einschließlich Maßnahmen zur Herbeiführung des Friedens sowie friedenserhaltende Maßnahmen im Rahmen der Vereinten Nationen, der Westeuropäischen Union, der Nordatlantikvertragsorganisation oder regionaler Abmachungen gemäß Kapitel VIII der Charta der Vereinten Nationen, denen die Vertragsparteien angehören, durch dem Korps für diese Zwecke unterstellte oder zugeordnete Kräfte,
- humanitäre Zwecke und Rettungseinsätze.

(2) Die nationalen Beiträge zum Korps stehen auch für nationale Zwecke zur Verfügung.

Artikel 4**Stationierung der Kräfte des Korps**

(1) Die Stationierung niederländischer Kräfte des Korps im deutschen Hoheitsgebiet erfolgt auf der Grundlage des Vertrags vom 23. Oktober 1954 über den Aufenthalt ausländischer Streitkräfte in der Bundesrepublik Deutschland.

(2) Die Stationierung deutscher Kräfte des Korps im niederländischen Hoheitsgebiet erfolgt auf der Grundlage des Vertrags vom 6. Oktober 1997 über die Stationierung von Truppen der Bundesrepublik Deutschland im Königreich der Niederlande.

(3) Die binationalen Elemente des Korps werden gemäß einem gemeinsamen Beschluß des Bundesministeriums der Verteidigung der Bundesrepublik Deutschland und des Ministeriums der Verteidigung des Königreichs der Niederlande disloziert.

Artikel 5**Rechtsstellung der Streitkräfteanteile, des zivilen Gefolges, ihrer Mitglieder und deren Angehörigen**

Für die Streitkräfteanteile, des zivilen Gefolges, ihrer Mitglieder und deren Angehörige gelten die Bestimmungen

- des Abkommens vom 19. Juni 1951 zwischen den Parteien des Nordatlantikvertrags über die Rechtsstellung ihrer Truppen (NATO-Truppenstatut),
- des Zusatzabkommens vom 3. August 1959 in der geänderten Fassung vom 18. März 1993 zu dem Abkommen zwi-

Artikel 3**Taken**

1. Binnen de grenzen van de nationale grondwetten en overeenkomstig de bepalingen van het Handvest van de Verenigde Naties, en ingevolge de besluiten genomen door de bevoegde organen van de Bondsrepubliek Duitsland en het Koninkrijk der Nederlanden, vervult het Korps taken in het kader van:

- de gemeenschappelijke verdediging krachtens artikel 5 van het Noord-Atlantisch Verdrag of artikel V van het gewijzigde Verdrag van Brussel;
- multinationaal crisismanagement met inbegrip van vredesafdwingende en vredeshandhavende operaties in het kader van de Verenigde Naties, de Westeuropese Unie, de Noordatlantische Verdragsorganisatie of regionale overeenkomsten krachtens hoofdstuk VIII van het Handvest van de Verenigde Naties waartoe de twee Staten behoren, uit te voeren met strijdkrachten die voor deze doeleinden aan het Korps zijn ondergeschikt of toegevoegd;
- humanitaire en reddingsoperaties.

2. Nationale bijdragen aan het Korps zijn tevens beschikbaar voor nationale doeleinden.

Artikel 4**Stationering van strijdkrachten van het Korps**

1. De stationering van Nederlandse strijdkrachten van het Korps op Duits grondgebied is gebaseerd op het Verdrag inzake de aanwezigheid van buitenlandse strijdkrachten in de Bondsrepubliek Duitsland van 23 oktober 1954.

2. De stationering van Duitse strijdkrachten van het Korps op Nederlands grondgebied is gebaseerd op het Verdrag inzake de stationering van strijdkrachten van de Bondsrepubliek Duitsland in het Koninkrijk der Nederlanden van 6 oktober 1997.

3. De locatie van de binationale onderdelen van de strijdkrachten van het Korps wordt in onderling overleg bepaald door het Ministerie van Defensie van de Bondsrepubliek Duitsland en het Ministerie van Defensie van het Koninkrijk der Nederlanden.

Artikel 5**Rechtspositie van de strijdkrachten, de civiele component, de leden daarvan en hun gezinsleden**

De bepalingen van

- het Verdrag tussen de Staten die partij zijn bij het Noord-Atlantisch Verdrag nopens de rechtspositie van hun krijgsmachten (NAVO-Status Verdrag) van 19 juni 1951,
- de Aanvullende Overeenkomst bij het Verdrag tussen de Staten die partij zijn bij het Noord-Atlantisch Verdrag nopens

Article 3**Tasks**

(1) Within the limits of national constitutions and in accordance with the provisions of the Charter of the United Nations, pursuant to the decisions taken by the competent organs of the Federal Republic of Germany and the Kingdom of the Netherlands, the Corps is tasked to operate for

- common defence purposes under Article 5 of the North Atlantic Treaty or Article V of the revised Brussels Treaty;
- multinational crisis management purposes including peace enforcement and peacekeeping operations, within the framework of the United Nations, the Western European Union, the North Atlantic Treaty Organization, or regional arrangements pursuant to Chapter VIII of the Charter of the United Nations to which the two States belong, to be conducted with forces subordinated or added to the Corps for those purposes;
- humanitarian and rescue purposes.

(2) National contributions to the Corps shall also be available for national purposes.

Article 4**Stationing of Forces of the Corps**

(1) The stationing of Netherlands forces of the Corps on German territory shall be based upon the Convention on the Presence of Foreign Forces in the Federal Republic of Germany of 23 October 1954.

(2) The stationing of German forces of the Corps on Netherlands territory shall be based upon the Agreement on the Stationing of German Forces in the Kingdom of the Netherlands of 6 October 1997.

(3) The location of the binational elements of the forces of the Corps shall be jointly decided upon by the Federal Ministry of Defence of the Federal Republic of Germany and the Ministry of Defence of the Kingdom of the Netherlands.

Article 5**Status of the forces, the civilian component, their members and the dependents thereof**

The provisions of

- the Agreement between the Parties to the North Atlantic Treaty regarding the Status of their Forces (NATO SOFA) of 19 June 1951,
- the Agreement to Supplement the Agreement between the Parties to the North Atlantic Treaty regarding the Sta-

schen den Parteien des Nordatlantikvertrags über die Rechtsstellung ihrer Truppen hinsichtlich der in der Bundesrepublik Deutschland stationierten ausländischen Truppen (Zusatzabkommen D),

- des Notenwechsels vom 25. September 1990 in der geänderten Fassung vom 12. September 1994 in Bezug auf das NATO-Truppenstatut, das Zusatzabkommen D und die ergänzenden Vereinbarungen,
- des Zusatzabkommens vom 6. Oktober 1997 zu dem NATO-Truppenstatut hinsichtlich der im Königreich der Niederlande stationierten deutschen Truppen (Zusatzabkommen NL) einschließlich des ergänzenden Protokolls und
- dieses Abkommens.

Artikel 6

Integrierte Weisungs- und Kontrollbefugnis

(1) Der Kommandierende General wird hinsichtlich der Ausführung der dem Korps erteilten Aufträge mit einer integrierten Weisungs- und Kontrollbefugnis ausgestattet. Sie umfaßt die Berechtigung, den ihm integriert unterstellten Soldaten und zivilen Mitarbeitern des Korps dienstliche Anordnungen zu erteilen. Sie umfaßt die Planung, Vorbereitung und Ausführung von Aufgaben und Aufträgen des Korps einschließlich Ausbildung und Übungen sowie logistische Befugnisse.

(2) Nationale Rechte und persönliche Verpflichtungen, insbesondere im Hinblick auf disziplinarische Angelegenheiten und Beschwerden, fallen nicht unter die integrierte Weisungs- und Kontrollbefugnis.

(3) Einzelheiten werden zwischen den Vertragsparteien vereinbart.

(4) Aufgabenbereiche und Handlungsbefugnisse des zuständigen NATO/WEU-Befehlshabers bleiben hiervon unberührt.

Artikel 7

Binationaler Haushalt

(1) Es wird ein binationaler Haushalt für das Korps eingerichtet. Über den Umfang dieses binationalen Haushalts sowie die Bereitstellung der entsprechenden Mittel einigen sich das Bundesministerium der Verteidigung der Bundesrepublik Deutschland und das Ministerium der Verteidigung des Königreichs der Niederlande nach Maßgabe der geltenden gesetzlichen Bestimmungen.

(2) Ein binationaler Rechnungsprüfungsausschuß ist zur Kontrolle und Prüfung des binationalen Haushalts in Anlehnung an die NATO-Rechnungsprüfungsverfahren berechtigt.

de rechtspositie van hun krijgsmachten, met betrekking tot de in de Bondsrepubliek Duitsland gestationeerde buitenlandse krijgsmachten (Aanvullende Overeenkomst Duitsland), als gewijzigd op 18 maart 1993,

- de Briefwisseling van 25 september 1990, als gewijzigd op 12 september 1994, bij het NAVO-Status Verdrag, de Aanvullende Overeenkomst Duitsland en de daarbij behorende akkoorden,
- de Aanvullende Overeenkomst bij het NAVO-Status Verdrag met betrekking tot Duitse strijdkrachten gestationeerd in het Koninkrijk der Nederlanden (Aanvullende Overeenkomst Nederland) van 6 oktober 1997, en het daarbij behorende Protocol,
- en dit Verdrag

zijn van toepassing op de strijdkrachten, de civiele component, de leden daarvan en hun gezinsleden.

Artikel 6

Geïntegreerde leidinggevende en toezichthoudende bevoegdheid

1. De Commandant van het Korps krijgt de geïntegreerde leidinggevende en toezichthoudende bevoegdheid met betrekking tot de uitvoering van de aan het Korps opgedragen taken. Deze bevoegdheid omvat het recht instructies te geven aan de soldaten en burgerpersoneelsleden van het Korps onder zijn geïntegreerd bevel, alsmede de planning, de voorbereiding en de uitvoering van de taken en missies van het Korps, met inbegrip van de opleiding, oefeningen en logistieke competenties.

2. Nationale rechten en verplichtingen van het personeel, in het bijzonder met betrekking tot disciplinaire kwesties en klachten, vallen niet binnen de reikwijdte van de geïntegreerde leidinggevende en toezichthoudende bevoegdheid.

3. Bijzonderheden worden overeengekomen tussen de Verdragsluitende Partijen.

4. De verantwoordelijkheden en bevoegdheden van de terzake bevoegde NAVO-/WEU-bevelhebber blijven ongewijzigd.

Artikel 7

Binotionaal budget

1. Het Korps krijgt een binotionaal budget. De omvang en de financiering van het binotionale budget worden bepaald door het Ministerie van Defensie van de Bondsrepubliek Duitsland en het Ministerie van Defensie van het Koninkrijk der Nederlanden met inachtneming van de toepasselijke wettelijke bepalingen.

2. Een binotionale Commissie van Accountants draagt zorg voor het toezicht op en de controle van het binotionale budget in beginsel op basis van de controleprocedures van de NAVO.

tus of their Forces with respect to Foreign Forces stationed in the Federal Republic of Germany (Supplementary Agreement GE), as amended on 18 March 1993,

- the Exchange of Notes of 25 September 1990, as amended on 12 September 1994, in connection with the NATO SOFA, the Supplementary Agreement GE and the agreements related thereto,
- the Agreement to supplement NATO SOFA with respect to German Forces stationed in the Kingdom of the Netherlands (Supplementary Agreement NL) of 6 October 1997 and the Protocol thereto and
- this Convention

shall be applicable with regard to the forces, the civilian component, their members and the dependents thereof.

Article 6

Integrated Directing and Control Authority

(1) The Commander of the Corps shall be vested with integrated directing and control authority with regard to the execution of the tasks given to the Corps. This authority includes the right to give instructions to soldiers and civilian members of the Corps under his integrated command. It encompasses planning, preparation and execution of the Corps' tasks and missions, including training, exercises as well as logistic competences.

(2) National rights and obligations of personnel, in particular with regard to disciplinary matters and complaints, do not fall within the scope of the integrated directing and control authority.

(3) Details shall be agreed between the Contracting Parties.

(4) The responsibilities and powers of the competent NATO/WEU Commander shall remain unaffected.

Article 7

Binational budget

(1) There shall be a binational budget for the Corps. The scope and funding of the binational budget shall be agreed upon by the Federal Ministry of Defence of the Federal Republic of Germany and the Ministry of Defence of the Kingdom of the Netherlands in accordance with applicable legal provisions.

(2) A binational Board of Auditors shall supervise and audit the binational budget following as a rule the NATO auditing procedures.

(3) Unabhängig von den Rechnungsprüfungen durch den binationalen Rechnungsprüfungsausschuß sind die nationalen Rechnungsprüfungsbehörden berechtigt, bei den binationalen Elementen des Korps alle Informationen einzuholen und dort sämtliche Unterlagen einzusehen, die ihrer Ansicht nach für die Rechnungsprüfung des nationalen Anteils und für die Unterrichtung der Regierungen und Parlamente erforderlich sind. Diese Anträge werden über den Kommandierenden General gestellt.

Artikel 8

Befugnis zum Abschluß von Verträgen

(1) Verträge für binationale Zwecke zu Lasten des binationalen Haushalts des Korps werden mit Wirkung für die Bundesrepublik Deutschland und das Königreich der Niederlande geschlossen. Auf der Grundlage der Anforderungen des Kommandierenden Generals wirken die hierzu befugten deutschen und niederländischen Stellen einvernehmlich zusammen.

(2) Alle aus dem binationalen Haushalt finanzierten Vermögenswerte werden gemeinsames Eigentum der Bundesrepublik Deutschland und des Königreichs der Niederlande. Die Bestimmungen und Verfahren für das Aussondern und Verwerten gemeinsamen Eigentums werden in zusätzlichen Abmachungen festgelegt.

(3) In Gerichtsverfahren, die sich aufgrund der in Absatz 1 bezeichneten Verträge ergeben, wird der Aufenthaltsstaat die Verantwortung für die gerichtliche Vertretung übernehmen. In dritten Staaten übernimmt der Staat diese Verantwortung, dessen Nationalität der zum Vertragsabschluß Berechtigte hat. Die Kosten der Gerichtsverfahren gehen zu Lasten des binationalen Haushalts des Korps.

(4) Alle Kosten, die sich aus den in Absatz 1 bezeichneten Verträgen ergeben oder mit diesen in Zusammenhang stehen, gehen zu Lasten des binationalen Haushalts.

Artikel 9

Ausgleich von Ansprüchen

(1) Artikel VIII des NATO-Truppenstatuts findet Anwendung.

(2) Ansprüche Dritter, mit Ausnahme vertraglicher Ansprüche, die sich aufgrund von Handlungen oder Unterlassungen ergeben, die von Mitgliedern der binationalen Elemente des Korps bei der Wahrnehmung ihrer Dienstpflichten im binationalen Rahmen vorgenommen wurden oder die durch den dienstlichen Gebrauch von Material entstanden sind, das von diesen Elementen für binationale Zwecke genutzt wurde und dabei Schaden verursacht hat, werden gemäß Artikel VIII Absatz 5 Buchstabe e Ziffer ii des NATO-Truppenstatuts behandelt und in voller Höhe aus dem binationalen Haushalt beglichen.

3. Onafhankelijk van de controle door de binationale Commissie van Accountants hebben nationale accountants het recht alle inlichtingen te vragen en alle dossiers in te zien van de binationale onderdelen van het Korps die zij nodig achten voor de controle van de nationale onderdelen en voor het verstrekken van informatie aan hun respectieve regeringen en parlementen. Deze verzoeken worden gedaan via de Commandant van het Korps.

Artikel 8

Bevoegdheid tot het sluiten van contracten

1. Contracten voor binationale doeleinden ten laste van het binationale budget van het Korps zijn bindend voor de Bondsrepubliek Duitsland en het Koninkrijk der Nederlanden. De bevoegde Duitse en Nederlandse diensten werken samen op basis van de door de Commandant van het Korps gestelde behoeften.

2. Alle uit het binationale budget bekostigde activa zijn gezamenlijk eigendom van de Bondsrepubliek Duitsland en het Koninkrijk der Nederlanden. Regelingen en procedures voor de overdracht van gezamenlijke eigendommen worden uitgewerkt in nadere overeenkomsten.

3. In gerechtelijke procedures die voortvloeien uit de contracten als genoemd in het eerste lid draagt de ontvangende Staat zorg voor de vertegenwoordiging in rechte. In derde landen wordt deze verantwoordelijkheid gedragen door de Staat waarvan de functionarissen die het contract heeft gesloten de nationaliteit bezit. De kosten van de gerechtelijke procedures komen hierbij ten laste van het binationale budget van het Korps.

4. Alle vorderingen voortvloeiend uit of in samenhang met de contracten als genoemd in het eerste lid komen ten laste van het binationale budget.

Artikel 9

Betaling van vorderingen

1. Artikel VIII van het NAVO-Status Verdrag is van toepassing.

2. Vorderingen van derden, anders dan contractuele, die voortvloeien uit het handelen of nalaten van leden van de binationale onderdelen van het Korps gedaan tijdens de uitoefening van hun officiële binationale functie of voortvloeiend uit het gebruik uit hoofde van hun functie van materieel dat bij deze onderdelen voor binationale doeleinden in gebruik is en waarbij schade wordt aangericht, worden behandeld overeenkomstig Artikel VIII, vijfde lid, onder e (ii), van het NAVO-Status Verdrag; deze vorderingen worden volledig voldaan uit het binationale budget.

(3) Independently from the audit by the binational Board of Auditors, national auditors are entitled to request from binational elements of the Corps all information and examine all files they consider necessary for auditing the national elements and informing their respective governments and parliaments. These requests shall be channelled through the Commander of the Corps.

Article 8

Contracting competence

(1) Contracts for binational purposes at the expense of the binational budget of the Corps shall bind the Federal Republic of Germany and the Kingdom of the Netherlands. Based on the requirements of the Commander of the Corps the competent German and Netherlands agencies shall cooperate jointly.

(2) Any assets acquired from the binational budget shall be joint property of the Federal Republic of Germany and the Kingdom of the Netherlands. Regulations and procedures for the disposal of joint property shall be specified in further arrangements.

(3) In legal proceedings, resulting from the contracts as mentioned in paragraph 1, the receiving State shall assume responsibility for legal representation. In third countries the State of which the contracting official is a national shall assume this responsibility. Costs of legal proceedings shall be borne by the binational budget of the Corps.

(4) All claims resulting from or related to the contracts as mentioned in paragraph 1 shall be borne by the binational budget.

Article 9

Payment of Claims

(1) Article VIII of NATO SOFA is applicable.

(2) Claims of third parties, other than contractual claims, arising out of acts or omissions of members of the binational elements of the Corps done in the performance of official binational duty or arising out of the official use of any materiel used by these elements for binational purposes and causing damage, shall be dealt with in accordance with Article VIII paragraph (5) (e) (ii) of NATO SOFA; these claims shall be paid entirely from the binational budget.

Artikel 10**Wachdienst**

(1) Binational genutzte Einrichtungen oder Liegenschaften können durch binationale Wachen bewacht werden, soweit die Wachsoldaten des Entsendestaats die gleichen Befugnisse wie die Wachsoldaten des Aufnahmestaats haben.

(2) Binationale Wachen unterstehen im Wachdienst ausschließlich den Wachvorschriften des Aufnahmestaats.

(3) Für binationale Wachen außerhalb des Hoheitsgebiets der Vertragsparteien werden besondere Vereinbarungen angewandt.

Artikel 11**Sicherheit**

Die bei der Durchführung dieses Abkommens entstandenen oder ausgetauschten Verschlüsseln werden nach den entsprechenden Bestimmungen der für sie geltenden multinationalen oder bilateralen Vereinbarungen, Richtlinien und Verfahren über den Schutz von Verschlüsseln geschützt.

Artikel 12**Beitritt
weiterer Bündnisstaaten**

Auf Einladung der Vertragsparteien dieses Abkommens können weitere Staaten, die Vertragsparteien des Nordatlantikvertrags oder des Brüsseler Vertrags sind, diesem Abkommen gemäß im einzelnen zu vereinbarenden Bedingungen beitreten.

Artikel 13**Durchführungsvereinbarungen**

Durchführungsvereinbarungen zu diesem Abkommen werden geschlossen.

Artikel 14**Beilegung von
Meinungsverschiedenheiten**

Etwaige Meinungsverschiedenheiten über die Auslegung oder Anwendung dieses Abkommens werden durch Verhandlungen zwischen den Vertragsparteien einvernehmlich beigelegt und nicht an Dritte verwiesen.

Artikel 15**Schlußbestimmungen**

(1) Dieses Abkommen tritt am ersten Tag des zweiten Monats nach dem Tag in Kraft, an dem die letzte Notifikation darüber erfolgt ist, daß die innerstaatlichen Voraussetzungen für das Inkrafttreten erfüllt sind.

(2) Dieses Abkommen wird mit Wirkung vom 1. Dezember 1997 nach Maßgabe des jeweiligen innerstaatlichen Rechts der Vertragsparteien vorläufig angewandt.

Artikel 10**Bewakingstaak**

1. De voor binationale doeleinden gebruikte faciliteiten of gebouwen kunnen worden bewaakt door een binationale wacht, indien het bewakingspersoneel van de zendstaat dezelfde bevoegdheden heeft als het bewakingspersoneel van de ontvangende Staat.

2. Voor de uitvoering van hun bewakingstaken valt de binationale wacht uitsluitend onder het gezag van de bevoegde wachsuperieur van de ontvangende Staat.

3. Voor binationale bewakingstaken buiten het grondgebied van de Verdragsluitende Partijen zullen bijzondere overeenkomsten van toepassing zijn.

Artikel 11**Beveiliging**

Gerubriceerde gegevens die ontstaan of worden uitgewisseld als gevolg van de uitvoering van dit Verdrag worden behandeld overeenkomstig multilaterale of bilaterale overeenkomsten, regelingen en procedures inzake de bescherming van gerubriceerde gegevens.

Artikel 12**Toetreding
van andere Geallieerde Staten**

Andere Staten partijen bij het Noord-Atlantisch Verdrag of het Verdrag van Brussel kunnen, op uitnodiging van de Partijen bij dit Verdrag, tot dit Verdrag toetreden onder nader overeen te komen voorwaarden.

Artikel 13**Uitvoeringsovereenkomsten**

Bij dit Verdrag worden uitvoeringsovereenkomsten gesloten.

Artikel 14**Geschillen-
beslechting**

Alle geschillen met betrekking tot de interpretatie of de toepassing van dit Verdrag worden beslecht door middel van onderhandelingen tussen de Verdragsluitende Partijen zonder beroep op derden.

Artikel 15**Slotbepalingen**

1. Dit Verdrag treedt in werking op de eerste dag van de tweede maand volgende op de datum van ontvangst van de laatste kennisgeving dat aan de nationale vereisten voor de inwerkingtreding is voldaan.

2. Dit Verdrag wordt met ingang van 1 december 1997 voorlopig toegepast overeenkomstig het nationale recht van de Verdragsluitende Partijen.

Article 10**Guard Duty**

(1) Binationally used facilities or premises may be guarded by binational guards, if the guard personnel of the sending State is vested with the same competences as guard personnel of the receiving State.

(2) For the execution of their guard duties binational guards are exclusively subordinated to the competent superior guard authorities of the receiving State.

(3) For binational guard duties outside the territory of the Contracting Parties specific arrangements shall apply.

Article 11**Security**

Classified information generated or exchanged as a result of the execution of this Convention shall be treated in accordance with multilateral or bilateral agreements, regulations and procedures concerning the protection of classified information.

Article 12**Accession
of Other Allied States**

Other States Party to the North Atlantic Treaty or to the Brussels Treaty may, at the invitation of the Parties to this Convention, join this Convention under conditions to be agreed in detail.

Article 13**Implementing Agreements**

Implementing agreements to this Convention shall be concluded.

Article 14**Settlement
of Disputes**

Any dispute concerning the interpretation or application of this Convention shall be settled through negotiations between the Contracting Parties without recourse to third Parties.

Article 15**Final Provisions**

(1) This Convention shall enter into force on the first day of the second month following the date of receipt of the last notification that the national requirements for entry into force have been fulfilled.

(2) This Convention shall be applied provisionally from 1 December 1997 in accordance with national law of the Contracting Party concerned.

(3) Dieses Abkommen kann von den Vertragsparteien in gegenseitigem Einvernehmen ergänzt oder geändert werden. Ergänzungen oder Änderungen bedürfen der Schriftform.

(4) Dieses Abkommen kann von jeder Vertragspartei unter Einhaltung einer Frist von zwölf Monaten gegenüber der anderen schriftlich gekündigt werden. Die Vertragsparteien konsultieren einander, um für beide Seiten annehmbare Kündigungsbedingungen zu vereinbaren.

(5) Dieses Abkommen wird nach seinem Inkrafttreten alle fünf Jahre überprüft.

(6) Für das Königreich der Niederlande gilt dieses Abkommen nur für den in Europa gelegenen Teil des Königreichs.

Geschehen zu Bergen am 6. Oktober 1997 in zwei Urschriften, jede in deutscher, niederländischer und englischer Sprache, wobei jeder Wortlaut verbindlich ist. Bei unterschiedlicher Auslegung des deutschen und des niederländischen Wortlauts ist der englische Wortlaut maßgebend.

3. Dit Verdrag kan worden aangevuld of gewijzigd met wederzijdse instemming van de Verdragsluitende Partijen. Aanvullingen of wijzigingen worden op schrift gesteld.

4. Dit Verdrag kan door één van beide Verdragsluitende Partijen worden beëindigd door schriftelijke kennisgeving aan de andere Verdragsluitende Partij met een opzegtermijn van twaalf maanden. De Verdragsluitende Partijen voeren overleg om overeenstemming te bereiken over de wederzijds aanvaardbare voorwaarden van beëindiging.

5. Dit Verdrag wordt iedere vijf jaar na de inwerkingtreding opnieuw in ogenschouw genomen.

6. Wat het Koninkrijk der Nederlanden betreft, geldt dit Verdrag uitsluitend voor het grondgebied van het Koninkrijk in Europa.

Gedaan te Bergen, op 6 oktober 1997, in tweevoud, elk in de Duitse, de Nederlandse en de Engelse taal, waarbij de drie teksten authentiek zijn. In geval van verschil in interpretaties van de Duitse en de Nederlandse tekst, is de Engelse tekst doorslaggevend.

(3) This Convention may be supplemented or amended by mutual consent of the Contracting Parties. Supplements or amendments shall be put in writing.

(4) This Convention may be terminated by either Contracting Party giving twelve months' notice in writing to the other. The Contracting Parties shall consult each other to agree on mutually acceptable conditions of termination.

(5) This Convention shall be reviewed every five years after its entry into force.

(6) As regards the Kingdom of the Netherlands, this Convention shall apply to the territory of the Kingdom in Europe only.

Done at Bergen on 6 October 1997 in duplicate, each in the German, Netherlands and English language, all three texts being authentic. In case of divergent interpretations of the German and Netherlands texts, the English text shall prevail.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
Voor de Regering van de Bondsrepubliek Duitsland
For the Government of the Federal Republic of Germany
Hartmann
Volker Rühle

Für die Regierung des Königreichs der Niederlande
Voor de Regering van het Koninkrijk der Nederlanden
For the Government of the the Kingdom of the Netherlands
Voorhoeve
P. van Walsum

Denkschrift

- zum Zusatzabkommen vom 6. Oktober 1997 zu dem Abkommen zwischen den Parteien des Nordatlantikvertrags über die Rechtsstellung ihrer Truppen hinsichtlich der im Königreich der Niederlande stationierten deutschen Truppen einschließlich des ergänzenden Protokolls und
- zum Abkommen vom 6. Oktober 1997 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung des Königreichs der Niederlande über die Rahmenbedingungen für das I. (Deutsch-Niederländische) Korps und dem Korps zugeordnete Truppenteile, Einrichtungen und Dienststellen

I. Allgemeines

Am 4. Dezember 1995 wurden die Vertragsverhandlungen mit der niederländischen Seite am Sitz des I. (Deutsch-Niederländischen) Korps in Münster aufgenommen.

Zunächst wurde das Zusatzabkommen zu dem Abkommen vom 19. Juni 1951 zwischen den Parteien des Nordatlantikvertrags über die Rechtsstellung ihrer Truppen hinsichtlich der im Königreich der Niederlande stationierten deutschen Truppen (Zusatzabkommen NL) verhandelt. Die niederländische Seite löste damit ihre Zusage gemäß dem Notenwechsel vom 18. März 1993 ein, ein Abkommen zu schließen, das die Rechtsstellung der in den Niederlanden stationierten deutschen Soldaten der im Zusatzabkommen zum NATO-Truppenstatut (ZA/NTS) geregelten Rechtsstellung der in Deutschland stationierten niederländischen Soldaten anpaßt. Die Schaffung einer zur Statusregelung für die niederländischen Streitkräfte in Deutschland reziproken Rechtsstellung für die Bundeswehr in den Niederlanden war nach Wiederherstellung der vollen Souveränität Deutschlands ein wichtiges Anliegen. Das Königreich der Niederlande hat sich als erster Entsendestaats bereitgefunden, der Bundeswehr in den Niederlanden gleiche Rechte einzuräumen, wie sie die niederländischen Streitkräfte in Deutschland haben. Insgesamt ist das Zusatzabkommen NL ein Spiegelbild des für die alliierten Stationierungstreitkräfte in Deutschland geltenden, 1993 neu gefaßten ZA/NTS (Abkommen vom 18. März 1993, BGBl. 1994 II S. 2594). Von den Bestimmungen des ZA/NTS wurde im wesentlichen nur dann abgewichen, soweit dies wegen der sehr ähnlichen Rechtsordnungen der Bundesrepublik Deutschland und des Königreichs der Niederlande oder wegen der Mitgliedschaft beider Staaten in der Europäischen Union möglich war. Die niederländische Seite verzichtet gemäß dem Protokoll zum Zusatzabkommen NL völkerrechtlich wirksam auf die Ausübung bestimmter zoll- und steuerrechtlicher Vorrechte und Befreiungen des ZA/NTS, um völlige Gegenseitigkeit zu gewährleisten. Darüber hinaus war eine Vielzahl von Vorschriften aus dem ZA/NTS nicht zu übernehmen, die die Rechte der einzelnen Entsendestreitkräfte untereinander regelten. Das Zusatzabkommen NL löst den Teil des bisherigen Budel-Seedorf-Abkommens aus dem Jahre 1963 ab, in dem statusrechtliche Fragen für die Bundeswehr im Königreich der Niederlande geregelt waren.

Das Abkommen über die Stationierung militärischer Einheiten der Bundesrepublik Deutschland in den Niederlanden vom 17. Januar 1963 (BGBl. 1965 II S. 1438) wurde auf Wunsch der niederländischen Seite durch ein neues Stationierungsabkommen ersetzt, das terminologische Verbesserungen enthält. Dabei wird anstelle von „militäri-

schen Einheiten“ von „Truppen“ gesprochen, um auch den Aufenthalt einzelner Soldaten im Königreich der Niederlande zu erfassen. Die Begrenzung auf Aufgaben der Verteidigung (Präambel des Abkommens von 1963) ist mit Rücksicht auf die heutige Aufgabenstellung der NATO/WEU entfallen.

Auch das Budel-Seedorf-Abkommen vom 7. Juli 1963 wurde revidiert. Das neue Abkommen über die Bereitstellung von Liegenschaften und die Mitbenutzung von Übungseinrichtungen bekräftigt, daß vorhandene Unterkünfte und Liegenschaften nach dem Grundsatz der Gegenseitigkeit weiterhin unentgeltlich zur Verfügung gestellt werden. Die niederländische Seite stellt der Bundeswehr im Königreich der Niederlande unentgeltlich die Liegenschaft Budel und die deutsche Seite den niederländischen Truppen in der Bundesrepublik Deutschland unentgeltlich die Liegenschaft Seedorf zur Verfügung.

In ergänzenden Vereinbarungen über diese Liegenschaften wird eine weitere Rationalisierung der Unterstützungsleistungen geregelt. Leistungen sollen grundsätzlich zu marktkonformen Sätzen erbracht werden. Hierbei wird auf die Erhebung eines Verwaltungskostenzuschlags verzichtet. In Ausnahmefällen können abweichende Sätze vereinbart werden. In Zweifelsfällen erhält der jeweilige Bedarfsträger das Recht, Vergleichsangebote bzw. Verträge mit Dritten anzufordern. Für den Bau neuer und die Instandhaltung bestehender Infrastrukturanlagen ist jetzt grundsätzlich der Entsendestaat verantwortlich, und für Maßnahmen innerhalb der Liegenschaften gelten dessen Vorschriften. Die bisherige Vorfinanzierung von Leistungen wird ersetzt durch das innerhalb der NATO übliche System der nachträglichen Erstattung (STANAG 3381).

Um die Leistungen rationalisieren und optimieren zu können, werden die Organisationsstrukturen der Verwaltungsstellen entsprechend ausgerichtet. Hierzu wurde ein Zeitplan entwickelt, der das Jahr 1998 als Probezeit vorsieht. Anhängige Baumaßnahmen, die sog. „Altfälle“, die noch nach dem alten Budel-Seedorf-Abkommen abzuwickeln sind, wurden einvernehmlich erfaßt und geregelt. Für die Mitbenutzung von Übungseinrichtungen gilt gleichfalls das Prinzip der Gegenseitigkeit. Bei Ausgewogenheit der Lastenteilung werden Übungsplätze unentgeltlich zur Verfügung gestellt. Die Ausgewogenheit konnte im wesentlichen erreicht und festgeschrieben werden. Abweichungen werden erforderlichenfalls finanziell ausgeglichen. Die Auswahl der Übungsplätze trägt der veränderten Interessenlage beider Seiten Rechnung.

Das Abkommen über die Rahmenbedingungen für das I. (Deutsch-Niederländische) Korps regelt grundsätzliche Angelegenheiten der vertieften Integration im Korps.

Die Aufgabenbeschreibung berücksichtigt die geltenden verfassungsrechtlichen Vorschriften. Die integrierte Weisungs- und Kontrollbefugnis des Kommandierenden Generals geht über geltende NATO-Unterstellungsregeln (operational command) deutlich hinaus, enthält aber nicht die Übertragung truppendienstlicher Befugnisse, die nach dem Recht beider Vertragsstaaten den nationalen Vorgesetzten vorbehalten sind. Die Voraussetzungen für einen binationalen Wachdienst werden klar definiert. Der vereinbarte Überprüfungsmechanismus soll sicherstellen, daß weitere Fortschritte zur vertieften Integration geprüft und zügig in die Praxis umgesetzt werden.

Die Verhandlungen über das Vertragswerk wurden in einem partnerschaftlichen Geiste geführt. Die Unterzeichnung erfolgte am 6. Oktober 1997 in Bergen anläßlich der Korpsrahmenübung „Active Sword“.

II. Zusatzabkommen zum Abkommen zwischen den Partelen des Nordatlantikvertrags über die Rechtsstellung ihrer Truppen hinsichtlich der Im Königreich der Niederlande stationierten deutschen Truppen (Zusatzabkommen NL)

Zu Artikel 2

Die Begriffsbestimmungen des Artikels I des NATO-Truppenstatuts (NTS) werden durch diejenigen des Artikels 2 dieses Abkommens ergänzt.

Zu Artikel 3

Artikel 3 enthält eine Fortführung der in der Präambel und in Artikel 3 des Nordatlantikvertrags vom 4. April 1949 niedergelegten Verpflichtung der Vertragsparteien zur gegenseitigen Unterstützung auf der Grundlage voller Gleichberechtigung. Er verpflichtet die deutschen und niederländischen Behörden, das NTS und die Zusatzvereinbarung in enger Zusammenarbeit durchzuführen. Zu diesem Zweck sollen die deutschen und die niederländischen Behörden erforderlichenfalls Verwaltungsabkommen oder andere Vereinbarungen schließen.

Als besonderes Ziel der Zusammenarbeit wird der Schutz der Sicherheit und des Vermögens der Vertragspartei und ihrer Staatsangehörigen genannt. Für das Gebiet der Versorgung werden in Absatz 5 allgemeine Grundsätze aufgestellt. Nach Buchstabe a gewähren die niederländischen Behörden bei der Erfüllung der auf diesem Gebiet durch die einschlägigen Bestimmungen des NTS und dieses Abkommens begründeten Verpflichtungen des Königreichs der Niederlande der Bundeswehr die für eine befriedigende Erfüllung ihrer Verteidigungspflichten erforderliche Behandlung. Die Behörden der Bundeswehr tragen ihrerseits nach Buchstabe b bei der Geltendmachung ihrer Rechte den niederländischen öffentlichen und privaten Interessen im Sinne eines angemessenen Ausgleichs zwischen ihren Bedürfnissen und den Bedürfnissen des Königreichs der Niederlande gebührend Rechnung.

Eine allgemeine Regelung über den Austausch personenbezogener Daten zwischen den Vertragsstaaten wurde aufgenommen (Absatz 3). Der Datenaustausch vollzieht sich auf der Grundlage der gegenseitigen Unterstützungspflicht. Buchstabe a Satz 2 enthält das Gebot der Zweckbindung bei der Übermittlung personenbezogener Daten im Rahmen dieses Abkommens. Hierdurch wird erreicht, daß hinsichtlich der Datenübermittlung in das

Persönlichkeitsrecht der Betroffenen nicht stärker eingegriffen wird, als es zur Erreichung des Vertragszwecks erforderlich ist.

Durch die Möglichkeit einer Verwendungsbeschränkung aufgrund nationalen Rechts nach Buchstabe a Satz 3 kann jeder Vertragsstaat erreichen, daß von ihm im Rahmen dieses Abkommens übermittelte Daten auch nach Verlassen seines Herrschaftsbereichs dasselbe Datenschutzniveau genießen, wie im Geltungsbereich seiner Gesetze. „Verwendung“ ist dabei als umfassender Begriff für jeglichen Umgang mit personenbezogenen Daten zu verstehen, der sowohl deren Nutzung als auch Verarbeitung umfaßt.

Die „Ordre public“-Klausel in Buchstabe b befreit beide Vertragsstaaten von der allgemeinen Unterstützungspflicht nach Buchstabe a Satz 1, wenn durch die Unterstützungsmaßnahme gegen nationales Recht verstoßen würde bzw. deren Ausführung nationale Interessen hinsichtlich des Staatsschutzes oder der öffentlichen Sicherheit entgegenstünden. In diesen Fällen kann auch eine Übermittlung personenbezogener Daten verweigert werden. Es ist das gemeinsame Verständnis der Bundesrepublik Deutschland und des Königreichs der Niederlande, daß die Zusammenarbeit gemäß Artikel 3 Abs. 3 des Zusatzabkommens D und Artikel 3 Abs. 3 des Zusatzabkommens NL die Zusammenarbeit innerhalb des Korps sowie gemeinsame Einsätze in dritten Ländern umfaßt.

Zu den Artikeln 4, 5 und 6

Diese Artikel befassen sich mit dem Meldewesen, der Grenz- und Ausländerkontrolle, der Ausweisungspflicht und der Möglichkeit, ein Mitglied der Bundeswehr oder einen Angehörigen auszuweisen. Diese Bestimmungen ersetzen die Regelungen des Budel-Seedorf-Abkommens zwischen dem Bundesminister der Verteidigung der Bundesrepublik Deutschland und dem Verteidigungsminister des Königreichs der Niederlande aus dem Jahre 1963. Hiernach waren die Mitglieder der Truppe verpflichtet, einen NATO-Marschbefehl bzw. das zivile Gefolge und die Angehörigen im Paß einen Vermerk „Gefolge“ oder „Angehöriger“ bei sich zu tragen. Nunmehr ist die Bundeswehr von den Bestimmungen des AufnahmeStaats über Pässe, Sichtvermerke, Ein- und Ausreisekontrollen sowie Registrierung und Kontrolle von Ausländern befreit.

In Artikel 4 werden besondere Bestimmungen über die von den Mitgliedern der Truppe beim Grenzübertritt vorzuzeigenden Urkunden getroffen.

Artikel 5 regelt im Gegensatz zum Budel-Seedorf-Abkommen, daß die Mitglieder der Bundeswehr und ihre Angehörigen nicht mehr den gesetzlichen niederländischen Vorschriften auf dem Gebiet des Meldewesens unterworfen sind.

Artikel 6 regelt den Fall, daß das Königreich der Niederlande die Entfernung eines Mitglieds einer Truppe oder eines zivilen Gefolges oder die Entfernung eines Angehörigen aus seinem Staatsgebiet verlangen kann.

Zu Artikel 7

Ausgangspunkt für die Regelung in Artikel 7 ist Artikel IV des NTS. Hier ist die Anerkennung des von einer deutschen Behörde ausgestellten Führerscheins als Grundsatz festgelegt. Eine wesentliche Verbesserung zu dem

bisherigen Recht ist, daß Angehörige, deren Aufenthalt länger als 1 Jahr im Königreich der Niederlande dauern soll, nicht mehr verpflichtet sind, zum Führen eines Kraftfahrzeugs einen niederländischen Führerschein nach den niederländischen Vorschriften zu erwerben.

Zu den Artikeln 8 und 9

Das NTS enthält keine einschlägigen Bestimmungen, so daß die in den Artikeln 8 und 9 getroffenen Regelungen als Ergänzung notwendig waren.

Artikel 8 hat seine wesentliche Bedeutung darin, daß die Registrierung und Zulassung von dienstlichen Kraftfahrzeugen der Bundeswehr und privaten Kraftfahrzeugen ihrer Mitglieder und deren Angehörigen nunmehr nach deutschem Recht erfolgen. Infolgedessen sind die Fahrzeuge mit einem „D“-Kennzeichen zu versehen.

Artikel 9 regelt, daß private Fahrzeuge zum Schutz niederländischer Bürger vor Schäden nur gebraucht oder deren Gebrauch gestattet werden kann, wenn die Risiken aus dem Gebrauch durch eine Haftpflichtversicherung nach Maßgabe des niederländischen Rechts abgedeckt sind. Dies kann auch eine in Deutschland zugelassene Versicherung sein, die in den Niederlanden zum Betrieb der Kraftfahrzeughaftpflicht-Versicherung nach Maßgabe des Artikels 5 der Dritten Richtlinie Schadenersicherung vom 18. Juni 1992 (92/49/EWG) befugt ist.

Zu Artikel 10

Artikel 10 regelt, daß Mitglieder des zivilen Gefolges oder andere Personen für dienstliche Zwecke Waffen besitzen oder führen dürfen; die Erlaubnis hierzu wird durch eine Dienstanweisung der Behörden der Bundeswehr geregelt.

Zu Artikel 11

Absatz 3 ermöglicht deutschen Gerichten und Strafverfolgungsbehörden zum Zwecke strafrechtlicher Ermittlungen die Anwesenheit bei Leichenöffnungen in den Niederlanden. Hinweise dieser Gerichte und Behörden auf Anforderungen des deutschen Strafverfahrensrechts bei Leichenöffnungen sind gegebenenfalls zu berücksichtigen.

Zu den Artikeln 12 bis 18 und 20 bis 27

Die Artikel 12 bis 18 sowie 20 bis 27 betreffen die Gerichtsbarkeit, und zwar die Artikel 12 bis 18 und 20 strafrechtliche, die Artikel 21 bis 23 nichtstrafrechtliche Angelegenheiten.

Die Bestimmungen zur Ausübung der Strafgerichtsbarkeit bauen auf Artikel VII des NTS auf, der die Ausübung der Strafgerichtsbarkeit zwischen Aufnahme- und Entsendestaat aufteilt.

Danach hat der Entsendestaat die ausschließliche Gerichtsbarkeit über die seinem Recht unterworfenen Personen in Bezug auf diejenigen Handlungen, welche nach dem Recht des Entsendestaats, nicht jedoch nach dem Recht des Aufnahmestaats strafbar sind.

Der Aufnahmestaat hat die ausschließliche Gerichtsbarkeit in Bezug auf diejenigen Handlungen, welche nach dessen Recht, jedoch nicht nach dem Recht des Entsendestaats strafbar sind.

Im übrigen besteht eine konkurrierende Gerichtsbarkeit, in deren Rahmen der Entsendestaat grundsätzlich das Vorrecht auf Ausübung der Gerichtsbarkeit hat in Bezug auf strafbare Handlungen, die nur gegen sein Vermögen oder seine Sicherheit oder nur gegen die Person oder das Vermögen eines anderen Mitglieds seiner Truppe, des zivilen Gefolges oder Angehöriger gerichtet sind, sowie hinsichtlich strafbarer Handlungen, die sich aus einer Handlung oder Unterlassung in Ausübung des Dienstes ergeben. In allen anderen Fällen hat der Aufnahmestaat das Vorrecht auf Ausübung der Gerichtsbarkeit.

Diese Regelung wird durch die folgenden Bestimmungen dieses Abkommens ergänzt bzw. modifiziert, um der besonderen Situation der engen deutsch-niederländischen militärischen Zusammenarbeit gerecht zu werden.

Zu Artikel 12

Nach Artikel VII Abs. 2 des NTS richtet sich die Ausübung der Strafgerichtsbarkeit in bestimmten Fällen danach, ob eine Handlung nur nach dem Recht des Aufnahmestaats oder nur nach dem des Entsendestaats strafbar ist. Da die Frage, ob eine Handlung nach dem Recht eines bestimmten Staates strafbar ist, am besten von dessen Behörden beurteilt werden kann, ist auf der Grundlage der Gegenseitigkeit die Erteilung einer entsprechenden Bescheinigung vorgesehen.

Die Behörden und Gerichte beider Staaten sind nicht unter allen Umständen an den Inhalt der Bescheinigung gebunden. Gemäß Artikel 51 Abs. 2 haben sie die Möglichkeit, in Ausnahmefällen eine Überprüfung im Rahmen der Bestimmungen dieses Abkommens über die Beilegung von Meinungsverschiedenheiten herbeizuführen.

Zu Artikel 13

Artikel VII Abs. 3 Buchstabe a ii des NTS gewährt dem Entsendestaat das Vorrecht auf Ausübung der Gerichtsbarkeit, wenn die von einem Mitglied der Streitkräfte begangene Straftat sich aus einer Handlung oder Unterlassung in Ausübung des Dienstes ergibt.

In Ergänzung zu dieser Vorschrift wird geregelt, daß sich die Entscheidung, ob diese Bedingung erfüllt ist, nach dem Recht des Entsendestaats richtet. Auch insoweit ist – wie bei Artikel 12 – eine Überprüfung im Rahmen des Verfahrens zur Beilegung von Meinungsverschiedenheiten auf Verlangen der zuständigen Behörden und Gerichte möglich.

Zu Artikel 14

Nach Absatz 1 verzichten die Niederlande gemäß Artikel VII Abs. 3 Buchstabe c des NTS auf das ihnen gemäß dessen Buchstaben b (i.V.m. Buchstabe a) zustehende Vorrecht auf Ausübung der konkurrierenden Strafgerichtsbarkeit. Das hat zur Folge, daß in der Mehrzahl der Fälle hinsichtlich der Mitglieder der Bundeswehr, des zivilen Gefolges und der Angehörigen eine Zuständigkeit deutscher Strafverfolgungsbehörden und Gerichte besteht.

Gemäß Absatz 3 können die Niederlande im Einzelfall diesen Verzicht zurücknehmen, wenn sie der Ansicht sind, daß wesentliche Belange der niederländischen Rechtspflege die Ausübung der niederländischen Gerichtsbarkeit erfordern. Wesentliche Belange können insbesondere bei schweren Straftaten, wie Tötungsdelikten, Raub

oder Vergewaltigung, einschließlich des Versuchs oder der Teilnahme an ihnen, oder bei ähnlich schwerwiegenden Straftaten gegen die Sicherheit des niederländischen Staats vorliegen.

Zum Verfahren bestimmt Absatz 2, daß die Niederlande die Einzelfälle mitteilen, die unter den Verzicht auf Ausübung der Gerichtsbarkeit fallen. Im Gegenzug teilen die deutschen Behörden den zuständigen niederländischen Behörden mit, wenn sie beabsichtigen, das ihnen zustehende Vorrecht auf Ausübung der Gerichtsbarkeit hinsichtlich von Straftaten in Anspruch zu nehmen, die wesentliche Belange der niederländischen Rechtspflege berühren können. Die Bestimmung gewährleistet eine enge und effektive Zusammenarbeit der zuständigen Behörden.

Absatz 4 ermöglicht auf der Grundlage der Gegenseitigkeit die Abgabe einzelner Strafsachen zur Untersuchung, Verhandlung und Entscheidung an die zuständigen Behörden und Gerichte des jeweils anderen Staates.

Absatz 6 sieht eine Unterrichtung der Behörden der Bundeswehr in den Fällen vor, in denen ein niederländisches Gericht oder eine niederländische Behörde die ausschließliche Gerichtsbarkeit gemäß Artikel VII Abs. 2 Buchstabe b des NTS – hinsichtlich von Straftaten, die nur nach dem Recht der Niederlande strafbar sind – über ein Mitglied der Bundeswehr ausübt. Dies soll der Bundeswehr die Erfüllung ihrer Aufgaben im Bereich der Disziplinar- und Personalangelegenheiten ermöglichen.

Unter Beachtung der jeweiligen innerstaatlichen Bestimmungen über den Datenschutz werden auf besonderes oder allgemeines Ersuchen der Bundesrepublik der Erlaß und der Vollzug eines Haftbefehls oder Unterbringungsbefehls, die Erhebung der öffentlichen Klage, die Urteile und gegebenenfalls der Ausgang des Verfahrens mitgeteilt.

Zu Artikel 15

Die Bestimmung sieht im Interesse erfolgreicher Verbrechensbekämpfung besondere Rechte der Behörden der Bundeswehr hinsichtlich der Festnahme von Personen vor, die nicht deutscher Gerichtsbarkeit unterworfen sind.

Gemäß Absatz 1 können die Behörden der Bundeswehr derartige Personen dann festhalten, wenn sie in unmittelbarem örtlichen und zeitlichen Zusammenhang mit der Tat betroffen werden oder wenn eine niederländische Behörde um das Festhalten ersucht. Festhalten im Sinne des niederländischen Rechts ermöglicht hier kein Einsperren.

Gemäß Absatz 2 kann eine Festnahme bei Gefahr im Verzug auch dann erfolgen, wenn die niederländischen zuständigen Stellen nicht rechtzeitig erreichbar sind und ein dringender Verdacht besteht, daß die betroffene Person innerhalb einer Anlage der Bundeswehr oder gegen eine solche eine strafbare Handlung begangen hat.

Gemäß Absatz 3 können die Behörden der Bundeswehr im Rahmen ihrer sonstigen Befugnisse den Festgehaltenen oder den Festgenommenen durchsuchen und ihm die in seinem Besitz befindlichen Gegenstände abnehmen.

Absatz 4 regelt die Unterrichtung der zuständigen niederländischen Behörden durch die Behörden der Bundes-

wehr sowie die Übergabe von Festgehaltenen oder Festgenommenen zusammen mit den abgenommenen Gegenständen.

Zu Artikel 16

Die Vorschrift bestimmt auf der Grundlage der Gegenseitigkeit, daß die Behörden beider Staaten sobald wie möglich unterrichtet werden, wenn ein Ermittlungsverfahren eingeleitet oder eine Festnahme vorgenommen worden ist, das bzw. die für die Sicherheit der Bundesrepublik oder der Niederlande von Bedeutung ist. Sie ergänzt damit Artikel VII Abs. 6 Buchstabe a des NTS, der die Pflicht zur gegenseitigen Unterstützung bei der Durchführung aller Ermittlungen in Strafsachen festlegt.

Zu Artikel 17

Die Bestimmung ergänzt Artikel VII Abs. 5 Buchstabe c des NTS, wonach das einer strafbaren Handlung beschuldigte Mitglied der Streitkräfte bis zur Anklageerhebung auch dann im Gewahrsam des Entsendestaats bleibt, wenn der Aufnahmestaat die Gerichtsbarkeit hat.

Nach Absatz 1 steht der Gewahrsam an Mitgliedern der Bundeswehr und an deren Angehörigen in der Regel den deutschen Behörden zu, soweit diese gemäß Artikel 14 des Abkommens die Gerichtsbarkeit ausüben.

In Absatz 2 ist geregelt, daß auf Antrag eine Übergabe an die Behörden des jeweils anderen Staates erfolgen kann.

In Absatz 3 ist zur Wahrung der Belange der niederländischen Rechtspflege geregelt, daß die deutschen Behörden einen Festgenommenen den niederländischen Behörden zur Durchführung des Ermittlungs- und des Strafverfahrens zur Verfügung stellen und alle geeigneten Maßnahmen zu diesem Zweck, auch um eine Verdunkelungsgefahr auszuschließen, treffen.

Zu Artikel 18

Die Bestimmung regelt auf der Grundlage der Gegenseitigkeit ein Zutrittsrecht von Vertretern beider Staaten zu Festgenommenen. Ein solches Zutrittsrecht besteht gemäß Absatz 1 immer bei Hauptverhandlungen, unter den Voraussetzungen des Absatzes 2 auch bei Vernehmungen und anderen Ermittlungshandlungen.

Zu Artikel 19

Hier werden die Befugnisse der niederländischen Polizei und die der Feldjäger zueinander abgegrenzt. Die Befugnisse der Feldjäger erstrecken sich nach den deutschen Vorschriften nur auf die Soldaten der Bundeswehr. Gegenüber dem zivilen Gefolge und den Angehörigen haben sie keinerlei Kompetenzen.

Zu Artikel 20 und dem Protokoll zu Artikel 20

Die Bestimmung knüpft an Artikel VII Abs. 11 des NTS an. Danach ist jeder NATO-Staat verpflichtet, durch gesetzgeberische Maßnahmen die Sicherheit der auf seinem Hoheitsgebiet befindlichen Streitkräfte anderer NATO-Staaten und die Bestrafung von Zuwiderhandlungen gegen die zu diesem Zweck erlassenen Gesetze zu gewährleisten.

In Absatz 1 wird diese Pflicht für die Niederlande bekräftigt.

In Absatz 2 verpflichten sich die Niederlande, der Bundeswehr und ihren Mitgliedern denselben strafrechtlichen Schutz wie der niederländischen Truppe und ihren Mitgliedern zu gewähren. Zu diesem Zweck besteht in den Niederlanden noch gesetzgeberischer Handlungsbedarf, um eine Gleichstellung der Bundeswehr hinsichtlich sämtlicher militärbezogener Straftatbestände des niederländischen Rechts zu erreichen. Die Bundesrepublik hat ihre entsprechende Verpflichtung durch das Vierte Strafrechtsänderungsgesetz erfüllt.

Um eine volle Gegenseitigkeit in diesem Bereich zu gewährleisten, erklären sich die Bundesrepublik Deutschland und das Königreich der Niederlande im Unterzeichnungsprotokoll zur Durchführung des Artikels 20 Abs. 2 des Abkommens und des Artikels 29 des ZANTS bereit, auf den strafrechtlichen Schutz ihrer Truppe, des zivilen Gefolges und von deren Mitgliedern im jeweils anderen Staat zu verzichten, soweit sie auf ihrem eigenen Hoheitsgebiet dessen Truppe, dem zivilen Gefolge und deren Mitgliedern keinen entsprechenden strafrechtlichen Schutz gewähren. Dies bedeutet für die Bundesrepublik Deutschland, daß in Teilbereichen keine völkerrechtliche Verpflichtung mehr besteht, den Geltungsbereich bestimmter militärbezogener Straftatbestände auch auf die in Deutschland befindlichen Truppen und das zivile Gefolge der Niederlande zu erstrecken.

Zu Artikel 21

Wegen der Erfordernisse des militärischen Dienstes sind Mitglieder der Bundeswehr vielfach gehindert, in gerichtlichen Verfahren vor niederländischen Gerichten und Behörden ihre Rechte innerhalb der bestehenden Fristen oder zu bestimmten Terminen wahrzunehmen. Die Bestimmung regelt die Verpflichtung der zuständigen niederländischen Gerichte oder Behörden, hierauf angemessene Rücksicht zu nehmen.

Zu Artikel 22

Bei der Vollstreckung aus niederländischen Vollstreckungstiteln ist ebenfalls den besonderen militärischen Erfordernissen Rechnung zu tragen. Daher kann eine Haft in nichtstrafrechtlichen Verfahren gegen Mitglieder der Streitkräfte oder gegen Angehörige nur unter den Voraussetzungen des Absatzes 2 angeordnet werden. In Absatz 3 ist geregelt, daß die Bezüge, die einem Mitglied der Bundeswehr gegenüber der Bundesrepublik Deutschland zustehen, einer Zwangsvollstreckung nach niederländischem Recht nur unterliegen, soweit auch das deutsche Recht die Zwangsvollstreckung gestattet. In Absatz 4 ist die Zwangsvollstreckung aus niederländischen Vollstreckungstiteln in nichtstrafrechtlichen Verfahren innerhalb von Anlagen der Bundeswehr in den Niederlanden geregelt.

Zu Artikel 23

Nach den Grundsätzen des Völkerrechts ist eine Pfändung von Ansprüchen, die sich gegen die Bundesrepublik richten, wegen deren Exemtion von der niederländischen Gerichtsbarkeit im allgemeinen nur mit deren Zustimmung möglich.

Die Bestimmung gestattet in bestimmten Fällen den Zugriff auf derartige Ansprüche durch niederländische Behörden und Gerichte.

Zu Artikel 24

Um der besonderen Lage der auf ausländischem Hoheitsgebiet befindlichen Bundeswehrangehörigen Rechnung zu tragen, bestimmt Absatz 1 hinsichtlich der öffentlichen Zustellung an Mitglieder der Bundeswehr oder Angehörige, daß zusätzlich zu den Anforderungen des niederländischen Rechts die Veröffentlichung eines Auszugs des zuzustellenden Schriftstücks in deutscher Sprache in einem von der Bundesrepublik Deutschland zu bezeichnenden Blatt erforderlich ist.

In Absatz 2 wird die Zustellung durch niederländische Zustellungsbeamte an Personen geregelt, die sich in Anlagen der Bundeswehr befinden.

Zu Artikel 25

Die Bestimmung regelt die Unterstützung der Behörden der Bundeswehr bei Ladungen von Mitgliedern der Bundeswehr oder von Angehörigen vor niederländische Gerichte oder Behörden. Soweit nach niederländischem Recht das Erscheinen erzwingbar ist, treffen die deutschen Behörden alle im Rahmen ihrer Befugnisse liegenden Maßnahmen, um sicherzustellen, daß Ladungen Folge geleistet wird.

Zu Artikel 26

Zum Schutz von Amtsgeheimnissen der Bundesrepublik Deutschland und der Niederlande ist in Absatz 1 geregelt, daß in Gerichtsverfahren die Preisgabe derartiger Geheimnisse, die die Sicherheit eines der beiden Staaten oder beider Staaten gefährden könnte, nur mit schriftlicher Einwilligung der zuständigen Behörde erfolgen darf. Erhebt diese Einwendungen gegen die Preisgabe, so trifft das Gericht oder die Behörde – unbeschadet der Verfassungsordnungen beider Staaten – alle Maßnahmen, um die Preisgabe zu verhüten.

Gemäß Absatz 2 verpflichten sich die Niederlande, ihre Vorschriften über den Ausschluß der Öffentlichkeit von Verhandlungen auch zugunsten der Bundeswehr anzuwenden, wenn eine Gefährdung von deren Sicherheit zu befürchten ist.

Zu Artikel 27

Absatz 1 wiederholt den allgemeinen Grundsatz des internationalen Verfahrensrechts, nach dem die Rechtsstellung von Zeugen, Geschädigten und Sachverständigen jeweils durch die *lex fori* bestimmt wird. Gemäß Absatz 1 Satz 2 sind ergänzend die Rechte und Vorrechte angemessen zu berücksichtigen, die die Betroffenen vor einem deutschen Gericht haben würden.

Zu Artikel 28

Die Vorschrift zieht Folgerungen aus der Exemtion fremder Staaten von hoheitlichen Maßnahmen der Gerichte und Behörden eines anderen Staats.

Zu Artikel 29

Artikel 29 ergänzt Artikel VIII des NTS, der die Abgeltung von Schäden regelt, für welche die Streitkräfte oder ihre Mitglieder rechtlich verantwortlich sind.

Absatz 2 stellt klar, daß die Bundeswehr nicht für Schäden aufzukommen hat, die durch eine Benutzung von

Straßen und anderen Verkehrsanlagen für normale Verkehrszwecke verursacht wird.

Absatz 3 regelt in Ergänzung des Artikels VIII Abs. 1 und 2 des NTS den Umfang der Ersatzpflicht der Bundeswehr für Schäden an niederländischem Eigentum.

Absatz 3 Buchstabe a sieht über den bereits in Artikel VIII Abs. 1 des NTS enthaltenen Verzicht bei Schäden an sogenanntem Militäreigentum des Aufnahmestaats hinaus einen Verzicht nur noch vor bei Schäden an solchen Gegenständen, welche das Königreich der Niederlande der Bundeswehr zur ausschließlichen Benutzung überlassen hat. Dieser Verzicht ist überdies mehrfach eingeschränkt. Er gilt nicht für Schäden an Sachen im Eigentum der niederländischen Bahn und der niederländischen Post sowie für Schäden, die vorsätzlich oder grob fahrlässig verursacht werden.

Absatz 3 Buchstabe b befaßt sich mit dem in Artikel VIII Abs. 2 Buchstabe f des NTS festgelegten Verzicht auf den Ersatz sogenannter Bagatellschäden. Dieser Verzicht gilt nicht für Schäden an Sachen im Eigentum der niederländischen Bahn und der niederländischen Post sowie an Straßen der Niederlande.

Absatz 4 enthält einen Verzicht der Bundesrepublik Deutschland auf gewisse Ansprüche, die ihr wegen des Verlusts oder der Beschädigung ihr gehörender Sachen gegen das Königreich der Niederlande erwachsen könnten.

Absatz 5 sieht vor, daß Artikel VIII des NTS und Artikel 29 dieses Abkommens nicht auf Ansprüche anzuwenden sind, die Mitglieder der Bundeswehr gegen die Bundesrepublik Deutschland haben.

Absatz 6 regelt den Fall, daß die Haftung der Bundeswehr nicht berührt wird, sofern ihr Befreiungen von niederländischen Vorschriften zustehen. Über die Entschädigungsansprüche ist so zu entscheiden, als ob die Befreiungsvorschrift nicht bestünde. Stehen die gleichen Befreiungen auch der niederländischen Truppe zu, so haftet die Bundeswehr nur dann und nur in dem Umfang, wie die niederländische Truppe haften würden.

Absatz 7 regelt die Aufrechnungsmöglichkeit des Entschädigungsanspruchs der Bundesrepublik Deutschland gegen den Entschädigungsanspruch eines Dritten bei Schäden nach Artikel VIII Abs. 5 des NTS.

Buchstabe b sieht vor, daß darüber hinaus das Königreich der Niederlande solche Ansprüche, die der Bundesrepublik Deutschland aus im Königreich der Niederlande verursachten Schäden gegen dort ansässige Personen zustehen, auf Antrag der Bundesrepublik Deutschland für diese geltend macht. Diese Regelung ist im Zusammenhang damit zu verstehen, daß Artikel VIII des NTS es den niederländischen Geschädigten ihrerseits ermöglicht, ihre Ansprüche gegen die der niederländischen Gerichtsbarkeit nicht unterliegende Bundesrepublik Deutschland im Königreich der Niederlande bei niederländischen Behörden oder Gerichten geltend zu machen.

Absatz 8 ergänzt Artikel VIII Abs. 8 des NTS. Dort ist vorgesehen, daß bei einem Streit über die Frage, ob eine zum Schadensersatz verpflichtende Handlung oder eine Unterlassung in Ausübung des Dienstes begangen worden ist oder ob die Benutzung eines Fahrzeugs der Bundeswehr unbefugt war, der in Artikel VIII Abs. 2 Buchstabe b des NTS erwähnte Schiedsrichter zu entscheiden hat. Ergänzend ist bestimmt, daß die Bundeswehr über

diese Frage eine Bescheinigung auszustellen hat. Diese Regelung ist insofern zweckmäßig, als in den meisten Fällen nur die Bundeswehr selbst in der Lage sein wird zu beurteilen, ob eines ihrer Mitglieder bei einem bestimmten Vorfall in Ausübung dienstlicher Pflichten gehandelt hat oder nicht bzw. ob eine Befugnis zur Benutzung eines Dienstfahrzeugs vorgelegen hat oder nicht.

Absatz 9 enthält eine Übergangsbestimmung. Danach sind die Schäden, die nach Inkrafttreten dieses Abkommens verursacht werden oder als nach diesem Zeitpunkt verursacht gelten, nach Artikel VIII des NTS in Verbindung mit Artikel 29 dieses Abkommens abzugelten, während auf die übrigen Schäden die bisher geltenden Vorschriften weiter anzuwenden sind.

Absatz 10 eröffnet die Möglichkeit zum Abschluß von Verwaltungsabkommen, die in erster Linie dazu dienen sollen, die Einzelheiten des bei der Zusammenarbeit der Behörden der Bundeswehr und der niederländischen Behörden anzuwendenden Verfahrens zu regeln.

Zu Artikel 30

Dieser Artikel regelt die Möglichkeiten zur Durchführung von Manövern und anderen militärischen Übungen außerhalb der überlassenen Liegenschaften. Hierzu ist die Zustimmung der zuständigen niederländischen Behörde erforderlich. Die Anmeldung von Manövern und anderen Übungen außerhalb militärisch genutzter Liegenschaften erfolgt nach den gleichen Bestimmungen wie für die niederländische Truppe und unter Koordination durch niederländische militärische Dienststellen. Die Bundeswehr ist den niederländischen Truppen gleichgestellt.

Zu Artikel 31

Übungen und Manöver unterliegen grundsätzlich der Zustimmung der niederländischen Behörden. Im Rahmen ihres Ermessens haben diese Behörden allerdings vor ihrer Entscheidung die Ausbildungserfordernisse, die durch die zuständigen NATO-Behörden oder durch zuständige europäische Organe festgelegt worden sind, zu berücksichtigen.

Absatz 2 unterstreicht die uneingeschränkte Geltung der niederländischen Luftfahrtregelungen für die Durchführung von Manövern und anderen Übungen nach Absatz 1. Um der Bundeswehr bei geplanten Änderungen luftrechtlicher Vorschriften die Möglichkeit der Darlegung ihrer Position einzuräumen, ist festgelegt, daß vorgesehene Änderungen von Vorschriften vorher in dafür zuständigen Organisationen erörtert werden sollen.

Erläuterung zum Protokoll zu den Artikeln 30 und 31

Der Begriff „Verteidigungsaufgabe“ im Sinne der Artikel 45 und 46 des ZA/NTS ist nicht enger auszulegen, als der Begriff „Aufgabe“ im Sinne der Artikel 30 und 31 dieses Abkommens.

Zu Artikel 32

Absatz 1 wiederholt den allgemeinen Grundsatz, daß die Bundeswehr nicht schlechter gestellt wird als die niederländische Truppe.

Absatz 2 bildet eine Ergänzung des Artikels IX Abs. 2 des NTS, welcher der Wirtschaft des Aufnahmestaats grundsätzlich den Vorrang vor den Bedürfnissen der

Streitkräfte einräumt. Nach dem NTS können die Streitkräfte die für ihren Unterhalt benötigten Waren aus örtlichen Quellen beschaffen; der Aufnahmestaat hat aber das Recht, in Fällen, in denen sich die Beschaffungen der Streitkräfte auf seine Wirtschaft schädlich auswirken kann, diejenigen Gegenstände zu benennen, deren Beschaffung eingeschränkt oder untersagt werden soll.

Absatz 3 dieses Abkommens weicht von dem in Artikel IX Abs. 2 des NTS enthaltenen Grundsatz der sog. mittelbaren Beschaffung ab und gewährt der Bundeswehr freie Wahl, ihren Bedarf entweder unmittelbar oder nach vorheriger Vereinbarung durch die niederländischen Behörden zu decken. Zu den in Absatz 3 Satz 1 aufgeführten Leistungen gehören aber nicht die Verkehrsleistungen, deren Durchführung vielmehr in Artikel 41 geregelt ist.

Absatz 4 regelt die Beschaffungen durch die Behörden der Bundeswehr. Absatz 4 Buchstabe a und b dieses Abkommens gestatten bei direkten Beschaffungen der Bundeswehr, ihr eigenes Beschaffungsverfahren anzuwenden.

Absatz 5 regelt das Verfahren für die sogenannten mittelbaren Beschaffungen, d.h. Beschaffungen durch niederländische Behörden.

Zu den Artikeln 33 und 36

Die Artikel 33 und 36 befassen sich mit der Deckung des Liegenschaftsbedarfs der Bundeswehr und mit den Rechten und Pflichten der Bundeswehr innerhalb der ihnen zur ausschließlichen Benutzung überlassenen Liegenschaften.

Als Grundsatz ist in Artikel 33 Abs. 1 niedergelegt, daß der Liegenschaftsbedarf der Bundeswehr nur nach Maßgabe des NTS und dieses Abkommens gedeckt wird. Dadurch ist klargestellt, daß eigene Maßnahmen der Bundeswehr zur Beschaffung von Liegenschaften grundsätzlich nicht in Betracht kommen.

Über die Deckung des Liegenschaftsbedarfs der Bundeswehr wurde eine Vereinbarung geschlossen.

In Absatz 3 ist die Verpflichtung der Bundeswehr zur Instandsetzung und Instandhaltung aller ihr überlassenen Liegenschaften niedergelegt. Einzelheiten sind in der Vereinbarung geregelt.

Darüber hinaus besteht für die Bundeswehr die Verpflichtung, den Bedarf an den ihr überlassenen Liegenschaften laufend zu überprüfen und auf das erforderliche Mindestmaß zu beschränken. Liegenschaften, die nicht mehr benötigt werden, sind freizugeben. Im Falle der Freigabe von Liegenschaften muß die Bundeswehr auch die darin befindlichen Gegenstände zurückgeben, es sei denn, daß der Eigentümer der Gegenstände mit einer weiteren Überlassung an die Bundeswehr einverstanden ist.

Zu Artikel 36

Grundsätzlich besteht für die Bundeswehr die Verpflichtung, innerhalb der ihr überlassenen Liegenschaften das niederländische Recht zu achten. Die niederländische Seite verzichtet jedoch in den Fällen auf die Anwendung niederländischen Rechts, wenn die Maßnahmen lediglich die Organisation, die interne Funktionsweise, die Führung oder andere interne Angelegenheiten betreffen, es sei denn, sie haben vorhersehbare Auswirkungen auf die

Rechte Dritter, auf umliegende Gemeinden oder generell auf die niederländische Öffentlichkeit. In Zweifelsfällen gilt das Konsultations- und Kooperationsprinzip.

Die Benutzung von Truppenübungsplätzen, Luft-/Boden-Schließplätzen, Standortübungsplätzen und Standort-schießanlagen durch Truppenteile der Bundeswehr, die sich zu Ausbildungs- und Übungszwecken in dem Königreich der Niederlande aufhalten, ist den niederländischen Behörden vorher zur Zustimmung anzuzeigen. Die Zustimmung gilt als erteilt, wenn die niederländischen Behörden nicht innerhalb von 45 Tagen nach Eingang der Anzeige widersprechen.

Über die Einzelheiten der Benutzung der überlassenen Übungseinrichtungen werden bilaterale Verwaltungsabkommen geschlossen. Diese treten zusammen mit diesem Abkommen in Kraft. Um in den Fällen, in denen Vorhaben der Truppe oder des zivilen Gefolges nach niederländischem Recht einer Erlaubnis, Zulassung oder einer sonstigen öffentlich-rechtlichen Genehmigung bedürfen, ein nach niederländischem Recht vorgeschriebenes Verfahren durchführen zu können und damit dem niederländischen Verfahrensrecht auch im Interesse zu beteiligter Dritter Genüge zu tun, stellen niederländische Behörden die erforderlichen Anträge und betreiben die diesbezüglichen Verwaltungs- und Gerichtsverfahren für die Bundeswehr (Absatz 1). Gleiches gilt, wenn Maßnahmen der Bundeswehr von Amts wegen oder durch Dritte angegriffen werden (Absatz 2).

Das bedeutet nicht, daß die das Verfahren betreibende niederländische Behörde auch zum Träger des Vorhabens wird; Träger des Vorhabens und damit Berechtigter und Verpflichteter aus einer behördlichen oder gerichtlichen Entscheidung bleibt allein die Bundeswehr (Absatz 3). Diese Verfahrensregelung dient der allgemeinen Rechtssicherheit.

Zu Artikel 34

Artikel 34 stellt die Ergänzung zu Artikel IX Abs. 3 des NTS dar:

Er legt das Verfahren im einzelnen fest, nach dem der Bedarf der Bundeswehr an baulichen Anlagen gedeckt wird. Die Programme zur Deckung des Bedarfs der Bundeswehr bei erforderlichen Bauvorhaben werden zwischen den niederländischen Behörden und den Behörden der Bundeswehr vereinbart. Unter Programmen sind hier nicht nur „Programme“ im strengeren Wortsinn, also über einen längeren Zeitabschnitt sich erstreckende Zusammenstellungen der Bauabsichten, zu verstehen; der Begriff „Programm“ ist vielmehr weit auszulegen und umfaßt die Bauabsichten (der Bundeswehr) schlechthin, gleichgültig, ob sie für längere Zeiträume systematisch aufgestellt oder ob sie von Fall zu Fall vorgelegt werden. Die Bestimmung soll den niederländischen Behörden die Möglichkeit geben, von vornherein sicherzustellen, daß die Bauabsichten der Bundeswehr mit den niederländischen Planungen in Einklang gebracht und auf ihre Ausführbarkeit geprüft werden können.

Da die Durchführung der Baumaßnahmen durch die zuständigen niederländischen Behörden als Regelfall angesehen wird (Artikel 34 Abs. 2), beschäftigt sich Artikel 34 Abs. 3 besonders ausführlich mit den Einzelheiten des dabei zu beachtenden Verfahrens und der beiderseitigen Rechte und Pflichten.

Zu Artikel 35

Artikel 35 geht von dem Grundsatz aus, daß das Königreich der Niederlande einerseits nur dann zur Abgeltung von Investitionen usw. verpflichtet werden kann, wenn diese auch nach ihrer Auffassung einen ihr zufließenden Vermögensvorteil darstellen, daß aber andererseits die Bundesrepublik Deutschland nicht verpflichtet sein soll, noch Aufwendungen für die Entfernung der mit eigenen Mitteln finanzierten Investitionen usw. zu machen.

In Absatz 2 ist dem Königreich der Niederlande die Möglichkeit eröffnet, gegen Restwertforderungen der Bundesrepublik Deutschland mit Schadensersatzansprüchen aufzurechnen, die sie nicht mehr hat, weil sie darauf verzichtet hat.

Zu Artikel 38

Artikel 38 stellt klar, daß auf dem Gebiet der Gesundheitsbestimmungen und des Pflanzenschutzes grundsätzlich niederländische Vorschriften zur Anwendung kommen. Sofern die öffentliche Gesundheit oder der Pflanzenschutz nicht gefährdet ist, kann die Bundeswehr ihre eigenen Vorschriften und Verfahren in den ihr überlassenen Liegenschaften anwenden.

Zu Artikel 39

Für die Bundeswehr gelten im Königreich der Niederlande die niederländischen Umweltvorschriften. Nur soweit für die niederländische Truppe Ausnahmenvorschriften gelten, kann die Bundeswehr diese gleichmaßen für sich in Anspruch nehmen.

Zu Artikel 40

Auf der Grundlage des Artikels IV Abs. 4 des NTS gilt für die Beschäftigungsverhältnisse der zivilen Arbeitskräfte bei der Bundeswehr im Königreich der Niederlande das für die zivilen Bediensteten bei der niederländischen Truppe maßgebende bzw. geltende Arbeitsrecht.

Zu Artikel 41

Eine derartige Regelung ist erforderlich, weil das NTS keine einschlägigen Bestimmungen enthält. Hiernach ist die Einreise vorbehaltlich der Genehmigung der Regierung des Königreichs der Niederlande möglich. Das Erfordernis der Genehmigung beim Überschreiten der nationalen Grenzen ist international üblich. Um nicht jede einzelne Bewegung eines Angehörigen der Bundeswehr einer niederländischen Genehmigung zu unterwerfen, ist in Absatz 1 Buchstabe a Satz 1 zweiter Halbsatz eine Genehmigungsfiktion aufgenommen worden.

Die Koordinierungszuständigkeit der niederländischen Truppe ist in Absatz 1 Buchstabe b aufgenommen worden, da eine Koordinierung durch die fachlich kompetenten Verkehrsdienststellen der niederländischen Truppen zweckmäßig ist.

In Absatz 2 sind für die Einstellung und Beförderung von rollendem Eisenbahnmateriale der Bundeswehr Vereinbarungen mit den niederländischen Eisenbahnverwaltungen vorgesehen.

In Absatz 3 ist über die nach Artikel II des NTS bestehende allgemeine Verpflichtung zur Achtung des Rechts des Aufnahmestaats hinaus ausdrücklich festgelegt, daß grundsätzlich die niederländischen Verkehrsvorschriften

gelten. Gleiches gilt hinsichtlich der Anwendung der Vorschriften über das Verhalten am Unfallort und über den Transport gefährlicher Güter.

In Absatz 4 Buchstabe a ist geregelt, daß die Bundeswehr im Falle dringender militärischer Erfordernisse unter gebührender Berücksichtigung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung von den niederländischen Vorschriften über das Verhalten im Straßenverkehr abweichen darf. Der militärische Verkehr mit Kraftfahrzeugen und Kraftfahrzeuganhängern, deren Abmessungen, Achslast und Gesamtgewicht oder Anzahl die nach dem niederländischen Straßenverkehrsrecht geltenden Begrenzungen überschreiten, wird grundsätzlich auf ein zu vereinbarendes Straßennetz beschränkt (Absatz 4 Buchstabe b). Diese Beschränkung ist erforderlich, um die Sicherheit des Straßenverkehrs zu erhöhen und um Schäden an großen Teilen des Straßennetzes, die für den vorgenannten Verkehr nicht geeignet sind, möglichst zu vermeiden. Außerhalb des vereinbarten Straßennetzes ist nur ausnahmsweise, d.h. bei Unglücksfällen, Katastrophen, im Fall des Staatsnotstands oder aufgrund von Vereinbarungen zwischen der Bundeswehr und den niederländischen Behörden, ein Verkehr mit überschweren Fahrzeugen oder Kolonnen zulässig.

In Absatz 5 wird klargestellt, daß die deutschen Behörden, soweit die Sicherheitsstandards im Verkehrsbereich betroffen sind, die grundlegenden niederländischen Verkehrssicherheitsvorschriften zu beachten haben.

In Absatz 6 ist geregelt, daß ein Recht der Bundeswehr zur Landung mit militärischen Luftfahrzeugen – entsprechend dem international geltenden Recht – nur in Notfällen oder aufgrund von Vereinbarungen mit den zuständigen niederländischen Behörden möglich ist.

Absatz 7 ist im Interesse der Luftsicherheit notwendig.

Zu Artikel 42

Als Kernsatz wurde eine Formulierung aufgenommen, die einen allgemeinen Grundsatz wiedergibt, wonach bei der Benutzung von Verkehrsmitteln und -einrichtungen des jeweiligen Aufnahmestaats durch die Streitkräfte des entsendenden Staats keine ungünstigeren Tarife angewandt werden, als sie für die nationalen Streitkräfte des Aufnahmestaats gelten.

Zu Artikel 43

Hiernach wird der Bundeswehr im Staatsgebiet der Niederlande weiterhin die Möglichkeit eingeräumt, Militärpostämter für den Post- und Telegrafenvorkehr ihrer Mitglieder sowie deren Angehörigen einzurichten und zu betreiben.

Zu Artikel 44

Artikel 44 enthält militärisch begründete Sonderregelungen im Fernmeldewesen. Die Bestimmungen berücksichtigen militärische Anforderungen und stehen mit dem EG-Recht in Einklang.

Zu Artikel 45

Die Vorschrift gewährleistet ein Zusammenwirken der niederländischen Behörden und der Behörden der Bundeswehr bei Anforderungsverfahren zugunsten der Bundeswehr.

Artikel 45 regelt Art und Weise von Anforderungsverfahren zugunsten der Bundeswehr, begründet aber keine materielle Verpflichtung des Königreichs der Niederlande, solche Anforderungen durchzuführen.

Im einzelnen ist vorgesehen, daß die niederländische Behörde, die als Bedarfsträger für die Bundeswehr den Antrag bei der zuständigen Anforderungsbehörde stellt, im Benehmen mit der Behörde der Bundeswehr bestimmt wird. Die niederländischen Behörden nehmen auch die Ausübung der Rechte und – soweit dies der Natur der Sache nach möglich ist – die Erfüllung der Pflichten wahr, die sich aus der Stellung der Bundeswehr als Leistungsempfänger ergeben. Näheres hierüber wird in Verwaltungsabkommen geregelt. Insbesondere wird die niederländische Behörde bei Verhandlungen zur Abgeltung von Leistungen Erklärungen nur im Benehmen mit der Behörde der Bundeswehr abgeben. Das Königreich der Niederlande wird Rechtsstreitigkeiten, die sich für oder gegen die Bundeswehr als Leistungsempfänger ergeben, im eigenen Namen führen.

Zu Artikel 47

Artikel 47 legt fest, daß bestimmte Leistungen den Mitgliedern der Bundeswehr kraft eigenen Rechts unentgeltlich zur Verfügung gestellt werden.

Zu Artikel 48

Diese Bestimmung legt fest, daß Zoll- und Steuervergünstigungen für den berechtigten deutschen Personenkreis im Königreich der Niederlande und den berechtigten niederländischen Personenkreis in der Bundesrepublik Deutschland im Rahmen der Gegenseitigkeit eingeräumt werden. Absatz 2 verweist insoweit auf das zu diesem Abkommen geschlossene Protokoll, in dem Einzelheiten geregelt sind.

Erläuterung zum Protokoll zu Artikel 48

Das Protokoll regelt u.a. Einzelheiten im Hinblick auf zoll- und steuerrechtliche Vorrechte und Befreiungen. Um die in Artikel 48 des Abkommens vereinbarte Gegenseitigkeit herzustellen, werden für die Bundeswehr, ihre Mitglieder und deren Angehörige im Königreich der Niederlande die für sie geltenden zoll- und steuerrechtlichen Bestimmungen um einzelne Regelungen aus dem ZA/NTS erweitert; darüber hinaus ist auch eine Einschränkung der Bestimmungen des ZA/NTS für die in Deutschland stationierte niederländische Truppe, das zivile Gefolge und deren Angehörige erforderlich. Die im Protokoll vereinbarte Aufzählung über die Erweiterung bzw. Einschränkung der zoll- und steuerrechtlichen Regelungen beider Vertragsstaaten können, soweit sich im Rahmen der Gegenseitigkeit die Notwendigkeit ergibt, angepaßt werden.

Zu Artikel 51

Absatz 1 sieht vor, daß Meinungsverschiedenheiten hinsichtlich der Auslegung und Anwendung dieses Abkommens durch Verhandlungen zwischen den Vertragsstaaten beigelegt werden sollen und nicht an ein internationales Gericht oder an Dritte verwiesen werden.

Absatz 2 trifft eine besondere Regelung zur Streitschlichtung hinsichtlich der Frage, wem bei einer Straftat die Gerichtsbarkeit zusteht. Vergleiche insoweit die Erläuterungen zu den Artikeln 12 und 13.

III. Abkommen über die Rahmenbedingungen des I. (Deutsch-Niederländischen) Korps und dem Korps zugeordnete Truppenteile, Einrichtungen und Dienststellen

Zu Artikel 2

Die Befehlsgewalt über die Soldaten und die Anordnungsbefugnis gegenüber den zivilen Angehörigen des Korps bleiben in nationaler Verantwortung.

Zu Artikel 3

Einsätze des Korps sind nur gemäß den verfassungsrechtlichen Voraussetzungen beider Vertragsstaaten sowie den Bestimmungen der Charta der Vereinten Nationen möglich. Hiernach kann das Korps nach einer Entscheidung der zuständigen Organe der beiden Staaten sowohl für die Bündnisverteidigung als auch für Einsätze im Rahmen des Artikels J 7 des Vertrags von Amsterdam vom 2. Oktober 1997 eingesetzt werden.

Zu Artikel 4

Die Bestimmung ist die stationierungsrechtliche Grundlage für die deutschen Kräfte des Korps auf niederländischem Staatsgebiet und für die niederländischen Kräfte des Korps auf deutschem Staatsgebiet.

Zu Artikel 5

Die Rechtsstellung der Streitkräfteanteile, der zivilen Anteile, ihrer Mitglieder und Angehörigen wird insgesamt geprägt durch den Grundsatz der Gegenseitigkeit und trägt so dem Geist eines binationalen Korps Rechnung.

Zu Artikel 6

Die integrierte Weisungs- und Kontrollbefugnis des Kommandierenden Generals geht deutlich über geltende NATO-Unterstellungsverhältnisse (operational command) hinaus.

Ausgenommen bleiben nationale Rechte und persönliche Verpflichtungen, wozu besonders die disziplinaren Angelegenheiten und das Beschwerderecht zählen.

Zu Artikel 7

Für die binationalen Elemente des Korps wird ein gemeinsamer Haushalt eingerichtet, welcher der Kontrolle und Prüfung durch einen gemeinsamen Rechnungsprüfungsausschuß unterliegt. Die Kontrollfunktionen der nationalen Rechnungsprüfungsbehörde bleiben gewahrt.

Zu Artikel 8

Artikel 8 trägt der verfassungsrechtlich vorgegebenen Trennung zwischen den Streitkräften und der Bundeswehrverwaltung (Artikel 87a/87b des Grundgesetzes) beim Abschluß von Verträgen für binationale Zwecke des Korps zu Lasten des binationalen Haushalts Rechnung. Verträge können nur zu Lasten der Vertragsparteien abgeschlossen werden. Die beiden Staaten erwerben gemeinsam Eigentum. Auf eine eigene Rechtspersönlichkeit des Korps wurde verzichtet.

Sollte aus dem Abschluß eines Vertrags ein Gerichtsverfahren resultieren, übernimmt der Aufenthaltsstaat die gerichtliche Vertretung. Bei Verträgen in dritten Staaten entscheidet die Nationalität des zum Vertragsabschluß Berechtigten über die gerichtliche Vertretung.

Zu Artikel 9

Absatz 1 erklärt Artikel VIII des NTS auf die Tätigkeit des I. (Deutsch-Niederländischen) Korps für anwendbar. Damit unterliegt das gemeinsame Korps der NATO-Partner Deutschland und Niederlande in Schadensfällen den gleichen Regelungen wie die nationale Truppe eines NATO-Vertragsstaats.

Für dienstlich verursachte Drittschäden schreibt Absatz 2 gleiche Haftungsanteile beider Vertragsparteien vor und weicht insoweit von Artikel VIII Abs. 5 Buchstabe e NTS ab, der bei der Haftungsverteilung auf die nationale Verantwortlichkeit im jeweiligen Einzelfall abstellt. Diese Haftungsverteilung – ungeachtet der Nationalität des unmittelbar Handelnden bzw. Verantwortlichen – trägt dem binationalen Charakter des Korps Rechnung, für dessen Tätigkeit regelmäßig die die Organisation tragenden Staaten in gleichem Maße Verantwortung tragen.

Zu Artikel 10

Eine binationale Wache bei binational genutzten Einrichtungen des Korps setzt voraus, daß Wachsoldaten beider Nationen gleiche Befugnisse haben, wobei die ausschließliche fachliche Verantwortung beim Wachvorgesetzten des AufnahmeStaats liegt.

Um dieses Ziel zu erreichen, ist das Gesetz zur Anwendung unmittelbaren Zwanges und die Ausübung besonderer Befugnisse durch Soldaten der Bundeswehr und zivile Wachpersonen zu ändern.

Zu Artikel 11

Artikel 11 regelt die Handhabung von Verschlusssachen im Rahmen dieses Abkommens auf der Basis bestehender multinationaler oder bilateraler Vereinbarungen.

Anhang zur Denkschrift

Vertrag
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und dem Königreich der Niederlande
über die Stationierung von Truppen
der Bundesrepublik Deutschland im Königreich der Niederlande

Verdrag
tussen de Bondsrepubliek Duitsland
en het Koninkrijk der Nederlanden
inzake de stationering van Strijdkrachten
van de Bondsrepubliek Duitsland in het Koninkrijk der Nederlanden

Die Bundesrepublik Deutschland
und
das Königreich der Niederlande –

in dem Bestreben, sich gegenseitig die in dem am 4. April 1949 unterzeichneten Nordatlantikvertrag vorgesehene beiderseitige Hilfe zu leisten;

in der Erwägung, daß das Recht zur Stationierung von Truppen des Königreichs der Niederlande im Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland und die Modalitäten dieser Stationierung in mehreren Verträgen und Abkommen im Sinne des Nordatlantikvertrags festgelegt und geregelt worden sind –

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

Zur Förderung der Ziele der Nordatlantikvertragsorganisation gestattet das Königreich der Niederlande die Stationierung von Truppen der Bundesrepublik Deutschland im Hoheitsgebiet des Königreichs der Niederlande nach Maßgabe der Bestimmungen dieses Abkommens.

Artikel 2

Die beiden Regierungen werden von Fall zu Fall in gesonderten Abkommen vereinbaren:

- a) die im Königreich der Niederlande zu stationierenden Truppen der Bundesrepublik Deutschland,
- b) falls erforderlich, alle weiteren in diesem Zusammenhang sich ergebenden grundsätzlichen Angelegenheiten.

Artikel 3

Die Rechtsstellung der im Königreich der Niederlande stationierten Truppen der Bundesrepublik Deutschland, ihrer Mitglieder und ihres zivilen Gefolges sowie der Angehörigen ergibt sich aus den Bestimmungen des am 19. Juni 1951 unterzeichneten Abkommens zwischen den Parteien des Nordatlantikvertrags über die Rechtsstellung ihrer Truppen (NATO-Truppenstatut) im Verhältnis zwischen dem Königreich der Niederlande und der Bundesrepublik Deutschland und des am 6. Oktober 1997 in Bergen unterzeichneten Zusatzabkommens zu dem Abkommen zwischen den Parteien des Nordatlantikvertrags über die Rechtsstellung ihrer Truppen hinsichtlich der in dem Königreich der Niederlande stationierten deutschen Truppen (Zusatzabkommen Niederlande).

De Bondsrepubliek Duitsland
en
het Koninkrijk der Nederlanden,

Verlangende elkaar de in het op 4 april 1949 ondertekende Noord-Atlantisch Verdrag bedoelde wederzijdse hulp te verlenen,

Overwegende dat het recht strijdkrachten van het Koninkrijk der Nederlanden op het grondgebied van de Bondsrepubliek Duitsland te stationeren, alsmede de wijze en voorwaarden waarop deze stationering geschiedt, in verscheidene verdragen en overeenkomsten in de zin van het Noord-Atlantisch Verdrag zijn vastgelegd en geregeld,

zijn het volgende overeengekomen:

Artikel 1

Ter bevordering van de doelstellingen van de Noord-Atlantische Verdragsorganisatie verleent het Koninkrijk der Nederlanden toestemming tot het stationeren van strijdkrachten van de Bondsrepubliek Duitsland op het grondgebied van het Koninkrijk der Nederlanden in overeenstemming met de bepalingen van dit Verdrag.

Artikel 2

Van geval tot geval sluiten de twee Regeringen afzonderlijke overeenkomsten over:

- a) de in het Koninkrijk der Nederlanden te stationeren strijdkrachten van de Bondsrepubliek Duitsland,
- b) indien noodzakelijk, alle overige principiële aangelegenheden die zich in dit verband voordoen.

Artikel 3

De rechtspositie van de in het Koninkrijk der Nederlanden gestationeerde strijdkrachten van de Bondsrepubliek Duitsland, van hun leden en hun burgerpersoneel, alsmede van de gezinsleden daarvan, is vastgelegd in het op 19 juni 1951 ondertekende Verdrag tussen de Staten die partij zijn bij het Noord-Atlantisch Verdrag nopens de rechtspositie van hun krijgsmachten (NAVO-Status-Verdrag) in de verhouding tussen het Koninkrijk der Nederlanden en de Bondsrepubliek Duitsland, en de op 6 oktober 1997 ondertekende Aanvullende Overeenkomst bij het Verdrag tussen de Staten die partij zijn bij Noord-Atlantisch Verdrag nopens de rechtspositie van hun krijgsmachten met betrekking tot de in het Koninkrijk der Nederlanden gestationeerde Duitse strijdkrachten (Aanvullende Overeenkomst Nederland).

Artikel 4

Meinungsverschiedenheiten über die Auslegung oder Anwendung dieses Vertrags werden durch Verhandlungen zwischen den Vertragsstaaten beigelegt und nicht an ein internationales Gericht oder an Dritte verwiesen.

Artikel 5

(1) Dieser Vertrag bedarf der Ratifikation; die Ratifikationsurkunden werden so bald wie möglich in Den Haag ausgetauscht. Dieser Vertrag tritt am ersten Tag des zweiten Monats nach Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft.

(2) Dieser Vertrag gilt für die Dauer des Nordatlantikvertrags, wenn nicht eine andere Geltungsdauer vereinbart wird.

(3) Das Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung des Königreichs der Niederlande über die Stationierung militärischer Einheiten der Bundesrepublik Deutschland in den Niederlanden vom 17. Januar 1963 tritt an dem Tag außer Kraft, an dem dieser Vertrag in Kraft tritt.

(4) Für das Königreich der Niederlande gilt dieser Vertrag nur für den in Europa gelegenen Teil des Königreichs.

Artikel 4

Geschillen met betrekking tot de uitlegging of toepassing van dit Verdrag worden door onderhandelingen tussen de Verdragsluitende Staten beslecht en worden niet aan een internationaal gerechtshof of aan derden voorgelegd.

Artikel 5

1. Dit Verdrag dient te worden bekrachtigd; de akten van bekrachtiging worden zo spoedig mogelijk te 's-Gravenhage uitgewisseld. Het Verdrag treedt in werking op de eerste dag van de tweede maand na de uitwisseling van de akten van bekrachtiging.

2. Dit Verdrag geldt voor de duur van het Noord-Atlantisch Verdrag, tenzij een andere termijn wordt overeengekomen.

3. De Overeenkomst tussen de Regering van het Koninkrijk der Nederlanden en de Regering van de Bondsrepubliek Duitsland nopens de stationering van militaire eenheden van de Bondsrepubliek Duitsland in Nederland van 17 januari 1963 houdt op van kracht te zijn op de dag waarop dit Verdrag in werking treedt.

4. Wat het Koninkrijk der Nederlanden betreft, geldt dit Verdrag uitsluitend voor het in Europa gelegen deel van het Koninkrijk.

Geschehen zu Bergen am 6. Oktober 1997 in zwei Urschriften, jede in deutscher und niederländischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Gedaan te Bergen, op 6 oktober 1997, in twee originele exemplaren, elk in de Duitse en in de Nederlandse taal, zijnde beide teksten gelijkelijk authentiek.

Für die Bundesrepublik Deutschland
Voor de Bondsrepubliek Duitsland
Hartmann

Für das Königreich der Niederlande
Voor het Koninkrijk der Nederlanden
P. van Walsum

Protokollnotiz

Protocolnotitie

Anläßlich der Unterzeichnung des Abkommens zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung des Königreichs der Niederlande über die Stationierung von Truppen der Bundesrepublik Deutschland in dem Königreich der Niederlande bestätigt die Bundesrepublik Deutschland die nachstehenden Standorte der Bundeswehr in den Niederlanden (Stand: 1 Januar 1997):

Standort: Budel
 Bezeichnung: I./Luftwaffenausbildungsregiment 1
 Stärke: 1 200 Personen

Standort: Eibergen
 Bezeichnung: deutscher Anteil des Stabes der Command Support Group des I. (Deutsch/Niederländischen) Korps
 Stärke: 66 Personen

Standort: Den Helder
 Bezeichnung: NATO-Hauptdepot (GE)
 Stärke: 30 Personen

Die Regierung des Königreichs der Niederlande bestätigt, folgende Truppen im Bundesgebiet stationiert zu haben (Stand: 1. Januar 1997):

Standort: Seedorf
 Bezeichnung: 41. Leichte Brigade
 Stärke: 2 000 Personen

Standort: Münster
 Bezeichnung: niederländischer Anteil des Hauptquartiers I. (Deutsch/Niederländische) Korps
 Stärke: 245 Personen

Standort: Seedorf
 Bezeichnung: Stab Netherlands Armed Forces Support Agency Germany (NASAG)
 Stärke: 400 Personen

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland und die Regierung des Königreichs der Niederlande halten es für wünschenswert, sich gegenseitig über die Stationierung von Truppen auf ihrem Hoheitsgebiet zu informieren. Dazu werden das Bundesministerium der Verteidigung der Bundesrepublik Deutschland und das Ministerium der Verteidigung des Königreichs der Niederlande sich alle 2 Jahre den jeweiligen Stand der im anderen Staat stationierten Truppen mitteilen.

Naar aanleiding van de ondertekening van het Verdrag tussen de Bondsrepubliek Duitsland en het Koninkrijk der Nederlanden inzake de stationering van strijdkrachten van de Bondsrepubliek Duitsland in het Koninkrijk der Nederlanden bevestigt de Regering van de Bondsrepubliek Duitsland de hiernavolgende standplaatsen van de Bundeswehr in Nederland (per 1 januari 1997):

Standplaats: Budel
 Omschrijving: Eerste Luchtmachtopleidingsregiment 1
 Sterkte: 1 200 personen

Standplaats: Eibergen
 Omschrijving: Duits aandeel in de staf van de Command Support Group van het 1 (Duits/Nederlandse) Legerkorps
 Sterkte: 66 personen

Standplaats: Den Helder
 Omschrijving: NAVO-Hoofddepot (GE)
 Sterkte: 30 personen

De Regering van het Koninkrijk der Nederlanden bevestigt de volgende strijdkrachten op Duits grondgebied te hebben gestationeerd (per 1 januari 1997):

Standplaats: Seedorf
 Omschrijving: 41ste Lichte brigade
 Sterkte: 2 000 personen

Standplaats: Münster
 Omschrijving: Nederlands aandeel in het Hoofdkwartier van het 1 (Duits/Nederlandse) Legerkorps
 Sterkte: 245 personen

Standplaats: Seedorf
 Omschrijving: Staf Netherlands Armed Forces Support Agency Germany (NASAG)
 Sterkte: 400 personen

De Regering van de Bondsrepubliek Duitsland en de Regering van het Koninkrijk der Nederlanden achten het wenselijk elkaar wederzijds op de hoogte te houden van de stationering van strijdkrachten op hun grondgebied. Daartoe zullen de Bondsminister van Defensie van de Bondsrepubliek Duitsland en de Minister van Defensie van het Koninkrijk der Nederlanden elkaar om de twee jaar over de stand van zaken omtrent de het in het andere land gestationeerde strijdkrachten informeren.

**Abkommen
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung des Königreichs der Niederlande
über die Bereitstellung von Liegenschaften und
die Mitbenutzung von Übungseinrichtungen**

**Verdrag
tussen de Regering van de Bondsrepubliek Duitsland
en de Regering van het Koninkrijk der Nederlanden
inzake het ter beschikking stellen van onroerend goed en
het medegebruiken van oefenvoorzieningen**

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und
die Regierung des Königreichs der Niederlande –

in dem Bestreben, sich gegenseitig die im Nordatlantikvertrag
vorgesehene beiderseitige Hilfe auf dem Gebiet der Verteidigung
zu leisten,

bezugnehmend auf

den Vertrag vom 23. Oktober 1954 über den Aufenthalt ausländischer
Streitkräfte in der Bundesrepublik Deutschland in der
jeweils gültigen Fassung,

den Vertrag vom 6. Oktober 1997 zwischen der Bundesrepublik
Deutschland und dem Königreich der Niederlande über die Sta-
tionierung von Truppen der Bundesrepublik Deutschland in den
Niederlanden,

das Abkommen vom 19. Juni 1951 zwischen den Parteien des
Nordatlantikvertrags über die Rechtsstellung ihrer Truppen
(NATO-Truppenstatut),

das Zusatzabkommen vom 3. August 1959 zu dem Abkommen
vom 19. Juni 1951 zwischen den Parteien des Nordatlantik-
vertrags über die Rechtsstellung ihrer Truppen hinsichtlich der in
der Bundesrepublik Deutschland stationierten ausländischen
Truppen (Zusatzabkommen Deutschland) in der jeweils gültigen
Fassung,

das Zusatzabkommen vom 6. Oktober 1997 zu dem Abkommen
vom 19. Juni 1951 zwischen den Parteien des Nordatlantik-
vertrags über die Rechtsstellung ihrer Truppen hinsichtlich der
im Königreich der Niederlande stationierten deutschen Truppen
(Zusatzabkommen Niederlande) –

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

Liegenschaft Budel

(1) Für die Geltungsdauer dieses Abkommens stellt die Regie-
rung des Königreichs der Niederlande der Bundeswehr die
Liegenschaft Budel bereit.

(2) Die Liegenschaft Budel untersteht dem Kommando der
Bundeswehr.

Artikel 2

Liegenschaft Seedorf

(1) Für die Geltungsdauer dieses Abkommens stellt die Regie-
rung der Bundesrepublik Deutschland den niederländischen
Streitkräften die Liegenschaft Seedorf bereit.

De Regering van de Bondsrepubliek Duitsland
en

de Regering van het Koninkrijk der Nederlanden,

Ernaar strevend elkaar de in het Noord-Atlantisch Verdrag
bedoelde wederzijdse hulp op het gebied van defensie te ver-
lenen,

Onder verwijzing naar

de Overeenkomst inzake de aanwezigheid van buitenlandse
strijdkrachten in de Bondsrepubliek Duitsland van 23 oktober
1954 in de desbetreffende geldende versie,

het Verdrag tussen de Bondsrepubliek Duitsland en het Konink-
rijk der Nederlanden inzake de stationering van strijdkrachten
van de Bondsrepubliek Duitsland in het Koninkrijk der Neder-
landen van 6 oktober 1997,

het Verdrag tussen de Staten die partij zijn bij het Noord-Atlan-
tisch Verdrag nopens de rechtspositie van hun krijgsmachten
van 19 juni 1951 (NAVO-Status Verdrag),

de Aanvullende Overeenkomst bij het Verdrag van 19 juni 1951
tussen de Staten die partij zijn bij het Noord-Atlantisch Verdrag
nopens de rechtspositie van hun krijgsmachten, met betrekking
tot de in de Bondsrepubliek Duitsland gestationeerde buiten-
landse krijgsmachten (Aanvullende Overeenkomst Duitsland) van
3 augustus 1959 in de desbetreffende geldende versie,

de Aanvullende Overeenkomst bij het Verdrag van 19 juni 1951
tussen de Staten die partij zijn bij het Noord-Atlantisch Verdrag
nopens de rechtspositie van hun krijgsmachten, met betrekking
tot de in het Koninkrijk der Nederlanden gestationeerde
Duitse strijdkrachten (Aanvullende Overeenkomst Nederland)
van 6 oktober 1997,

zijn het volgende overeengekomen:

Artikel 1

Onroerend goed Budel

1. Voor de geldigheidsduur van dit Verdrag stelt de Regering
van het Koninkrijk der Nederlanden het in Budel gelegen onroe-
rend goed ter beschikking van de Bundeswehr.

2. Het in Budel gelegen onroerend goed staat onder comman-
do van de Bundeswehr.

Artikel 2

Onroerend goed Seedorf

1. Voor de geldigheidsduur van dit Verdrag stelt de Regering
van de Bondsrepubliek Duitsland het in Seedorf gelegen onroe-
rend goed ter beschikking van de Nederlandse strijdkrachten.

(2) Die Liegenschaft Seedorf untersteht dem Kommando der niederländischen Streitkräfte.

Artikel 3

Rechtsstellung in Budel und Seedorf

(1) Die Bestimmungen des Zusatzabkommens Niederlande sind auf die Liegenschaft Budel anwendbar.

(2) Die Bestimmungen des Zusatzabkommens Deutschland sind auf die Liegenschaft Seedorf anwendbar.

Artikel 4

Dienste

(1) Auf Anforderung der Bundeswehr stellen die niederländischen Streitkräfte ihre Dienste im Rahmen der Benutzung der Liegenschaft Budel zur Verfügung durch:

- Personalbearbeitung;
- Durchführung von Arbeiten;
- Lieferung von Sachen;
- Abschluß von Verträgen mit Behörden und zivilen Unternehmen.

Sonstige Dienste können auf Antrag der Bundeswehr ebenfalls bereitgestellt werden.

(2) Auf Anforderung der niederländischen Streitkräfte stellt die Bundeswehr ihre Dienste im Rahmen der Benutzung der Liegenschaft Seedorf zur Verfügung durch:

- Personalbearbeitung;
- Durchführung von Arbeiten;
- Lieferung von Sachen;
- Abschluß von Verträgen mit Behörden und zivilen Unternehmen.

Sonstige Dienste können auf Antrag der niederländischen Streitkräfte ebenfalls bereitgestellt werden.

Artikel 5

Finanzielle Angelegenheiten

(1) Die in den Artikeln 1 und 2 bezeichneten Liegenschaften, einschließlich beweglicher Sachen, die, ohne Bestandteil der Hauptsache zu sein, dem wirtschaftlichen Zweck der Hauptsache zu dienen bestimmt sind und zu ihr im räumlichen Verhältnis stehen, werden von der Regierung des jeweiligen Aufnahmestaats unentgeltlich bereitgestellt.

(2) Die Kosten, die aus der Benutzung der Liegenschaften erwachsen, werden von der Regierung des jeweiligen Entsendestaats getragen.

(3) Die Kosten der Bauvorhaben (Neu-, Um- und Erweiterungsbauten sowie Instandsetzungs- und Instandhaltungsmaßnahmen) werden ebenfalls von der Regierung des jeweiligen Entsendestaats getragen.

(4) Die Kosten für Dienstleistungen gemäß Artikel 4, einschließlich der Personalkosten des bereitgestellten Personals, werden jährlich von der Regierung des Aufnahmestaats in einem Haushaltsplan veranschlagt und von der Regierung des jeweiligen Entsendestaats getragen.

Artikel 6

Übungseinrichtungen in der Bundesrepublik Deutschland

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland stellt den in Seedorf stationierten niederländischen Streitkräften auf der Grundlage der Praxis der Gegenseitigkeit deutsche Übungseinrichtungen grundsätzlich unentgeltlich zur Mitbenutzung zur Verfügung.

2. Het in Seedorf gelegen onroerende goed staat onder commando van de Nederlandse strijdkrachten.

Artikel 3

Rechtspositie in Budel en Seedorf

1. De bepalingen van de Aanvullende Overeenkomst Nederland zijn van toepassing op het in Budel gelegen onroerend goed.

2. De bepalingen van de Aanvullende Overeenkomst Duitsland zijn van toepassing op het in Seedorf gelegen onroerend goed.

Artikel 4

Diensten

1. Op verzoek van de Bundeswehr stellen de Nederlandse strijdkrachten in het kader van het gebruik van het in Budel gelegen onroerend goed hun diensten ter beschikking door

- personeelswerk,
- het uitvoeren van werkzaamheden,
- het leveren van goederen,
- het sluiten van overeenkomsten met autoriteiten en civiele ondernemingen.

Andere diensten kunnen op verzoek van de Bundeswehr eveneens ter beschikking worden gesteld.

2. Op verzoek van de Nederlandse strijdkrachten stelt de Bundeswehr haar diensten in het kader van het gebruiken van het in Seedorf gelegen onroerend goed ter beschikking door

- personeelswerk,
- het uitvoeren van werkzaamheden,
- het leveren van goederen,
- het sluiten van overeenkomsten met autoriteiten en civiele ondernemingen.

Andere diensten kunnen op verzoek van de Nederlandse strijdkrachten eveneens ter beschikking worden gesteld.

Artikel 5

Financiële zaken

1. De in artikelen 1 en 2 genoemde onroerende goederen, met inbegrip van roerende zaken die, zonder dat zij deel uitmaken van de hoofdzaak, ertoe bestemd zijn het economisch doel van de hoofdzaak te dienen, worden door de Regering van de desbetreffende staat van verblijf kosteloos ter beschikking gesteld.

2. De uit het gebruik van de onroerende goederen voortvloeiende kosten zijn voor rekening van de Regering van de desbetreffende staat van herkomst.

3. De kosten van de bouwprojecten (nieuwbouw, verbouwingen en uitbreiding van bestaande gebouwen, alsmede maatregelen tot herstel en onderhoud) zijn eveneens voor rekening van de Regering van de desbetreffende staat van herkomst.

4. De kosten voor diensten ingevolge artikel 4, met inbegrip van de personeelskosten voor het ter beschikking gestelde personeel, worden jaarlijks door de Regering van de staat van verblijf begroot en gedragen door de Regering van de desbetreffende staat van herkomst.

Artikel 6

Oefenvoorzieningen in de Bondsrepubliek Duitsland

De Regering van de Bondsrepubliek Duitsland stelt Duitse oefenvoorzieningen in beginsel kosteloos voor medegebruik ter beschikking van de in Seedorf gestationeerde Nederlandse strijdkrachten, op basis van de praktijk van wederkerigheid.

Artikel 7**Übungseinrichtungen
in dem Königreich der Niederlande**

Die Regierung des Königreichs der Niederlande stellt den in Budei stationierten Truppen der Bundeswehr auf der Grundlage der Praxis der Gegenseitigkeit niederländische Übungseinrichtungen grundsätzlich unentgeltlich zur Mitbenutzung zur Verfügung.

Artikel 8**Durchführungsvereinbarungen**

Einzelheiten der Durchführung werden in Vereinbarungen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung des Königreichs der Niederlande geregelt.

Artikel 9**Beilegung von Meinungsverschiedenheiten**

Meinungsverschiedenheiten über die Auslegung oder Anwendung dieses Abkommens werden durch Verhandlungen zwischen den Vertragspartei en beigelegt und nicht an ein internationales Gericht oder an Dritte verwiesen.

Artikel 10**Schlußbestimmungen**

(1) Dieses Abkommen tritt am 1. Januar des Jahres in Kraft, das auf das Jahr folgt, in dem die Vertragspartei en einander notifiziert haben, daß die erforderlichen innerstaatlichen Voraussetzungen für das Inkrafttreten erfüllt sind. Maßgeblich für die Fristberechnung des Inkrafttretensdatums ist der Tag des Zugangs der letzten Notifikation.

(2) Dieses Abkommen gilt für die Dauer des Nordatlantikvertrags, wenn nicht eine andere Geltungsdauer von den beiden Regierungen vereinbart wird.

(3) Jede Vertragspartei ist berechtigt, Vorschläge zur Änderung dieses Abkommens vorzulegen. Änderungen werden wirksam, sobald beide Vertragspartei en schriftlich mitgeteilt haben, daß sie ihnen zustimmen.

(4) Dieses Abkommen kann von jeder Vertragspartei auf diplomatischem Weg schriftlich gekündigt werden. Die Kündigungsfrist beträgt mindestens zwölf Monate, beginnend am 1. Januar des auf das Jahr der Kündigung folgenden Jahres.

(5) Der Notenwechsel vom 17. Mai 1963 zum Abkommen vom 17. Januar 1963 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung des Königreichs der Niederlande über die Stationierung militärischer Einheiten der Bundesrepublik Deutschland in den Niederlanden tritt an dem Tag außer Kraft, an dem dieses Abkommen in Kraft tritt.

(6) Für das Königreich der Niederlande gilt dieses Abkommen nur für den in Europa gelegenen Teil des Königreichs.

Geschehen zu Bergen am 6. Oktober 1997 in zwei Urschriften, jede in deutscher und niederländischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
Voor de Regering van de Bondsrepubliek Duitsland
Hartmann

Für die Regierung des Königreichs der Niederlande
Voor de Regering van het Koninkrijk der Nederlanden
P. van Walsum

Artikel 7**Oefenvoorzieningen
in het Koninkrijk der Nederlanden**

De Regering van het Koninkrijk der Nederlanden stelt Nederlandse oefenvoorzieningen in beginsel kosteloos voor medegebruik ter beschikking van de in Budei gestationeerde strijdkrachten van de Bundeswehr, op basis van de praktijk van wederkerigheid.

Artikel 8**Uitvoeringsovereenkomsten**

De bijzonderheden met betrekking tot de uitvoering worden geregeld in overeenkomsten tussen de Regering van de Bondsrepubliek Duitsland en de Regering van het Koninkrijk der Nederlanden.

Artikel 9**Beslechten van geschillen**

Geschillen met betrekking tot de uitlegging of toepassing van dit Verdrag worden door onderhandelingen tussen de Verdragsluitende Partijen beslecht en worden niet aan een internationaal gerechtshof of aan derden voorgelegd.

Artikel 10**Slotbepalingen**

1. Dit Verdrag treedt in werking op 1 januari van het jaar dat volgt op het jaar waarin de Verdragsluitende Partijen elkaar hebben medegedeeld dat aan de nationale vereisten voor inwerkingtreding is voldaan. Doorslaggevend voor de berekening van de termijn van de datum van inwerkingtreding is de dag van ontvangst van de laatste notificatie.

2. Dit Verdrag geldt voor de duur van het Noord-Atlantisch Verdrag, indien niet door beide Regeringen een andere geldigheidsduur wordt overeengekomen.

3. Elk der Verdragsluitende Partijen is gerechtigd voorstellen tot wijziging van dit Verdrag voor te leggen. Wijzigingen worden van kracht, zodra beide Verdragsluitende Partijen schriftelijk hebben medegedeeld dat zij daarmee instemmen.

4. Dit Verdrag kan door elke Verdragsluitende Partij langs diplomatieke weg schriftelijk worden opgezegd. De opzegtermijn bedraagt ten minste 12 maanden, te beginnen op 1 januari van het jaar volgend op het jaar van opzegging.

5. De notawisseling van 17 mei 1963 bij de Overeenkomst tussen de Regering van de Bondsrepubliek Duitsland en de Regering van het Koninkrijk der Nederlanden nopens de stationering van militaire eenheden van de Bondsrepubliek Duitsland in Nederland van 17 januari 1963 houdt op van kracht te zijn op de dag waarop dit Verdrag in werking treedt.

6. Wat het Koninkrijk der Nederlanden betreft, geldt dit Verdrag uitsluitend voor het in Europa gelegen deel van het Koninkrijk.

Gedaan te Bergen, op 6 oktober 1997, in twee originele exemplaren, elk in de Duitse en in de Nederlandse taal, zijnde beide teksten gelijkelijk authentiek.

**Vereinbarung
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung des Königreichs der Niederlande
über die Mitbenutzung von Übungseinrichtungen**

**Akkoord
tussen de Regering van de Bondsrepubliek Duitsland
en de Regering van het Koninkrijk der Nederlanden
inzake het medegebruiken van oefenvoorzieningen**

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und
die Regierung des Königreichs der Niederlande –

De Regering van de Bondsrepubliek Duitsland
en
de Regering van het Koninkrijk der Nederlanden,

auf der Grundlage des Abkommens zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung des Königreichs der Niederlande vom 6. Oktober 1997 über die Bereitstellung von Liegenschaften und die Mitbenutzung von Übungseinrichtungen –

Gelet op het Verdrag tussen de Regering van de Bondsrepubliek Duitsland en de Regering van het Koninkrijk der Nederlanden inzake het ter beschikking stellen van onroerend goed en het medegebruiken van oefenvoorzieningen van 6 oktober 1997,

sind wie folgt übereingekommen:

zijn het volgende overeengekomen:

1. Rechtsrahmen

1. Juridisch kader

Folgende Abkommen finden Anwendung

De volgende overeenkomsten zijn van toepassing:

- das Abkommen vom 19. Juni 1951 zwischen den Parteien des Nordatlantikvertrags über die Rechtsstellung ihrer Truppen (NATO-Truppenstatut);
- das Zusatzabkommen vom 3. August 1959 zu dem Abkommen vom 19. Juni 1951 zwischen den Parteien des Nordatlantikvertrags über die Rechtsstellung ihrer Truppen hinsichtlich der in der Bundesrepublik Deutschland stationierten ausländischen Truppen (Zusatzabkommen Deutschland) in der jeweils gültigen Fassung;
- das Zusatzabkommen vom 6. Oktober 1997 zu dem Abkommen vom 19. Juni 1951 zwischen den Parteien des Nordatlantikvertrags über die Rechtsstellung ihrer Truppen hinsichtlich der im Königreich der Niederlande stationierten deutschen Truppen (Zusatzabkommen Niederlande).

- het Verdrag tussen de Staten die partij zijn bij het Noord-Atlantisch Verdrag nopens de rechtspositie van hun krijgsmachten van 19 juni 1951 (NAVO-Status Verdrag),
- de Aanvullende Overeenkomst bij het Verdrag van 19 juni 1951 tussen de Staten die partij zijn bij het Noord-Atlantisch Verdrag nopens de rechtspositie van hun krijgsmachten, met betrekking tot de in de Bondsrepubliek Duitsland gestationeerde buitenlandse krijgsmachten (Aanvullende Overeenkomst Duitsland) van 3 augustus 1959 in de desbetreffende geldende versie,
- de Aanvullende Overeenkomst bij het Verdrag van 19 juni 1951 tussen de Staten die partij zijn bij het Noord-Atlantisch Verdrag nopens de rechtspositie van hun krijgsmachten, met betrekking tot de in het Koninkrijk der Nederlanden gestationeerde Duitse strijdkrachten (Aanvullende Overeenkomst Nederland) van 6 oktober 1997.

2. Ziel

2. Doel

Zweck dieser Vereinbarung ist es, Einzelheiten für die den gegenseitig stationierten Truppen der Parteien dieser Vereinbarung unentgeltlich zur Mitbenutzung zur Verfügung gestellten Übungsplätze und Schießanlagen zu regeln.

Dit Akkoord heeft tot doel de bijzonderheden te regelen met betrekking tot de oefenterreinen en schietbanen die de wederzijds gestationeerde strijdkrachten van de Partijen bij dit Akkoord kosteloos voor medegebruik ter beschikking zijn gesteld.

3. Benutzing der niederländischen Plätze

3. Gebruik van de Nederlandse terreinen

- a) Die niederländische Partei stellt den in Budel stationierten deutschen Truppen folgende Übungseinrichtungen unentgeltlich zur Mitbenutzung zur Verfügung:

- a) De Nederlandse Partij stelt de volgende oefenvoorzieningen kosteloos voor medegebruik ter beschikking aan de in Budel gestationeerde Duitse strijdkrachten:

Übungsplatz Weeter-/ Boshoeverheide	ganzjährig (auf Antrag)
Standortschießplatz Weert	ganzjährig (auf Antrag)
Infanterie-Schießkamp de Harskamp	6 Wochen/Jahr

Oefenterrein Weeter-/ Boshoeverheide	gedurende het gehele jaar (op verzoek)
Garnizoensschietbaan Weert	gedurende het gehele jaar (op verzoek)
Infanterie-schietkamp de Harskamp	6 weken/jaar

- b) Die zuständigen deutschen und niederländischen Behörden werden auf Grund der für die niederländischen Streitkräfte geltenden Verfahren eine gemeinsame Planung für die Benutzung der Plätze festlegen.

- b) De bevoegde Nederlandse en Duitse autoriteiten leggen op grond van de voor de Nederlandse strijdkrachten geldende procedures een gezamenlijke planning vast voor het gebruik van de terreinen.

- c) Die geltenden Anmeldeverfahren finden entsprechende Anwendung.
- d) Die in Budel stationierten deutschen Truppen genießen bei Anträgen auf der Truppenübungsplatz-Verteilungskonferenz für die Benutzung der unter Nummer 3 Buchstabe a genannten Übungseinrichtungen höchste Priorität.
- e) Finanzielle Ausgewogenheit wird erforderlichenfalls durch Ausgleich der Unterschiedsbeträge hergestellt.

4. Benutzung der deutschen Plätze

- a) Die deutsche Partei stellt den in Seedorf stationierten niederländischen Streitkräften folgende Übungseinrichtungen unentgeltlich zur Mitbenutzung zur Verfügung:

Übungsplatz Altenwalde	20 Wochen/Jahr (auf Antrag)
Übungsplatz Lübtheen	12 Wochen/Jahr (auf Antrag)
Übungsplatz Seedorf mit Standortschießanlage	ganzjährig (auf Antrag)
Schießanlage Langenwenden/ Lohheide/Bergen	auf Antrag

- b) Die zuständigen deutschen und niederländischen Behörden werden auf Grund der für die Bundeswehr geltenden Verfahren eine gemeinsame Planung für die Benutzung der Plätze festlegen.

Die Einplanung des Truppenübungsplatzes Lübtheen erfolgt in der Truppenübungsplatz-Verteilungskonferenz des Heeresamts für das entsprechende Jahr. Die niederländischen Streitkräfte werden unter Beachtung des Vertrags vom 12. September 1990 über die abschließende Regelung in bezug auf Deutschland (Zwei-plus-Vier-Vertrag) und des Notenwechsels vom 25. September 1990 in der Fassung vom 12. September 1994 zur Regelung der Rechtsstellung der ständigen Stationierungstreitkräfte in Deutschland vor jeder Benutzung die Zustimmung der Bundesregierung gemäß Erlaß des Bundesministeriums der Verteidigung – Staatssekretär – vom 26. März 1996 (Anmeldung von Besuchen, Übungen, Transitaufenthalten und anderen vorübergehenden Aufenthalten von Mitgliedern ausländischer Streitkräfte in der Bundesrepublik Deutschland) beantragen.

- c) Die geltenden Anmeldeverfahren finden entsprechende Anwendung.
- d) Die in Seedorf stationierten niederländischen Truppen genießen bei Anträgen auf der Truppenübungsplatz-Verteilungskonferenz des Heeresamts für die Benutzung der unter Nummer 4 Buchstabe a genannten Übungseinrichtungen höchste Priorität.
- e) Die niederländischen Streitkräfte werden auf den Übungsplätzen
 - kein militärisches Personal auf Dauer belassen,
 - die Zurücklassung von Gerät zwischen den einzelnen Übungen eng begrenzen,
 - keine militärische Infrastruktur aufbauen.
- f) Finanzielle Ausgewogenheit wird erforderlichenfalls durch Ausgleich der Unterschiedsbeträge hergestellt.

5. Benutzungs- und Sicherheitsvorschriften

Die Truppen halten die für die Truppen des Aufnahmestaats geltenden Bestimmungen und Vorschriften über die Benutzung der Plätze sowie Bestimmungen und Vorschriften für die Sicherheit ein.

6. Umweltschutz

Die Truppen werden bei der Nutzung der Plätze, unbeschadet der Achtung und Anwendung des jeweiligen innerstaatlichen Rechts nach Maßgabe der Zusatzabkommen, durch geeignete

- c) De geldende aanmeldingsprocedures zijn van overeenkomstige toepassing.
- d) De in Budel gestationeerde Duitse strijdkrachten genieten bij desbetreffende aanvraag op de conferentie waar de oefenterreinen worden verdeeld voor het gebruik van de in nummer 3 onder a) genoemde oefenvoorzieningen de hoogste prioriteit.
- e) Financieel evenwicht wordt zo nodig tot stand gebracht door verschillen te compenseren.

4. Gebruik van de Duitse terreinen

- a) De Duitse Partij stelt de volgende oefenvoorzieningen kosteloos voor medegebruik ter beschikking aan de in Seedorf gestationeerde Nederlandse strijdkrachten:

Oefenterrein Altenwalde	20 weken/jaar (op verzoek)
Oefenterrein Lübtheen	12 weken/jaar (auf Antrag)
Oefenterrein Seedorf met garnizoensschietbaan	gedurende het gehele jaar (op verzoek)
Schietbaan Langenwenden/ Lohheide/Bergen	op verzoek

- b) De bevoegde Nederlandse en Duitse autoriteiten leggen op grond van de voor de Duitse strijdkrachten geldende procedures een gezamenlijke planning vast voor het gebruik van de terreinen.

Het inplannen van oefenterrein Lübtheen vindt plaats tijdens de conferentie van het „Heeresamt“ waar de oefenterreinen worden verdeeld voor het desbetreffende jaar. De Nederlandse strijdkrachten zullen, met inachtneming van het Verdrag inzake de afsluitende regeling met betrekking tot Duitsland (twee- plus-vier-verdrag) van 12 september 1990 en de notawisseling van 25 september 1990, in de versie van 12 september 1994, tot regeling van de rechtspositie van de permanente gestationeerde strijdkrachten in Duitsland, voor ieder gebruik bij de Bondsregering om toestemming verzoeken overeenkomstig het besluit van het Bondsministerie van Defensie – de Staatssecretaris – van 26 maart 1996 (aanmelden van bezoeken, oefeningen, verblijven op doorreis en overig tijdelijk verblijven in de Bondsrepubliek Duitsland van leden van buitenlandse strijdmachten).

- c) De geldende aanmeldingsprocedures zijn van overeenkomstige toepassing.
- d) De in Seedorf gestationeerde Nederlandse strijdkrachten genieten bij desbetreffende aanvraag op de conferentie van het „Heeresamt“ waar de oefenterreinen worden verdeeld voor het gebruik van de in nummer 4 onder a) genoemde oefenvoorzieningen de hoogste prioriteit.
- e) De Nederlandse strijdkrachten zullen op de oefenterreinen
 - niet permanent militair personeel laten verblijven,
 - het achterlaten van materieel tussen de afzonderlijke oefeningen ten zeerste beperken,
 - geen militaire infrastructuur opbouwen.
- f) Financieel evenwicht wordt zo nodig tot stand gebracht door verschillen te compenseren.

5. Voorschriften met betrekking tot gebruik en veiligheid

De strijdkrachten houden zich aan de voor de strijdkrachten van de staat van verblijf geldende bepalingen en voorschriften ten aanzien van het gebruik van de terreinen alsmede aan bepalingen en voorschriften ten aanzien van de veiligheid.

6. Milieubescherming

De strijdkrachten zullen bij het gebruik van de terreinen, onverminderd de inachtneming en toepassing van het desbetreffende nationale recht overeenkomstig de Aanvullende Overeenkom-

und zumutbare Maßnahmen fortlaufend Vorsorge gegen Umweltbeeinträchtigungen treffen. Die militärischen Führer tragen Sorge, daß beim Ausbildungs- und Übungsbetrieb Umweltschäden vermieden und unvermeidbare Umweltbelastungen so gering wie möglich gehalten werden.

7. Besondere Vorkommnisse

Besondere Vorkommnisse, Vorfälle und Mängel mit oder an Waffen und Munition sind nach den Bestimmungen der ZDv 44/10 VS-NfD „Schießsicherheit“ zu behandeln und zu melden.

8. Kontakt mit lokalen Behörden

Der Kontakt mit den örtlichen Behörden erfolgt durch die Kommandanten der Plätze.

9. Schadensabwicklung

Die Bestimmungen des NATO-Truppenstatuts und der Zusatzabkommen finden uneingeschränkte Anwendung.

10. Beilegung von Meinungsverschiedenheiten

Meinungsverschiedenheiten über die Auslegung oder Anwendung dieser Vereinbarung werden durch Verhandlungen zwischen den Parteien beigelegt und nicht an ein internationales Gericht oder an Dritte verwiesen.

11. Korrespondenz

Korrespondenz im Zusammenhang mit dieser Vereinbarung ist zu richten an:

a) in Deutschland:

Bundesministerium der Verteidigung
Referat R II 4
Postfach 13 28
D-53003 Bonn

b) in den Niederlanden:

Ministerie van Defensie
Directie Juridische Zaken
Afdeling Internationale en Juridische Beleidsaangelegenheden
Postbus 20701
NL-2500 ES 's-Gravenhage

12. Schlußbestimmungen

- a) Diese Vereinbarung wird vom Tag der Unterzeichnung an nach Maßgabe des jeweiligen innerstaatlichen Rechts der Parteien vorläufig angewandt.
- b) Diese Vereinbarung tritt an dem Tag in Kraft, an dem das Abkommen vom 6. Oktober 1997 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung des Königreichs der Niederlande über die Bereitstellung von Liegenschaften und die Mitbenutzung von Übungseinrichtungen in Kraft tritt.
- c) Wenn der Truppe als Folge von externen Faktoren (z.B. durch eine bedeutsame Änderung der Nutzungsmöglichkeiten der Plätze, wie zum Datum des Inkrafttretens dieser Vereinbarung in den gültigen Sonderbestimmungen festgelegt) bei der Benutzung der Plätze erhebliche Beschränkungen auferlegt werden, wird unverzüglich Kontakt aufgenommen mit den unter Nummer 11 genannten Behörden und gemeinsam zügig nach akzeptablen Alternativen gesucht.
- d) Jede Partei dieser Vereinbarung ist berechtigt, der anderen Partei Vorschläge zur Änderung dieser Vereinbarung vorzulegen. Änderungen werden wirksam, sobald beide Parteien schriftlich mitgeteilt haben, daß sie ihnen zustimmen.
- e) Diese Vereinbarung kann von jeder Partei schriftlich gekündigt werden. Die Kündigungsfrist beträgt mindestens zwölf Monate, beginnend am 1. Januar des auf das Jahr der Kündigung folgenden Jahres.

sten, door gepaste en toerekenbare maatregelen voortdurend voorzorgsmaatregelen nemen tegen benadeling van het milieu. De militaire leiders zien erop toe dat tijdens het opleiden en oefenen schade voor het milieu wordt vermeden en niet te vermijden milieubelasting tot een minimum wordt beperkt.

7. Bijzondere gebeurtenissen

Bijzondere gebeurtenissen, Incidenten met of gebreken aan wapens en munitie dienen overeenkomstig de bepalingen van de ZDv 44/10 VS-NfD „Schießsicherheit“ te worden behandeld en gemeld.

8. Contact met lokale autoriteiten

Het contact met de lokale autoriteiten geschiedt via de commandanten van de terreinen.

9. Afwikkeling van schade

De bepalingen van het NAVO-Status Verdrag en de Aanvullende Overeenkomsten zijn onverminderd van toepassing.

10. Beslechting van geschillen

Geschillen met betrekking tot de uitlegging of toepassing van dit Akkoord worden door onderhandelingen tussen de Partijen beslecht en worden niet aan een internationaal gerechtshof of aan derden voorgelegd.

11. Correspondentie

Correspondentie met betrekking tot dit Akkoord dient te worden gericht aan:

a) in Duitsland:

Bundesministerium der Verteidigung
Referat R II 4
Postfach 13 28
D-53003 Bonn

b) in Nederland:

Ministerie van Defensie
Directie Juridische Zaken
Afdeling Internationale en Juridische Beleidsaangelegenheden
Postbus 20701
NL-2500 ES 's-Gravenhage

12. Slotbepalingen

- a) Dit Akkoord wordt vanaf de dag van ondertekening voorlopig toegepast overeenkomstig het nationale recht van de Partijen.
- b) Dit Akkoord treedt in werking op de dag waarop het Verdrag tussen de Regering van de Bondsrepubliek Duitsland en de Regering van het Koninkrijk der Nederlanden inzake het ter beschikking stellen van onroerend goed en het medegebruiken van oefenvoorzieningen van 6 oktober 1997 in werking treedt.
- c) Wanneer de strijdmacht als gevolg van externe factoren (bijvoorbeeld door een wezenlijke verandering in de gebruiksmogelijkheden van de terreinen, zoals op de datum van inwerkingtreding van dit Akkoord in de geldende bijzondere bepalingen vastgelegd) bij het gebruik van de terreinen aanzienlijke beperkingen worden opgelegd, wordt onmiddellijk contact opgenomen met de in nummer 11 genoemde autoriteiten en wordt gezamenlijk snel naar acceptabele alternatieven gezocht.
- d) Elk der Partijen bij dit Akkoord is gerechtigd de andere Partij voorstellen tot wijziging van dit Akkoord voor te leggen. Wijzigingen worden van kracht, zodra beide Partijen schriftelijk hebben medegedeeld dat zij daarmee instemmen.
- e) Dit Akkoord kan door elke Partij schriftelijk worden opgezegd. De opzegtermijn bedraagt ten minste 12 maanden, te beginnen op 1 januari van het jaar volgend op de opzegging.

f) Die Verwaltungsvereinbarung vom 18. März 1993 zwischen dem Bundesminister der Verteidigung der Bundesrepublik Deutschland und dem Verteidigungsminister des Königreichs der Niederlande über die Benutzung von Standortübungsplätzen und Standortschießanlagen, die den niederländischen Streitkräften gemäß dem Zusatzabkommen Deutschland zur ausschließlichen Benutzung überlassen sind, tritt an dem Tag außer Kraft, an dem diese Vereinbarung in Kraft tritt.

f) Het Administratief Akkoord van 18 maart 1993 tussen de Bondsminister van Defensie van de Bondsrepubliek Duitsland en de Minister van Defensie van het Koninkrijk der Nederlanden inzake het gebruik van garnizoensoefenterreinen en garnizoens-schietbanen die overeenkomstig de Aanvullende Overeenkomst Duitsland ter beschikking zijn gesteld van de Nederlandse strijdkrachten, houdt op van kracht te zijn op de dag waarop dit Akkoord in werking treedt.

Geschehen zu Bergen am 6. Oktober 1997 in zwei Urschriften, jede in deutscher und niederländischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Gedaan te Bergen, op 6 oktober 1997, in twee originele exemplaren, elk in de Duitse en in de Nederlandse taal, zijnde beide teksten gelijkelijk authentiek.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
Voor de Regering van de Bondsrepubliek Duitsland
Hartmann

Für die Regierung des Königreichs der Niederlande
Voor de Regering van het Koninkrijk der Nederlanden
P. van Walsum

**Vereinbarung
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung des Königreichs der Niederlande
über die von dem Königreich der Niederlande zu leistende Unterstützung
bei der Verwaltung der Liegenschaft Budel**

**Akkoord
tussen de Regering van de Bondsrepubliek Duitsland
en de Regering van het Koninkrijk der Nederlanden
inzake de door het Koninkrijk der Nederlanden te verlenen Ondersteuning
bij het beheer van onroerend goed te Budel**

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und

die Regierung des Königreichs der Niederlande –

auf der Grundlage des Abkommens vom 6. Oktober 1997 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung des Königreichs der Niederlande über die Bereitstellung von Liegenschaften und die Mitbenutzung von Übungseinrichtungen –

sind wie folgt übereingekommen:

1. Rechtsrahmen

Die folgenden Abkommen finden Anwendung:

- das Abkommen vom 19. Juni 1951 zwischen den Parteien des Nordatlantikvertrags über die Rechtsstellung ihrer Truppen (NATO-Truppenstatut),
- das Zusatzabkommen vom 6. Oktober 1997 zu dem Abkommen vom 19. Juni 1951 zwischen den Parteien des Nordatlantikvertrags über die Rechtsstellung ihrer Truppen hinsichtlich der im Königreich der Niederlande stationierten deutschen Truppen (Zusatzabkommen NL),
- das noch zu schließende Abkommen über die Durchführung der Baumaßnahmen für und durch die in dem Königreich der Niederlande stationierten deutschen Streitkräfte (Auftragsbauvereinbarung Niederlande – ABV NL –).

2. Ziel

Diese Vereinbarung regelt die Unterstützung der in der Nassau-Dietz-Kaserne in Budel stationierten Einheiten der Bundeswehr durch das Königreich der Niederlande, insbesondere die Zusammenarbeit zwischen der Bundeswehrverwaltungsstelle in den Niederlanden (BWVSt NL) und dem Verbindungsdetachment Nassau-Dietz-Kaserne (VBD-NDK).

3. Benutzung

- a) Die Liegenschaft in Budel untersteht dem Kommando der Bundeswehr.
- b) Bei der Benutzung dieser Liegenschaft findet gemäß Artikel 36 des Zusatzabkommens NL niederländisches Recht Anwendung, soweit im Zusatzabkommen NL und in anderen internationalen Übereinkünften nicht etwas anderes vorgesehen ist und sofern nicht die Organisation, die interne Funktionsweise und die Führung der Bundeswehr und ihres zivilen Gefolges, ihrer Mitglieder und deren Angehöriger sowie

De Regering van de Bondsrepubliek Duitsland
en

de Regering van het Koninkrijk der Nederlanden,

Gelet op het Verdrag tussen de Regering van de Bondsrepubliek Duitsland en de Regering van het Koninkrijk der Nederlanden inzake het ter beschikking stellen van onroerend goed en het medegebruiken van oefenvoorzieningen van 6 oktober 1997,

zijn het volgende overeengekomen:

1. Juridisch kader

De volgende overeenkomsten zijn van toepassing:

- het Verdrag tussen de Staten die partij zijn bij het Noord-Atlantisch Verdrag nopens de rechtspositie van hun krijgsmachten van 19 juni 1951 (NAVO-Status Verdrag),
- de Aanvullende Overeenkomst bij het Verdrag van 19 juni 1951 tussen de Staten die partij zijn bij het Noord-Atlantisch Verdrag nopens de rechtspositie van hun krijgsmachten, met betrekking tot de in het Koninkrijk der Nederlanden gestationeerde Duitse strijdkrachten (Aanvullende Overeenkomst NL) van 6 oktober 1997,
- de nog te sluiten Administratieve Overeenkomst inzake het uitvoeren van bouwwerkzaamheden ten behoeve van en door de in het Koninkrijk der Nederlanden gestationeerde Duitse strijdkrachten (Overeenkomst inzake opdrachten voor bouwwerkzaamheden Nederland – ABV NL).

2. Doel

Dit Akkoord regelt de ondersteuning van de in de Nassau-Dietz-kazerne in Budel gestationeerde eenheden van de Bundeswehr door het Koninkrijk der Nederlanden, met name de samenwerking tussen de „Bundeswehrverwaltungsstelle“ in Nederland (BWVSt NL) en het liaisondetachment Nassau-Dietz-kazerne (iso-det. NDK).

3. Gebruik

- a) Het onroerend goed in Budel staat onder commando van de Bundeswehr.
- b) Op het gebruik van dit onroerend goed is overeenkomstig artikel 36 van de Aanvullende Overeenkomst NL Nederlands recht van toepassing, voor zover in de Aanvullende Overeenkomst NL en in andere internationale overeenkomsten niets anders is bepaald en voor zover niet de organisatie, de interne wijze van functioneren en de leiding van de Bundeswehr en haar civiel gevolg, leden en gezinsleden alsmede

andere interne Angelegenheiten, die keine vorhersehbaren Auswirkungen auf die Rechte Dritter oder auf umliegende Gemeinden und die Öffentlichkeit im allgemeinen haben, betroffen sind.

4. Infrastruktur

- a) Die ordnungsgemäße Unterhaltung der in Anlage 1 zu dieser Vereinbarung aufgeführten, von der niederländischen Seite bereitgestellten Anlagen obliegt der BWVSt NL. Art und Umfang der notwendigen Bauunterhaltungsmaßnahmen werden im Rahmen einer jährlichen Baubegehung zwischen der BWVSt NL und der Dienst Gebouwen, Werken en Terreinen, Directie Zuid-Nederland (DGWT) abgestimmt.
- b) Soweit die Instandhaltung und Instandsetzung der Anlagen nicht mit eigenen Kräften durchgeführt werden kann, vergibt die DGWT Aufträge an geeignete Fachfirmen und begleitet deren Ausführung technisch.
- c) Gleiches gilt im Zusammenhang mit der Durch- und Ausführung von Neu-, Um- und Erweiterungsbauten (ABV NL).
- d) Die Realisierung der Infrastruktur-Vorhaben erfolgt auf der Grundlage der ABV NL.
- e) Die beweglichen Sachen für die in Anlage 1 aufgeführten Einrichtungen, die, ohne Bestandteil der Hauptsache zu sein, dem wirtschaftlichen Zweck der Hauptsache zu dienen bestimmt sind und zu ihr im räumlichen Verhältnis stehen, werden von der Bundesrepublik Deutschland verwaltet. Die Beschaffung, Instandhaltung und Instandsetzung dieser beweglichen Sachen obliegt dem Leiter der BWVSt NL.

5. Verfahren für die Unterstützungsleistungen des VBD-NDK

- a) Die Unterstützungsleistungen gemäß Artikel 4 Absatz 1 des Liegenschaftsabkommens, die von dem VBD-NDK erbracht werden können, sind in Anlage 2 zu dieser Vereinbarung aufgeführt.
- b) Die von dem VBD-NDK dem Leiter der BWVSt NL zu leistende Unterstützung wird in einem von diesem aufzustellenden Jahresbedarfsplan festgelegt und jeweils im Monat Juni des Jahres vor dem Jahr der Realisierung des Planes (Jahr X-1) dem VBD-NDK zur Aufstellung der Kostenvoranmeldung übergeben.
- c) Die Kostenvoranmeldung für die Realisierung des Jahresplans wird dem Leiter der BWVSt NL vom Leiter des VBD-NDK spätestens am 15. August des Jahres X-1 vorgelegt.
- d) Anschließend wird der Jahresplan in einem von dem Leiter der BWVSt NL und dem Kommandeur des Regionaal Militair Commando Zuid zu unterzeichnenden Jahresvertrag festgelegt.

6. Normen, Marktkonformität und Steuern

- a) In dem vom Leiter der BWVSt NL aufzustellenden Jahresplan werden Art und Umfang der vom VBD-NDK zu leistenden Unterstützung genauestens angegeben.
- b) Grundsätzlich werden im Rahmen der Unterstützung durch das VBD-NDK marktkonforme Kostensätze festgesetzt.
- c) In begründeten Ausnahmefällen soll zwischen dem Leiter der BWVSt NL und dem Leiter des VBD-NDK Einvernehmen über abweichende Sätze erzielt werden.
- d) Wenn seitens der BWVSt NL die marktkonformen Kostensätze angezweifelt werden, wird der Leiter der BWVSt NL möglichst drei Vergleichsangebote vorlegen, die den Kostenrahmen des VBD-NDK unterschreiten.
- e) In den Fällen, in denen keine Einigung erzielt werden kann, hat der Leiter der BWVSt NL das Recht, über das VBD-NDK Verträge mit Dritten anzufordern.

andere interne aangelegenheden, die geen voorzienbare gevolgen hebben voor de rechten van derden of voor omliggende gemeenten en het publiek in zijn algemeenheid, in het geding zijn.

4. Infrastructuur

- a) Het regelmatig onderhoud van de in Bijlage 1 bij dit Akkoord vermeldde, door de Nederlandse zijde ter beschikking gestelde voorzieningen valt onder de verantwoordelijkheid van de BWVSt NL. De aard en omvang van de noodzakelijke onderhoudswerkzaamheden worden in het kader van een jaarlijkse bouwinspectie tussen de BWVSt NL en de Dienst Gebouwen, Werken en Terreinen, Directie Zuid-Nederland (DGWT) overeengekomen.
- b) Voor zover onderhouds- en herstelwerkzaamheden aan de voorzieningen niet door elgen personeel kunnen worden uitgevoerd, besteedt de DGWT dit werk uit aan vakbekwame bedrijven en begeleidt zij de uitvoering daarvan technisch.
- c) Hetzelfde geldt in verband met de uitvoering van nieuwbouw, verbouwing en uitbreiding van bestaande gebouwen (ABV NL).
- d) De verwezenlijking van infrastructurele plannen geschiedt op basis van de ABV NL.
- e) De roerende zaken voor de in Bijlage 1 vermeldde voorzieningen die, zonder dat zij deel uitmaken van de hoofdzaak, ertoe bestemd zijn het economisch doel van de hoofdzaak te dienen en daarmee ruimtelijk in verband staan, worden door de Bondsrepubliek Duitsland beheerd. Aanschaf, onderhoud en reparatie van deze roerende zaken vallen onder de verantwoordelijkheid van de chef van de BWVSt NL.

5. Procedure voor de ondersteunende diensten van het Iso-det. NDK

- a) De ondersteunende diensten ingevolge artikel 4, eerste lid van het Verdrag inzake onroerend goed, die door het Iso-det. NDK kunnen worden verleend, zijn vermeld in Bijlage 2 bij dit Akkoord.
- b) De door het Iso-det. NDK aan de chef van de BWVSt NL te verlenen ondersteuning wordt in een door deze op te stellen jaarplan met opgave van de behoeften vastgelegd en dit plan wordt in de maand juni van het jaar voorafgaand aan het jaar van realisatie van het plan (jaar X-1) aan het Iso-det. NDK overhandigd ter opstelling van een kostenraming.
- c) De kostenraming voor de realisatie van het jaarplan wordt uiterlijk op 15 augustus van het jaar X-1 door de commandant van het Iso-det. NDK aan de chef van de BWVSt NL voorgelegd.
- d) Vervolgens wordt het jaarplan in een door de chef van de BWVSt NL en de commandant van het Regionaal Militair Commando Zuid te ondertekenen jaarcontract vastgelegd.

6. Normen, marktconformiteit en belastingen

- a) In het door de chef van de BWVSt NL op te stellen jaarplan worden de aard en de omvang van de door het Iso-det. NDK te verlenen ondersteuning precies aangegeven.
- b) In beginsel worden in het kader van de ondersteuning door het Iso-det. NDK marktconforme tarieven vastgesteld.
- c) In met redenen omklede gevallen van uitzondering dient tussen de chef van de BWVSt NL en de commandant van het Iso-det. NDK overeenstemming te worden bereikt over afwijkende tarieven.
- d) Indien van de zijde van de BWVSt NL twijfel bestaat over de marktconforme tarieven, zal de chef van de BWVSt NL zo mogelijk drie alternatieve voorstellen doen, die onder de kostenraming van de VBD-NDK liggen.
- e) In die gevallen waarin geen overeenstemming kan worden bereikt, heeft de chef van de BWVSt NL het recht via het Iso-det. NDK contracten met derden aan te vragen.

- f) In der Kostenvoranmeldung für den Jahresplan berücksichtigt der Leiter des VBD-NDK alle Steuern, von deren Bezahlung die deutschen Streitkräfte gemäß dem NATO-Truppenstatut, dem Zusatzabkommen Niederlande oder aus anderen Gründen befreit sind. Falls dies unterlassen wurde, wird sich der Leiter des VBD-NDK im Einvernehmen mit den zuständigen niederländischen Behörden um die Rückerstattung der in Rechnung gestellten Steuern bemühen.

7. Anpassung des Jahresvertrags im Realisierungsjahr (Jahr X)

- a) Ein während des Jahres X entstehender ergänzender Bedarf wird unter Berücksichtigung von Nummer 6 dieser Vereinbarung vom Leiter der BWVSt NL beim Leiter des VBD-NDK angemeldet, der sich anschließend um entsprechende Realisierung bemühen wird. Der Jahresvertrag wird in gegenseitigem Einvernehmen dementsprechend angepasst.
- b) Falls nach Ansicht des Leiters des VBD-NDK aufgrund von Nummer 3 Buchstabe b dieser Vereinbarung ergänzende Leistungen erforderlich sind, informiert er den Leiter der BWVSt NL hierüber unverzüglich unter Angabe der anwendbaren Bestimmungen des niederländischen Rechts. Falls der Leiter der BWVSt NL nach Prüfung den zusätzlich erforderlichen Leistungen zustimmt, wird der Jahresvertrag unter Berücksichtigung von Nummer 6 dieser Vereinbarung angepasst.

8. Vierteljährliche Kontrolle

Der Leiter des VBD-NDK und der Leiter der BWVSt NL prüfen vierteljährlich, inwieweit die von dem VBD-NDK zu leistende Unterstützung dem vereinbarten Jahresvertrag entspricht. Der Leiter des VBD-NDK wird den Leiter der BWVSt NL stets rechtzeitig informieren, wenn die Gefahr einer Überschreitung der im Jahresvertrag festgelegten Höchstbeträge besteht.

9. Planungshorizont

Aus Planungs- und Zweckmäßigkeitserwägungen wird ein allgemeiner Planungshorizont von fünf Jahren zugrunde gelegt, der jährlich fortgeschrieben wird.

10. Kostendämpfung

Die Kosten der von dem VBD-NDK zu leistenden Unterstützung sollen grundsätzlich die in dem Jahresvertrag genannten Höchstbeträge nicht überschreiten.

11. Verwaltungskostenzuschlag

Zur Erreichung der Marktkonformität wird auf die Unterstützungsleistungen des VBD-NDK kein Verwaltungskostenzuschlag erhoben.

12. Bezahlung

- a) Die vom Leiter des VBD-NDK im Zusammenhang mit der Realisierung des Jahresvertrags eingereichten Rechnungen werden von dem Leiter der BWVSt NL gemäß STANAG 3381 nachträglich bezahlt, es sei denn, daß bei der Unterzeichnung des Jahresvertrags etwas anderes vereinbart wurde.
- b) In den Rechnungen wird immer auf Datum und Bezeichnung dieser Vereinbarung Bezug genommen; entsprechendes gilt auch für die Zahlungsanweisungen.

13. Beilegung von Meinungsverschiedenheiten

Meinungsverschiedenheiten, die sich aus der Anwendung dieser Vereinbarung ergeben, werden durch Konsultationen zwischen den Parteien auf einer möglichst niedrigen Ebene gelöst und nicht einem Dritten zur Schlichtung vorgelegt.

14. Auswertung

Die Durchführung dieser Vereinbarung wird, soweit erforderlich, jährlich während der Verhandlungen über den Jahresvertrag gemäß Nummer 5 Buchstabe d ausgewertet.

- f) In de kostenraming voor het jaarplan houdt de commandant van het Iso-det. NDK rekening met alle belastingen waarvan de Duitse strijdkrachten overeenkomstig het NAVO-Status Verdrag, de Aanvullende Overeenkomst Nederland of op andere gronden zijn vrijgesteld. Ingeval zulks niet is geschied, zal de commandant van het Iso-det. NDK zich in samenspraak met de bevoegde Nederlandse autoriteiten inspannen voor teruggave achteraf van de in rekening gebrachte belastingen.

7. Aanpassing van het jaarcontract in het realisatiejaar (jaar X)

- a) Een zich in het jaar X voordoende aanvullende behoefte zal, met inachtneming van het onder nummer 6 van dit Akkoord gestelde, door de chef van de BWVSt NL aan de commandant van het Iso-det. NDK worden gemeld, die zich vervolgens voor de desbetreffende realisatie zal inspannen. Het jaarcontract wordt na gezamenlijk overleg dienovereenkomstig aangepast.
- b) Voor zover de commandant van het Iso-det. NDK op grond van nummer 3, onder b), van dit Akkoord aanvullende diensten noodzakelijk acht, deelt hij dit aan de chef van de BWVSt NL onverwijld mede onder vermelding van de toepasselijke bepalingen van het Nederlandse recht. Indien de chef van de BWVSt NL na toetsing instemt met de benodigde aanvullende diensten, wordt het jaarcontract met inachtneming van nummer 6 van dit Akkoord aangepast.

8. Kwartaalcontrole

De commandant van het Iso-det. NDK en de chef van de BWVSt NL toetsen elk kwartaal in hoeverre de door het Iso-det. NDK te verlenen ondersteuning voldoet aan het in het jaarcontract overeengekomene. De commandant van het Iso-det. NDK informeert de chef van de BWVSt NL steeds tijdig, wanneer het gevaar bestaat dat de in het jaarcontract vastgestelde maximumbedragen worden overschreden.

9. Planningshorizon

Omwille van de planning en de doelmatigheid wordt een algemene planningshorizon van 5 jaren gehanteerd, die ieder jaar wordt gecontinueerd.

10. Kostenmatiging

De kosten van de door het Iso-det. NDK te verlenen ondersteuning dienen in beginsel de in het jaarcontract genoemde maximumbedragen niet te overschrijden.

11. Toeslag administratiekosten

Teneinde marktkonformiteit te bereiken, wordt op de ondersteunende diensten van het Iso-det. NDK geen toeslag voor administratiekosten geheven.

12. Betaling

- a) De door de commandant van het Iso-det. NDK in verband met de realisatie van het jaarcontract ingediende rekeningen worden door de chef van de BWVSt NL overeenkomstig STANAG 3381 achteraf betaald, tenzij anders overeengekomen bij de ondertekening van het jaarcontract.
- b) In de rekeningen wordt altijd aan de datum en de titel van dit Akkoord gerefereerd; hetzelfde geldt voor betalingsopdrachten.

13. Beslechting van geschillen

Geschillen die voortvloeien uit de toepassing van dit Akkoord, worden op het laagst mogelijke niveau door overleg tussen de Partijen opgelost en worden niet ter beslechting aan een derde voorgelegd.

14. Evaluatie

De uitvoering van dit Akkoord wordt, voor zover noodzakelijk, ieder jaar geëvalueerd tijdens de onderhandelingen over het jaarcontract als bedoeld onder nummer 5, d).

15. Korrespondenz

Korrespondenz bezüglich dieser Vereinbarung wird an nachfolgende Dienststellen gerichtet:

a) in Deutschland:

Bundesministerium der Verteidigung
Referat R II 4
Postfach 13 28
D-53003 Bonn

b) In den Niederlanden:

Ministerie van Defensie
Directie Juridische Zaken
Afdeling Internationale en Juridische Beleidsaangelegenheden
Postbus 20701
NL-2500 ES 's-Gravenhage

16. Schlußbestimmungen

- a) Diese Vereinbarung tritt gleichzeitig mit dem Abkommen vom 6. Oktober 1997 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung des Königreichs der Niederlande über die Bereitstellung von Liegenschaften und die Mitbenutzung von Übungseinrichtungen in Kraft.
- b) Jede Partei dieser Vereinbarung ist berechtigt, der anderen Partei Vorschläge zur Änderung dieser Vereinbarung vorzulegen. Änderungen werden wirksam, sobald beide Parteien schriftlich mitgeteilt haben, daß sie ihnen zustimmen.
- c) Die Anlagen zu dieser Vereinbarung können im Namen der Parteien dieser Vereinbarung durch von ihnen zu benennende Dienststellen einvernehmlich geändert werden. Jede Partei informiert die andere schriftlich über die von ihr hierzu ermächtigten Dienststellen.
- d) Diese Vereinbarung kann von jeder Partei schriftlich gekündigt werden. Die Kündigungsfrist beträgt mindestens zwölf Monate, beginnend am 1. Januar des auf das Jahr der Kündigung folgenden Jahres.

Geschehen zu Bergen am 6. Oktober 1997 in zwei Urschriften, jede in deutscher und niederländischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
Voor de Regering van de Bondsrepubliek Duitsland
Hartmann

Für die Regierung des Königreichs der Niederlande
Voor de Regering van het Koninkrijk der Nederlanden
P. van Walsum

15. Correspondentie

Correspondentie met betrekking tot dit Akkoord wordt aan de navolgende dienstonderdelen gericht:

a) in Duitsland:

Bundesministerium der Verteidigung
Referat R II 4
Postfach 13 28
D- 53003 Bonn

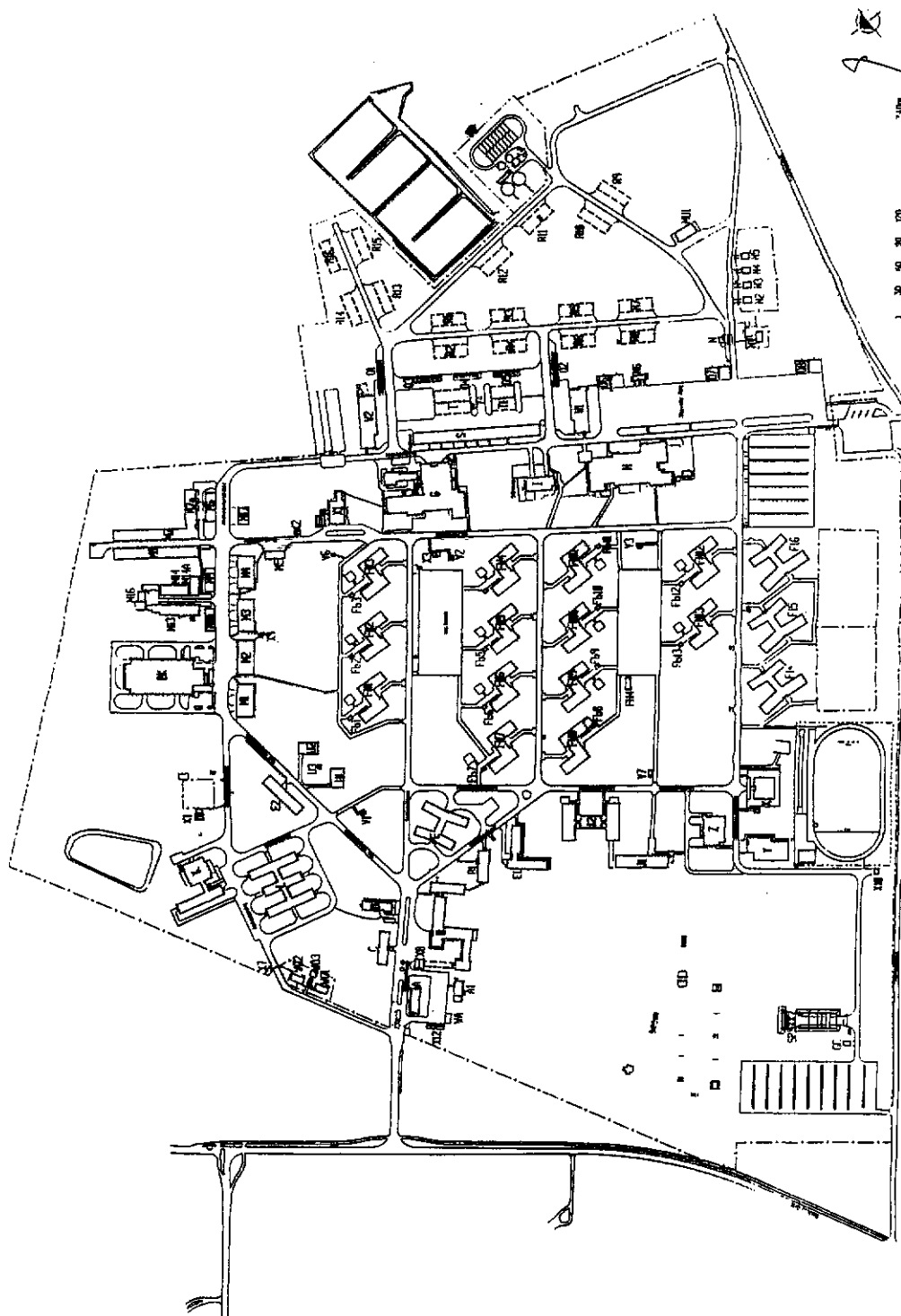
b) In Nederland:

Ministerie van Defensie
Directie Juridische Zaken
Afdeling Internationale en Juridische Beleidsaangelegenheden
Postbus 20701
NL - 2500 ES 's-Gravenhage

16. Slotbepalingen

- a) Dit Akkoord treedt in werking op de dag waarop het Verdrag tussen de Regering van de Bondsrepubliek Duitsland en de Regering van het Koninkrijk der Nederlanden inzake het ter beschikking stellen van onroerend goed en het medegebruiken van oefenvoorzieningen van 6 oktober 1997 in werking treedt.
- b) Elk der Partijen bij dit Akkoord is gerechtigd de andere Partij voorstellen tot wijziging van dit Akkoord voor te leggen. Wijzigingen worden van kracht, zodra beide Partijen schriftelijk hebben medegedeeld dat zij daarmee instemmen.
- c) De bijlagen bij dit Akkoord kunnen namens de Partijen bij dit Akkoord door hen te benoemen autoriteiten in gezamenlijk overleg worden gewijzigd. Elke Partij informeert de andere schriftelijk over de door haar hiertoe gemachtigde autoriteiten.
- d) Dit Akkoord kan door elke Partij schriftelijk worden opgezegd. De opzegtermijn bedraagt ten minste 12 maanden, te beginnen op 1 januari van het jaar volgend op het jaar van opzegging.

Gedaan te Bergen, op 6 oktober 1997, in twee originele exemplaren, elk in de Duitse en in de Nederlandse taal, zijnde beide teksten gelijkelijk authentiek.

**Anlage 1****Bijlage 1**

Totale opp. : 92,3 ha
 Bebouwde opp.: 7,7 ha

Gemeente Budel
 Totale opp. : 71,2 ha
 Bebouwde opp.: 5,7 ha
 Bebouwings % : 8 %

Gemeente Weert
 Totale opp. : 21,2 ha
 Bebouwde opp.: 1,7 ha
 Bebouwings % : 8 %

Anlage 2
zur Vereinbarung
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung des Königreichs der Niederlande
über die von dem Königreich der Niederlande zu leistende Unterstützung
bei der Verwaltung der Liegenschaft Budel

Bijlage 2
bij het Akkoord
tussen de Regering van de Bondsrepubliek Duitsland
en de Regering van het Koninkrijk der Nederlanden
inzake de door het Koninkrijk der Nederlanden te verlenen ondersteuning
bij het beheer van onroerend goed te Budel

1. Der niederländische Verbindungsstab leistet der Bundeswehrverwaltungsstelle in den Niederlanden (BWVSt NL) im wesentlichen folgende Unterstützung für die Kasernenanlage Budel:
 - a) Abschluß von Verträgen für die Lieferung von Wasser, Strom, Gas, Heizöl und Reinigung (Gebäude-, Glasreinigung) sowie Verträge für Abfallbeseitigung einschließlich Sondermüll,
 - b) Beschaffungshilfe beim Abschluß von Verträgen für Waren und Dienstleistungen,
 - c) Grundstücksreinigung (halbjährlicher Einsatz einer Straßenkehrmaschine innerhalb der Liegenschaft),
 - d) Personalbearbeitung hinsichtlich des niederländischen Zivilpersonals, welches den deutschen Dienststellen und dem BBV zur Dienstleistung gemäß den deutschen Stellenplänen als Ortskräfte zur Verfügung gestellt wird,
 - e) Unterstützung der deutschen Dienststellen im Verkehr mit niederländischen Behörden, Dienststellen und Firmen.
 2. Der Dienst Gebouwen, Werken en Terreinen (DGWT) leistet der BWVSt NL folgende Unterstützung:
 - a) Durchführung großer und kleiner Baumaßnahmen, Bauunterhaltung,
 - b) Betrieb, Wartung, Instandhaltung sowie Störungsbeseitigung an
 - Elt-Leistungssystem, Trafostationen, Verteil- und Haustechnik,
 - Ver- und Entsorgungsleitungen für Wasser und Abwasser (Schmutz- und Oberflächenwasser), Abscheiden,
 - c) Lieferung von Wärme, Warmwasser und Notstrom einschl. Betrieb, Wartung, Instandhaltung der dazugehörigen technischen Einrichtungen, Leitungen und Verteilersysteme sowie Störungsbeseitigung,
 - d) Betrieb, Wartung und Instandhaltung der Kläranlage,
 - e) Wartung, Instandhaltung sowie Störungsbeseitigung an
 - prüf- und überwachungspflichtigen Anlagen (z.B. Kräne, Aufzüge, Tore, Tankanlagen, Blitzschutzanlagen),
 - sanitären Gebäudeeinrichtungen (z.B. Lüfter, Arbeits- und Küchenmaschinen, Kühlanlagen),
 - f) Durchführung kleiner Instandhaltungs- und Instandsetzungsarbeiten an Gebäuden und Anlagen nach Festlegung durch Baubegehen bzw. Anforderung (kleiner Bauunterhalt),
 - g) Pflege der gärtnerischen Anlagen und Sportplätze.
 3. Das Garnisonskommando Venlo betreibt die Fernmeldedienststelle und die Standortschießanlage.
1. Het Nederlandse liaison-detachement verleent aan de Bundeswehrverwaltungsstelle in Nederland (BWVSt NL) in hoofdzaak de volgende ondersteuning ten behoeve van de kasernen en de kazerneterreinen in Budel:
 - a) het sluiten van overeenkomsten voor de levering van water, stroom, gas, stookolie en schoonmaakdiensten (van gebouwen en ramen) alsmede overeenkomsten voor afvalverwijdering met inbegrip van bijzonder afval
 - b) bemiddeling bij het sluiten van overeenkomsten voor goederen en diensten
 - c) reiniging van het perceel (eenmaal per halfjaar gebruikmaking van een veegmachine op het desbetreffende terrein)
 - d) personeelsmanagement en -administratie van het Nederlandse burgerpersoneel dat voor dienstverlening als lokale kracht beschikbaar wordt gesteld aan de Duitse instanties en aan de BBV overeenkomstig de Duitse personeelsplanning
 - e) ondersteuning van de Duitse instanties in de contacten met Nederlandse autoriteiten, diensten en bedrijven.
 2. De Dienst Gebouwen, Werken en Terreinen (DGWT) verleent aan de BWVST NL de volgende ondersteuning:
 - a) uitvoeren van grote en kleine bouwwerkzaamheden, onderhoud van gebouwen
 - b) exploitatie, onderhoud en het opheffen van storingen
 - van het elektriciteitssysteem, de trafostations, de schakel- en verdeeltechnologie in huis
 - van de aan- en afvoerleidingen voor water en afvalwater (verontreinigd water en oppervlaktewater) en van afscheiders
 - c) het leveren van warmte, warm water en noodstroom met inbegrip van het exploiteren en onderhouden van de bijbehorende technische voorzieningen, leidingen en verdeelsystemen alsmede het opheffen van storingen daaraan
 - d) exploitatie en onderhoud van de zuiveringsinstallatie
 - e) onderhoud van en opheffen van storing aan
 - installaties (bijvoorbeeld hijskranen, liften, poorten, bunkerstations voor olie, bliksembeveiligingsinstallaties) die zijn voorzien van een verplicht controle- en signaleringssysteem
 - sanitaire voorzieningen in gebouwen (bijvoorbeeld ventilatoren, werk- en keukenmachines, koelinstallaties)
 - f) uitvoeren van kleine onderhouds- en herstelwerkzaamheden aan gebouwen en voorzieningen zoals bepaald naar aanleiding van bouwinspectie respectievelijk op verzoek (klein onderhoud)
 - g) verzorging en onderhoud van groenvoorziening en sportterreinen.
 3. Het gamizoenskommando Venlo verzorgt de telecommunicatiedienst en de gamizoensschietbaan.

Vereinbarung
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung des Königreichs der Niederlande
über die von der Bundesrepublik Deutschland zu leistende Unterstützung
bei der Verwaltung der Liegenschaft Seedorf

Akkoord
tussen de Regering van de Bondsrepubliek Duitsland
en de Regering van het Koninkrijk der Nederlanden
inzake de door de Bondsrepubliek Duitsland te verlenen ondersteuning
bij het beheer van onroerend goed te Seedorf

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und
die Regierung des Königreichs der Niederlande –

De Regering van de Bondsrepubliek Duitsland
en
de Regering van het Koninkrijk der Nederlanden,

auf der Grundlage des Abkommens vom 6. Oktober 1997 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung des Königreichs der Niederlande über die Bereitstellung von Liegenschaften und die Mitbenutzung von Übungseinrichtungen –

Gelet op het Verdrag tussen de Regering van de Bondsrepubliek Duitsland en de Regering van het Koninkrijk der Nederlanden inzake het ter beschikking stellen van onroerend goed en het medegebruiken van oefenvoorzieningen van 6 oktober 1997,

sind wie folgt übereingekommen:

zijn het volgende overeengekomen:

1. Rechtsrahmen

1. Juridisch kader

Die folgenden Abkommen finden Anwendung:

De volgende overeenkomsten zijn van toepassing:

- das Abkommen vom 19. Juni 1951 zwischen den Parteien des Nordatlantikvertrags über die Rechtsstellung ihrer Truppen (NATO-Truppenstatut),
- das Zusatzabkommen vom 3. August 1959 zu dem Abkommen vom 19. Juni 1951 zwischen den Parteien des Nordatlantikvertrags über die Rechtsstellung ihrer Truppen hinsichtlich der in der Bundesrepublik Deutschland stationierten ausländischen Truppen (Zusatzabkommen Deutschland) in der jeweils gültigen Fassung,
- das Verwaltungsabkommen vom 1. Juli 1976 zwischen dem Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau der Bundesrepublik Deutschland und dem Minister der Verteidigung des Königreichs der Niederlande über die Durchführung der Baumaßnahmen für und durch die in der Bundesrepublik Deutschland stationierten niederländischen Streitkräfte (ABG 75/NL).

- het Verdrag tussen de Staten die partij zijn bij het Noord-Atlantisch Verdrag nopens de rechtspositie van hun krijgsmachten van 19 juni 1951 (NAVO-Status Verdrag),
- de Aanvullende Overeenkomst bij het Verdrag van 19 juni 1951 tussen de Staten die partij zijn bij het Noord-Atlantisch Verdrag nopens de rechtspositie van hun krijgsmachten, met betrekking tot de in de Bondsrepubliek Duitsland gestationeerde buitenlandse krijgsmachten (Aanvullende Overeenkomst Duitsland) van 3 augustus 1959 in de desbetreffende geldende versie,
- de Administratieve Overeenkomst van 1 juli 1976 tussen de Bondsminister van Ruimtelijke Ordening, Bouwnijverheid en Stedebouw van de Bondsrepubliek Duitsland en de Minister van Defensie van het Koninkrijk der Nederlanden inzake het uitvoeren van bouwwerkzaamheden ten behoeve van en door de in de Bondsrepubliek Duitsland gestationeerde Nederlandse strijdkrachten (ABG 75/NL).

2. Ziel

2. Doel

Diese Vereinbarung regelt die Unterstützung der in Seedorf stationierten niederländischen Truppen durch die Bundesrepublik Deutschland, insbesondere die Zusammenarbeit zwischen der Standortverwaltung (StOV) Seedorf und der Netherlands Armed Forces Support Agency Germany (NASAG).

Dit Akkoord regelt de ondersteuning van de in Seedorf gestationeerde Nederlandse strijdkrachten door de Bondsrepubliek Duitsland, met name de samenwerking tussen de Standortverwaltung (StOV) Seedorf en de Netherlands Armed Forces Support Agency Germany (NASAG).

3. Benutzung

3. Gebruik

- a) Die Liegenschaft in Seedorf untersteht dem Kommando der niederländischen Streitkräfte.
- b) Bei der Benutzung dieser Liegenschaft findet deutsches Recht Anwendung, soweit im Zusatzabkommen Deutschland und in anderen internationalen Übereinkünften nicht etwas anderes vorgesehen ist und sofern nicht die Organisation, die interne Funktionsweise und die Führung der Truppe und ihres zivilen Gefolges, ihrer Mitglieder und deren Angehöriger

- a) Het onroerend goed in Seedorf staat onder commando van de Nederlandse strijdkrachten.
- b) Op het gebruik van dit onroerend goed is Duits recht van toepassing, voor zover in de Aanvullende Overeenkomst Duitsland en in andere internationale overeenkomsten niets anders is bepaald en voor zover niet de organisatie, de interne wijze van functioneren en de leiding van de strijdkrachten en haar civiel gevolg, leden en gezinsleden alsmede andere interne

sowie andere interne Angelegenheiten, die keine vorhersehbaren Auswirkungen auf die Rechte Dritter oder auf umliegende Gemeinden und die Öffentlichkeit im allgemeinen haben, betroffen sind.

4. Infrastruktur

- a) Die Zuständigkeit für Bauvorhaben an den in der Anlage 1 zu dieser Vereinbarung aufgeführten Anlagen (Neu-, Um- und Erweiterungsbauten sowie Instandsetzungs- und Instandhaltungsmaßnahmen) obliegt dem Leiter der NASAG. Die Durchführung von Bauvorhaben erfolgt gemäß ABG 75 (NL).
- b) Aufträge werden im Namen des Leiters der NASAG von dem Dienst Gebouwen, Werken en Terreinen, Directie Duitsland (DGWT-DD), – Dienst Infrastruktur Direktion Deutschland – unter Beteiligung der zuständigen deutschen Behörden übermittelt.
- c) Die Programme für die Deckung des gesamten Baubedarfs der niederländischen Streitkräfte in Seedorf werden mit der Wehrbereichsverwaltung (WBV) II – Hannover, der StOV Seedorf und dem Staatshochbauamt (STHBA) Elbe-Weser periodisch, aber mindestens einmal jährlich, abgestimmt.
- d) Die beweglichen Sachen für die in der Anlage 1 aufgeführten Einrichtungen, die, ohne Bestandteil der Hauptsache zu sein, dem wirtschaftlichen Zweck der Hauptsache zu dienen bestimmt sind und zu ihr im räumlichen Verhältnis stehen, werden von den Niederlanden verwaltet. Die Beschaffung, Instandhaltung und Instandsetzung dieser beweglichen Sachen obliegt dem Leiter der NASAG.

5. Verfahren für die Unterstützungsleistungen der StOV Seedorf

- a) Die Unterstützungsleistungen gemäß Artikel 4 Absatz 2 des Liegenschaftsabkommens, die von der StOV Seedorf erbracht werden können, sind in der Anlage 2 zu dieser Vereinbarung geregelt.
- b) Die von der StOV Seedorf dem Leiter der NASAG zu leistende Unterstützung wird in einem von diesem aufzustellenden Jahresbedarfsplan festgelegt und jeweils im Monat Juni des Jahres vor dem Jahr der Realisierung des Planes (Jahr X-1) der StOV Seedorf zur Aufstellung der Kostenvoranmeldung übergeben.
- c) Die Kostenvoranmeldung für die Realisierung des Jahresplans wird dem Leiter der NASAG vom Leiter der StOV Seedorf spätestens am 15. August des Jahres X-1 vorgelegt.
- d) Anschließend wird der Jahresplan in einem von dem Leiter der NASAG und dem Leiter der StOV Seedorf zu unterzeichnenden Jahresvertrag festgelegt.

6. Normen, Marktkonformität und Steuern

- a) In dem vom Leiter der NASAG aufzustellenden Jahresplan werden Art und Umfang der von der StOV Seedorf zu leistenden Unterstützung genauestens angegeben.
- b) Grundsätzlich werden im Rahmen der Unterstützung durch die StOV Seedorf marktkonforme Kostensätze festgesetzt.
- c) In begründeten Ausnahmefällen soll zwischen dem Leiter der NASAG und dem Leiter der StOV Seedorf Einvernehmen über abweichende Sätze erzielt werden.
- d) Wenn seitens der NASAG die marktkonformen Kostensätze angezweifelt werden, wird der Leiter der NASAG möglichst drei Vergleichsangebote vorlegen, die den Kostenrahmen der StOV Seedorf unterschreiten.
- e) In Fällen, in denen keine Einigung erzielt werden kann, hat der Leiter der NASAG das Recht, über die StOV Seedorf Verträge mit Dritten anzufordern.

aangelegenheden, die geen voorzienbare gevolgen hebben voor de rechten van derden of voor omliggende gemeenten en het publiek in zijn algemeenheid, in het geding zijn.

4. Infrastructuur

- a) De verantwoordelijkheid voor bouwplannen met betrekking tot de in Bijlage 1 bij dit Akkoord vermelde voorzieningen (nieuwbouw, verbouwing en uitbreiding van bestaande gebouwen alsmede herstel en onderhoudswerkzaamheden) ligt bij de commandant van de NASAG. De uitvoering van bouwplannen geschiedt overeenkomstig ABG 75 (NL).
- b) Opdrachten worden namens de commandant van de NASAG door de Dienst Gebouwen, Werken en Terreinen, Directie Duitsland (DGWT-DD), verstrekt, waarbij de bevoegde Duitse autoriteiten betrokken zijn.
- c) Programma's om de gehele behoefte aan bouwwerkzaamheden van de Nederlandse strijdkrachten in Seedorf te dekken worden periodiek, maar ten minste eenmaal per jaar, met de Wehrbereichsverwaltung (WBV) II - Hannover, de StOV Seedorf en het Staatshochbauamt (STHBA) Elbe-Weser overeengekomen.
- d) De roerende zaken voor de in Bijlage 1 vermelde voorzieningen die, zonder dat zij deel uitmaken van de hoofdzaak, ertoe bestemd zijn het economisch doel van de hoofdzaak te dienen en daarmee ruimtelijk in verband staan, worden door Nederland beheerd. Aanschaf, onderhoud en reparatie van deze roerende zaken vallen onder de verantwoordelijkheid van de commandant van de NASAG.

5. Procedure voor de ondersteunende diensten van de StOV Seedorf

- a) De ondersteunende diensten ingevolge artikel 4, tweede lid, van het Verdrag inzake onroerend goed, die door de StOV Seedorf kunnen worden verleend, zijn vermeld in Bijlage 2 bij dit Akkoord.
- b) De door de StOV Seedorf aan de commandant van de NASAG te verlenen ondersteuning wordt in een door deze op te stellen jaarplan met opgave van de behoeften vastgelegd en dit plan wordt in de maand juni van het jaar voorafgaand aan het jaar van realisatie van het plan (jaar X-1) aan de StOV Seedorf overhandigd ter opstelling van een kostenraming.
- c) De kostenraming voor de realisatie van het jaarplan wordt uiterlijk op 15 augustus van het jaar X-1 door de chef van de StOV Seedorf aan de commandant van de NASAG voorgelegd.
- d) Vervolgens wordt het jaarplan in een door de commandant van de NASAG en de chef van de StOV Seedorf te ondertekenen jaarcontract vastgelegd.

6. Normen, marktkonformiteit en belastingen

- a) In het door de commandant van de NASAG op te stellen jaarplan worden de aard en de omvang van de door de StOV Seedorf te verlenen ondersteuning precies aangegeven.
- b) In beginsel worden in het kader van de ondersteuning door de StOV Seedorf marktkonforme tarieven vastgesteld.
- c) In met redenen omklede gevallen van uitzondering dient tussen de commandant van de NASAG en de chef van de StOV Seedorf overeenstemming te worden bereikt over afwijkende tarieven.
- d) Indien van de zijde van de NASAG twijfel bestaat over de marktkonforme tarieven, zal de commandant van de NASAG zo mogelijk drie alternatieve voorstellen doen, die onder de kostenraming van de StOV Seedorf liggen.
- e) In die gevallen waarin geen overeenstemming kan worden bereikt, heeft de commandant van de NASAG het recht via de StOV Seedorf contracten met derden aan te vragen.

- f) In der Kostenvoranmeldung für den Jahresplan berücksichtigt der Leiter der StOV Seedorf alle Steuern, von deren Bezahlung die niederländischen Streitkräfte gemäß dem NATO-Truppenstatut, dem Zusatzabkommen Deutschland oder aus anderen Gründen befreit sind. Falls dies unterlassen wurde, wird sich der Leiter der StOV Seedorf im Einvernehmen mit den zuständigen deutschen Behörden um die Rückerstattung der in Rechnung gestellten Steuern bemühen.

7. Anpassung des Jahresvertrags im Realisierungsjahr (Jahr X)

- a) Ein während des Jahres X entstehender ergänzender Bedarf wird unter Berücksichtigung von Nummer 6 dieser Vereinbarung vom Leiter der NASAG beim Leiter der StOV Seedorf angemeldet, der sich anschließend um entsprechende Realisierung bemühen wird. Der Jahresvertrag wird in gegenseitigem Einvernehmen dementsprechend angepaßt.
- b) Falls nach Ansicht des Leiters der StOV Seedorf aufgrund von Nummer 3 Buchstabe b dieser Vereinbarung ergänzende Leistungen erforderlich sind, informiert er den Leiter der NASAG hierüber unverzüglich unter Angabe der anwendbaren Bestimmungen des deutschen Rechts. Falls der Leiter der NASAG nach Prüfung den zusätzlich erforderlichen Leistungen zustimmt, wird der Jahresvertrag unter Berücksichtigung von Nummer 6 dieser Vereinbarung angepaßt.

8. Vierteljährliche Kontrolle

Der Leiter der StOV Seedorf, der Leiter der NASAG und der Leiter der DGWT prüfen vierteljährlich, inwieweit die von der StOV Seedorf zu leistende Unterstützung dem vereinbarten Jahresvertrag entspricht. Der Leiter der StOV Seedorf wird den Leiter der NASAG stets rechtzeitig informieren, wenn die Gefahr einer Überschreitung der im Jahresvertrag festgelegten Höchstbeträge besteht.

9. Planungshorizont

Aus Planungs- und Zweckmäßigkeitsgründen wird ein allgemeiner Planungshorizont von fünf Jahren zugrunde gelegt, der jährlich fortgeschrieben wird.

10. Kostendämpfung

Die Kosten der von der StOV Seedorf zu leistenden Unterstützung sollen grundsätzlich die in dem Jahresvertrag genannten Höchstbeträge nicht überschreiten.

11. Verwaltungskostenzuschlag

Zur Erreichung der Marktkonformität wird auf die Unterstützungsleistungen der StOV Seedorf kein Verwaltungskostenzuschlag erhoben.

12. Bezahlung

- a) Die vom Leiter der StOV Seedorf im Zusammenhang mit der Realisierung des Jahresvertrags eingereichten Rechnungen werden von dem Leiter der NASAG gemäß STANAG 3381 nachträglich bezahlt, es sei denn, daß bei der Unterzeichnung des Jahresvertrags etwas anderes vereinbart wurde.
- b) In den Rechnungen wird immer auf Datum und Bezeichnung dieser Vereinbarung Bezug genommen; gleiches gilt auch für die Zahlungsanweisungen.

13. Beilegung von Meinungsverschiedenheiten

Meinungsverschiedenheiten, die sich aus der Anwendung dieser Vereinbarung ergeben, werden durch Konsultationen zwischen den Parteien auf einer möglichst niedrigen Ebene gelöst und nicht einem Dritten zur Schlichtung vorgelegt.

14. Auswertung

Die Durchführung dieser Vereinbarung wird, soweit erforderlich, jährlich während der Verhandlungen über den Jahresvertrag gemäß Nummer 5 Buchstabe d ausgewertet.

- f) In de kostenraming voor het jaarplan houdt de chef van de StOV Seedorf rekening met alle belastingen waarvan de Nederlandse strijdkrachten overeenkomstig het NAVO-Status Verdrag, de Aanvullende Overeenkomst Duitsland of op andere gronden zijn vrijgesteld. Ingeval zulks niet is geschied, zal de chef van de StOV Seedorf zich in samenspraak met de bevoegde Duitse autoriteiten inspannen voor teruggave achteraf van de in rekening gebrachte belastingen.

7. Aanpassing van het jaarcontract in het realisatie (jaar X)

- a) Een zich in het jaar X voordoende aanvullende behoefte zal, met inachtneming van het onder nummer 6 van dit Akkoord gestelde, door de commandant van de NASAG aan de chef van de StOV Seedorf worden gemeld, die zich vervolgens voor de desbetreffende realisatie zal inspannen. Het jaarcontract wordt na gezamenlijk overleg dienovereenkomstig aangepast.
- b) Voor zover de chef van de StOV Seedorf op grond van nummer 3, onder b), van dit Akkoord aanvullende diensten noodzakelijk acht, deelt hij dit aan de commandant van de NASAG onverwijld mede onder vermelding van de toepasselijke bepalingen van het Duitse recht. Indien de commandant van de NASAG na toetsing instemt met de benodigde aanvullende diensten, wordt het jaarcontract met inachtneming van nummer 6 van dit Akkoord aangepast.

8. Kwartaalcontrole

De chef van de StOV Seedorf, de commandant van de NASAG en de chef van de DGWT toetsen elk kwartaal in hoeverre de door de StOV Seedorf te verlenen ondersteuning voldoet aan het in het jaarcontract overeengekomene. De chef van de StOV Seedorf informeert de commandant van de NASAG steeds tijdig, wanneer het gevaar bestaat dat de in het jaarcontract vastgestelde maximumbedragen worden overschreden.

9. Planningshorizon

Omwille van de planning en de doelmatigheid wordt een algemene planningshorizon van 5 jaren gehanteerd, die ieder jaar wordt gecontinueerd.

10. Kostenmatiging

De kosten van de door de StOV Seedorf te verlenen ondersteuning dienen in beginsel de in het jaarcontract genoemde maximumbedragen niet te overschrijden.

11. Toeslag administratiekosten

Teneinde marktconformiteit te bereiken, wordt op de ondersteunende diensten van de StOV Seedorf geen toeslag voor administratiekosten geheven.

12. Betaling

- a) De door de chef van de StOV Seedorf in verband met de realisatie van het jaarcontract ingediende rekeningen worden door de commandant van de NASAG overeenkomstig STANAG 3381 achteraf betaald, tenzij anders overeengekomen bij de ondertekening van het jaarcontract.
- b) In de rekeningen wordt altijd aan de datum en de titel van dit Akkoord gerefereerd; hetzelfde geldt voor betalingsopdrachten.

13. Beslechting van geschillen

Geschillen die voortvloeien uit de toepassing van dit Akkoord, worden op het laagst mogelijke niveau door overleg tussen de Partijen opgelost en worden niet ter beslechting aan een derde voorgelegd.

14. Evaluatie

De uitvoering van dit Akkoord wordt, voor zover noodzakelijk, ieder jaar geëvalueerd tijdens de onderhandelingen over het jaarcontract als bedoeld onder nummer 5, d).

15. Korrespondenz

Korrespondenz bezüglich dieser Vereinbarung wird an nachfolgende Dienststellen gerichtet:

a) in Deutschland:

Bundesministerium der Verteidigung
Referat R II 4
Postfach 13 28
D-53003 Bonn

b) in den Niederlanden:

Ministerie van Defensie
Directie Juridische Zaken
Afdeling Internationale en Juridische Beleidsaangelegenheden
Postbus 20701
NL-2500 ES 's-Gravenhage

16. Schlußbestimmungen

- a) Diese Vereinbarung tritt gleichzeitig mit dem Abkommen vom 6. Oktober 1997 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung des Königreichs der Niederlande über die Bereitstellung von Liegenschaften und die Mitbenutzung von Übungseinrichtungen in Kraft.
- b) Jede Partei dieser Vereinbarung ist berechtigt, der anderen Partei Vorschläge zur Änderung dieser Vereinbarung vorzulegen. Änderungen werden wirksam, sobald beide Parteien schriftlich mitgeteilt haben, daß sie ihnen zustimmen.
- c) Die Anlagen zu dieser Vereinbarung können im Namen der Parteien dieser Vereinbarung durch von ihnen zu benennende Dienststellen einvernehmlich geändert werden. Jede Partei informiert die andere schriftlich über die von ihr hierzu ermächtigten Dienststellen.
- d) Diese Vereinbarung kann von jeder Partei schriftlich gekündigt werden. Die Kündigungsfrist beträgt mindestens zwölf Monate, beginnend am 1. Januar des auf das Jahr der Kündigung folgenden Jahres.

Geschehen zu Bergen am 6. Oktober 1997 in zwei Urschriften, jede in deutscher und niederländischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
Voor de Regering van de Bondsrepubliek Duitsland
Hartmann

Für die Regierung des Königreichs der Niederlande
Voor de Regering van het Koninkrijk der Nederlanden
P. van Walsum

15. Correspondentie

Correspondentie met betrekking tot dit Akkoord wordt aan de navolgende dienstonderdelen gericht:

a) in Duitsland:

Bundesministerium der Verteidigung
Referat R II 4
Postfach 13 28
D-53003 Bonn

b) in Nederland:

Ministerie van Defensie
Directie Juridische Zaken
Afdeling Internationale en Juridische Beleidsaangelegenheden
Postbus 20701
NL-2500 ES 's-Gravenhage

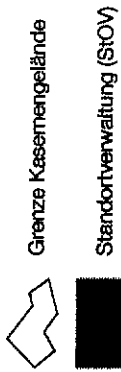
16. Slotbepalingen

- a) Dit Akkoord treedt in werking op de dag waarop het Verdrag tussen de Regering van de Bondsrepubliek Duitsland en de Regering van het Koninkrijk der Nederlanden inzake het ter beschikking stellen van onroerend goed en het medegebruik van oefenvoorzieningen van 6 oktober 1997 in werking treedt.
- b) Elk der Partijen bij dit Akkoord is gerechtigd de andere Partij voorstellen tot wijziging van dit Akkoord voor te leggen. Wijzigingen worden van kracht, zodra beide Partijen schriftelijk hebben medegedeeld dat zij daarmee instemmen.
- c) De bijlagen bij dit Akkoord kunnen namens de Partijen bij dit Akkoord door hen te benoemen autoriteiten in gezamenlijk overleg worden gewijzigd. Elke Partij informeert de andere schriftelijk over de door haar hiertoe gemachtigde autoriteiten.
- d) Dit Akkoord kan door elke Partij schriftelijk worden opgezegd. De opzegtermijn bedraagt ten minste 12 maanden, te beginnen op 1 januari van het jaar volgend op het jaar van opzegging.

Gedaan te Bergen, op 6 oktober 1997, in twee originele exemplaren, in de Duitse en in de Nederlandse taal, zijnde beide teksten gelijkelijk authentiek.

Kaserne Seedorf

Zeichenerklärung

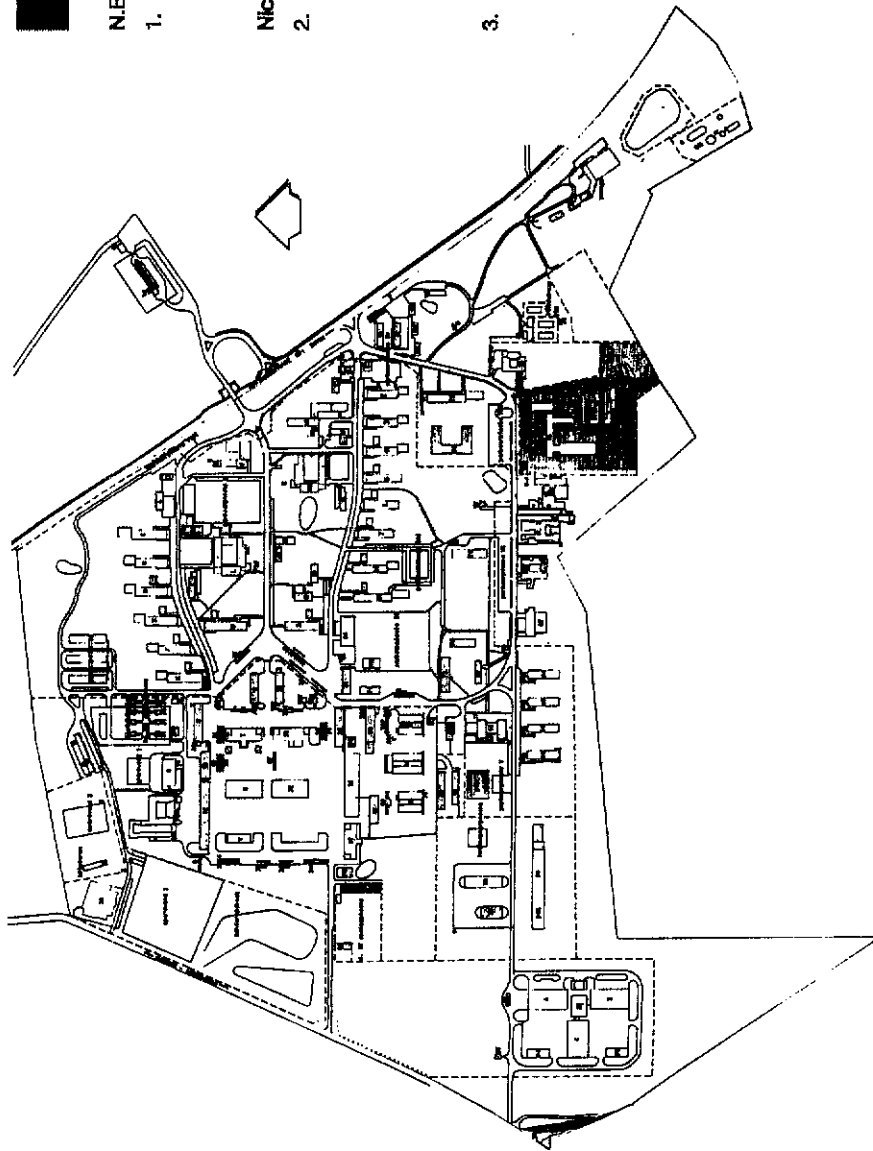


N.B.:

1. N1 bis einschließlich N6:
Mietobjekte GE Bundesfinanzministerium.
Übernahme durch GE Verteidigungsministerium
ist vorgesehen.

Nicht auf der Karte:

2. Standortübungsplatz Seedorf ist deutsch
finanziert, ausgenommen:
 - Munitionslager (komplett)
 - Zugangsweg Kaserne und Munitionslager
 - Eisbahn
 - Flugplatz mit Bebauung
 - Wohnung Sozialfürsorge
3. Anschlußgleich mit anliegendem Gelände
(niederländisch finanziert)



Anlage 2
zur Vereinbarung
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung des Königreichs der Niederlande
über die von der Bundesrepublik Deutschland zu leistende Unterstützung
bei der Verwaltung der Liegenschaft Seedorf

Bijlage 2
bij het Akkoord
tussen de Regering van de Bondsrepubliek Duitsland
en de Regering van het Koninkrijk der Nederlanden
inzake de door de Bondsrepubliek Duitsland te verlenen ondersteuning
bij het beheer van onroerend goed te Seedorf

Die Standortverwaltung Seedorf leistet der Netherlands Armed Forces Agency Germany (NASAG) im wesentlichen folgende Unterstützung für die Kasernenanlage Seedorf:

1. Infrastrukturdienste:

- a) Betrieb, Wartung und Instandhaltung sowie Störungsbeseitigung an
 - Eit-Leistungssystem, Trafostationen, Vertell- und Hautstechnik,
 - Ver- und Entsorgungsleitungen für Wasser und Abwasser (Schmutz- und Oberflächenwasser), Abscheidern,
- b) Lieferung von Wärme, Warmwasser und Notstrom einschließlich Betrieb, Wartung, Instandhaltung der dazugehörigen technischen Einrichtungen, Leitungen und Verteilersysteme sowie Störungsbeseitigung,
- c) Betrieb, Wartung und Instandhaltung der Druckerhöhungstation für Frischwasser,
- d) Betrieb, Wartung und Instandhaltung der Kläranlage,
- e) Wartung, Instandhaltung sowie Störungsbeseitigung an
 - prüf- und überwachungspflichtigen Anlagen (z.B. Kräne, Aufzüge, Tore, Tankanlagen, Blitzschutzanlagen),
 - sanitären Gebäudeeinrichtungen (z.B. Lüfter, Arbeits- und Küchenmaschinen, Kühlanlagen),
- f) Durchführung kleiner Instandhaltungs- und Instandsetzungsarbeiten an Gebäuden und Anlagen nach Festlegung durch Baubegleitung bzw. Anforderung (kleiner Bauunterhalt),
- g) Abschluß von Verträgen für die Lieferung von Wasser, Strom, Gas und Heizöl,
- h) Pflege der gärtnerischen Anlagen und Sportplätze.

2. Sonstige Leistungen:

- a) Betrieb des Sammelplatzes für Gefahrstoff-Abfälle und Verwertungsgut. Abschluß von Entsorgungsverträgen für Abfallbeseitigung (Hausmüll) und Gefahrstoffe einschließlich ordnungsgemäßer Beseitigung,
- b) Gebäude- und Glasflächenreinigung,
- c) Grundstücksreinigung einschl. Winterdienst,
- d) Wartung und Instandhaltung des Feuerlöschgerätes in Gebäuden und Anlagen,
- e) auf Anforderung: Instandsetzungsarbeiten an niederländischem Möblierungs- und sonstigen Geräten,

De Standortverwaltung Seedorf verleent aan de Netherlands Armed Forces Agency Germany (NASAG) in hoofdzaak de volgende ondersteuning ten behoeve van de kazernes en de kazerneterreinen in Seedorf:

1. Dienstverlening met betrekking tot de Infrastructuur:

- a) exploitatie, onderhoud en het opheffen van storingen
 - van het elektriciteitssysteem, de trafostations, de schakel- en verdeeltechnologie in huis
 - van aan- en afvoerleidingen voor water en afvalwater (verontreinigd water en oppervlaktewater) en van afschelders
- b) het leveren van warmte, warm water en noodstroom met inbegrip van het exploiteren en onderhouden van de bijbehorende technische voorzieningen, leidingen en verdeelsystemen alsmede het opheffen van storingen daaraan
- c) exploitatie en onderhoud van het opjaagstation voor vers water
- d) exploitatie en onderhoud van de zuiveringsinstallatie
- e) onderhoud van en opheffen van storing aan
 - installaties (bijvoorbeeld hijskranen, liften, poorten, bunkerstations voor olie, bliksemsbeveiligingsinstallaties) die zijn voorzien van een verplicht controle- en signaalsysteem
 - sanitaire voorzieningen in gebouwen (bijvoorbeeld ventilatoren, werk- en keukenmachines, koelinstallaties)
- f) uitvoeren van kleine onderhouds- en herstelwerkzaamheden aan gebouwen en voorzieningen zoals bepaald naar aanleiding van bouwinspectie resp. op verzoek (klein onderhoud)
- g) sluiten van overeenkomsten voor de levering van water, stroom, gas en stookolie
- h) verzorging en onderhoud van groenvoorziening en sportterreinen.

2. Overige dienstverlening ;

- a) exploitatie van het verzamelstation voor gevaarlijk afval en goederen die geschikt zijn voor hergebruik. Het sluiten van overeenkomsten voor afvalverwijdering en afvalverwerking van huisvuil en gevaarlijke stoffen met inbegrip van adequate verwijdering
- b) schoonmaak van gebouwen en ramen
- c) reiniging van het perceel inclusief winterdienst
- d) onderhoud van het blusmaterieel in gebouwen en voorzieningen
- e) op verzoek: herstelwerkzaamheden aan Nederlandse bij de meublering behorende of overige apparatuur

- | | |
|--|--|
| <p>f) Beschaffungshilfe für den Abschluß von Verträgen für Waren und Dienstleistungen, wie z.B.:</p> <ul style="list-style-type: none">- Verpflegungsmittel,- Bewachungsdienste,- Wäscherei- und chemische Reinigungsverträge,- Kfz-Instandsetzung, <p>g) Personalbearbeitung (Einstellung, Höhergruppierung, Kündigung, Entlassung usw.) hinsichtlich des zivilen Personals gemäß dem niederländischen Stellenplan,</p> <p>h) Unterstützung im Verkehr mit deutschen Behörden/ Dienststellen und Firmen,</p> <p>i) Betrieb der Fernmeldedienste.</p> | <p>f) bemiddeling bij het sluiten van overeenkomsten voor goederen en diensten zoals bijvoorbeeld:</p> <ul style="list-style-type: none">- verstrekking van maaltijden- bewakingsdiensten- wasserij en chemische reiniging- onderhoud van motorrijtuigen <p>g) personeelsmanagement en -administratie (aanstelling, bevordering, opzegging, ontslag enzovoorts) van het burgerpersoneel overeenkomstig de Nederlandse personeelsplanning</p> <p>h) ondersteuning in de contacten met Duitse autoriteiten, diensten en bedrijven</p> <p>i) telecommunicatiediensten.</p> |
|--|--|

Vereinbarung
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung des Königreichs der Niederlande
über die Organisation und Arbeitsweise des I. (Deutsch-Niederländischen) Korps
und des Verbindungskommandos der Luftstreitkräfte

Akkoord
tussen de Regering van de Bondsrepubliek Duitsland
en de Regering van het Koninkrijk der Nederlanden
inzake de Organisatie en de activiteiten van het 1 (Duits/Nederlandse) Legerkorps
en het Air Operations Coordination Center

Agreement
between the Government of the Federal Republic of Germany
and the Government of the Kingdom of the Netherlands
on the Organization and the Activities of the 1 (German-Netherlands) Corps
and the Air Operations Coordination Center

Die Regierung
der Bundesrepublik Deutschland
und
die Regierung
des Königreichs der Niederlande –

De Regering
van de Bondsrepubliek Duitsland
en
de Regering
van het Koninkrijk der Nederlanden,

The Government
of the Federal Republic of Germany
and
the Government
of the Kingdom of the Netherlands,

auf der Grundlage des Abkommens zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung des Königreichs der Niederlande vom 6. Oktober 1997 über die Rahmenbedingungen für das I. (Deutsch-Niederländische) Korps, im folgenden als „Abkommen“ bezeichnet,

Op grond van het Verdrag tussen de Regering van de Bondsrepubliek Duitsland en de Regering van het Koninkrijk der Nederlanden inzake de Algemene Voorwaarden voor het 1 (Duits/Nederlandse) Legerkorps van 6 oktober 1997, hierna te noemen het „Verdrag“,

on the basis of the Convention between the Government of the Federal Republic of Germany and the Government of the Kingdom of the Netherlands of 6 October 1997 on the General Conditions for the 1 (German-Netherlands) Corps, hereinafter referred to as the „Convention“,

gemäß der Gemeinsamen EntschlieÙung des Bundesministers der Verteidigung der Bundesrepublik Deutschland und des Ministers der Verteidigung des Königreichs der Niederlande vom 30. März 1993 über die Aufstellung eines Multinationalen Korps mit anfänglicher deutscher und niederländischer Beteiligung,

Gelet op de Gemeenschappelijke Verklaring van de Bondsminister van Defensie van de Bondsrepubliek Duitsland en de Minister van Defensie van het Koninkrijk der Nederlanden inzake de oprichting van een multinationaal legerkorps met initieÙe Duitse en Nederlandse deelname van 30 maart 1993,

in accordance with the Joint Resolution of 30 March 1993 concluded between the Federal Minister of Defence of the Federal Republic of Germany and the Minister of Defence of the Kingdom of the Netherlands concerning the Establishment of a Multinational Corps with initial German and Netherlands' participation,

eingedenk der Absichtserklärung des Bundesministers der Verteidigung der Bundesrepublik Deutschland und des Ministers der Verteidigung des Königreichs der Niederlande vom 6. Oktober 1995 über die Vertiefung der Integration im I. (Deutsch-Niederländischen) Korps auf den Gebieten Ausbildung, Übungen und Logistik –

Herinnerend aan de Intentieverklaring van de Bondsminister van Defensie van de Bondsrepubliek Duitsland en de Minister van Defensie van het Koninkrijk der Nederlanden over de verhoging van de integratie binnen het 1 (Duits/Nederlandse) Legerkorps op het gebied van training, oefeningen en logistiek van 6 oktober 1995,

recalling the Declaration of Intent of 6 October 1995 of the Federal Minister of Defence of the Federal Republic of Germany and the Minister of Defence of the Kingdom of the Netherlands on the Deepening of Integration within 1 (German-Netherlands) Corps in the Fields of Training, Exercise and Logistics,

sind wie folgt übereingekommen:

zijn het volgende overeengekomen:

have agreed as follows:

Artikel 1

Zweck der Vereinbarung

Zweck dieser Vereinbarung ist die Durchführung des Abkommens und die Festlegung der grundlegenden Bedingungen für die Organisation und Arbeitsweise

Artikel 1

Doel van het Akkoord

Het doel van dit Akkoord is de tenuitvoerlegging van het Verdrag en het vastleggen van de onderliggende voorwaarden voor de organisatie en het functioneren van

Article 1

Purpose of the Agreement

The purpose of this Agreement is to implement the Convention and to lay down the basic terms for organization and functioning of the 1 (German-Netherlands)

des 1. (Deutsch-Niederländischen) Korps – im folgenden als „Korps“ bezeichnet – und des Verbindungskommandos der Luftstreitkräfte – im folgenden als „VerbKdo LuSK“ bezeichnet –.

Artikel 2

Aufgaben und Aufträge

(1) Die Aufgaben des Korps sind in Artikel 3 des Abkommens geregelt.

(2) Der Korpsstab nimmt an der allgemeinen wie speziellen Planung und Vorbereitung von Einsätzen des Korpsstabs sowie deutscher und/oder niederländischer Kräfte gemäß Artikel 3 des Abkommens teil; dies schließt die Ausführung von Aufträgen des Korpsstabs als multinationales Hauptquartier als der Westeuropäischen Union zur Verfügung gestellte Streitkräfte (Forces Answerable to the Western European Union – FAWEU –) ein.

Artikel 3

Vertiefte Integration

Die Vertragsparteien sind bemüht, ein hohes Maß an vertiefter Integration auf den Gebieten interalliiert und streitkräfteübergreifender Ausbildung, bei Übungen, der Führungsunterstützung, der Logistik einschließlich sanitätsdienstlicher Unterstützung sowie auf anderen Gebieten der Zusammenarbeit zu erreichen. Einzelheiten darüber werden in einer vom Inspekteur des Heeres und vom Bevelhebber der Landstrijdkrachten gemeinsam zu erlassenden Allgemeinen Weisung (General Directive) für das Korps, im folgenden als „Allgemeine Weisung“ bezeichnet, festgelegt.

Artikel 4

Kräftebeiträge und Organisation des Korps

(1) Das Korps besteht aus binationalen und nationalen Elementen. Einzelheiten sind in Anlage A geregelt.

(2) Die binationalen Elemente setzen sich zusammen aus dem Korpsstab und den Unterstützungselementen für den Korpsstab sowie dem Stab der Führungsunterstützungsbrigade und seiner Stabskompanie. Diese Elemente werden integriert, binational strukturiert und auf der Grundlage gleichwertiger Beiträge beider Staaten mit Personal besetzt.

(3) Die nationalen Elemente umfassen jeweils mindestens eine Division, Teile der Korpsgruppen und die nationalen Unterstützungstruppen.

(4) Die Divisionen verfügen über eigene Kräfte für Kampf, Kampfunterstützung und Führungsunterstützung sowie über ausreichende Logistik- und Sanitätstruppen. Diese Divisionen stützen sich grundsätzlich auf eigene logistische Strukturen ab. Die Vertragsparteien stellen darüber hinaus Korpsgruppen nach dem Grundsatz gleichwertiger Beiträge bereit.

het 1 (Duits/Nederlandse) Legerkorps, hierna te noemen „het Korps“, en het daaraan toegevoegde Air Operations Coordination Center, hierna te noemen het „AOCC“.

Artikel 2

Taken en opdrachten

1. De taken van het Korps zijn vastgelegd in artikel 3 van het Verdrag.

2. Het Hoofdkwartier van het Korps neemt deel aan de planning en voorbereiding, in het algemeen en in het bijzonder, van de inzet van het Hoofdkwartier van het Korps en de Duitse en/of Nederlandse strijdkrachten overeenkomstig artikel 3 van het Verdrag; dit omvat de uitvoering van opdrachten door het Hoofdkwartier van het Korps als een multinationaal hoofdkwartier in de hoedanigheid van Forces Answerable to the Western European Union (FAWEU).

Artikel 3

Verhoging van de integratie

De Verdragsluitende Partijen streven naar verhoging van de integratie op het gebied van gecombineerde en gezamenlijke training, oefeningen, ondersteuning van de commandovoering, en logistiek, waaronder geneeskundige ondersteuning, alsmede op andere samenwerkingsgebieden, waarvan de bijzonderheden worden vastgelegd in een Algemene Aanwijzing voor het Korps, hierna te noemen „de Algemene Aanwijzing“, vast te stellen door de Inspekteur des Heeres en de Bevelhebber der Landstrijdkrachten.

Artikel 4

Bijdragen aan de strijdkrachten en structuur van het Korps

1. Het Korps bestaat uit binationale en nationale onderdelen. Bijzonderheden zijn vastgelegd in bijlage A.

2. De binationale onderdelen bestaan uit het Hoofdkwartier van het Korps en de daarbij behorende Staff Support Unit alsmede de Staf van de Command Support Group en de daarbij behorende stafcompagnie. Deze onderdelen worden geïntegreerd, krijgen een binationale structuur en een personele bezetting op gelijkwaardige en binationale grondslag.

3. De nationale onderdelen bestaan uit ten minste elk één divisie, delen van de legerkorpsstroepen en de nationale Support Units.

4. De Divisies beschikken over organieke gevechts-, gevechtsondersteunende en commandovoeringsondersteunende strijdkrachten alsmede over voldoende logistieke onderdelen, waaronder geneeskundige eenheden. In beginsel zijn de divisies zelfverzorgend. Daarenboven stellen de Verdragsluitende Partijen bovendien legerkorpsstroepen ter beschikking op basis van gelijkwaardige bijdragen.

Corps, hereinafter referred to as “the Corps”, and the allocated Air Operations Coordination Center hereinafter referred to as “AOCC”.

Article 2

Tasks and Missions

(1) The tasks of the Corps are laid down in Article 3 of the Convention.

(2) The Corps Headquarters shall participate in the planning and preparation, generic as well as specific, for employment of the Corps Headquarters, German and/or Netherlands forces in accordance with Article 3 of the Convention; this includes the execution of missions of the Corps Headquarters as a multinational headquarters as Forces Answerable to the Western European Union (FAWEU).

Article 3

Deepened Integration

The Contracting Parties shall strive for deepened integration in the areas of combined and joint training, exercises, command and control support, and logistics, including medical support, as well as in other areas of cooperation, details of which shall be laid down in a General Directive to the Corps, hereinafter referred to as “the General Directive”, to be concluded between the Inspekteur des Heeres and the Bevelhebber der Landstrijdkrachten.

Article 4

Force Contributions and Structure of the Corps

(1) The Corps shall consist of binational and national elements. Details are laid down in Annex A.

(2) The binational elements shall consist of the Corps Headquarters and its Staff Support Unit as well as the Staff of the Command Support Group and its Staff Company. These elements shall be integrated, binationally structured and manned on an equal and binational basis.

(3) The national elements shall consist of at least one Division each, parts of the Corps Troops and the national Support Units.

(4) The Divisions shall have forces for organic combat, combat support, command and control support as well as sufficient logistic and medical elements. In principle, the divisions shall be self-supporting. The Contracting Parties shall in addition provide Corps Troops on the basis of equality of contributions.

(5) In Absprache mit der anderen Vertragspartei können dem Korps weitere nationale Truppenteile unterstellt werden.

(6) In Absprache mit der anderen Vertragspartei können dem Korps im Frieden aus organisatorischen Gründen andere nationale Truppenteile zugeordnet werden. Diese bleiben jedoch in die nationale Befehlsstruktur eingebunden.

(7) Organisation und interne Struktur der nationalen Elemente verbleiben in nationaler Zuständigkeit.

(8) In Krise und im Krieg kann die Kräfteordnung des Korps vom zuständigen NATO/WEU-Befehlshaber geändert werden.

5. Na overleg met de andere Verdragsluitende Partij kunnen andere nationale formaties of eenheden aan het Korps worden toegewezen.

6. Na overleg met de andere Verdragsluitende Partij kunnen in vredetijd om organisatorische redenen andere nationale formaties of eenheden aan het Korps worden toegevoegd. Deze formaties of eenheden blijven echter deel uitmaken van de nationale bevelsketen.

7. De organisatie en de interne structuur van de nationale onderdelen blijven een zaak van nationale verantwoordelijkheid.

8. In tijden van crisis en oorlog kan de slagorde van het Korps worden veranderd door de bevoegde NAVO/WEU-bevelhebber.

(5) After consultation with the other Contracting Party, other national formations or units can be assigned to the Corps.

(6) After consultation with the other Contracting Party, other national formations or units can be added to the Corps in peacetime for organizational reasons. These formations or units, however, shall remain within the national chain of command.

(7) The organization and internal structure of the national elements shall be a national responsibility.

(8) In times of crisis and war the order of battle of the Corps can be changed by the competent NATO/WEU-Commander.

Artikel 5

Struktur und Umfang der binationalen Elemente

(1) Die Gliederung der binationalen Elemente einschließlich der personellen und materiellen Ausstattung werden in der Allgemeinen Weisung festgelegt.

(2) Alle zwei Jahre erfolgt eine Überprüfung der Struktur und des Umfangs der binationalen Elemente unter Kontrolle des Inspektors des Heeres und des Bevelhebber der Landstrijdkrachten.

Artikel 6

Standort der binationalen Elemente

(1) Friedensstandort des Korpsstabs ist Münster, Deutschland.

(2) Friedensstandort des Stabes der Führungsunterstützungsbrigade ist Eibergen, Niederlande.

(3) Einzelheiten über den Standort der binationalen Elemente des Korps werden in der Allgemeinen Weisung geregelt.

Artikel 7

Weisungen

(1) Weisungen für die Vorbereitung und/oder den Einsatz des Korps als Großverband der Hauptverteidigungskräfte werden dem Kommandierenden General durch den zuständigen NATO-Befehlshaber gemäß Weisung des SACEUR erteilt.

(2) Weisungen bezüglich der in Artikel 3 des Abkommens und Artikel 2 dieser Vereinbarung festgelegten Aufgaben und Aufträge werden dem Kommandierenden General nach gegenseitiger Beratung und Abstimmung durch die jeweils zuständigen nationalen Stellen erteilt.

(3) Ausschließlich nationalen Zwecken dienende Weisungen für die nationalen Elemente des Korps oder die dem Korps aus organisatorischen Gründen zugeordneten nationalen Truppenteile werden durch die jeweils zuständigen nationalen Stellen über den Kommandierenden General geleitet.

Artikel 5

Structuur en omvang van de binationale onderdelen

1. De structuur van de binationale onderdelen, met inbegrip van personeel en materieel, wordt nader bepaald in de Algemene Aanwijzing.

2. Om de twee jaar worden de structuur en de omvang van de binationale onderdelen opnieuw beoordeeld onder toezicht van de Inspecteur des Heeres en de Bevelhebber der Landstrijdkrachten.

Artikel 6

Locatie van de binationale onderdelen

1. In vredetijd is het Hoofdkwartier van het Korps gevestigd te Münster, Duitsland.

2. In vredetijd is de staf van de Command Support Group gevestigd te Eibergen, Nederland.

3. Bijzonderheden met betrekking tot de locatie van de binationale onderdelen van het Korps worden vastgelegd in de Algemene Aanwijzing.

Artikel 7

Richtlijnen

1. Richtlijnen voor de voorbereiding en/of de inzet van het Korps als Main Defence Force worden door de bevoegde NAVO-bevelhebber, op aanwijzing van SACEUR, aan de Commandant van het Korps gegeven.

2. Richtlijnen voor de taken en opdrachten als omschreven in artikel 3 van het Verdrag en artikel 2 van dit Akkoord worden gegeven aan de Commandant van het Korps door de respectieve bevoegde nationale autoriteiten na onderling overleg en coördinatie.

3. Richtlijnen voor nationale doeleinden aan de nationale onderdelen van het Korps of aan de om organisatorische redenen aan het Korps toegevoegde nationale formaties worden door de betreffende bevoegde nationale autoriteiten gegeven via de Commandant van het Korps.

Article 5

Structure and Size of the Binational Elements

(1) The structure of the binational elements, including personnel and materiel, shall be defined in the General Directive.

(2) Every two years a review of the structure and size of the binational elements shall be carried out under the supervision of the Inspecteur des Heeres and the Bevelhebber der Landstrijdkrachten.

Article 6

Location of the Binational Elements

(1) In peacetime, the Headquarters of the Corps is located at Münster, Germany.

(2) In peacetime, the Staff of the Command Support Group is located at Eibergen, The Netherlands.

(3) Details regarding the location of binational elements of the Corps shall be laid down in the General Directive.

Article 7

Directives

(1) Directives for the preparation and/or the employment of the Corps as Main Defence Force shall be issued by the competent NATO Commander, as directed by SACEUR, to the Commander of the Corps.

(2) Directives concerning the tasks and missions as stated in Article 3 of the Convention and Article 2 of this Agreement shall be issued to the Commander of the Corps by the respective competent national authorities after mutual consultation and coordination.

(3) Directives for national purposes to national elements of the Corps or to those national formations which, for organizational reasons, are added to the Corps, shall be issued by the respective competent national authorities and channelled through the Commander of the Corps.

(4) Der Kommandierende General ist gemäß Artikel 6 des Abkommens mit einer integrierten Weisungs- und Kontrollbefugnis ausgestattet, die ihn befähigt, die volle Verantwortung für die Durchführung aller Weisungen, wie in Absatz 1 bis Absatz 3 dieses Artikels aufgeführt, zu übernehmen. Demzufolge ist er berechtigt, Weisungen den binationalen und nationalen Elementen des Korps zu erteilen und entsprechende Prioritäten zu setzen; ausgenommen sind nationale territoriale Aufgaben. Er kann diese Befugnis im erforderlichen Umfang an unterstellte Kommandeure delegieren. Weitere Einzelheiten im Hinblick auf die integrierte Weisungs- und Kontrollbefugnis sind in Anlage B geregelt. Ist die Ausführung nationaler oder binationaler Aufgaben gefährdet, berichtet der Kommandierende General den jeweils zuständigen höheren Stellen. Wenn nötig werden der Inspekteur des Heeres und der Bevelhebber der Landstrijdkrachten nach gegenseitiger Beratung Anweisungen geben.

(5) Im Rahmen seiner Zuständigkeit bestimmt der Kommandierende General Inhalt und Grenzen der Befugnisse der Kommandeure der ihm binational unterstellten Elemente.

(6) Die Kontrolle der Ausführung von binationalen Aufgaben durch das Korps wird durch die Vertragsparteien sichergestellt. Der Inspekteur des Heeres und der Bevelhebber der Landstrijdkrachten unterrichten sich über die wesentlichen Erkenntnisse und stimmen sich über die zu treffenden Maßnahmen ab.

Artikel 8

Jährliche Planung

(1) Der Kommandierende General erstellt in Abstimmung mit seinen nachgeordneten Kommandeuren einen Plan mit den Zielen für das kommende Jahr. Dieser Plan wird dem Inspekteur des Heeres und dem Bevelhebber der Landstrijdkrachten auf dem Dienstweg zur Genehmigung vorgelegt.

(2) Der Kommandierende General unterrichtet den Inspekteur des Heeres und den Bevelhebber der Landstrijdkrachten vierteljährlich über die erzielten Fortschritte. Darüber hinaus legt er dem Inspekteur des Heeres und dem Bevelhebber der Landstrijdkrachten einen jährlichen Erfahrungsbericht auf dem Dienstweg vor.

Artikel 9

Unterstellungsverhältnisse

(1) Die binationalen und die nationalen Elemente, die dem Korps – wie in Anlage A aufgeführt – zugeordnet sind, unterstehen der integrierten Weisungs- und Kontrollbefugnis des Kommandierenden Generals gemäß Artikel 6 des Abkommens sowie weiterer Spezifizierung in dieser Vereinbarung. Die innerstaatlichen Regelungen auf

4. Overeenkomstig artikel 6 van het Verdrag heeft de Commandant van het Korps een geïntegreerde leidinggevende en toezichthoudende bevoegdheid zodat hij de volledige verantwoordelijkheid kan nemen voor de uitvoering van alle richtlijnen als genoemd in het eerste, tweede en derde lid van dit artikel. Dientengevolge kan hij richtlijnen geven aan de binationale en nationale onderdelen van het Korps en zonedig prioriteiten stellen, behalve ten aanzien van nationale territoriale taken. Hij kan deze bevoegdheid delegeren aan ondergeschikte commandanten in mate van noodzakelijkheid. Verdere bijzonderheden met betrekking tot de geïntegreerde leidinggevende en toezichthoudende bevoegdheid zijn neergelegd in bijlage B. Wanneer de uitvoering van nationale en/of binationale taken wordt belemmerd, rapporteert de Commandant van het Korps aan de respectieve hogere autoriteiten. Zonedig geven de Inspekteur des Heeres en de Bevelhebber van de Landstrijdkrachten leiding na onderling overleg.

5. De Commandant van het Korps bepaalt de reikwijdte en de inhoud van de bevoegdheden van de aan hem ondergeschikte commandanten van de binationale onderdelen, binnen de reikwijdte en de inhoud van zijn eigen bevoegdheden.

6. De Verdragsluitende Partijen staan in voor het toezicht op de uitvoering van de binationale taken van het Korps. De Inspekteur des Heeres en de Bevelhebber der Landstrijdkrachten houden elkaar op de hoogte van hun bevindingen en bepalen gezamenlijk de te nemen maatregelen.

(4) In accordance with Article 6 of the Convention the Commander of the Corps is vested with an integrated directing and control authority to enable him to take full responsibility for the implementation of all directives as specified in paragraphs 1 through 3 of this Article. Subsequently he may issue directives to the binational and national elements of the Corps and prioritize when necessary, with the exception of national territorial tasks. He may delegate this authority to subordinated commanders to the extent necessary. Further details with regard to the integrated directing and control authority are laid down in Annex B. Should the execution of national or binational tasks be jeopardized, the Commander of the Corps shall report to the respective higher authorities. When necessary, the Inspekteur des Heeres and the Bevelhebber der Landstrijdkrachten shall give guidance after mutual consultation.

(5) The Commander of the Corps shall define the scope and content of the authority of the commanders of the binational elements subordinated to him, within the scope and content of his own authority.

(6) The control of the execution of binational tasks by the Corps shall be ensured by the Contracting Parties. The Inspekteur des Heeres and the Bevelhebber der Landstrijdkrachten shall inform each other about their findings and agree on measures to be taken.

Artikel 8

Jaarlijkse planning en evaluatie

1. De Commandant van het Korps stelt in samenwerking met zijn ondergeschikte commandanten jaarlijks een plan op voor de verwezenlijking van de doelstellingen voor het daarop volgende jaar. Dit plan wordt via de geëigende kanalen ter goedkeuring voorgelegd aan de Inspekteur des Heeres en de Bevelhebber der Landstrijdkrachten.

2. De Inspekteur des Heeres en de Bevelhebber der Landstrijdkrachten worden ieder kwartaal door de Commandant van het Korps geïnformeerd over de geboekte vooruitgang. Verder dient hij via de geëigende kanalen jaarlijks een evaluatierapport in bij de Inspekteur des Heeres en de Bevelhebber der Landstrijdkrachten.

Artikel 9

Bevelsverhoudingen

1. De aan het Korps ondergeschikte binationale en nationale onderdelen, als opgenomen in bijlage A, staan onder de geïntegreerde leidinggevende en toezichthoudende bevoegdheid van de Commandant van het Korps overeenkomstig artikel 6 van het Verdrag en als verder gespecificeerd in dit Akkoord. Daarbij dient

Article 8

Annual Planning and Evaluation

(1) In coordination with his subordinated commanders the Commander of the Corps shall annually draft a plan in order to achieve the goals for the next year. This plan shall be submitted, through the appropriate channels, to the Inspekteur des Heeres and the Bevelhebber der Landstrijdkrachten for approval.

(2) The Inspekteur des Heeres and the Bevelhebber der Landstrijdkrachten shall be briefed quarterly by the Commander of the Corps on the progress made. In addition he shall submit an annual evaluation report through the appropriate channels to the Inspekteur des Heeres and the Bevelhebber der Landstrijdkrachten.

Article 9

Command Relations

(1) The binational elements and the national elements subordinated to the Corps, as listed in Annex A, are under the integrated directing and control authority of the Commander of the Corps in accordance with Article 6 of the Convention and as further specified in this Agreement. National regulations with regard to subordi-

Grund der Unterstellung für die Ausübung von nationalen territorialen Aufgaben werden berücksichtigt.

(2) Nach Entscheidung durch die zuständigen NATO-/WEU-Gremien und nach Transfer of Authority durch die jeweiligen national zuständigen Stellen ist der Kommandierende General in die Befehlshierarchie (Chain of Command) gemäß den einschlägigen NATO-/WEU-Vorschriften und hierzu ergangenen innerstaatlichen Durchführungsbestimmungen eingebunden. Die integrierte Weisungs- und Kontrollbefugnis des Kommandierenden Generals wird hierdurch nicht berührt.

(3) Im gegenseitigen Einvernehmen können das Bundesministerium der Verteidigung der Bundesrepublik Deutschland und das Ministerium der Verteidigung des Königreichs der Niederlande zur Durchführung von Aufgaben und Aufträgen nach Artikel 3 des Abkommens und Artikel 2 dieser Vereinbarung weitere Tuppenteile dem Korps gemäß den einschlägigen NATO-Dokumenten unterstellen.

Artikel 10

Besetzung von Dienstposten nach dem Rotationsprinzip

(1) Nachstehend aufgeführte Dienstposten werden von den Vertragsparteien nach dem Rotationsprinzip besetzt:

- Kommandierender General,
- Stellvertretender Kommandierender General,
- Chef des Stabes,
- Abteilungsleiter G3 und sein Stellvertreter,
- Kommandeur der Führungsunterstützungsbrigade und sein Stellvertreter,
- Leiter des Presse- und Informationsdienstes und sein Stellvertreter.

(2) Folgende Dienstposten dürfen nicht durch Personal derselben Vertragspartei besetzt werden:

- Kommandierender General und dessen Stellvertreter,
- Kommandierender General und Chef des Stabes,
- Chef des Stabes und Abteilungsleiter G3,
- Abteilungsleiter G3 und sein Stellvertreter,
- Abteilungsleiter G3 und Kommandeur der Führungsunterstützungsbrigade,
- Kommandeur der Führungsunterstützungsbrigade und sein Stellvertreter,
- Leiter des Presse- und Informationsdienstes und sein Stellvertreter.

Von dieser Regelung ausgenommen sind Übergangszeiten, die gegebenenfalls notwendig sind, um einen gleichzeitigen

rekening te worden gehouden met nationale regelingen met betrekking tot de ondergeschikende volgorde voor de uitvoering van nationale territoriale taken.

2. Op basis van een beslissing van de betrokken organen van de NAVO/WEU en na gezagsoverdracht door de respectieve nationale autoriteiten wordt de Commandant van het Korps opgenomen in de bevelsketen overeenkomstig de toepasselijke regelingen van de NAVO/WEU en de respectieve daarop gebaseerde nationale regelingen. Dit heeft geen invloed op de geïntegreerde leidinggevende en toezichthoudende bevoegdheid van de Commandant van het Korps.

3. Na wederzijdse overeenstemming kunnen het Ministerie van Defensie van de Bondsrepubliek Duitsland en het Ministerie van Defensie van het Koninkrijk der Nederlanden voor de uitvoering van de taken en opdrachten als genoemd in artikel 3 van het Verdrag en artikel 2 van dit Akkoord extra formaties en eenheden aan het Korps toewijzen in overeenstemming met de betreffende NAVO-documenten.

Artikel 10

Functionievervulling bij toerbeurt

1. De volgende functies worden door Verdragsluitende Partijen bij toerbeurt vervuld:

- Commandant van het Korps
- Plaatsvervangend Commandant van het Korps
- Chef-Staf
- Hoofd van de Sectie G3 en zijn plaatsvervanger
- Commandant van de Command Support Group (CSG) en zijn plaatsvervanger
- Hoofd van de Sectie Pers en Informatie, alsmede zijn plaatsvervanger.

2. De volgende functies worden niet bezet door personeel van dezelfde Verdragsluitende Partij:

- Commandant van het Korps en Plaatsvervangend Commandant van het Korps
- Commandant van het Korps en Chef-Staf
- Chef-Staf en Hoofd van de Sectie G3
- Hoofd van de Sectie G3 en zijn plaatsvervanger
- Hoofd van de Sectie G3 en Commandant van de Command Support Group
- Commandant van de Command Support Group en zijn plaatsvervanger
- Hoofd van de Sectie Pers en Informatie, alsmede zijn plaatsvervanger.

Deze regel geldt niet voor overgangperiodes die nodig kunnen zijn om te voorkomen dat in beide functies tegelijkertijd een

nation for the execution of national territorial tasks are to be taken into consideration.

(2) Upon decision by the appropriate NATO/WEU bodies and after Transfer of Authority by the respective national authorities, the Commander of the Corps shall be placed in the chain of command in accordance with the relevant NATO/WEU regulations and the respective national regulations based thereon. This shall not affect the integrated directing and control authority of the Commander of the Corps.

(3) After mutual agreement the Federal Ministry of Defence of the Federal Republic of Germany and the Ministry of Defence of the Kingdom of the Netherlands may, for the execution of the tasks and missions as mentioned in Article 3 of the Convention and Article 2 of this Agreement, assign additional formations and units to the Corps, in accordance with the relevant NATO documents.

Article 10

Manning of Rotational Posts

(1) The following posts shall be manned by the Contracting Parties on a rotational basis:

- the Commander of the Corps
- the Deputy Commander of the Corps
- the Chief of Staff
- the Chief of G3-Division and his deputy
- the Commander of the Command Support Group (CSG) and his deputy
- the Senior Press and Information Officer and his deputy.

(2) The following posts shall not be filled by personnel of the same Contracting Party:

- the Commander and the Deputy Commander of the Corps
- the Commander of the Corps and the Chief of Staff
- the Chief of Staff and the Chief of the G3-Division
- the Chief of the G3-Division and his deputy
- the Chief of the G3-Division and the Commander of the Command Support Group
- the Commander of the Command Support Group and his deputy
- the Senior Press and Information Officer and his deputy.

Excepted from this rule are transition periods that may be needed to avoid a simultaneous change of the incumbents of both

Wechsel beider Dienstposteninhaber zu vermeiden. Derartige Übergangszeiten dürfen höchstens drei Monate betragen; Abweichungen hierzu bedürfen des Einverständnisses beider Vertragsparteien.

(3) Der Leiter des Presse- und Informationsdienstes gehört den gleichen Streitkräften wie der Kommandierende General an.

(4) Die Verwendungsdauer auf nach dem Rotationsprinzip zu besetzenden Dienstposten wird in gegenseitigem Einvernehmen zwischen dem Bundesministerium der Verteidigung der Bundesrepublik Deutschland und dem Ministerium der Verteidigung des Königreichs der Niederlande festgelegt. Die Einzelheiten zur turnusmäßigen Ablösung werden zwischen dem Inspekteur des Heeres und dem Bevelhebber der Landstrijdkrachten geregelt.

(5) Die Aufteilung der Führungs- und leitenden Stabsfunktionen auf die Vertragsparteien ist in Anlage C festgelegt.

wisseling plaatsvindt. Dergelijke overgangperiodes mogen niet langer zijn dan drie maanden; voor afwijking daarvan is wederzijdse overeenstemming nodig.

3. Het Hoofd van de Sectie Pers en Informatie is afkomstig van dezelfde krijgsmacht als de Commandant van het Korps.

4. De voorwaarden voor plaatsing op de roterende posten worden in gezamenlijk overleg bepaald door het Ministerie van Defensie van de Bondsrepubliek Duitsland en het Ministerie van Defensie van het Koninkrijk der Nederlanden. De bijzonderheden met betrekking tot de rotatie worden bepaald door de Inspekteur des Heeres en de Bevelhebber der Landstrijdkrachten.

5. De verdeling van de bevelvoerende functies en hoge staf functies tussen de Vertragsluitende Partijen is opgenomen in bijlage C.

posts. Such transition periods shall not exceed three months; deviations require mutual agreement.

(3) The Senior Press and Information Officer shall be of the same force as the Commander of the Corps.

(4) The term of assignment to the rotational posts shall be determined in mutual agreement between the Federal Ministry of Defence of the Federal Republic of Germany and the Ministry of Defence of the Kingdom of the Netherlands. Details concerning the rotations shall be determined between the Inspekteur des Heeres and the Bevelhebber der Landstrijdkrachten.

(5) The distribution of the Commanding and Senior Staff functions between the Contracting Parties is laid down in Annex C.

Artikel 11

Verantwortlichkeiten des Kommandierenden Generals

(1) Der Kommandierende General ist verantwortlich für die Ausführung der Aufgaben, die dem Korps in Verbindung mit dem Abkommen und dieser Vereinbarung erteilt werden. Er wird seine Funktion auf der Grundlage der integrierten Weisungs- und Kontrollbefugnis wie in Artikel 6 des Abkommens und Anlage B dieser Vereinbarung festgelegt ausführen.

(2) Der Kommandierende General nimmt gleichzeitig die Aufgaben des Dienstältesten Offiziers seiner Nation wahr und ist als solcher im Hinblick auf alle nationalen Elemente des Korps und die aus organisatorischen Gründen zugeordneten Kräfte in seinen nationalen Befehlsweg eingebunden.

(3) Der Kommandierende General hält seinen Stellvertreter über alle binationalen und alle wichtigen, das Korps betreffenden nationalen Angelegenheiten auf dem laufenden.

Artikel 11

Verantwoordelijkheden van de Commandant van het Korps

1. De Commandant van het Korps is verantwoordelijk voor de uitvoering van alle aan het Korps opgedragen taken in overeenstemming met het Verdrag en dit Akkoord. Hij oefent zijn functies uit op basis van de geïntegreerde leidinggevende en toezichhoudende bevoegdheid als neergelegd in artikel 6 van het Verdrag en in bijlage B van dit Akkoord.

2. De Commandant van het Korps vervult tegelijkertijd de functie van Senior National Officer van zijn land en hij wordt in deze hoedanigheid geïntegreerd in de nationale bevelsketen van zijn land met betrekking tot alle nationale onderdelen van het Korps en de daaraan om organisatorische redenen toegevoegde onderdelen.

3. De Commandant van het Korps houdt zijn Plaatsvervanger op de hoogte van alle binationale en van de belangrijkste nationale kwesties die met het Korps verband houden.

Article 11

Responsibilities of the Commander of the Corps

(1) The Commander of the Corps is responsible for the execution of all tasks given to the Corps in accordance with the Convention and this Agreement. He shall carry out his function on the basis of the integrated directing and control authority as laid down in Article 6 of the Convention and Annex B of this Agreement.

(2) The Commander of the Corps simultaneously fulfills the functions of Senior National Officer of his nation and shall in this capacity be integrated in his national chain of command with regard to all national elements of the Corps and those added for organizational reasons.

(3) The Commander of the Corps shall keep his Deputy informed about all binational and main national issues related to the Corps.

Artikel 12

Verantwortlichkeiten des Stellvertretenden Kommandierenden Generals

(1) Der Stellvertretende Kommandierende General vertritt den Kommandierenden General.

(2) Der Stellvertretende Kommandierende General nimmt gleichzeitig die Aufgaben des Dienstältesten Nationalen Offiziers seiner Nation wahr und ist als solcher im Hinblick auf alle nationalen Elemente des Korps und die aus organisatorischen Gründen zugeordneten Truppenteile in seinen nationalen Befehlsweg eingebunden.

Artikel 12

Verantwoordelijkheden van de Plaatsvervangend Commandant van het Korps

1. De Plaatsvervangend Commandant van het Korps neemt waar voor de Commandant van het Korps.

2. De Plaatsvervangend Commandant van het Korps vervult tegelijkertijd de functie van Senior National Officer van zijn land en hij wordt in deze hoedanigheid geïntegreerd in de nationale bevelsketen van zijn land met betrekking tot alle nationale onderdelen van het Korps en de daaraan om organisatorische redenen toegevoegde onderdelen.

Article 12

Responsibilities of the Deputy Commander of the Corps

(1) The Deputy Commander of the Corps shall deputize for the Commander of the Corps.

(2) The Deputy Commander of the Corps simultaneously fulfills the function of Senior National Officer of his nation and shall in this capacity be integrated in his national chain of command with regard to all national elements of the Corps and those added for organizational reasons.

(3) Der Stellvertretende Kommandierende General unterrichtet den Kommandierenden General über alle binationalen und wichtigen nationalen Angelegenheiten, die das Korps betreffen.

(4) Die Aufgaben und Befugnisse des Stellvertretenden Kommandierenden Generals werden im einzelnen in der Allgemeinen Weisung geregelt.

Artikel 13

Aufgaben des Stabes

(1) Wichtigste Aufgabe des Korpsstabs ist die Umsetzung aller dem Korps im Rahmen des Abkommens und dieser Vereinbarung erteilten Weisungen und Aufträge.

(2) Alle binationale sowie nationale Angelegenheiten betreffenden Tätigkeiten werden durch den Chef des Stabes im Auftrag des Kommandierenden Generals koordiniert. Dies gilt auch für die Tätigkeiten des Korpsstabs, die zur Unterstützung der Funktionen der Dienstältesten Nationalen Offiziere wahrgenommen werden.

(3) Die Befugnisse und Zuständigkeiten des Chefs des Stabes, der Abteilungsleiter und ihrer Stellvertreter sowie weitere Einzelheiten werden in der Allgemeinen Weisung festgelegt.

(4) Die Aufgaben der anderen Angehörigen des Korpsstabs werden durch den Kommandierenden General bestimmt.

Artikel 14

Personal der binationalen Elemente

(1) Vorbehaltlich der Billigung durch den Inspekteur des Heeres und den Bevelhebber der Landstrijdkrachten definiert der Kommandierende General das Anforderungsprofil für das Personal der binationalen Elemente.

(2) Das Bundesministerium der Verteidigung der Bundesrepublik Deutschland und das Ministerium der Verteidigung des Königreichs der Niederlande stellen sicher, daß das den binationalen Elementen zugeordnete Personal über eine dem Anforderungsprofil entsprechende Qualifikation verfügt.

(3) Das Bundesministerium der Verteidigung der Bundesrepublik Deutschland und das Ministerium der Verteidigung des Königreichs der Niederlande stellen sicher, daß der Kommandierende General über den beabsichtigten Einsatzführungswichtigen Personals in anderen Verwendungsbereichen frühzeitig unterrichtet wird.

(4) Hat der unmittelbare Vorgesetzte eines Angehörigen des Korpsstabs nicht die gleiche Nationalität wie dieser, so erstellt er unter Verwendung eines NATO-Beurteilungsblattes einen Beurteilungsbeitrag als Anhang zur Beurteilung und übermittelt ihn dem verantwortlichen nationalen Vorgesetzten.

3. De Plaatsvervangend Commandant van het Korps houdt de Commandant van het Korps op de hoogte van alle binationale en van de belangrijkste nationale kwesties die met het Korps verband houden.

4. De bevoegdheden en verantwoordelijkheden van de Plaatsvervangend Commandant van het Korps worden in detail vastgelegd in de Algemene Aanwijzing.

Artikel 13

Taken van de staf

1. De hoofdtak van de Staf van het Korps bestaat uit het uitvoeren van alle aan het Korps gegeven richtlijnen en missies in overeenstemming met het Verdrag en dit Akkoord.

2. Alle activiteiten met betrekking tot zowel binationale als nationale kwesties worden gecoördineerd door de Chef-Staf namens de Commandant van het Korps. Dit geldt tevens voor de activiteiten van de Staf ter ondersteuning van de functievervulling door de Senior National Officers.

3. De bevoegdheden en verantwoordelijkheden van de Chef-Staf, de Chefs van de divisies en hun plaatsvervangers worden neergelegd in de Algemene Aanwijzing.

4. De taken van de overige leden van de Staf worden vastgesteld door de Commandant van het Korps.

Artikel 14

Personeel van de binationale onderdelen

1. Behoudens goedkeuring van de Inspekteur des Heeres en de Bevelhebber der Landstrijdkrachten bepaalt de Commandant van het Korps de kwalificatieprofielen voor het personeel van de binationale onderdelen.

2. Het Ministerie van Defensie van de Bondsrepubliek Duitsland en het Ministerie van Defensie van het Koninkrijk der Nederlanden zien erop toe dat het aan de binationale onderdelen toegewezen personeel gekwalificeerd is in overeenstemming met de kwalificatieprofielen.

3. Het Ministerie van Defensie van de Bondsrepubliek Duitsland en het Ministerie van Defensie van het Koninkrijk der Nederlanden zien erop toe dat de Commandant van het Korps in een vroeg stadium wordt geïnformeerd over de voorgenomen overplaatsing van personeel op sleutelposities naar andere functies.

4. Indien de onmiddellijke superieur van een lid van de Staf niet de nationaliteit heeft van het land van laatstgenoemde, verstrekt deze superieur aan de verantwoordelijke nationale superieur een NAVO-evaluatieformulier dat als bijlage in het evaluatierapport wordt opgenomen.

(3) The Deputy Commander of the Corps shall inform the Commander of the Corps on all binational and main national issues related to the Corps.

(4) The detailed authorities and responsibilities of the Deputy Commander of the Corps shall be laid down in the General Directive.

Article 13

Tasks of the Staff

(1) Primary task of the Staff of the Corps is to implement all directives and missions given to the Corps in accordance with the Convention and this Agreement.

(2) All activities concerning binational as well as national matters shall be coordinated by the Chief of Staff on behalf of the Commander of the Corps. This also applies to the activities of the Staff in support of the Senior National Officers' functions.

(3) The authorities and responsibilities of the Chief of Staff, the Chiefs of the Divisions and their deputies as well as further details are laid down in the General Directive.

(4) The tasks of the other members of the Staff shall be determined by the Commander of the Corps.

Article 14

Personnel of the Binational Elements

(1) Subject to approval by the Inspekteur des Heeres and the Bevelhebber der Landstrijdkrachten the Commander of the Corps shall define the profiles of requirements for the personnel of the binational elements.

(2) The Federal Ministry of Defence of the Federal Republic of Germany and the Ministry of Defence of the Kingdom of the Netherlands shall ensure that the personnel allocated to the binational elements shall be qualified in accordance with the profiles of requirements.

(3) The Federal Ministry of Defence of the Federal Republic of Germany and the Ministry of Defence of the Kingdom of the Netherlands shall ensure that the Commander of the Corps is informed at an early stage about intended assignments of key personnel to other commitments.

(4) If the immediate superior of a member of the Staff is not a national of the latter's nation, this superior shall provide the responsible national superior with a NATO evaluation sheet which forms an annex to the evaluation report.

Artikel 15**Sprache**

(1) Außer bei Aufträgen, die im nationalen Rahmen erteilt werden, ist Englisch in den binationalen Elementen und als Befehlssprache zu benutzen.

(2) Das Bundesministerium der Verteidigung der Bundesrepublik Deutschland und das Ministerium der Verteidigung des Königreichs der Niederlande sorgen dafür, daß in den binationalen Elementen des Korps nur Personal mit hinlänglichen Kenntnissen der englischen Sprache eingesetzt wird.

(3) Innerhalb des Korps werden soweit wie möglich die deutsche und die niederländische Sprache verwendet.

(4) Das Bundesministerium der Verteidigung der Bundesrepublik Deutschland und das Ministerium der Verteidigung des Königreichs der Niederlande setzen sich für die Erweiterung der deutschen und niederländischen Sprachkenntnisse des in den binationalen Elementen des Korps eingesetzten Personals ein.

Artikel 16**Anwendung innerstaatlichen Rechts**

(1) Innerstaatliche Gesetze und Vorschriften, die über die Zuständigkeit des Bundesministeriums der Verteidigung der Bundesrepublik Deutschland und des Ministeriums der Verteidigung des Königreichs der Niederlande hinausgehen, bleiben unberührt.

(2) Innerstaatliche Vorschriften, die in die Zuständigkeit des Bundesministeriums der Verteidigung der Bundesrepublik Deutschland und des Ministeriums der Verteidigung des Königreichs der Niederlande fallen, bleiben in der Regel unberührt. Zur Förderung der binationalen Zusammenarbeit und Effizienz einigen sich die Vertragsparteien dahingehend, wenn nötig, daß das Bundesministerium der Verteidigung der Bundesrepublik Deutschland und das Ministerium der Verteidigung des Königreichs der Niederlande den kommandierenden General mit der Befugnis zur Abweichung von letztgenannten Vorschriften ausstatten können.

(3) Abweichungen, die über die Bereiche und den Umfang wie in Absatz 2 niedergelegt hinausgehen, können vom kommandierenden General über den Gemeinsamen Ausschuß dem Bundesministerium der Verteidigung der Bundesrepublik Deutschland und dem Ministerium der Verteidigung des Königreichs der Niederlande zur Konsultation und Billigung vorgeschlagen werden.

(4) Die truppendienstliche Führung in bezug auf die persönlichen – insbesondere disziplinar – Angelegenheiten einschließlich der Bearbeitung von Beschwerden wird nach Maßgabe der nationalen Rechtsvorschriften von den zuständigen nationalen Vorgesetzten wahrgenommen.

Artikel 15**Taal**

1. Binnen de binationale onderdelen van het Korps en als commandovoeringstaal in geval van binationale bevelsverhoudingen wordt het Engels gebruikt, behalve bij de uitvoering van nationale taken.

2. Het Ministerie van Defensie van de Bondsrepubliek Duitsland en het Ministerie van Defensie van het Koninkrijk der Nederlanden zien erop toe dat uitsluitend personeel met voldoende kennis van de Engelse taal naar de binationale onderdelen van het Korps wordt overgeplaatst.

3. Binnen het Korps worden voorzover mogelijk de Duitse en de Nederlandse taal gebruikt.

4. Het Ministerie van Defensie van de Bondsrepubliek Duitsland en het Ministerie van Defensie van het Koninkrijk der Nederlanden streven naar de verbetering van de kennis van de Duitse en de Nederlandse taal bij het personeel van de binationale onderdelen van het Korps.

Artikel 16**Toepassing van de nationale wetgeving**

1. Nationale wetten en de regelgeving die buiten de bevoegdheid van het Ministerie van Defensie van de Bondsrepubliek Duitsland en het Ministerie van Defensie van het Koninkrijk der Nederlanden liggen blijven onverminderd van kracht.

2. Nationale regelgeving die binnen de bevoegdheid van het Ministerie van Defensie van de Bondsrepubliek Duitsland en het Ministerie van Defensie van het Koninkrijk der Nederlanden ligt, blijft in het algemeen onverminderd van kracht. Niettemin komen de Verdragsluitende Partijen met het oog op de bevordering van de binationale samenwerking en doeltreffendheid binnen en tussen deze onderdelen overeen, dat zondig het Ministerie van Defensie van de Bondsrepubliek Duitsland en het Ministerie van Defensie van het Koninkrijk der Nederlanden aan de Commandant van het Korps de bevoegdheid kunnen verlenen van deze laatstgenoemde regelgeving af te wijken.

3. Afwijkingen die verder reiken dan de gebieden en de reikwijdte als vastgelegd in het tweede lid kunnen door de Commandant van het Korps via het Gemengd Comité ter overleg en goedkeuring worden voorgesteld aan het Ministerie van Defensie van de Bondsrepubliek Duitsland en het Ministerie van Defensie van het Koninkrijk der Nederlanden.

4. De administratieve bevoegdheid met betrekking tot personeel – in het bijzonder discipline – kwesties, met inbegrip van het behandelen van klachten, wordt uitoefend door de verantwoordelijke nationale superieuren overeenkomstig de nationale wetgeving.

Article 15**Language**

(1) Within the binational elements of the Corps and as command language in case of binational command-relations English shall be used, except for national taskings.

(2) The Federal Ministry of Defence of the Federal Republic of Germany and the Ministry of Defence of the Kingdom of the Netherlands shall take care that only personnel with adequate knowledge of the English language shall be transferred to the binational elements of the Corps.

(3) Within the Corps the German and Netherlands languages shall be used to the extent possible.

(4) The Federal Ministry of Defence of the Federal Republic of Germany and the Ministry of Defence of the Kingdom of the Netherlands shall strive for an improvement of the knowledge of the German and Netherlands languages by the personnel of the binational elements of the Corps.

Article 16**Application of National Law**

(1) National laws and those regulations which are beyond the responsibility of the Federal Ministry of Defence of the Federal Republic of Germany and the Ministry of Defence of the Kingdom of the Netherlands remain unaffected.

(2) National regulations which are the responsibility of the Federal Ministry of Defence of the Federal Republic of Germany and the Ministry of Defence of the Kingdom of the Netherlands, as a rule shall remain unaffected. However, in order to enhance binational cooperation and effectiveness within and between these elements, the Contracting Parties agree that, if necessary, the Federal Ministry of Defence of the Federal Republic of Germany and the Ministry of Defence of the Kingdom of the Netherlands bestow upon the Commander of the Corps the authority to deviate from the latter regulations.

(3) Deviations going beyond the areas and extent as laid down in paragraph 2 may be proposed by the Commander of the Corps through the Joint Committee to the Federal Ministry of Defence of the Federal Republic of Germany and the Ministry of Defence of the Kingdom of the Netherlands for consultation and approval.

(4) Administrative authority relating to personal – in particular disciplinary – matters including the handling of complaints, shall be exercised by the responsible national superiors in accordance with national legislation.

(5) Militärische Vorgesetzte der einen Vertragspartei haben innerhalb der binationalen Elemente des Korps dienstliche Anordnungsbefugnis gegenüber Angehörigen der anderen Vertragspartei. Die Ausübung dieser dienstlichen Anordnungsbefugnis wird jeweils in innerstaatlichen Bestimmungen niedergelegt, um das betreffende Personal zur Ausführung solcher dienstlicher Anordnungsbefugnis zu verpflichten.

(6) Die nationalen Vorgesetzten wirken bei der Anwendung von Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der Disziplin und zur Erleichterung des internen Dienstbetriebs zusammen.

Artikel 17

Dienstzeiten und nationaler Urlaub

(1) Zur Förderung der binationalen Zusammenarbeit gelten innerhalb der binationalen Elemente des Korps einheitliche Dienstzeiten.

(2) Beide Vertragsparteien streben eine Harmonisierung der Urlaubsregelungen so weit wie möglich an.

Artikel 18

Materielle Ausstattung der binationalen Elemente

(1) Die Einzelheiten bezüglich der Bereitstellung der materiellen Ausstattung für die binationalen Elemente sowie des Materialersatzes werden vom Inspekteur des Heeres und vom Bevelhebber der Landstrijdkrachten im gegenseitigen Einvernehmen geregelt und werden in die Allgemeine Weisung aufgenommen.

(2) Zahlungen für höhere Material- oder Investitionskostenanteile unter den Vertragsparteien sind nicht vorgesehen. Die Vertragsparteien streben gleiche Kostenanteile an. Stellt eine Vertragspartei eine anhaltende Unausgewogenheit fest, werden Ausgleichsregelungen verhandelt.

(3) Das von einer Nation bereitgestellte Material kann auf entsprechende Anordnung des zuständigen Vorgesetzten auch von Personal des anderen Staates für binationale Zwecke benutzt werden. Einzelheiten über eine derartige Nutzung, insbesondere im Hinblick auf den Umgang mit Waffen und Fahrzeugen, sind in der Allgemeinen Weisung festzulegen. Ungeachtet der Nationalität des Nutzers bleibt national bereitgestelltes Material Eigentum und in der Zuständigkeit des bereitstellenden Staates.

(4) Regelungen hinsichtlich der Verbuchung von Einnahmen, die gegebenenfalls aus der Verwertung gemeinsamen Eigentums erzielt werden, werden in einer besonderen Vereinbarung getroffen.

5. Binnen binationale onderdelen van het Korps hebben de superieuren uit het ene land leidinggevende bevoegdheid met betrekking tot functionale zaken ten aanzien van staatsburgers van het andere land. De uitvoering van deze leidinggevende bevoegdheid wordt in desbetreffende nationale regelgeving vastgelegd teneinde het personeel te verplichten richtlijnen in dat kader uit te voeren.

6. Nationale superieuren werken samen bij de toepassing van maatregelen ter handhaving van de discipline teneinde interne routines te bevorderen en het gezamenlijk werken en wonen te vergemakkelijken.

Artikel 17

Werktijden en nationale feestdagen

1. Ter bevordering van de binationale samenwerking gelden binnen de binationale onderdelen van het Korps uniforme werktijden.

2. Beide Verdragsluitende Partijen streven voor zover mogelijk naar harmonisatie van de verlofregelingen.

Artikel 18

Materieel van de binationale onderdelen

1. De bijzonderheden met betrekking tot de verstrekking van materieel aan de binationale onderdelen alsmede de vervanging daarvan worden gezamenlijk overeengekomen door de Inspekteur des Heeres en de Bevelhebber der Landstrijdkrachten en worden in de Algemene Aanwijzing vastgelegd.

2. De betaling van extra materieel en kostendeling van investeringen tussen de Verdragsluitende Partijen is niet voorzien. De Verdragsluitende Partijen streven naar afstemming van de aan beide zijden gemaakte kosten. Indien één der Verdragsluitende Partijen een voortdurende wanverhouding vaststelt, worden er compensatiemechanismen overeengekomen.

3. Door een bepaald land verstrekt materieel kan door personeel van de andere nationaliteit voor binationale doeleinden worden gebruikt, wanneer dat door een bevoegde superieur wordt bevolen. Details van dit gebruik, in het bijzonder met betrekking tot het gebruik van wapens en voertuigen, wordt in de Algemene Aanwijzing vastgelegd. Door een land verstrekt materieel blijft eigendom en verantwoordelijkheid van dit zelfde land, ongeacht de nationaliteit van de gebruiker.

4. Het overeenkomstig artikel 8 van het Verdrag verworven materieel wordt gezamenlijk eigendom. Inkomens uit overdracht van dit eigendom is onderwerp van een afzonderlijke overeenkomst.

(5) Within binational elements of the Corps superiors belonging to one nation are vested with directing authority in functional matters over nationals of the other nation. The implementation of this directing authority shall be laid down in respective national regulations in order to oblige the personnel to execute such directives.

(6) National superiors shall cooperate in applying measures to maintain discipline in order to facilitate internal routines, as well as working and living together.

Article 17

Duty Hours and National Holidays

(1) To enhance binational cooperation uniform duty-hours shall apply within the binational elements of the Corps.

(2) Both Contracting Parties aim at harmonization of leave regulations to the extent possible.

Article 18

Materiel of the Binational Elements

(1) The details regarding the provision of materiel to the binational elements as well as its replacement shall be mutually agreed upon by the Inspekteur des Heeres and the Bevelhebber der Landstrijdkrachten and shall be laid down in the General Directive.

(2) The payment for excess materiel or capital expenditure cost shares among the Contracting Parties is not envisaged. The Contracting Parties shall strive for the adaptation of cost shares. If a Contracting Party identifies a continuing disproportionality, mechanisms for compensation shall be negotiated.

(3) Nationally provided materiel may be used by personnel of the other nationality for binational purposes, if so ordered by a proper superior. Details concerning this use, especially with regard to the handling of weapons and vehicles, shall be laid down in the General Directive. Nationally provided materiel shall remain national property and a national responsibility, regardless of the nationality of the user.

(4) Materiel acquired in accordance with Article 8 of the Convention shall become joint property. Income, resulting from the disposal of this property, shall be subject to a separate arrangement.

Artikel 19**Führungs- und Einsatzgrundsätze**

(1) Führungs- und Einsatzgrundsätze für das Korps beruhen auf den einschlägigen Allied Joint and Tactical Publications sowie einschlägigen NATO-Standardisierungsübereinkommen (STANAG).

(2) Die Führungs- und Einsatzgrundsätze bis zur Divisionsebene unterliegen nationaler Zuständigkeit. Sie werden zur weiteren Harmonisierung im Rahmen des Möglichen zur Ausführung gemeinsamer interallierter operationeller Aufgaben abgestimmt.

(3) Auf der Grundlage von Artikel 3 des Abkommens und Artikel 2 dieser Vereinbarung wird der Kommandierende General mit der Erarbeitung von Einsatzverfahren zur Planung, Vorbereitung und Ausführung von dem Korps und seinem Stab übertragenen Aufgaben und Aufträgen beauftragt. Diese Verfahren bedürfen der Genehmigung durch den Inspekteur des Heeres und den Bevelhebber der Landstrijdkrachten.

(4) Grundsätze der gemeinsamen Einsatzverfahren (SOP) auf Korpssebene werden in der Allgemeinen Weisung niedergelegt.

Artikel 20**Ausbildung**

(1) Der Kommandierende General sorgt dafür, daß auf die Aufträge und Aufgaben des Korps bezogene Ausbildung des dem Korps angehörenden Personals im integrierten Rahmen stattfindet, entsprechend abgestimmt und binational durchgeführt wird, wann immer dies möglich ist. Dabei gilt es, den Anforderungen im Hinblick auf Anschlußverwendungen in den jeweiligen nationalen Streitkräften entsprechend Rechnung zu tragen.

(2) Die Teilnahme von Personal einer Vertragspartei an Lehrgängen in nationalen militärischen Ausbildungseinrichtungen der anderen Vertragspartei ist Gegenstand einer gesonderten Vereinbarung.

Artikel 21**Übungen**

(1) Der Kommandierende General bestimmt die Übungsziele gemäß den Führungs- und Einsatzgrundsätzen der NATO, den nationalen Weisungen und den in Artikel 3 des Abkommens und Artikel 2 dieser Vereinbarung niedergelegten Aufgaben des Korps.

(2) Übungen im Rahmen des Korps werden in der Regel im Hoheitsgebiet beider Staaten durchgeführt.

(3) Vorbehaltlich der Zustimmung der Behörden eines dritten Staates und der zuständigen nationalen Behörden der Vertragsparteien können Übungen auch in diesem Staat durchgeführt werden.

(4) Pläne für binationale Übungen des Korps werden vom Durchführenden der Übung oder von einem von ihm beauftrag-

Artikel 19**Tactische doctrines**

1. De uitvoering van de tactische doctrine op Korpsniveau is gebaseerd op de relevante Allied Joint and Tactical Publications en de relevante NAVO STANAG's.

2. De tactische doctrines tot en met het divisieniveau blijven een nationale verantwoordelijkheid. Deze doctrines worden zo veel mogelijk geharmoniseerd teneinde de voorwaarden te scheppen voor een gecombineerde en gezamenlijke uitvoering van operationele taken.

3. De Commandant van het Korps is belast met de ontwikkeling van concepten voor de planning, voorbereiding en uitvoering van de aan het Korps en het Hoofdkwartier daarvan opgedragen taken overeenkomstig artikel 3 van het Verdrag en artikel 2 van dit Akkoord. Deze concepten zijn onderhevig aan de goedkeuring van de Inspekteur des Heeres en de Bevelhebber der Landstrijdkrachten.

4. De algemene beginselen voor de vaste orderprocedures op Korpsniveau worden vastgelegd in de Algemene Aanwijzing.

Artikel 20**Training**

1. De Commandant van het Korps ziet erop toe dat de training met betrekking tot de taken en opdrachten van het Korps en ten behoeve van het personeel van het Korps zoveel mogelijk wordt geïntegreerd, geharmoniseerd en in binationaal verband wordt uitgevoerd. Rekening dient te worden gehouden met de eisen voor vervolgplaatsingen binnen de respectieve nationale strijdkrachten.

2. De deelname van personeel van het ene land aan door nationale militaire opleidingsinstituten van het andere land georganiseerde cursussen wordt geregeld in een afzonderlijke overeenkomst.

Artikel 21**Oefeningen**

1. De Commandant van het Korps bepaalt de doelstellingen van de oefeningen overeenkomstig de NAVO-doctrine, de nationale richtlijnen en de taken van het Korps als vastgelegd in artikel 3 van het Verdrag en artikel 2 van dit Akkoord.

2. Oefeningen in het kader van het Korps worden gewoonlijk op het grondgebied van beide Staten gehouden.

3. Na goedkeuring van de autoriteiten van een derde Staat en de bevoegde nationale autoriteiten kunnen oefeningen in de betrokken Staat worden gehouden.

4. Plannen voor binationale oefeningen van het Korps worden door de leider van de oefening of een door hem gemachtigde

Article 19**Tactical Doctrines**

(1) The execution of tactical doctrine at Corps level shall be based upon the relevant Allied Joint and Tactical Publications and the relevant NATO STANAGs.

(2) The tactical doctrines up to and including division level shall remain a national responsibility. They shall be harmonized to the extent possible in order to create the prerequisites for combined and joint execution of operational tasks.

(3) The Commander of the Corps is tasked with the development of concepts for the planning, preparation and execution of tasks given to the Corps and its Headquarters, in accordance with Article 3 of the Convention and Article 2 of this Agreement. These concepts are subject to approval of the Inspecteur des Heeres and the Bevelhebber der Landstrijdkrachten.

(4) The general principles for standing operating procedures at Corps level shall be laid down in the General Directive

Article 20**Training**

(1) The Commander of the Corps ensures that training with respect to the tasks and missions of the Corps and related to personnel belonging to the Corps is integrated, harmonized and binationally executed to the maximum extent feasible. The requirements necessary for follow-on assignments within the respective national forces have to be taken into account.

(2) Participation of personnel of one nation in courses provided by national military training institutions of the other nation shall be covered in a separate agreement.

Article 21**Exercises**

(1) The Commander of the Corps shall determine the goals of the exercises in accordance with NATO doctrine, national directives and the tasks of the Corps as laid down in Article 3 of the Convention and Article 2 of this Agreement.

(2) Exercises within the framework of the Corps shall normally be conducted in the territory of both States.

(3) Subject to the approval of the authorities of a third state and the competent national authorities, exercises may be conducted in the respective state.

(4) Plans for binational exercises of the Corps shall be forwarded for approval by the conductor of the exercise or a repre-

ten Vertreter den zuständigen nationalen Behörden zur Genehmigung vorgelegt. In Abhängigkeit des Ortes, an dem die Übung stattfindet, werden die Vorschriften und Weisungen des aufnehmenden Staates angewandt. Dies gilt auch für Übungen, die außerhalb militärischer Ausbildungseinrichtungen stattfinden.

Artikel 22

Benutzung von militärischen Einrichtungen

(1) Der Kommandierende General wird sicherstellen, daß für Fortbildung und Übungen, die vom Hauptquartier und den Truppenteilen, Einrichtungen und Dienststellen des Korps durchgeführt werden, die verfügbaren militärischen Einrichtungen in beiden Staaten nach den Grundsätzen der Gegenseitigkeit und Ausgewogenheit genutzt werden.

(2) Zu diesem Zweck wird der Kommandierende General eine jährliche Fortbildungs- und Übungsplanung gemäß Artikel 8 dieser Vereinbarung den zuständigen nationalen Stellen zur Prüfung vorlegen. Dieser Plan beinhaltet die geschätzten Kosten.

(3) Zum Ende eines jeden Jahres wird der Kommandierende General seine Bewertung über die durchgeführten Fortbildungs- und Übungsprogramme, einschließlich der Abweichungen von den geschätzten Kosten vorlegen. Wenn Gegenseitigkeit und Ausgewogenheit erreicht werden, werden die Kosten von den zuständigen nationalen Stellen gegeneinander aufgerechnet.

(4) Kann Gegenseitigkeit und Ausgewogenheit der Kosten nicht erreicht werden, wird die aktuelle Differenz der Kosten bezahlt. Grundlage für die Kostenberechnung sind die innerstaatlichen Bestimmungen der Vertragspartei, die die Einrichtungen stellt und/oder Leistungen erbringt.

(5) Weitere Einzelheiten werden in der Allgemeinen Weisung geregelt.

Artikel 23

Führungsunterstützung

(1) Um die vertiefte Integration zu ermöglichen, ist die Führungsunterstützung im Korps nicht nur eine nationale, sondern auch eine gemeinsame Verantwortung.

(2) Beide Vertragsparteien streben ein Höchstmaß an Interoperabilität zwischen den Kommunikations- und Informationsverarbeitungssystemen des Korps an.

Artikel 24

Logistik

(1) Um die vertiefte Integration zu ermöglichen, ist die Logistik einschließlich der sanitätsdienstlichen Versorgung innerhalb des Korps nicht nur eine nationale, sondern auch eine gemeinsame Aufgabe.

vertegenwoordiger ter goedkeuring voorgelegd aan de in aanmerking komende nationale autoriteiten. Afhankelijk van de plaats waar de oefening plaatsvindt zijn de procedures en richtlijnen van de ontvangende Staat van toepassing, onder andere met betrekking tot oefeningen die buiten de militaire trainingsfaciliteiten plaatsvinden.

Artikel 22

Gebruik van militaire voorzieningen

1. De Commandant van het Korps ziet erop toe dat voor oefeningen en training door het Hoofdkwartier en de formaties en eenheden van het Korps gebruik wordt gemaakt van militaire voorzieningen die voor beide Staten beschikbaar zijn, op basis van wederkerigheid en gelijkheid.

2. Hiertoe dient de Commandant van het Korps in overeenstemming met artikel 8 van dit Akkoord jaarlijks een trainings- en oefenplan ter goedkeuring in bij de bevoegde nationale autoriteiten. In dit plan worden tevens de kostenramingen opgenomen.

3. Voor het eind van ieder jaar dient de Commandant van het Korps zijn evaluatie van het uitgevoerde trainings- en oefenprogramma in, waarin ook afwijkingen van de kostenramingen zijn opgenomen. Indien wordt voldaan aan de vereisten van wederkerigheid en gelijkheid, worden door de bevoegde nationale autoriteiten de kosten tegen elkaar weggestreept.

4. Waar niet kan worden voldaan aan de vereisten van wederkerigheid en gelijkheid wordt het werkelijke verschil in kosten betaald. De berekening van de kosten wordt gebaseerd op de regeling van de Verdragsluitende Partij die de faciliteiten en/of diensten ter beschikking stelt.

5. Verdere bijzonderheden worden in de Algemene Aanwijzing vastgelegd.

Artikel 23

Ondersteuning van de commandovoering

1. Ter bevordering van een verhoogde integratie is de ondersteuning van de commandovoering binnen het Korps niet alleen een nationale maar ook een gezamenlijke verantwoordelijkheid.

2. Beide Verdragsluitende Partijen streven naar een zo groot mogelijke operationele interoperabiliteit tussen de communicatie- en informatiesystemen binnen het Korps.

Artikel 24

Logistiek

1. Ter bevordering van een verhoogde integratie is logistiek, met inbegrip van geneeskundige verzorging, binnen het Korps niet alleen een nationale maar ook een gezamenlijke verantwoordelijkheid.

sentative mandated by him to the appropriate national authorities. Depending on where the exercise shall take place the procedures and directives of the receiving state shall apply, amongst others with regard to exercises which take place outside military training facilities.

Article 22

Use of Military Facilities

(1) The Commander of the Corps shall ensure that for training and exercises conducted by the headquarters and the formations and units of the Corps, military facilities available to both States shall be used on the basis of reciprocity and equality.

(2) To this end the Commander of the Corps shall submit an annual training and exercise plan in accordance with Article 8 of this Agreement to the competent national authorities for approval. This plan shall include the cost estimates.

(3) By the end of each year the Commander of the Corps shall submit his evaluation of the implemented training and exercises programme, including deviations from the costs estimates. If reciprocity and equality are met, the costs shall be set off against each other by the competent national authorities.

(4) Where reciprocity and equality cannot be met the actual difference of the cost shall be paid. The calculation of the cost shall be based on the regulations of the Contracting Party providing facilities and/or services.

(5) Further details shall be laid down in the General Directive.

Article 23

Command and Control Support

(1) In order to enable deepened integration, command and control support within the Corps is not only a national but also a collective responsibility.

(2) Both Contracting Parties strive for a maximum of operational interoperability between the communication and information systems within the Corps.

Article 24

Logistics

(1) In order to enable deepened integration, logistics, including medical support, within the Corps is not only a national but also a collective responsibility.

(2) Der Kommandierende General ist für die Einsatzfähigkeit der dem Korps unterstellten binationalen und nationalen Elemente verantwortlich. Im Rahmen der nationalen logistischen Systeme ist der Kommandierende General mit der gleichen Befugnis wie ein nationaler Kommandierender General ausgestattet. Darüber hinaus hat der Kommandierende General bei Umsetzung seiner integrierten Weisungs- und Kontrollbefugnis hinsichtlich der Logistik die Befugnis, den zuständigen Stellen Vorschläge zu unterbreiten, die einen Einfluß auf nationale logistische Verfahren haben könnten.

(3) Der Kommandierende General wird vor Erlass der nationalen, die Logistik betreffenden Befehle, einschließlich der sanitätsdienstlichen Versorgung der binationalen und nationalen Elemente des Korps beteiligt, so daß er seine Forderungen und Prioritäten einbringen kann.

Artikel 25

Sanitätsdienstliche Unterstützung

Die sanitätsdienstliche Unterstützung wird in einer gesonderten Vereinbarung geregelt.

Artikel 26

Besuchserlaubnis

(1) Während der Ausübung ihrer Dienstgeschäfte bedürfen Mitglieder des Korps und sonstige im Auftrag der Vertragsparteien handelnde Personen – bei letzteren gilt dies für Besuche von nationalen oder binationalen Elementen des Korps – keiner Besuchserlaubnis.

(2) Ist bei Übungen des Korps oder seiner Truppenteile die Überschreitung der Grenze erforderlich, wird die Besuchserlaubnis nach Genehmigung der Übung gemäß der Artikel 8 Absatz 1 und Artikel 21 dieser Vereinbarung als gegeben vorausgesetzt.

(3) Die Besuchserlaubnis im Zusammenhang mit der Wahrnehmung zeremonieller Aufgaben und die binationale Kooperation fördernder Tätigkeiten, wie Partnerschaften von Truppenteilen und Sportveranstaltungen, ist erteilt. Abschnitt 4 der „Vereinbarung zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung des Königreichs der Niederlande vom 6. Oktober 1997 über die Mitbenutzung von Übungseinrichtungen“ bleibt unberührt.

Artikel 27

Sicherheitsbestimmungen und Schutzaufgaben

Der Kommandierende General veranlaßt, daß die Angehörigen des Korps ordnungsgemäß in die geltenden Bestimmungen auf

2. De Commandant van het Korps is verantwoordelijk voor de paraatheid van het materieel van de onder het Korps vallende binationale en nationale onderdelen. Binnen het desbetreffende nationale logistieke systeem heeft de Commandant van het Korps dezelfde bevoegdheid als een nationale Korpscommandant. Bovendien heeft de Commandant van het Korps bij de uitoefening van zijn geïntegreerde leidinggevende en toezichthoudende bevoegdheid met betrekking tot een verhoogde integratie op het gebied van logistiek, de bevoegdheid aan de bevoegde autoriteiten voorstellen met betrekking tot logistiek te doen die van invloed kunnen zijn op nationale logistieke procedures.

3. De Commandant van het Korps wordt voorafgaand aan de uitvaardiging van nationale orders met betrekking tot de logistiek, met inbegrip van geneeskundige verzorging, van de binationale en nationale onderdelen van het Korps gevraagd zijn behoeften en prioriteiten kenbaar te maken.

Artikel 25

Geneeskundige verzorging

Geneeskundige verzorging wordt in een afzonderlijke overeenkomst geregeld.

Artikel 26

Toestemming voor bezoekers

1. Tijdens de uitoefening van hun functie heeft personeel van het Korps en ander personeel onder verantwoordelijkheid van Verdragsluitende Partijen, het laatstgenoemde voorzover het bezoeken aan nationale of binationale onderdelen van het Korps betreft, geen toestemming voor bezoekers nodig.

2. Met betrekking tot het houden van oefeningen van het Korps of eenheden daarvan waarvoor grensoverschrijding noodzakelijk is, wordt toestemming voor bezoekers geacht te zijn gegeven na goedkeuring van de oefening als bedoeld in artikel 8, eerste lid, en artikel 21 van dit Akkoord.

3. Toestemming voor bezoekers voor eenheden van het Korps of personeel daarvan wordt gegeven in geval van uitvoering van ceremoniële taken en activiteiten ter bevordering van de binationale samenwerking, bijvoorbeeld in verband met de jumelage van eenheden en sportactiviteiten. Nummer 4 van het Akkoord tussen de Regering van de Bondsrepubliek Duitsland en de Regering van het Koninkrijk der Nederlanden inzake het medegebruiken van oefenvoorzieningen van 6 oktober 1997 blijft onverminderd van kracht.

Artikel 27

Veiligheidsbepalingen en beschermende maatregelen

De Commandant van het Korps ziet erop toe dat het personeel van het Korps adequaat op de hoogte wordt gesteld van de

(2) The Commander of the Corps bears responsibility for the materiel readiness of the binational and national elements subordinated to the Corps. Within the respective national logistic system the Commander of the Corps is vested with the same authority as a national Corps Commander. Moreover, the Commander of the Corps, in implementing his integrated directing and control authority concerning deepened integration in the field of logistics, has the authority to submit to the competent authorities proposals with regard to logistics which might have an impact on national logistic procedures.

(3) The Commander of the Corps shall be involved prior to the issuance of national orders concerning the logistics, including medical support, of the binational and national elements of the Corps, thus permitting him to contribute his requirements and priorities.

Article 25

Medical Care

Medical care shall be subject of a separate Agreement.

Article 26

Visitor's Permission

(1) While on official duty, the personnel of the Corps and other personnel under the responsibility of the Contracting Parties, the latter as far as visits to national or binational elements of the Corps are concerned, do not require visitors' permission.

(2) With respect to the conduct of exercises of the Corps or units thereof for which bordercrossing is necessary, visitor's permission is assumed after approval of the exercise as mentioned in Article 8 paragraph 1 and Article 21 of this Agreement.

(3) Visitor's permission for units of the Corps or personnel thereof is granted, with respect to the execution of ceremonial duties and activities enhancing binational cooperation, for example related to twinning of units and sports-activities. Section 4 of the "Vereinbarung vom 6. Oktober 1997 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung des Königreichs der Niederlande über die Mitbenutzung von Übungseinrichtungen" remains unaffected.

Article 27

Safety Regulations and Protective Measures

The Commander of the Corps shall ensure that the personnel of the Corps is properly instructed on the applicable regu-

den Gebieten der Sicherheit, des Umweltschutzes, des Brandschutzes, der Arbeitssicherheit und der Beförderung gefährlicher Güter angewiesen werden. Er trifft alle gebotenen Maßnahmen, um die Einhaltung dieser Bestimmungen zu gewährleisten.

Artikel 28

Militärische Sicherheit

Der Kommandierende General erläßt Bestimmungen in bezug auf die militärische Sicherheit für die binationalen Elemente unter Berücksichtigung des Artikels 11 des Abkommens.

Artikel 29

Alarmierung und Mobilmachung

(1) Die Alarmierung erfolgt auf der Grundlage des Krisen- und Alarmsystems der NATO (The NATO Precautionary System – NPS; MC 67/4). Das jeweilige nationale Krisen- und Alarmsystem – wie in den nationalen Plänen und Weisungen niedergelegt – gilt uneingeschränkt für die jeweiligen nationalen Beiträge zum Korps.

(2) Der Kommandierende General stellt sicher, daß in deutsch oder niederländisch eingehende Alarmbefehle, einschließlich solcher zu Übungszwecken, geprüft und durchgeführt werden können. Darüber hinaus regelt er die Anwendung der Alarmierungsverfahren für die binationalen Elemente des Korps. Diese Verfahren werden den zuständigen nationalen Stellen zur Prüfung vorgelegt.

(3) Die Anordnung von Bereitschaftsdiensten, Präsenzerhöhung und Mobilmachung verbleibt in nationaler Zuständigkeit. Für ihre Vorbereitung und Durchführung sind die vorgenannten Grundsätze sinngemäß anzuwenden.

Artikel 30

Militärseelsorge

(1) Die Militärgeistlichen und Seelsorger nehmen ihren seelsorgerischen Auftrag für das nationale Personal unter Beachtung der bestehenden innerstaatlichen Rechtsvorschriften über Militärseelsorge oder entsprechende Dienste nach den Vorgaben ihrer Religionsgemeinschaften oder Institutionen wahr. Darüber hinaus können auch interkonfessionelle und binationale Veranstaltungen angeboten werden.

(2) Im Rahmen der bestehenden Rechtsvorschriften hat das Personal des Korps das Recht, an religiösen und seelsorgerischen Aktivitäten teilzunehmen, um solche Dienste zu bitten und seine Religion ungehindert ausüben zu können.

(3) Die Militärgeistlichen und Seelsorger sind bei der Ausübung ihres Dienstes nicht an die Weisungen der Militärbehörden gebunden. Bei ihrer seelsorgerischen Tätigkeit

toepasselijke bepalingen op het gebied van veiligheid, milieubescherming, brandveiligheid, arbeidsomstandigheden en het vervoer van gevaarlijke stoffen, en neemt de nodige maatregelen om de naleving van deze bepalingen te verzekeren.

Artikel 28

Beveiligingsvoorschriften

De Commandant van het Korps vaardigt beveiligingsvoorschriften uit voor de binationale onderdelen, krachtens artikel 11 van het Verdrag.

Artikel 29

Waarschuwing en mobilisatie

1. Waarschuwing geschiedt op basis van het NAVO Precautionary System (NPS; MC 67/4). De respectieve nationale Crisis Response and Alert Systems – als vastgelegd in nationale plannen of richtlijnen – zijn onverminderd van toepassing op de respectieve nationale bijdragen aan het Korps.

2. De Commandant van het Korps ziet erop toe dat voldoende personeel beschikbaar is voor de ontvangst en verwerking van inkomende waarschuwingsberichten in het Duits of het Nederlands – met inbegrip van berichten in het kader van oefeningen. Bovendien stelt hij voor de binationale onderdelen van het Korps waarschuwingsprocedures vast. Deze procedures worden ter goedkeuring voorgelegd aan de bevoegde nationale autoriteiten.

3. De verbetering van de paraatheid, de beschikbaarheid en de mobilisatie blijven een zaak van nationale verantwoordelijkheid. Voor de voorbereiding en uitvoering daarvan zijn de bovenstaande beginselen met betrekking tot waarschuwing van overeenkomstige toepassing.

Artikel 30

Geestelijke verzorging

1. Binnen de werkingssfeer van de bestaande nationale wet- en regelgeving met betrekking tot het godsdienstig en geestelijk welzijn van de militairen kunnen militaire aalmoezeniers en officianten hun taken op het gebied van de pastorale en geestelijke zorg voor het respectieve nationale personeel uitoefenen onder de voorwaarden van hun geloofsgenootschappen en -instellingen. Daarnaast kunnen interkerkelijke en binationale diensten worden aangeboden.

2. Binnen de werkingssfeer van de bestaande wet- en regelgeving heeft het personeel van het Korps het recht kerkdiensten en religieuze bijeenkomsten bij te wonen, om deze diensten te vragen en zijn geloof ongehinderd te bejden.

3. De militaire aalmoezeniers en officianten zijn bij de uitoefening van hun functie onafhankelijk van de militaire autoriteiten. Tijdens hun religieuze en spirituele werk-

lations in the field of safety, environmental protection, fire-protection, labour conditions and transport of hazardous goods and shall take the necessary measures to ascertain the adherence to these regulations.

Article 28

Security Regulations

The Commander of the Corps shall issue security regulations for the binational elements, based on Article 11 of the Convention.

Article 29

Alert and Mobilization

(1) Alerting is to be executed based on the NATO Precautionary System (NPS; MC 67/4). The respective national Crisis Response and Alert Systems – as laid down in national plans or directives – unrestrictedly apply to the respective national contributions to the Corps.

(2) The Commander of the Corps ensures that incoming alert messages in German or Dutch, including those for exercise purposes, can be staffed and implemented. Additionally he establishes alerting procedures for the binational elements of the Corps. These procedures shall be submitted to the competent national authorities for approval.

(3) The increase of readiness, availability and the mobilization remain a national responsibility. For their preparation and execution the above principles for alerting correspondingly apply.

Article 30

Religious and Spiritual Services

(1) Within the scope of existing national laws and regulations on military religious and spiritual welfare military chaplains and officials execute their mission for pastoral and spiritual care to the respective national personnel under the terms of their religious communities and institutions. Interdenominational and binational services may be offered in addition.

(2) Within the scope of existing laws and regulations the personnel of the Corps shall have the right to attend religious and spiritual services, to ask for these services and to practice their religion undisturbed.

(3) The military chaplains and officials shall, while exercising their functions, be independent of military authorities. In their religious and spiritual work they shall be

keit sind sie ausschließlich dem geltenden Kirchenrecht bzw. den seelsorgerischen Bestimmungen unterworfen.

(4) Die zuständigen Kommandeure haben die Militärgeistlichen und Seelsorger im Rahmen der innerstaatlichen Rechtsvorschriften nach besten Kräften zu unterstützen. Nach den gleichen Grundsätzen ist den Angehörigen des Korpspersonals der Zugang zu militärischen Einrichtungen und Anlagen zu gestatten, damit sie an kirchlichen und seelsorgerischen Aktivitäten teilnehmen können.

Artikel 31

Soziale Angelegenheiten

(1) Die Vertragsparteien gewähren den Angehörigen des Korps, ungeachtet ihrer Nationalität, die gebotene Betreuung in Sozial- und Fürsorgeangelegenheiten.

(2) Die von den Vertragsparteien beauftragten Sozialdienste sind im Rahmen ihrer jeweiligen innerstaatlichen Vorschriften berechtigt, das gesamte nationale Personal und dessen Angehörige in den Einrichtungen der binationalen Elemente des Korps zu besuchen.

Artikel 32

Zugang zu Betreuungseinrichtungen

(1) Die Berechtigung zum Zugang zu Betreuungseinrichtungen der jeweils anderen Streitkraft durch Mitglieder des Korps und deren Familienangehörige ist im gegenseitigen Einvernehmen der Vertragsparteien zu regeln; die Benutzung von Versorgungseinrichtungen (z.B. Messen, Kantinen und Bars), in denen abgabenbegünstigte Waren veräußert und Dienstleistungen angeboten werden, ist nur dem hierzu berechtigten Personenkreis erlaubt. Unberührt bleibt das Recht zum unmittelbaren Verzehr abgabenbegünstigter tafelfertiger Lebensmittel in den Verpflegungsgaststätten der Streitkräfte der jeweils anderen Vertragspartei, sofern die Mitglieder des Korps aus dienstlichen Gründen oder wegen ihrer Unterbringung auf diese Verpflegung angewiesen sind.

(2) Bestimmungen für den Zugang zu Vereinigungen und Clubs, die nach privatem Recht organisiert sind, in Liegenschaften der Bundeswehr und der niederländischen Streitkräfte werden nach Absprache zwischen dem Kommandierenden General oder dem von ihm beauftragten Vertreter und dem Vorstand der betreffenden Vereinigung unter Beachtung der gesetzlichen Beteiligungsrechte aufgestellt.

(3) Bestimmungen für den Zugang zu öffentlichen Betreuungseinrichtungen werden in Absprache zwischen dem Kommandierenden General oder dem von ihm beauftragten Vertreter und dem betreffenden Betreiber festgelegt.

zaamheden vallen zij uitsluitend onder de toepasselijke kerkelijke wetten of de regels van hun religieuze groeperingen.

4. Binnen de werkkingsfeer van de nationale wet- en wetgeving verlenen de betrokken commandanten de militaire aalmoezeniers en officianten zo veel mogelijk medewerking. Onder dezelfde voorwaarde hebben de gezinsleden van het personeel van het Korps toegang tot de militaire installaties en voorzieningen teneinde deel te nemen aan kerkdiensten of religieuze bijeenkomsten.

Artikel 31

Sociale aspecten

1. De Verdragsluitende Partijen stellen de leden van het Korps onafhankelijk van hun nationaliteit in de gelegenheid de nodige sociale en welzijnszorg te ontvangen.

2. De sociale diensten onder de verantwoordelijkheid van de Verdragsluitende Partijen hebben het recht om binnen de beperkingen van de respectieve nationale regelgeving al het nationale personeel en hun gezinsleden te bezoeken in de installaties van de binationale onderdelen van het Korps.

Artikel 32

Toegang tot dienstfaciliteiten

1. Het recht van de leden van het Korps en hun familieleden om de dienstfaciliteiten van beide gewapende strijdkrachten te gebruiken wordt op basis van wederzijdse overeenstemming van de Verdragsluitende Partijen geregeld; het gebruik van dienstfaciliteiten (zoals messes, kantines en bars) waar accijnsvrije en/of belastingvrije goederen worden verkocht of diensten worden aangeboden, is beperkt tot de daartoe gerechtigde personen. Niettemin kunnen maaltijden die voor consumptie gereed zijn en bereid zijn uit vrij van accijnzen of belasting verkregen ingrediënten, aan niet daartoe gerechtigde personen worden verstrekt indien zij uit hoofde hun functie of vanwege hun huisvesting genoodzaakt zijn van deze dienstfaciliteiten gebruik te maken.

2. Regelingen met betrekking tot de toegang tot verenigingen en/of clubs die op privaatrechtelijke grondslag zijn georganiseerd op terreinen van de Bondsstrijdkrachten en de Nederlandse strijdkrachten worden vastgesteld in overleg tussen de Commandant van het Korps of namens hem, en het bestuur van de betrokken vereniging, rekening houdend met de wettelijke bepalingen omtrent medezeggenschap.

3. Regelingen met betrekking tot de toegang tot openbare dienstfaciliteiten worden vastgesteld in overleg tussen de Commandant van het Korps of namens hem, en de betrokken beheerder.

subject exclusively to the applicable ecclesiastical laws or spiritual regulations.

(4) Within the scope of national laws and regulations the commanders concerned shall support the military chaplains and officials to the maximum extent possible. Under the same condition the dependents of the personnel of the Corps shall be granted access to military installations and facilities, in order to participate in religious or spiritual services.

Article 31

Social Aspects

(1) The Contracting Parties shall accord the members of the Corps, irrespective of their nationality, the necessary treatment in social and welfare matters.

(2) The social services under the responsibility of the Contracting Parties are entitled, within the limits of their respective national regulations, to visit all national personnel and their dependents in the installations of the binational elements of the Corps.

Article 32

Access to Service Facilities

(1) The right to use the service facilities of both Armed Forces by the members of the Corps and their dependents shall be regulated on the basis of mutual understanding of the Contracting Parties; the use of service facilities (such as messes, canteens and bars) in which duty-free and/or tax-free goods are sold or services are offered, is limited to the entitled persons only. However, meals ready to eat prepared on the basis of duty- or tax-free acquired ingredients, may be provided to non-entitled personnel whenever they are required for duty purposes or due to their accommodation to use these service facilities.

(2) Regulations concerning the access to associations and clubs organized under private law on premises of the Federal Armed Forces and the Netherlands Armed Forces shall be established in consultation between the Commander of the Corps, or on his behalf, and the management of the association concerned, taking into account the legal provisions for co-determination.

(3) Regulations concerning the access to public service facilities shall be established in consultation between the Commander of the Corps, or on his behalf, and the manager concerned.

(4) Betreuungseinrichtungen der binationalen Elemente werden durch Personal beider Vertragsparteien betrieben. Einzelheiten werden in der Allgemeinen Weisung geregelt.

Artikel 33

Infrastruktureinrichtung und Unterbringung

(1) Die vorhandene erforderliche Infrastruktur sowie die anfängliche Büroausstattung für die binationalen Elemente wird von der jeweiligen Vertragspartei kostenfrei zur Verfügung gestellt. Das Bundesministerium der Verteidigung der Bundesrepublik Deutschland und das Ministerium der Verteidigung des Königreichs der Niederlande entscheiden über den Umfang von Umbau-, Erweiterungs- oder Ergänzungsmaßnahmen an der bereitgestellten Infrastruktur und tragen deren Kosten anteilig gemäß Anlage D. Dies gilt auch für neue Infrastruktur und Einrichtungen der binationalen Elemente. Der Kommandierende General wird unterrichtet.

(2) Die Betriebskosten im Hinblick auf die vorgenannten Investitionen gehen zu Lasten des binationalen Haushalts wie in Anlage D im einzelnen geregelt.

(3) Investitions- und Betriebskosten für Infrastrukturmaßnahmen, die nationalen Zwecken dienen, gehen zu Lasten des betreffenden nationalen Haushalts. Der Kommandierende General wird unterrichtet.

(4) Vorhandene Infrastruktur für die Nutzung durch die nationalen Elemente, die zusammen mit den binationalen Elementen untergebracht sind, wird von der jeweiligen Vertragspartei gegen Bezahlung auf der Grundlage der tatsächlich anfallenden Betriebs- und Unterhaltungskosten zur Verfügung gestellt.

(5) Werden Büroräume von der aufnehmenden Vertragspartei bereitgestellt, gelten deren Bestimmungen für das Personal beider Vertragsparteien.

(6) Zur Unterbringung des Personals der binationalen Elemente stellen die Aufnahmestaaten die notwendige Infrastruktur nach den Standards und Qualitätsmerkmalen des jeweiligen Aufnahmestaats zur Verfügung. Sollten Standard und Qualität der anderen Vertragspartei nicht erreicht werden, bemüht sich der betreffende Aufnahmestaat im Rahmen seiner Möglichkeiten um eine angemessene Angleichung an die höherwertigen Normen.

Artikel 34

Finanzierung und binationaler Haushalt

(1) Es wird ein binationaler Haushalt für die binationalen Elemente des Korps eingerichtet, mit dem die Kosten für die Durchführung des Abkommens und dieser

4. De dienstfaciliteiten van de binationale onderdelen van het Korps kunnen door personeel van beide Verdragsluitende Partijen worden geëxploiteerd. De details zijn vastgelegd in de Algemene Aanwijzing.

Artikel 33

Infrastructuur en huisvesting

1. De bestaande benodigde infrastructuur en de eerste kantoorruimte voor de binationale onderdelen worden door de betrokken Verdragsluitende Partij kosteloos ter beschikking gesteld. Het Ministerie van Defensie van de Bondsrepubliek Duitsland en het Ministerie van Defensie van het Koninkrijk der Nederlanden komen tot overeenstemming over de reikwijdte van maatregelen tot wijziging, uitbreiding of aanvulling van deze infrastructuur en kantoorruimte en dragen de kosten gezamenlijk overeenkomstig bijlage D. Dit geldt eveneens voor nieuwe infrastructuur en faciliteiten voor de binationale onderdelen. De Commandant van het Korps wordt geraadpleegd.

2. De exploitatiekosten met betrekking tot de in het eerste lid genoemde infrastructuur en kantoorruimte komen ten laste van het binationale budget als in detail beschreven in bijlage D.

3. De investerings- en exploitatiekosten van infrastructurele projecten ten behoeve van nationale doeleinden komen ten laste van de desbetreffende nationale begroting. De Commandant van het Korps wordt hierover geïnformeerd.

4. Bestaande infrastructuur voor gebruik door de nationale onderdelen, die zich op dezelfde locatie bevindt als de binationale onderdelen, wordt door de betrokken Verdragsluitende Partij tegen kostprijs ter beschikking gesteld op basis van de werkelijk gemaakte exploitatie- en onderhoudskosten.

5. Ten aanzien van de door de ontvangende Verdragsluitende Partij ter beschikking gestelde kantoorruimte zijn de maatstaven van die Staat gelijkelijk van toepassing op het personeel van beide Verdragsluitende Partijen.

6. De betrokken ontvangende Verdragsluitende Partij stelt de nodige woonruimte ter beschikking van het personeel van de binationale onderdelen overeenkomstig de daar geldende maatstaven. Wanneer de maatstaven en de kwaliteit van de andere Verdragsluitende Partij niet kunnen worden bereikt, streeft de ontvangende Verdragsluitende Partij ernaar de maatstaven van de andere Verdragsluitende Partij zoveel mogelijk te benaderen.

Artikel 34

Financiën en het binationale budget

1. De binationale onderdelen van het Korps hebben een binationaal budget ter dekking van de uit de uitvoering van het Verdrag en dit Akkoord voortvloeiende

(4) The service facilities of the binational elements of the Corps may be operated by personnel of both Contracting Parties. Details are laid down in the General Directive.

Article 33

Infrastructure and Accommodation

(1) The existing necessary infrastructure and initial office accommodation for the binational elements are provided by the respective Contracting Party free of charge. The Federal Ministry of Defence of the Federal Republic of Germany and the Ministry of Defence of the Kingdom of the Netherlands shall agree upon the extent of measures to modify, extend or supplement this infrastructure and office accommodation and shall share the cost in accordance with Annex D. This shall also apply to new infrastructure and facilities for the binational elements. The Commander of the Corps shall be consulted.

(2) The operating costs with regard to the infrastructure and office accommodation as mentioned in paragraph 1 shall be borne by the binational budget as detailed in Annex D.

(3) Investment and operating costs for infrastructure projects serving national purposes shall be borne by the respective national budget. The Commander of the Corps shall be informed.

(4) Existing infrastructure for the use of the national elements, co-located with the binational elements, is provided by the respective Contracting Party on the basis of charges according to actual operating and maintenance costs.

(5) With respect to the office accommodation provided by the host Contracting Party the standards of this latter Contracting Party shall equally apply to personnel of both Contracting Parties.

(6) The respective host Contracting Party shall provide the necessary housing accommodation to the personnel of the binational elements, in accordance with its valid standards. In case the standard and quality of the other Contracting Party cannot be reached, the host Contracting Party shall strive for meeting the standard of the other Contracting Party to the extent possible.

Article 34

Finance and Binational Budget

(1) There shall be a binational budget for the binational elements of the Corps, which shall cover the costs arising from the implementation of the Convention and this

Vereinbarung gedeckt werden. Dieser Haushalt kann mit dem gegenseitigen Einverständnis der zuständigen nationalen Behörden auch zur Deckung anderer Kosten im Zusammenhang mit besonderen Aktivitäten, die der Förderung der Zusammenarbeit und Effektivität auf binationaler Ebene dienen, herangezogen werden.

(2) Die für die Finanzierung des Haushalts zugrundegelegte Formel spiegelt den Grundsatz der gerechten Lastenteilung wider. Diese Formel sowie die Kostenkategorien des Haushalts sind in Anlage D enthalten.

(3) Der Kommandierende General legt jährlich bis zum 1. Oktober den zuständigen nationalen Behörden über den Gemeinsamen Ausschuß einen Entwurf des binationalen Haushalts unter Einhaltung der in Anlage D dieser Vereinbarung niedergelegten haushaltstechnischen Verfahren zur Genehmigung vor. Er fügt den Plan gemäß Artikel 8 sowie eine mittelfristige Finanzplanung zu Planungszwecken bei.

(4) Die Kosten der nationalen Elemente des Korps sowie solche Kosten, sofern sie erheblich sind, für Maßnahmen, die nationalen Zwecken innerhalb der binationalen Elemente dienen, werden von den jeweils zuständigen nationalen Stellen getragen, sofern nicht nach Absatz 1 eine anderslautende Regelung getroffen wird.

Artikel 35

Gemeinsamer Ausschuß

(1) Der Gemeinsame Ausschuß berät das Bundesministerium der Verteidigung der Bundesrepublik Deutschland und das Ministerium der Verteidigung des Königreichs der Niederlande über die geeigneten Wege in rechtlichen, finanziellen und allen sonstigen das Korps betreffenden Fragen sowie hinsichtlich der vertieften Integration im allgemeinen. Darüber hinaus legt er ihnen auf dem dazu vorgesehenen Weg regelmäßig einen Fortschrittsbericht über alle im Hinblick auf die Vertiefung der Integration erzielten Fortschritte vor.

(2) Zusammensetzung, Auftrag und Aufgabenstellung des Gemeinsamen Ausschusses werden in der Allgemeinen Weisung niedergelegt; dazu gehört auch die Befugnis, Vertreter anderer betroffener Streitkräfte einzuladen.

Artikel 36

Verbindungskommando der Luftstreitkräfte

(1) Am Sitz des Stabes des Korps wird ein mit Personal beider Staaten besetztes VerbKdo LuSK eingerichtet.

(2) Das VerbKdo LuSK wird eng und unterstützend mit dem Korps in Ausführung seines Auftrags und seiner Aufgaben zusammenarbeiten.

kosten. Deze begroting kan na wederzijdse instemming van de bevoegde nationale autoriteiten ook andere kosten omvatten die betrekking hebben op specifieke activiteiten ter bevordering van de binationale samenwerking en doeltreffendheid.

2. De formule waarop deze begroting is gebaseerd berust op het beginsel van gelijke lastenverdeling. Deze formule en de kostencategorieën van de begroting zijn vastgelegd in bijlage D.

3. De Commandant van het Korps dient jaarlijks voor 1 oktober ter goedkeuring door de bevoegde nationale autoriteiten via het Gemengd Comité een ontwerp voor een binationaal budget in, met inbegrip van een financiële planning voor de middellange termijn, tezamen met het plan genoemd in artikel 8 van dit Akkoord en in overeenstemming met de begrotingsprocedures als vastgelegd in bijlage D.

4. De kosten met betrekking tot de nationale onderdelen van het Korps en de kosten, voor zover zij van enige betekenis zijn, met betrekking tot maatregelen van nationaal belang binnen de binationale onderdelen komen ten laste van de desbetreffende bevoegde nationale autoriteiten, tenzij anders is bepaald overeenkomstig het eerste lid van dit artikel.

Artikel 35

Gemengd Comité

1. Het Gemengd Comité adviseert het Ministerie van Defensie van de Bondsrepubliek Duitsland en het Ministerie van het Koninkrijk der Nederlanden via de toepasselijke kanalen over juridische, financiële en alle andere kwesties met betrekking tot het Korps alsmede de verhoogde integratie in het algemeen. Bovendien legt het Gemengd Comité periodiek via de geeignende kanalen een voortgangsrapport aan de ministeries voor, met betrekking tot de ten aanzien van de verhoogde integratie geboekte vooruitgang.

2. De samenstelling, taken en bevoegdheden van het Gemengd Comité worden vastgesteld in de Algemene Aanwijzing, waarin wordt begrepen de bevoegdheid om vertegenwoordigers van andere betrokken krijgsmachten uit te nodigen.

Artikel 36

Air Operations Coordination Center

1. Op de locatie van het Hoofdkwartier van het Korps wordt een Air Operations Coordination Center (AOCC) gevestigd, dat door personeel van beide nationaliteiten wordt bezet.

2. Het AOCC werkt nauw samen met en ondersteunt het Korps bij de verwezenlijking van zijn opdracht en taken.

Agreement. This budget may, after mutual consent of the competent national authorities, also include other costs with regard to specific activities enhancing binational cooperation and effectiveness.

(2) The formula on the basis of which the budget shall be funded shall reflect the principle of equal burden-sharing. This formula as well as the cost categories of the budget are laid down in Annex D.

(3) The Commander of the Corps shall annually before the 1st of October submit for approval to competent national authorities through the Joint Committee a draft binational budget, including the medium term financial plan, together with the plan as mentioned in Article 8 of this Agreement and in conformity with the budgetary procedures as laid down in Annex D.

(4) The costs related to the national elements of the Corps as well as those, in so far as they are significant, related to measures for national purposes within the binational elements, shall be borne by the respective competent national authorities, unless otherwise decided in conformity with paragraph 1 of this Article.

Article 35

Joint Committee

(1) The Joint Committee shall advise the Federal Ministry of Defence of the Federal Republic of Germany and the Ministry of Defence of the Kingdom of the Netherlands through the appropriate channels on legal, financial and all other issues concerning the Corps as well as deepened integration in general. In addition, the Joint Committee shall periodically forward a Progress Report through the appropriate channels to them concerning the progress made on deepened integration.

(2) The composition, tasks and terms of reference of the Joint Committee shall be laid down in the General Directive, which shall include the authority to invite representatives of other Armed Forces concerned.

Article 36

Air Operations Coordination Center

(1) There shall be a binationally manned Air Operations Coordination Center (AOCC), co-located with the Headquarters of the Corps.

(2) The AOCC shall closely cooperate with and support the Corps in achieving its mission and tasks.

(3) Einzelheiten werden in einer Durchführungsvereinbarung für das VerbKdo LuSK geregelt, welche die anzuwendenden Bestimmungen des Abkommens und dieser Vereinbarung berücksichtigt.

Artikel 37 **Anlagen**

Folgende Anlagen sind Bestandteil dieser Vereinbarung:

- A) Organisationsstruktur des Korps;
- B) Integrierte Weisungs- und Kontrollbefugnis des Kommandierenden Generals;
- C) Besetzung der Rotationsdienstposten;
- D) Finanzwesen und binationaler Haushalt.

Artikel 38 **Durchführung**

Einzelheiten hinsichtlich der Durchführung dieser Vereinbarung werden in der Allgemeinen Weisung niedergelegt.

Artikel 39 **Beilegung** **von Meinungsverschiedenheiten**

Meinungsverschiedenheiten bei der Auslegung oder Anwendung dieser Vereinbarung werden durch Verhandlungen beigelegt.

Artikel 40 **Schlußbestimmungen**

(1) Diese Vereinbarung wird mit Wirkung vom 1. Dezember 1997 nach Maßgabe des jeweiligen innerstaatlichen Rechts der Vertragsparteien vorläufig angewandt.

(2) Diese Vereinbarung tritt gleichzeitig mit dem Abkommen in Kraft.

(3) Die Vereinbarung vom 22. April 1994 zwischen dem Bundesminister der Verteidigung der Bundesrepublik Deutschland und dem Verteidigungsminister des Königreichs der Niederlande über die Durchführung der Gemeinsamen Entschließung vom 30. März 1993 über die Aufstellung eines multinationalen Korps mit anfänglicher deutscher und niederländischer Beteiligung sowie die Durchführungsvereinbarung vom 22. April 1994 zwischen dem Inspekteur des Heeres der Bundesrepublik Deutschland und dem Oberbefehlshaber der Landstreitkräfte des Königreichs der Niederlande werden durch die vorliegende Vereinbarung ersetzt.

(4) Diese Vereinbarung wird für einen unbestimmten Zeitraum geschlossen. Sie kann in gegenseitigem Einvernehmen geändert oder ergänzt werden. Änderungen bzw. Ergänzungen bedürfen der Schriftform.

(5) Diese Vereinbarung kann von jeder Partei unter Einhaltung einer Frist von zwölf Monaten schriftlich gekündigt werden.

3. Bijzonderheden worden overeengekomen in een AOCC-technische overeenkomst, waarin de toepasselijke bepalingen van het Verdrag en dit Akkoord worden verwerkt.

Artikel 37 **Bijlagen**

De volgende bijlagen maken deel uit van dit Akkoord:

- A) Organisatiestructuur van het Korps;
- B) De geïntegreerde leidinggevende en toezichthoudende bevoegdheid van de Commandant van het Korps;
- C) Verdeling van de functies van bevelvoerende officieren en hoge staffunctionarissen;
- D) Financiën en binationaal budget.

Artikel 38 **Uitvoering**

Bijzonderheden met betrekking tot de uitvoering van dit Akkoord worden vastgelegd in de Algemene Aanwijzing.

Artikel 39 **Beslechting** **van geschillen**

Geschillen omtrent de interpretatie of de toepassing van dit Akkoord worden door middel van onderhandelingen beslecht.

Artikel 40 **Slotbepalingen**

1. Dit Akkoord wordt met ingang van 1 december 1997 voorlopig toegepast overeenkomstig het nationale recht van de Verdragsluitende Partijen.

2. Dit Akkoord treedt in werking op dezelfde dag als het Verdrag.

3. De Overeenkomst tussen de Bondsminister van Defensie van de Bondsrepubliek Duitsland en de Minister van Defensie van het Koninkrijk der Nederlanden inzake de uitvoering van de gemeenschappelijke verklaring van 30 maart 1993 inzake de oprichting van een multinationaal legerkorps met initiale Duitse en Nederlandse deelname van 22 april 1994 en de Uitvoeringsovereenkomst tussen de Chef van de Landmachtstaf van de Bondsrepubliek Duitsland en de Bevelhebber der Landstrijdkrachten van het Koninkrijk der Nederlanden van 22 april 1994 worden vervangen door dit Akkoord.

4. Dit Akkoord wordt voor onbepaalde tijd gesloten. Het kan worden gewijzigd of aangevuld door wederzijdse schriftelijke toestemming.

5. Dit Akkoord kan door één der Verdragsluitende Partijen worden beëindigd door schriftelijke kennisgeving aan de ander met inachtneming van een opzegtermijn van twaalf maanden.

(3) Details shall be agreed upon in an AOCC-Technical Agreement which shall reflect the applicable provisions of the Convention and this Agreement.

Article 37 **Annexes**

The following Annexes shall be part of this Agreement:

- A) Organizational Structure of the Corps
- B) Integrated Directing and Control Authority of the Commander of the Corps
- C) Distribution of the Commanding and Senior Staff Officers Functions
- D) Finance and Binational Budget

Article 38 **Implementation**

Details concerning the implementation of this Agreement shall be laid down in the General Directive.

Article 39 **Settlement** **of Disputes**

Disputes regarding the interpretation or application of this Agreement shall be settled through negotiations.

Article 40 **Final Provisions**

(1) This Convention shall be applied provisionally from 1 December 1997 in accordance with national law of the Contracting Party concerned.

(2) This Agreement shall enter into force on the same date as the Convention.

(3) The Arrangement between the Federal Minister of Defence of the Federal Republic of Germany and the Minister of Defence of the Kingdom of the Netherlands concerning the implementation of the joint resolution of 30 March 1993 concerning the establishment of a multinational Corps with initial German and Netherlands' participation of 22 April 1994 and the Implementing Arrangement between the Chief of Staff of the Army of the Federal Republic of Germany and the Commander in Chief of the Army of the Kingdom of the Netherlands of 22 April 1994 shall be replaced by this Agreement.

(4) This Agreement shall be concluded for an indefinite period. It may be amended or supplemented by mutual written consent.

(5) This Agreement may be terminated by either Contracting Party giving twelve months' notice in writing to the other.

(6) Bei Beendigung dieser Vereinbarung sind die daraus resultierenden finanziellen Folgen durch Verhandlungen zwischen den Vertragsparteien über den Restwert der gemeinsam finanzierten Infrastruktur, Einrichtungen und Ausstattungen zu regeln.

(7) Diese Vereinbarung findet im Frieden ebenso wie im Einsatz-, Krisen- und Konfliktfall Anwendung.

(8) Für das Königreich der Niederlande gilt diese Vereinbarung nur für den in Europa gelegenen Teil des Königreichs.

6. Na beëindiging van dit Akkoord worden de financiële gevolgen daarvan geregeld door onderhandelingen tussen de Verdragsluitende Partijen over de restwaarde van de gezamenlijk bekostigde infrastructuur, faciliteiten en uitrusting.

7. Dit Akkoord is zowel in vreedstijd als in tijden van crisis of gewapend conflict van toepassing.

8. Wat het Koninkrijk der Nederlanden betreft, geldt dit Akkoord uitsluitend voor het grondgebied van het Koninkrijk in Europa.

(6) Upon termination of this Agreement the financial consequences resulting thereof shall be settled by negotiations between the Contracting Parties with regard to residual value of the commonly funded infrastructure, facilities and equipment.

(7) This Agreement shall apply in peacetime as well as in times of crisis and in times of armed conflict.

(8) As regards the Kingdom of the Netherlands, this Agreement shall apply to the territory of the Kingdom in Europe only.

Geschehen zu Bergen am 6. Oktober 1997 in zwei Urschriften, jede in deutscher, niederländischer und englischer Sprache, wobei jeder Wortlaut verbindlich ist. Bei unterschiedlicher Auslegung des deutschen und des niederländischen Wortlauts ist der englische Wortlaut maßgebend.

Gedaan te Bergen, op 6 oktober 1997, in tweevoud, elk in de Duitse, de Nederlandse en de Engelse taal, zijnde de drie teksten authentiek. In geval van verschil in de interpretatie van de Duitse en de Nederlandse tekst, is de Engelse tekst doorslaggevend.

Done at Bergen on 6 October 1997 in duplicate, each in the German, Netherlands and English language, all three texts being authentic. In case of divergent interpretations of the German and Netherlands texts, the English text shall prevail.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
Voor de Regering van de Bondsrepubliek Duitsland
For the Government of the Federal Republic of Germany
Hartmann

Für die Regierung des Königreichs der Niederlande
Voor de Regering van het Koninkrijk der Nederlanden
For the Government of the Kingdom of the Netherlands
P. van Walsum

Anlage A
zur Vereinbarung
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung des Königreichs der Niederlande
über die Organisation und Arbeitsweise des I. (Deutsch-Niederländischen) Korps
und des Verbindungskommandos der Luftstreitkräfte

Bijlage A
bij het Akkoord,
tussen de Regering van de Bondsrepubliek Duitsland
en de Regering van het Koninkrijk der Nederlanden
inzake de organisatie en de activiteiten van het 1 (Duits/Nederlandse) Legerkorps
en het Air Operations Coordination Center

Annex A
to the Agreement
between the Government of the Federal Republic of Germany
and the Government of the Kingdom of the Netherlands
on the Organization and the Activities of the 1 (German-Netherlands) Corps
and the Air Operations Coordination Center

Organisationsstruktur des Korps	De organisatiestructuur van het 1 (Duits/Nederlandse) Legerkorps	Organizational Structure of the Corps
Beiträge der Vertragsparteien zum Korps sind:	De bijdragen van de Verdragsluitende Partijen aan het 1 (Duits/Nederlandse) Legerkorps zijn:	The contributions of the Contracting Parties to the Corps are:
1. Teile der binationalen Elemente des Korps Personal und Material für den Korpsstab und die Unterstützungselemente für den Korpsstab sowie den Stab der Führungsunterstützungsbrigade (Command Support Group/CSG) und ihrer Stabskompanie werden gemäß Artikel 4 dieser Vereinbarung sowie der Allgemeinen Weisung beigelegt.	1. Delen van de binationale onderdelen van het Korps Personeel en materieel voor het Hoofdkwartier van het Korps en de Staff Support Unit daarvan, alsmede de Staf van de Command Support Group (CSG) en de compagnie behorend bij het Hoofdkwartier worden ter beschikking gesteld overeenkomstig artikel 4 van dit Akkoord en de Algemene Aanwijzing.	1. Parts of the binational elements of the Corps Personnel and materiel for the Headquarters of the Corps and its support elements as well as the Staff of the Command Support Group (CSG) and its Headquarters Company shall be provided in accordance with Article 4 of this Agreement as well as the General Directive.
2. Dem Korps unterstellte deutsche nationale Elemente - 1 Panzerdivision (in Friedenszeiten: Wehrbereichskommando II/1. PzDiv), - Teile der Korpstruppen, wie in der Führungsunterstützungsbrigade organisiert - Stabsfernmeldebataillon 110, - Topographische Batterie 800, - Geophysikalischer Meßzug 100, - Geophysikalischer Dienst I. (D/NL) Korps, - Geophysikalische Beratungsstelle 100, - Feldnachrichtenkompanie 100 (im Frieden der Führungsunterstützungsbrigade unterstellt).	2. Duitse nationale onderdelen, ondergeschikt aan het Korps - Pantserdivisie (in vreedstijd: Wehrbereichskommando II/1 Armoured Division) - Delen van de legerkorpstroepen, als georganiseerd in de Command Support Group - Stabsfernmeldebataillon 110 - Topographische Batterie 800 - Geophysikalischer Messzug 100 - Geophysikalischer Dienst I. (D/NL) Korps - Geophysikalische Beratungsstelle 100 - Feldnachrichtenkompanie 100 (in vreedstijd ondergeschikt aan de CSG)	2. German national elements, subordinated to the Corps - 1 Armoured Division (in peacetime: Wehrbereichskommando II/1 Armoured Division) - Parts of the Corps troops, as organized in the Command Support Group - Stabsfernmeldebataillon 110, - Topographische Batterie 800, - Geophysikalischer Meßzug 100, - Geophysikalischer Dienst I. (GE/NL) Corps, - Geophysikalische Beratungsstelle 100, - Feldnachrichtenkompanie 100 (in peacetime subordinated to the CSG).
3. Dem Korps unterstellte niederländische nationale Elemente - 1 Division „7 December“, - Teile der Korpstruppen, wie in der Führungsunterstützungsbrigade organisiert - 106 Signal Battalion, - 108 Signal Battalion, - 42 Signal Battalion.	3. Nederlandse nationale onderdelen, ondergeschikt aan het Korps - 1 Divisie „7 December“ - Delen van de legerkorpstroepen, als georganiseerd in de Command Support Group - 106 Verbindingsbataljon - 108 Verbindingsbataljon - 41 Verbindingsbataljon	3. Netherlands national elements, subordinated to the Corps - 1 Division "7 December" - Parts of the Corps troops, as organized in the Command Support Group - 106 Signal Battalion, - 108 Signal Battalion, - 41 Signal Battalion.

- | | | |
|--|--|---|
| <p>4. Aus organisatorischen Gründen zugeordnete deutsche Truppenteile (grundsätzlich nur im Frieden)</p> <ul style="list-style-type: none">- Wehrbereichskommando III/7. PzDiv,- Heeresunteroffiziersschule 1,- Heeresmusikkorps 100,- Infrastrukturstab Nord. <p>5. Aus organisatorischen Gründen zugeordnete niederländische Truppenteile (grundsätzlich nur im Frieden)</p> <ul style="list-style-type: none">- 11. Airmobile Brigade,- 11 Signals Battalion,- 41 MP Company (mob),- Corps Commando Troops. | <p>4. Duitse formaties en eenheden, toegevoegd aan het korps om organisatorische redenen (in beginsel alleen in vrede-tijd)</p> <ul style="list-style-type: none">- Wehrbereichskommando III/7 Armoured Division- Heeresunteroffiziersschule 1- Heeresmusikkorps 100- Infrastrukturstab Nord <p>5. Nederlandse formaties en eenheden, toegevoegd aan het Korps om organisatorische redenen (in beginsel alleen in vrede-tijd)</p> <ul style="list-style-type: none">- 11 Luchtmobiele Brigade- 11 Verbindingsbataljon- 41 MP Compagnie (mobilisabel)- Legerkorps commandotroepen | <p>4. German formations and units added to the Corps for organizational reasons (in principle only in peacetime)</p> <ul style="list-style-type: none">- Wehrbereichskommando III/7 Armoured Division,- Heeresunteroffiziersschule 1,- Heeresmusikkorps 100,- Infrastrukturstab Nord. <p>5. Netherlands formations and units added to the Corps for organizational reasons (in principle only in peacetime)</p> <ul style="list-style-type: none">- 11 Airmobile Brigade,- 11 Signal Battalion,- 41 MP Company (mob),- Corps Commando Troops. |
|--|--|---|

Anlage B
zur Vereinbarung
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung des Königreichs der Niederlande
über die Organisation und Arbeitsweise des I. (Deutsch-Niederländischen) Korps
und des Verbindungskommandos der Luftstreitkräfte

Bijlage B
bij het Akkoord
tussen de Regering van de Bondsrepubliek Duitsland
en de Regering van het Koninkrijk der Nederlanden
inzake de organisatie en de activiteiten van het 1 (Duits/Nederlandse) Legerkorps
en het Air Operations Coordination Center

Annex B
to the Agreement
between the Government of the Federal Republic of Germany
and the Government of the Kingdom of the Netherlands
on the Organization and the Activities of the 1 (German-Netherlands) Corps
and the Air Operations Coordination Center

**Integrierte Weisungs-
und Kontrollbefugnis
des Kommandierenden Generals**

Der Kommandierende General ist befugt zur

- a) auf dem Gebiet der Einsatzplanung
- Auswertung der Aufgaben des Korps gemäß Darstellung in Artikel 3 des Abkommens und Artikel 2 dieser Vereinbarung;
 - Erarbeitung und Herausgabe von Einsatzverfahren gemäß Artikel 19 dieser Vereinbarung;
 - Planung und Vorbereitung der Ausführung der Aufgaben gemäß Artikel 3 des Abkommens und Artikel 2 dieser Vereinbarung;
 - Beurteilung und Sicherstellung der Einsatzbereitschaft des Korps mit Blick auf die vorstehend erwähnten Aufgaben und auf der Grundlage von Artikel 7 Absatz 4 dieser Vereinbarung unter Ausklammerung der aus organisatorischen Gründen zugeordneten Truppenteile;
 - Einholung von Informationen über Art und Umfang der Vorbereitungen für den Einsatz des Korps bei den nationalen Stellen;
 - Unterrichtung der zuständigen nationalen Stellen und der NATO-Befehlshaber über den Einsatzstand des Korps oder seiner Elemente im Hinblick auf die vorstehend erwähnten Aufgaben;
 - Entwicklung ausgewogener und abgestimmter Alarmierungsverfahren für die binationalen Elemente des Korps gemäß Artikel 29 dieser Vereinbarung,

**De geïntegreerde leidinggevende
en toezichthoudende bevoegdheid
van de Commandant van het Korps**

De Commandant van het Korps heeft de volgende taken:

- a. Op het gebied van operationele planning:
- het analyseren van de taken van het Korps als genoemd in artikel 3 van het Verdrag en artikel 2 van dit Akkoord;
 - het ontwikkelen en uitvoeren van tactische concepten in overeenstemming met artikel 19 van dit Akkoord;
 - het plannen van en voorbereidingen treffen voor de uitvoering van de taken als genoemd in artikel 3 van het Verdrag en artikel 2 van dit Akkoord;
 - met betrekking tot bovengenoemde taken en op basis van artikel 7, vierde lid van dit Akkoord, het evalueren en veilig stellen van de operationele paraatheid van het Korps, met uitzondering van om organisatorische redenen toegevoegde formaties en eenheden;
 - het doen van verzoeken aan nationale autoriteiten om hem informatie te verstrekken over de aard en reikwijdte van de voorbereiding voor operaties van het Korps;
 - het op de hoogte stellen van de bevoegde nationale autoriteiten en de NAVO-bevelhebbers over de operationele status van het Korps of onderdelen daarvan met betrekking tot bovengenoemde taken;
 - het ontwikkelen van geharmoniseerde waarschuwingsprocedures voor de binationale onderdelen van het Korps in overeenstemming met artikel 29 van dit Akkoord.

**Integrated Directing
and Control Authority
of the Commander of the Corps**

The Commander of the Corps shall

- a. In the field of operational planning:
- analyze the tasks of the Corps as formulated in Article 3 of the Convention and Article 2 of this Agreement;
 - develop and issue tactical concepts in accordance with Article 19 of this Agreement;
 - plan and prepare for the execution of the tasks, as formulated in Article 3 of the Convention and Article 2 of this Agreement;
 - with regard to the aforementioned tasks and based on Article 7, paragraph 4 of this Agreement, evaluate and ensure the operational readiness of the Corps, excluding formations and units added for organizational reasons;
 - ask national authorities to inform him about the type and scope of preparation for operations of the Corps;
 - inform the competent national authorities and NATO Commanders about the operational status of the Corps or elements thereof with respect to the aforementioned tasks;
 - develop harmonized alert procedures for the binational elements of the Corps in accordance with Article 29 of this Agreement.

- | | | |
|--|---|---|
| <p>b) im Bereich Ausbildung und Übungen</p> <ul style="list-style-type: none"> - Festlegung der Ausbildungsziele für den Einsatz im Zusammenhang mit der Wahrnehmung der Aufgaben gemäß Artikel 3 des Abkommens und Artikel 2 dieser Vereinbarung; - Zusammenarbeit mit den nationalen Stellen und den jeweiligen NATO-Befehlshabern im Hinblick auf die Festlegung von Ausbildungsanforderungen und Verfahren zu deren Überprüfung; - Planung, Vorbereitung, Durchführung, Teilnahme und Auswertung der Übungen für alle binationalen und nationalen Elemente des Korps in Zusammenarbeit mit nationalen Stellen und/oder den entsprechenden NATO-Befehlshabern auf der Grundlage der geltenden nationalen Weisungen für die Übungstätigkeit; - Erstellung einer jährlichen binationalen Übungsweisung, als Teil des Jahresplans gemäß Artikel 8 dieser Vereinbarung; - Durchführung von Besuchen bei allen dem Korps zugewiesenen Verbänden und Einheiten und nach Abstimmung mit dem Dienstältesten Nationalen Offizier des anderen Staates bei den aus organisatorischen Gründen dem Korps zugeordneten Truppenteilen; - Beurteilung des Ausbildungsstands aller dem Korps unterstellten binationalen und nationalen Elemente; - Anmeldung seines Bedarfs für Ausbildungs- und Übungsaktivitäten, beispielsweise im Hinblick auf die Mitnutzung nationaler Ausbildungseinrichtungen; - Organisation besonderer Aktivitäten zur Förderung der Zusammenarbeit und der Effektivität auf binationaler Ebene; | <p>b. Op het gebied van training en oefeningen:</p> <ul style="list-style-type: none"> - het opstellen van specifieke trainingsdoelstellingen voor operaties met betrekking tot de uitvoering van de taken als genoemd in artikel 3 van het Verdrag en artikel 2 van dit Akkoord; - het samenwerken met de nationale autoriteiten en de respectieve NAVO-bevelhebbers bij het vaststellen van trainingsnormen en procedures voor de verificatie daarvan; - de planning, voorbereiding en leiding van oefeningen, de deelname daaraan en het evalueren daarvan voor alle binationale onderdelen en aan het Korps ondergeschikte nationale onderdelen in samenwerking met de nationale autoriteiten en/of respectieve NAVO-bevelhebbers op basis van de geldende nationale richtlijnen met betrekking tot oefeningen; - het jaarlijks uitwerken van een binationale oefenrichtlijn als onderdeel van het jaarplan als genoemd in artikel 8 van dit Akkoord; - het brengen van veldbezoeken aan alle aan het Korps toegewezen formaties of eenheden en, na coördinatie met de Senior National Officer van het andere land, aan de om organisatorische redenen aan het Korps toegevoegde formaties of eenheden; - het evalueren van het opleidingsniveau van alle binationale onderdelen en de aan het Korps ondergeschikte nationale onderdelen; - het formuleren van zijn eisen ten aanzien van opleiding en oefeningen, bijvoorbeeld voor het medegebruik van nationale opleidingsfaciliteiten; - het organiseren van specifieke activiteiten ter bevordering van de binationale samenwerking en doeltreffendheid. | <p>b. In the field of training and exercises:</p> <ul style="list-style-type: none"> - specify training objectives for operations, related to the execution of the tasks as formulated in Article 3 of the Convention and Article 2 of this Agreement; - cooperate with national authorities and respective NATO commanders in defining standards of training and procedures for verification; - plan, prepare, conduct, participate in and evaluate exercises for all binational elements and national elements subordinated to the Corps in cooperation with national authorities and/or respective NATO Commanders, based upon the valid national directives with regard to exercises; - elaborate an annual binational exercise directive, as a part of the annual plan as mentioned in Article 8 of this Agreement; - conduct field visits to all formations or units assigned to the Corps and, after coordination with the Senior National Officer of the other nation, to the formations or units added for organizational reasons to the Corps; - evaluate the level of training of all binational elements and national elements subordinated to the Corps; - state his requirements for training and exercises, for example for the co-use of national training facilities; - organize specific activities enhancing binational cooperation and effectiveness. |
| <p>c) Im Bereich Logistik einschließlich sanitätsdienstlicher Versorgung</p> <ul style="list-style-type: none"> - Beurteilung der materiellen Einsatzbereitschaft der unterstellten binationalen und nationalen Truppenteile; - Vorlage von Forderungen und Festlegung von Prioritäten im Bereich der Logistik, einschließlich der sanitätsdienstlichen Versorgung bei den zuständigen Stellen in Verbindung mit Artikel 24 dieser Vereinbarung; - Unterbreitung von Vorschlägen zur Standardisierung und Integration im Bereich der Logistik einschließlich sanitätsdienstlicher Versorgung bei den zuständigen nationalen Stellen, | <p>c. Op het gebied van de logistiek, met inbegrip van geneeskundige ondersteuning:</p> <ul style="list-style-type: none"> - het evalueren van de paraatheid van het materieel van alle binationale en nationale onderdelen die ondergeschikt zijn aan het Korps; - het opstellen en bij de bevoegde autoriteiten indienen van prioriteiten met betrekking tot de logistiek, met inbegrip van geneeskundige ondersteuning, in overeenstemming met artikel 24 van dit Akkoord; - het indienen van voorstellen met betrekking tot de standaardisatie en integratie op het gebied van de logistiek, met inbegrip van geneeskundige ondersteuning, bij de bevoegde nationale autoriteiten. | <p>c. In the field of logistics, including medical support:</p> <ul style="list-style-type: none"> - evaluate the materiel readiness of all binational and national elements subordinated to the Corps; - submit requirements and formulate priorities with respect to the logistics, including medical support, to the competent authorities, in accordance with Article 24 of this Agreement; - submit proposals with regard to standardization and integration in the field of logistics, including medical support, to the competent national authorities. |

- d) im Bereich Finanzwesen und gemeinsamer Haushalt
- Vorlage eines Haushaltsvoranschlags für den binationalen Haushalt zur Genehmigung gemäß Artikel 34 dieser Vereinbarung;
 - Ausführung des genehmigten binationalen Haushalts;
 - Festlegung von Forderungen, auf welcher Grundlage Verträge gemäß Artikel 8 des Abkommens abzuschließen sind;
 - Vorlage des Jahresabschlusses des binationalen Haushalts;
 - Vorlage des Rechnungsprüfungsberichts mit Stellungnahmen zu den Bemerkungen und Empfehlungen der Rechnungsprüfung;
 - soweit erforderlich, Festlegung von Prioritäten innerhalb des binationalen Haushalts zur Vermeidung von Haushaltsüberschreitungen;
 - Vorlage des Entwurfs eines binationalen Ergänzungshaushalts über den Gemeinsamen Ausschuss zur Genehmigung durch die zuständigen nationalen Stellen, falls sich die vorstehend aufgeführten Maßnahmen als unzulänglich erweisen,
- d. Op het gebied van financiën en het binationale budget:
- het indienen van een ontwerp voor het binationale budget voor goedkeuring overeenkomstig artikel 34 van dit Akkoord;
 - het uitvoeren van het goedgekeurde binationale budget;
 - het formuleren van eisen op basis waarvan contracten worden gesloten overeenkomstig artikel 8 van het Verdrag;
 - het indienen van de binationale financiële jaaropgave;
 - het indienen van de accountantsverklaring met opmerkingen en voorstellen met betrekking tot de bevindingen en aanbevelingen in de verklaringen;
 - het stellen van prioriteiten, voorzover nodig, binnen het goedgekeurde budget ter vermindering van overschrijdingen van het binationale budget;
 - wanneer blijkt dat bovengenoemde maatregelen niet voldoende zijn, het ter goedkeuring indienen van een ontwerp voor een aanvullend binationaal budget bij de bevoegde nationale autoriteiten via het Gemengd Comité.
- d. In the field of finance and binational budget:
- submit a draft-binational budget for approval in accordance with Article 34 of this Agreement;
 - implement the approved binational budget;
 - formulate requirements, on the basis of which contracts shall be concluded, in accordance with Article 8 of the Convention;
 - submit the yearly binational financial statements;
 - submit the audit-report with his comments and proposals related to the findings and recommendations of the report;
 - whenever necessary, prioritize within the approved budget, to avoid exceeding the binational budget;
 - in the case the aforementioned measures do not prove sufficient, submit a draft-supplementary binational budget for approval to the appropriate national authorities through the Joint Committee.
- e) in sonstigen Bereichen
- Vorlage des Jahresplans und des jährlichen Beurteilungsberichts gemäß den Bestimmungen in Artikel 8 dieser Vereinbarung;
 - Meldung an die zuständigen übergeordneten Kommandobehörden, falls die Durchführung nationaler oder binationaler Aufgaben der binationalen und nationalen Elemente oder des VerbKdo LuSK gefährdet ist;
 - Vorlage von Vorschlägen über den Gemeinsamen Ausschuss zur Organisation und Gliederung der unterstellten binationalen und nationalen Truppenteile bei den zuständigen nationalen Stellen;
 - Vorlage von Vorschlägen über den Gemeinsamen Ausschuss bezüglich der Abstimmung, Standardisierung und/oder Integration bei den zuständigen nationalen Stellen, beispielsweise im Hinblick auf Personalbestimmungen und Materialbedarf;
 - Ausübung der Befugnis zur Abweichung von nationalen Bestimmungen gemäß Artikel 16 dieser Vereinbarung;
 - Vorlage von Empfehlungen im Hinblick auf Änderungen oder Ergänzungen dieser Vereinbarung gemäß Artikel 40 Absatz 3;
 - Abstimmung von Plänen und Einsätzen mit den zuständigen zivilen und militärischen Behörden auf dem
- e. Op andere gebieden:
- het indienen van het jaarplan en het jaarlijkse evaluatierapport, bedoeld in artikel 8 van dit Akkoord;
 - het rapporteren aan de relevante hogere commando-autoriteiten, in geval de uitvoering van de nationale of binationale taken van de binationale en nationale onderdelen die ondergeschikt zijn aan het Korps of het AOCC in gevaar komt;
 - het indienen van voorstellen met betrekking tot de organisatie en de structuur van de aan het Korps ondergeschikte binationale en nationale onderdelen bij de betrokken nationale autoriteiten via het Gemengd Comité;
 - het indienen van voorstellen voor harmonisatie, standaardisatie en/of integratie bij de betrokken nationale autoriteiten via het Gemengd Comité, bijvoorbeeld met betrekking tot regelgeving voor personeelszaken en eisen aan het materieel;
 - het afwijken van nationale regelgeving overeenkomstig artikel 16 van dit Akkoord;
 - het doen van aanbevelingen met betrekking tot wijzigingen of aanvullingen van dit Akkoord overeenkomstig artikel 40, derde lid;
 - het coördineren met de betrokken burgerlijke en militaire autoriteiten van plannen en operaties in het kader
- e. In other fields:
- submit the annual plan and the annual evaluation report as laid down in Article 8 of this Agreement;
 - report to the relevant higher command authorities in the case the execution of national or binational tasks of the binational and national elements subordinated to the Corps or the AOCC are endangered;
 - submit proposals concerning the organization and structure of the binational elements and the national elements subordinated to the Corps to the appropriate national authorities through the Joint Committee;
 - submit proposals on harmonization, standardization and/or integration to the appropriate national authorities through the Joint Committee, for example with respect to personnel regulations and materiel requirements;
 - deviate from national regulations in accordance with Article 16 of this Agreement;
 - present recommendations with respect to amendments or supplements of this Agreement in accordance with Article 40 paragraph 3;
 - coordinate with the appropriate civil and military authorities plans and operations, concerning civil-military

- | | | |
|---|--|--|
| <p>Gebiet der zivil-militärischen Zusammenarbeit (ZMZ) entsprechend anzuwendenden NATO/WEU-Dokumenten;</p> <ul style="list-style-type: none"> - Vertretung des Korps nach außen; - Unterrichtung der zuständigen nationalen Stellen über den binationalen Elementen zugeteiltes Personal und Material; - Überwachung der Einhaltung der geltenden Sicherheits- und Umweltschutzbestimmungen durch die Angehörigen des Korps; | <p>van de civiel-militaire samenwerking (CIMIC), voorzover toepasselijk op basis van desbetreffende NAVO/WEU-documenten;</p> <ul style="list-style-type: none"> - het vertegenwoordigen van het Korps; - het informeren van de betrokken nationale autoriteiten over het aan de binationale onderdelen toegewezen personeel en materieel; - het toezicht houden op de naleving van de toepasselijke regelgeving op het gebied van veiligheid en milieu-bescherming door het personeel van het Korps. | <p>cooperation (CIMIC), where appropriate on the basis of respective NATO/WEU-documents;</p> <ul style="list-style-type: none"> - represent the Corps; - inform the appropriate national authorities about the personnel and materiel allocated to the binational elements; - supervise the adherence to the applicable safety and environmental-regulations by the personnel of the Corps; |
| <p>f) im Falle anderer als Hauptverteidigungseinsätze</p> <ul style="list-style-type: none"> - Planung und Durchführung von Einsätzen zur Erfüllung der erteilten Aufgaben und Aufträge; - Erarbeitung von Einsatzkonzepten und Verfahren gemäß Artikel 19 dieser Vereinbarung, | <p>f. In geval van andere dan MDF-operaties:</p> <ul style="list-style-type: none"> - het plannen en leiden van operaties ter verwezenlijking van de specifieke taken en opdrachten; - het voorbereiden van concepten en procedures voor de opdrachten overeenkomstig artikel 19 van dit Akkoord. | <p>f. In case of other than MDF-operations</p> <ul style="list-style-type: none"> - plan and conduct operations in order to accomplish the specific tasks and missions; - prepare mission concepts and procedures in accordance with Article 19 of this Agreement; |
| <p>g) nach ToA für Einsätze im Rahmen der Hauptverteidigungskräfte</p> <ul style="list-style-type: none"> - Durchführung von Operationen zur Erfüllung des vom zuständigen NATO-Befehlshaber gemäß Weisung des SACEUR zugewiesenen Auftrags; - Abstimmung mit nationalen Stellen gemäß den einschlägigen NATO-Dokumenten; - Aufforderung an nationale Stellen und/oder den zuständigen NATO/WEU-Befehlshaber, dem Korps zusätzliche Truppenteile zuzuteilen; - Umverteilung unterstellter logistischer und sanitätsdienstlicher Ressourcen unter Beachtung der Regelungen der MC 319/1. - Erteilung von Aufgaben oder Aufträgen an nachgeordnete Kommandeure, Verlegung von Einheiten, Änderung der Truppeneinteilung und, soweit erforderlich, Übertragung oder Beibehaltung von operational control und/oder tactical control. | <p>g. Na gezagsoverdracht voor MDF-taken:</p> <ul style="list-style-type: none"> - het leiden van operaties ter uitvoering van de door de bevoegde NAVO-bevelhebber op aanwijzing van SACEUR toegewezen opdracht; - het, indien nodig, in overeenstemming met de toepasselijke NAVO-documenten coördineren met de nationale autoriteiten; - het doen van verzoeken aan de nationale autoriteiten en/of de bevoegde NAVO-bevelhebber om extra eenheden aan het Korps toe te wijzen; - het herverdelen van logistieke en geneeskundige voorraden onder zijn bevel, rekening houdend met de bepalingen vervat in MC 319/1; - het geven van opdrachten of taken aan ondergeschikte commandanten, het inzetten van eenheden, het wijzigen van de toewijzing van strijdkrachten en het zelf uitoefenen of delegeren van het operationele en/of tactische toezicht naar gelang dit nodig wordt geacht. | <p>g. After ToA for MDF-tasks:</p> <ul style="list-style-type: none"> - conduct operations to accomplish the mission assigned by the competent NATO Commander, as directed by SACEUR; - coordinate in accordance with relevant NATO-documents with national authorities when required; - request national authorities and/or the competent NATO/WEU Commander to assign additional units to the Corps; - redistribute logistic and medical assets under his command, taking the provisions of MC 319/1 into account; - assign missions or tasks to subordinate commanders, to deploy units, to reassign forces and to retain or delegate operational and/or tactical control as may deemed necessary. |

Anlage C
zur Vereinbarung
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung des Königreichs der Niederlande
über die Organisation und Arbeitsweise des I. (Deutsch-Niederländischen) Korps
und des Verbindungskommandos der Luftstreitkräfte

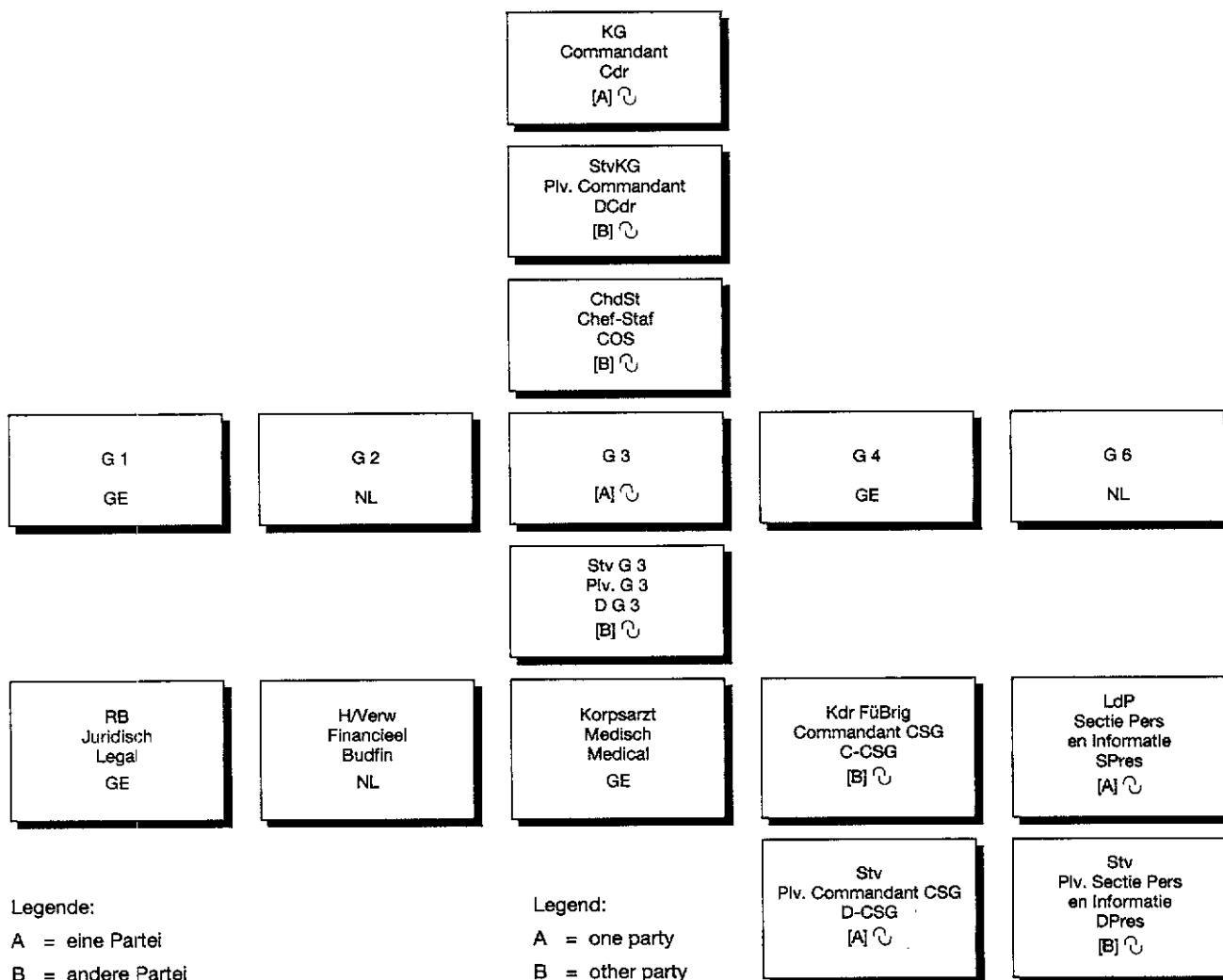
Verteilung der Rotationsdienstposten

Bijlage C
bij het Akkoord
tussen de Regering van de Bondsrepubliek Duitsland
en de Regering van het Koninkrijk der Nederlanden
inzake de organisatie en de activiteiten van het 1 (Duits/Nederlandse) Legerkorps
en het Air Operations Coordination Center

Verdeling van Hogere Stafofficiersfuncties

Annex C
to the Agreement
between the Government of the Federal Republic of Germany
and the Government of the Kingdom of the Netherlands
on the Organization and the Activities of the 1 (German-Netherlands) Corps
and the Air Operations Coordination Center

Distribution of the Commanding Senior Staff Officers Functions



Anlage D
zur Vereinbarung
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung des Königreichs der Niederlande
über die Organisation und Arbeitsweise des I. (Deutsch-Niederländischen) Korps
und des Verbindungskommandos der Luftstreitkräfte

Bijlage D
bij het Akkoord
tussen de Regering van de Bondsrepubliek Duitsland
en de Regering van het Koninkrijk der Nederlanden
inzake de organisatie en de activiteiten van het I (Duits/Nederlandse) Legerkorps
en het Air Operations Coordination Center

Annex D
to the Agreement
between the Government of the Federal Republic of Germany
and the Government of the Kingdom of the Netherlands
on the Organization and the Activities of the I (German-Netherlands) Corps
and the Air Operations Coordination Center

Finanzwesen und binationaler Haushalt**1. Kostenarten und Haushaltsstruktur**

(1) Die Erfassung und Veranschlagung der Kosten für die binationalen Elemente (gemäß Artikel 4 Absatz 2 dieser Vereinbarung) erfolgen in Anlehnung an die NATO-Kostenstruktur.

(2) Der binationale Haushalt wird in nachstehende Kostenkategorien aufgeteilt:

- I. Personalkosten
- II. Sach- und Verwaltungskosten einschließlich Kosten für Ausbildungsmaßnahmen
- III. Übungskosten
- IV. Investitionskosten
- V. Einnahmen

Diese Kostenkategorien sind in Anlehnung an die NATO-Kostenstruktur in Titel und Untertitel zu gliedern. Die wichtigsten Titel enthält die Beilage. Die Aufzählung ist jedoch unvollständig. Sie ist gemäß der NATO-Kostenstruktur und ggf. den korpspezifischen Ausgabeschwerpunkten zu ergänzen.

(3) Die Verfahren der Ausführung des binationalen Haushaltes richten sich nach den in der Allgemeinen Weisung definierten Bestimmungen.

2. Kostenteilung

(1) Die Aufteilung der nach Abschnitt 1 im binationalen Haushalt veranschlagten Kosten zwischen den Vertragsparteien erfolgt auf der Basis des vereinbarten Kostenteilungsschlüssels und entspricht dem Grundsatz einer ausgewogenen Kostenteilung. Sind Abgaben aufgrund einer gemeinsamen

Financiën en Binotionaal Budget**1. Kostencategorieën en structuur van het budget**

(1) De kosten voor de binationale onderdelen (overeenkomstig artikel 4, tweede lid, van dit Akkoord) worden vastgesteld en begroot in overeenstemming met de NAVO-kostenstructuur.

(2) Het binationale budget wordt verdeeld in de volgende kostencategorieën:

- I. Personeelskosten
- II. Materiaalkosten en administratieve kosten, met inbegrip van de kosten voor trainingsprojecten
- III. Kosten van oefeningen
- IV. Investerings
- V. Ontvangsten

Deze kostencategorieën worden onderverdeeld in hoofdposten (titels) en de onderverdeling daarvan (subtitels) in overeenstemming met de NAVO-kostenstructuur. Het Aangangsel bevat de belangrijkste hoofdposten. Die opsomming is echter niet volledig. Zij dient te worden aangevuld in overeenstemming met de NAVO-kostenstructuur en eventueel de voor het Korps specifieke, belangrijkste uitgaven.

(3) De procedures voor de implementatie van het binationale budget worden geënt op de bepalingen vastgelegd in de Algemene Aanwijzing.

2. Kostenverdeling

(1) De verdeling van de kosten tussen de Verdragsluitende Partijen, begroot in het binationale budget in overeenstemming met paragraaf 1, wordt geëffectueerd op basis van de overeengekomen formule voor de kostenverdeling en in overeenstemming met het beginsel van een evenwichtige

Finance and Binational Budget**1. Cost Categories and Budget Structure**

(1) Costs for the binational elements (according to Article 4 paragraph 2 of this Agreement) shall be ascertained and estimated in accordance with the NATO cost structure.

(2) The binational budget shall be divided into the following cost categories:

- I. Personnel costs
- II. Material and administrative costs, including costs of training projects
- III. Exercise costs
- IV. Investment costs
- V. Receipts

These cost categories are to be structured into titles and subtitles in accordance with the NATO cost structure. The Appendix contains the most important titles. However, that listing is incomplete. It is to be supplemented in accordance with the NATO cost structure and possibly the major expenditures specific to the Corps.

(3) The procedures of implementing the binational budget shall be oriented on the provisions defined in the General Directive.

2. Cost Sharing

(1) The distribution of the costs between the Contracting Parties estimated in the binational budget in accordance with paragraph 1, shall be done on the basis of the agreed cost-sharing formula and in line with the principle of a balanced cost-sharing. If duties and taxes must be paid due to

Beschaffung zu entrichten, so gehen diese zu Lasten des binationalen Haushalts.

(2) Der Kostenteilungsschlüssel beruht auf der vereinbarten Stellenbesetzung (STAN-Soll-Stärke) des Korpsstabs und des Stabes der Führungsunterstützungsbrigade (CSB). Es ist folgender Schlüssel vereinbart:

Deutscher
Kostenanteil: $[A : C] \times D$

Niederländischer
Kostenanteil: $[B : C] \times D$

Es bedeuten

A Deutsche Personalstärke (STAN-Soll) im Korpsstab und im Stab CSB.

B Niederländische Personalstärke (STAN-Soll) im Korpsstab und im Stab CSB.

C Gesamtpersonalstärke (STAN-Soll) im Korpsstab und im Stab CSB.

D Gesamtvolumen des binationalen Haushalts.

3. Besonderheiten der Kostenteilung

(1) Von beiden Vertragsparteien einvernehmlich veranlaßte Maßnahmen im Infrastrukturbereich (Umbau- und Erweiterungsarbeiten) und zur Beschaffung von Einrichtungsgegenständen und Geräten für den Korpsstab und den Stab der Führungsunterstützungsbrigade werden im binationalen Haushalt in Kapitel IV veranschlagt und unter Anwendung der in Abschnitt 2 (2) vereinbarten Kostenteilungsformel finanziert, soweit im Einzelfall nichts anderes vereinbart wird.

(2) Die Kosten (Personalkosten und Nebengebühnisse) für das in den Korpsstab und den Stab Führungsunterstützungsbrigade entsandte Personal (nach OSTAN) werden von den Vertragsparteien aus den nationalen Haushalten getragen.

(3) Die Fahrtkosten oder Transportkosten für Reisen bzw. Transporte, die sich aus Erfordernissen des Korpsstabs und des Stabes Führungsunterstützungsbrigade ableiten, werden

verdeling van de kosten. Indien heffingen en belastingen moeten worden betaald ten gevolge van een gezamenlijke aanschaf, worden deze ten laste gebracht van het binationale budget.

(2) De formule voor de kostenverdeling is gebaseerd op de overeengekomen personeelsbezetting (personeelssterkte volgens de OTAS) van het Hoofdkwartier van het Korps en het Hoofdkwartier van de Command Support Group. Over de volgende formule is overeenstemming bereikt:

Duits aandeel
in de kosten: $[A : C] \times D$

Nederlands aandeel
in de kosten: $[B : C] \times D$

Definities:

A. Sterkte van het Duitse personeel (sterkte volgens de OTAS) in het Hoofdkwartier van het Korps en het Hoofdkwartier van de Command Support Group

B. Sterkte van het Nederlandse personeel (sterkte volgens de OTAS) in het Hoofdkwartier van het Korps en het Hoofdkwartier van de Command Support Group

C. Totale personeelssterkte (sterkte volgens de OTAS) in het Hoofdkwartier van het Korps en het Hoofdkwartier van de Command Support Group

D. Totale omvang van het binationale budget

3. Bijzondere onderdelen van de kostenverdeling

(1) Maatregelen op het gebied van de infrastructuur (reconstructie en uitbreidingswerkzaamheden) en maatregelen ten behoeve van de aanschaf van meubilair en apparatuur voor het Hoofdkwartier van het Korps en het Hoofdkwartier van de Command Support Group genomen in overeenstemming tussen de twee Verdragsluitende Partijen worden begroot in het binationale budget in hoofdstuk IV en worden gefinancierd door toepassing van de formule voor de kostenverdeling overeengekomen in paragraaf 2 (2), mits niet anderszins overeengekomen op basis van een beoordeling van geval tot geval.

(2) De kosten voor personeel (personeelskosten en bijkomende kosten) toegewezen aan het Hoofdkwartier van het Korps en het Hoofdkwartier van de Command Support Group (volgens de OTAS) worden door de Verdragsluitende Partijen uit hun nationale budgetten bekostigd.

(3) Vervoers- of transportkosten voor reizen of transporten op grond van behoeften van het Hoofdkwartier van het Korps of het Hoofdkwartier van de Command Support Group worden

a joint procurement, they shall be charged to the binational budget.

(2) The cost-sharing formula is based on the agreed staffing (TOE personnel strength) of the Corps HQ and the Command Support Group HQ. The following formula has been agreed:

German share
of costs: $[A : C] \times D$

Netherlands share
of costs: $[B : C] \times D$

Definitions:

A German personnel strength (TOE strength) in Corps HQ and CSG HQ

B Netherlands personnel strength (TOE strength) in Corps HQ and CSG HQ

C Total personnel strength (TOE strength) in Corps HQ and CSG HQ

D Total capacity of the binational budget

3. Special Features of Cost Sharing

(1) Infrastructure measures (reconstruction and extension work) and measures to procure furnishings and equipment for the Corps HQ and the CSG HQ initiated in agreement between the two Contracting Parties shall be estimated in the binational budget in Chapter IV and financed by applying the cost-sharing formula agreed in paragraph 2 (2), if not otherwise agreed upon a case by case basis.

(2) The costs of personnel (personnel costs and subsidiary costs) assigned to the Corps HQ and the CSG HQ (according to TOE) shall be borne by the Contracting Parties from their national budgets.

(3) Travel costs or transport costs for trips or transports based on the requirements of the Corps HQ or the CSG HQ shall be financed from the binational budget. Authorized travel

aus dem binationalen Haushalt finanziert. Die reisekostenrechtlichen Abfindungen für dieses Personal werden dagegen aus den nationalen Haushalten finanziert.

(4) National bedingte Ausbildungsmaßnahmen (Lehrgänge der Laufbahnausbildung/Regelausbildung) werden vollständig aus den nationalen Haushalten finanziert.

4. Kostenermittlung

(1) Die Kostenermittlung für die Kostenkategorien I., II. (außer Infrastrukturbetriebskosten), III. und IV. zur Veranschlagung im binationalen Haushalt und im mittelfristigen Finanzplan erfolgt in Verantwortung des Kommandierenden Generals.

(2) Zur Ermittlung der Infrastrukturbetriebskosten ist um Unterstützung durch die jeweiligen nationalen Verwaltungsstellen zu ersuchen.

5. Haushaltsverfahren

(1) Das Haushaltsjahr beginnt am 1. Januar und endet am 31. Dezember.

(2) Der binationale Haushalt wird in der Währung des Staates aufgestellt, in dem der Korpsstab seinen ständigen Sitz nimmt (Friedensstationierung).

(3) Der Kommandierende General erstellt vor dem 1. Oktober eines jeden Jahres einen Haushaltsvoranschlag für den binationalen Haushalt, der die Veranschlagung aller im nächsten Haushaltsjahr ($x + 1$) dort voraussichtlich anfallenden Kosten berücksichtigt. Er legt diesen Haushaltsvoranschlag den beiden Ko-Vorsitzenden des Ausschusses zur Prüfung und weiteren Bearbeitung in den jeweiligen nationalen Führungsstäben unverzüglich vor.

(4) Zusammen mit dem Haushaltsvoranschlag ist die mittelfristige Finanzplanung für das übernächste ($x + 2$) und das darauffolgende Haushaltsjahr ($x + 3$) vorzulegen. Darin sollen in erster Linie die finanzplanerischen Auswirkungen der wichtigsten Vorhaben und Investitionen ableitbar sein. Die von den nationalen Führungsstäben gebilligte mittelfristige Finanzplanung ist Grundlage für die Haushaltsvoranschläge der Folgejahre.

(5) Falls erforderlich, kann der Kommandierende General von den nationalen Führungsstäben vor Billigung des binationalen Haushaltes aufgefordert werden, die Veranschlagungen eingehend zu erläutern.

bekostigt uit het binationale budget. Aan dit personeel toegekende reiskostenvergoedingen worden volledig uit de nationale budgetten bekostigd.

(4) Nationale maatregelen op het gebied van training (beroepstrainingen/reguliere training) worden volledig uit de nationale budgetten bekostigd.

4. Prijsstelling

(1) De prijsstelling voor de kostencategorieën I, II (met uitzondering van de exploitatiekosten voor de infrastructuur), III en IV om raming van de kosten in het binationale budget en de financiële planning voor de middellange termijn mogelijk te maken, wordt tot stand gebracht onder de verantwoordelijkheid van de Commandant van het Korps.

(2) De desbetreffende nationale administratieve instanties wordt verzocht te assisteren bij de prijsstelling van de exploitatiekosten voor de infrastructuur.

5. Budgetprocedures

(1) Het financiële jaar begint op 1 januari en eindigt op 31 december.

(2) Het binationale budget wordt opgesteld in de valuta van de Staat waarin het Hoofdkwartier van het Korps blijvend is gevestigd (stationering in vredestijd).

(3) De Commandant van het Korps maakt voor 1 oktober van elk jaar een budgetraming voor het binationale budget; deze omvat ramingen van alle kosten die zich naar verwachting zullen voordoen in het volgende financiële jaar ($x + 1$). Hij legt deze budgetraming onverwijld voor aan de twee co-voorzitters van het Comité ten behoeve van toetsing en verdere beoordeling in de staven van de respectieve nationale krijgsmachten.

(4) De financiële planning op middellange termijn voor het financiële jaar na het volgende jaar ($x + 2$) en voor het daaropvolgende financiële jaar ($x + 3$) wordt samen met de budgetraming ingediend. Daar moeten vóór alles de gevolgen van de belangrijkste projecten en investeringen voor de financiële planning uit af te leiden zijn. De door de staven van de nationale krijgsmachten goedgekeurde financiële planning voor de middellange termijn vormt de basis voor de budgetramingen van de volgende jaren.

(5) De Commandant van het Korps kan, indien noodzakelijk, voorafgaand aan de goedkeuring van het binationaal budget door de staven van de nationale krijgsmachten worden opgeroepen om een gedetailleerde toelichting op de ramingen te geven.

allowances for this personnel will be financed entirely from national budgets.

(4) National training measures (career training courses/regular training) shall be financed entirely from the national budgets.

4. Pricing

(1) Pricing for cost categories I, II (except for infrastructure operational costs), III and IV to enable cost estimates in the binational budget and medium-term financial plan shall be done under the responsibility of the Commander of the Corps.

(2) The respective national administrative agencies shall be requested to support the pricing of infrastructure operational costs.

5. Budget Procedures

(1) The financial year begins on 1 January and ends on 31 December.

(2) The binational budget shall be made in the currency of the State in which the Corps HQ is permanently based (peacetime stationing).

(3) The Commander of the Corps shall make a budget estimate for the binational budget by 1 October of each year; this will include estimates of all costs expected to accrue during the next financial year ($x + 1$). He shall submit this budget estimate without delay to the two co-chairmen of the Committee for review and further staffing in the respective national armed forces staffs.

(4) The medium-term financial plan for the financial year after the next ($x + 2$) and the subsequent financial year ($x + 3$) is to be submitted with the budget estimate. Above all, the financial planning effects of the most important projects and investments should be inferable from it. The medium-term financial plan approved by the national armed forces staffs shall be the basis for the budget estimates for the subsequent years.

(5) If required, the Commander of the Corps may be called upon by the national armed forces staffs prior to approval of the binational budget to give a detailed explanation of the estimates.

(6) Nach abschließender Prüfung des Haushaltsvoranschlages wird der binationale Haushalt durch die nationalen Führungsstäbe gebilligt, sobald die nationalen Staatshaushalte vom jeweiligen Parlament verabschiedet sind und Gesetzeskraft haben. Ist dieses Verfahren bis zum Beginn des Haushaltsjahres nicht abgeschlossen, wird das Korps ermächtigt, auf der Basis der Haushaltsansätze des Vorjahres Ausgaben für den Betrieb der binationalen Elemente zu leisten, die pro Monat $\frac{1}{2}$ des Jahresvolumens des letzten binationalen Haushaltes nicht übersteigen (Vorläufige Haushaltsführung). Die geleisteten Zahlungen sind nach Inkraftsetzung des binationalen Haushaltes auf das Haushaltsvolumen anzurechnen.

(7) Nach Billigung des binationalen Haushaltes durch die nationalen Führungsstäbe führt der Kommandierende General den – ggf. geänderten – binationalen Haushalt entsprechend den festgelegten Verfahren dieser Anlage und den ergänzenden Bestimmungen der Allgemeinen Weisung aus. Sollten durch unvorhersehbare und unabwendbare Ereignisse die Veranschlagungen des binationalen Haushaltes nicht genügen, um den Auftrag des Korps sachgerecht ausführen zu können, und blieben interne haushaltstechnische Maßnahmen (Umschichtungen) ohne Erfolg, kann der Kommandierende General einen Nachtragshaushalt erarbeiten und über die Ko-Vorsitzenden des Ausschusses zur Prüfung vorlegen. Dieses Verfahren ist an keine Fristen gebunden.

(8) Der Kommandierende General ist befugt, im Rahmen des gebilligten Haushaltsvolumens des binationalen Haushaltes innerhalb der Kostenkategorien und zwischen den Kostenkategorien I., II. und III. (Betriebsausgaben) Umschichtungen vorzunehmen. Innerhalb der Kostenkategorien können bis zu 25 % der Titelsätze umgeschichtet werden. Zwischen den Kostenkategorien I., II. und III. können bis zu 20 % der einzelnen Volumina umgeschichtet werden. Umschichtungen, die ein größeres Volumen haben oder die Kostenkategorie IV (Investitionen) betreffen, bedürfen der vorherigen Billigung.

(9) Sollten bestimmte Ausgaben durch den NATO-Haushalt finanziert werden, gelten die hier beschriebenen Verfahren nur insoweit, wie sie nicht in Widerspruch zu den NATO-Verfahren stehen.

6. Beitragszahlungen

(1) Die Vertragsparteien verpflichten sich zur Übernahme und Finanzierung der Kosten des binationalen Haus-

(6) Na de laatste toetsing van de budgetraming, wordt het binationale budget goedgekeurd door de staven van de nationale krijgsmachten zodra de nationale budgetten in de respectieve nationale parlementen zijn gepasseerd en kracht van wet hebben gekregen. Indien deze procedure aan het begin van het financiële jaar niet is voltooid, is het Korps gerechtigd uitgaven te doen op basis van de voor de exploitatie van de binationale onderdelen in het voorgaande jaar toegewezen bedragen; in geen enkele maand mogen deze uitgaven hoger zijn dan een twaalfde van het jaartotaal van het laatste binationale budget (voorlopig budget). Reeds betaalde bedragen dienen op het totale budget in mindering te worden gebracht nadat het binationale budget van kracht is geworden.

(7) Na goedkeuring van het binationale budget door de staven van de nationale krijgsmachten, geeft de Commandant van het Korps uitvoering aan het binationale budget (dat kan zijn gewijzigd) in overeenstemming met de procedures vastgesteld in deze Bijlage en in de aanvullende bepalingen van de Algemene Aanwijzing. Indien door onvoorziene en niet te vermijden gebeurtenissen de ramingen van het binationale budget niet toereikend blijken te zijn om de opdracht van het Korps op gepaste wijze uit te voeren en indien interne budget-specifieke maatregelen, zoals herschikking van het budget, geen succes hebben, kan de Commandant van het Korps een aanvullend budget opstellen en dit aan de co-voorzitters van het Comité ter toetsing voorleggen. Deze procedure is niet aan een tijdslimiet gebonden.

(8) De Commandant van het Korps is gerechtigd herschikking van het budget toe te passen binnen en tussen de kostencategorieën I, II en III en (exploitatiekosten) binnen het bestek van het goedgekeurde totale binationale budget. Binnen de kostencategorieën mag ten hoogste 25 procent van de ramingen van de hoofdposten worden herschikt. Tussen de kostencategorieën I, II en III, mag ten hoogste 20 procent van de individuele bedragen van de fondsen worden herschikt. Herschikkingen van grote omvang of herschikkingen in kostencategorie IV (investeringen) dienen vooraf te worden goedgekeurd.

(9) Indien bepaalde uitgaven uit het NAVO-budget worden gefinancierd, zijn de hierin beschreven procedures slechts van toepassing voor zo ver zij niet in tegenspraak zijn met de NAVO-procedures.

6. Betaling van de bijdragen

(1) De Verdragsluitende Partijen verbinden zich de kosten van het binationale budget te dragen en te financie-

(6) Following the final review of the budget estimate, the binational budget shall be approved by the national armed forces staffs as soon as the national budgets have been passed by the respective national parliaments and have acquired the force of law. If this procedure has not been completed by the beginning of the financial year, the Corps shall be authorized to make expenditures on the basis of the appropriations of the previous year for the operation of the binational elements; in any one month these expenditures must not exceed one twelfth of the annual total of the last binational budget (tentative budget). Payments already made are to be deducted from the total budget after the binational budget has come into effect.

(7) Following approval of the binational budget by the national armed forces staffs, the Commander of the Corps shall implement the binational budget (which may have been amended) in accordance with the procedures established in this Annex and in the supplementary provisions of the General Directive. If unforeseeable and unavoidable events should cause the estimates of the binational budget to be insufficient to properly perform the mission of the Corps, and if internal budget-specific measures (virement of funds) should be unsuccessful, the Commander of the Corps may prepare a supplementary budget and submit it to the co-chairmen of the Committee for review. This procedure is not bound to any time-limits.

(8) The Commander of the Corps is authorized to implement virements of funds within and between cost categories I, II and III and (operational costs) within the scope of the approved binational total budget. Within the cost categories, up to 25 percent of the title estimates may be subject of virements of funds. Between the cost categories I, II and III, up to 20 percent of the individual volumes of funds may be subject to virements. Virements of large amount or virements concerning cost category IV (investments) shall require prior approval.

(9) If certain expenditures should be financed from the NATO budget, the procedures described herein shall apply only to the extent that they do not contradict NATO procedures.

6. Payments of Contributions

(1) The Contracting Parties undertake to bear and finance the costs of the binational budget in accordance with

halts, wie sie sich aus der vereinbarten Kostenteilung (Abschnitt 2) errechnen.

(2) Der Kommandierende General benennt den beiden nationalen Führungsstäben ein Konto, auf das die Beitragszahlungen der Vertragsparteien zu leisten sind.

(3) Der Kommandierende General ruft zu drei Terminen im Jahr bei den beiden nationalen Führungsstäben Teilbeiträge ab. Die Höhe der Abrufe ist nach dem voraussichtlichen Mittelbedarf zu richten, den das Korps bis zum Zeitpunkt des nächsten planmäßigen Abrufs haben wird.

Zu folgenden Terminen sind die Abrufe bei den nationalen Führungsstäben vorzulegen:

- 1. Februar
- 1. Juni
- 1. Oktober.

(4) Zeigt der Jahresabschluß des binationalen Haushaltes einen Habensaldo, so werden die anteiligen Guthaben der Vertragsparteien in das neue Haushaltsjahr übertragen und mit dem nächstfolgenden Abruf der Teilbeiträge verrechnet, soweit nicht etwas anderes vereinbart ist.

7. Einnahmen

Die Einnahmen werden unter Kostenkategorie V. verbucht.

8. Jahresabschluß

(1) Der Kommandierende General legt über die Ko-Vorsitzenden des Ausschusses den Jahresabschluß des binationalen Haushaltes zum vorangegangenen Haushaltsjahr bis zum 31. März eines Jahres vor. Abweichungen über 10 % der Kostenkategorien I.-IV. des Haushaltsvollzuges zum gebilligten binationalen Haushalt sind zu erläutern.

(2) Erfolgt bis zum 30. Juni durch die beiden nationalen Führungsstäbe keine schriftliche Stellungnahme zum Haushaltsabschluß, so gilt dieser als anerkannt.

9. Rechnungsprüfung

(1) Rechnungsprüfungen werden von einem binationalen, paritätisch zusammengesetzten und unabhängigen Rechnungsprüfungsausschuß ab April eines jeden Jahres durchgeführt. Der Vorsitzende des Rechnungsprüfungsausschusses wird von der Vertragspartei gestellt, die nicht den Kommandierenden General stellt.

(2) Die Rechnungsprüfung wird angelehnt an die Rechnungsprüfungsbestimmungen der NATO durchgeführt.

ren in overeenstemming met de overeengekomen kostenverdeling (paragraaf 2).

(2) De Commandant van het Korps wijst voor de staven van beide nationale krijgsmachten een rekening aan waarop de bijdragen van de Verdragsluitende Partijen moeten worden gestort.

(3) Op drie data gedurende het jaar vordert de Commandant van het Korps deelbetalingen op van de staven van beide nationale krijgsmachten. De hoogte van de te betalen bedragen wordt vastgesteld op basis van de verwachte behoefte aan middelen die het Korps zal hebben tot de volgende reguliere opvordering van middelen.

Middelen moeten bij de staven van de nationale krijgsmachten worden opgevorderd op de volgende data:

- 1 februari
- 1 juni
- 1 oktober

(4) Indien er een creditsaldo is in het financiële jaaroverzicht, worden de kredieten van de Verdragsluitende Partijen naar evenredigheid overgeboekt naar het nieuwe financiële jaar en in mindering gebracht op de volgende opvordering of op de bijdragen, tenzij anders wordt overeengekomen.

7. Ontvangsten

Ontvangsten worden geboekt onder kostencategorie V.

8. Financieel jaaroverzicht

(1) De Commandant van het Korps legt via de co-voorzitters van het Comité het financiële jaaroverzicht over het voorgaande financiële jaar over op 31 maart van elk jaar. Afwijkingen tijdens de implementatie van het budget van meer dan 10 procent van de kostencategorieën I - IV van het goedgekeurde binationale budget moeten worden toegelicht.

(2) Indien geen van de staven van beide nationale krijgsmachten voor 30 juni schriftelijk commentaar op het financieel jaaroverzicht heeft overgelegd, wordt het financieel jaaroverzicht geacht te zijn goedgekeurd.

9. Accountantscontrole

(1) Accountantscontroles - elk jaar te verrichten in april - worden uitgevoerd door een onafhankelijk binationaal accountantsteam samengesteld uit een gelijk aantal vertegenwoordigers van beide Verdragsluitende Partijen. De voorzitter van het accountantsteam is afkomstig van de Verdragsluitende Partij waarvan de Commandant van het Korps niet afkomstig is.

(2) De accountantscontrole wordt uitgevoerd op basis van de NAVO-regels voor de accountantscontrole.

agreed cost sharing (paragraph 2).

(2) The Commander of the Corps shall designate an account for both national armed forces staffs into which the Contracting Parties' contributions must be paid.

(3) At three dates during the year the Commander of the Corps shall call in partial contributions from both national armed forces staffs. The amount of the payments to be made shall be determined on the basis of the expected requirements of funds which the Corps shall have until the next regular calling of funds.

Callings of funds must be submitted to the national armed forces staffs at the following dates in:

- 1 February
- 1 June
- 1 October

(4) If there is a credit balance in the annual financial statement, the proportionate credits of the Contracting Parties shall be transferred into the new financial year and balanced against the next calling or contributions, unless otherwise agreed.

7. Receipts

Receipts shall be posted under cost category V.

8. Annual Financial Statement

(1) The Commander of the Corps shall submit through the co-chairmen of the Committee the annual financial statement for the previous financial year by 31 March of each year. Deviations of more than 10 % of the cost categories I - IV from the approved binational budget during the implementation of the budget must be explained.

(2) If both national armed forces staffs do not submit a written comment on the Annual Financial Statement by 30 June, the annual financial statement shall be considered approved.

9. Audits

(1) Audits - initiated in April of each year - shall be conducted by an independent binational auditing team consisting of an equal number of representatives from both Contracting Parties. The chairman of the auditing team will be provided by the Contracting Party that does not provide the Commander of the Corps.

(2) The audit shall be conducted on the basis of the NATO auditing rules.

(3) Der Vorsitzende des Rechnungsprüfungsausschusses erarbeitet einen Prüfbericht mit den wesentlichen Feststellungen und gibt Empfehlungen zur zukünftigen Haushaltsführung.

(4) Der Vorsitzende des Rechnungsprüfungsausschusses übergibt eine Ausfertigung des Prüfberichts dem Kommandierenden General, jeweils eine weitere den Ko-Vorsitzenden des Ausschusses.

(5) Der Kommandierende General übersendet bis spätestens drei Monate nach Erhalt des Prüfberichts diesen mit seiner Stellungnahme zu den Feststellungen und Empfehlungen an die Ko-Vorsitzenden des Ausschusses.

(6) Erfolgt durch die beiden nationalen Führungsstäbe bis drei Monate nach Erhalt der vom Kommandierenden General vorgelegten Prüfberichte keine Stellungnahme, gilt dieser als gebilligt.

(7) Der gemeinsame Rechnungsprüfungsausschuß ist berechtigt, bei den zur Durchführung dieses Abkommens zuständigen Stellen Informationen einzuholen und die Unterlagen einzusehen, die seiner Ansicht nach für die Rechnungsprüfung des binationalen Haushalts erforderlich sind.

(8) Unabhängig von den Rechnungsprüfungen durch den gemeinsamen Rechnungsprüfungsausschuß sind die nationalen Rechnungsprüfungsbehörden berechtigt, bei den binationalen Elementen alle Informationen einzuholen und dort sämtliche Unterlagen einzusehen, die ihrer Ansicht nach für die Rechnungsprüfung des nationalen Anteils und für die Unterrichtung der Regierungen und Parlamente erforderlich sind. Diese Anträge werden über den Kommandierenden General gestellt.

10. Ergänzende Bestimmungen

(1) Regelungen zum Haushaltsvollzug und zur internen Geschäftsverteilung enthält die Allgemeine Weisung.

(2) Die Überprüfung der vorstehenden Regelungen und deren Revision obliegt den beiden nationalen Führungsstäben unter Einbeziehung der Gremien des Ausschusses für das Korps. Der Kommandierende General kann über die Ko-Vorsitzenden des Ausschusses diesbezügliche Vorschläge unterbreiten.

(3) De voorzitter van het accountants-team stelt een accountantsrapport op met daarin de belangrijkste resultaten van de controle en hij doet aanbevelingen inzake het toekomstige budget-beheer.

(4) De voorzitter van het accountants-team stuurt een kopie van het accountantsrapport naar de Commandant van het Korps en een kopie aan elke co-voorzitter van het Comité.

(5) Binnen een termijn van drie maanden na de ontvangst van het accountantsrapport stuurt de Commandant van het Korps dit naar de co-voorzitter van het Comité samen met zijn commentaar op de resultaten en de aanbevelingen.

(6) Indien geen van de staven van beide nationale krijgsmachten binnen drie maanden na ontvangst een commentaar overleggen op het accountantsrapport dat is verstrekt door de Commandant van het Korps, wordt het accountantsrapport geacht te zijn goedgekeurd.

(7) Het binationale accountantsteam is gerechtigd informatie te vragen aan de instellingen die bevoegd zijn voor de tenuitvoerlegging van dit Akkoord en de archieven te onderzoeken indien dit nodig wordt geacht voor de accountantscontrole van het binationale budget.

(8) Ongeacht de accountantscontroles uitgevoerd door het accountantsteam zijn de nationale controlerende autoriteiten gerechtigd inlichtingen te krijgen van de binationale onderdelen en toegang tot alle bij hen bewaarde gegevens die naar hun mening vereist zijn voor de accountantscontrole van nationale onderdeel en het verschaffen van informatie aan de regeringen en parlementen. Deze verzoeken worden gedaan via de Commandant van het Korps.

10. Aanvullende bepalingen

(1) De Algemene Aanwijzing bevat regelgeving voor budgetbeheer en bedrijfsorganisatie.

(2) Toetsing en herziening van bovengenoemde regelgeving valt onder de verantwoordelijkheid van de staven van beide krijgsmachten in samenwerking met de organen van het Comité voor het 1(Duits/Nederlandse) Legerkorps. De Commandant van het Korps kan desbetreffende voorstellen voorleggen via de co-voorzitters van het Comité.

(3) The chairman of the auditing team shall prepare an audit report containing the essential results of the audit and make recommendations concerning the future budget management.

(4) The chairman of the auditing team shall submit a copy of the audit report to the Commander of the Corps and a further copy to each co-chairman of the Committee.

(5) Within a period of three months after the receipt of the audit report, the Commander of the Corps shall submit it to the co-chairman of the Committee together with his comments on the results and recommendations.

(6) If both national armed forces staffs do not submit a comment on the audit report provided by the Commander of the Corps within three months after receipt, the audit report shall be considered approved.

(7) The binational auditing team is entitled to request information from the offices competent for the implementation of this Agreement and to examine the files if considered necessary for the auditing of the binational budget.

(8) Irrespective of the audits conducted by the auditing team the national auditing authorities are authorized to obtain information from the binational elements and to have access to all records kept there which in their opinion are required to audit the national element and to inform the governments and parliaments. These requests shall be channeled through the Commander of the Corps.

10. Supplementary Provisions

(1) The General Directive contains rules and regulations on budget management and business organization.

(2) The review of the regulations mentioned above and their revision shall be the responsibility of both national armed forces staffs which shall cooperate with the bodies of the Committee for I GE/NL Corps. The Commander of the Corps may submit relevant proposals through the co-chairmen of the Committee.

**Anhang zur Anlage D
zur Vereinbarung
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung des Königreichs der Niederlande
über die Organisation und Arbeitsweise des I. (Deutsch-Niederländischen) Korps
und des Verbindungskommandos der Luftstreitkräfte**

**Aanhangsel bij Bijlage D
bij het Akkoord
tussen de Regering van de Bondsrepubliek Duitsland
en de Regering van het Koninkrijk der Nederlanden
inzake de organisatie en de activiteiten van het I (Duits/Nederlandse) Legerkorps
en het Air Operations Coordination Center**

**Appendix to Annex D
to the Agreement
between the Government of the Federal Republic of Germany
and the Government of the Kingdom of the Netherlands
on the Organization and the Activities of the I (German-Netherlands) Corps
and the Air Operations Coordination Center**

Aufschlüsselung der wichtigsten Kostenkategorien	Specificatie van de belangrijkste kostencategorieën	Breakdown of the Most Important Cost Categories
I. Personalkosten	I. Personeelskosten	I. Personnel Costs
- Löhne für zivile Ortskräfte (z.B. Verwaltungskräfte, Reinigungskräfte, Hilfspersonal), - Kosten für zivile Wachdienste, Kräfte des Betriebsschutzes, Brand- und Strahlenschutz, - Vorübergehend eingestelltes Personal (z.B. Mutterschutzvertretung, Verstärkungspersonal).	- Salarissen van burgerpersoneel met een lokaal salaris (bijvoorbeeld, administratieve krachten, schoonmakers, hulpkrachten), - Kosten van burgerbeveiligingsdiensten, bedrijfsbeveiliging, personeel van de brandweer en de beschermingsdienst tegen straling, - Tijdelijk personeel (bijvoorbeeld vervanging voor personeel met zwangerschapsverlof, versterking van personeel).	- Wages for local wage rate civilian personnel (e.g., administrative personnel, cleaning personnel, auxiliary personnel), - Costs of civilian security services, industrial security, fire prevention and radiation protection forces, - Temporary personnel (e.g., substitutes for personnel in maternity protection, reinforcement personnel).
II. Sach- und Verwaltungskosten einschließlich Kosten für Ausbildungsmaßnahmen	II. Materiaalkosten en administratieve kosten, met inbegrip van de kosten van trainingsprojecten	II. Material Costs and Administrative Costs, including Training Costs
- Infrastruktur-Betriebskosten (z.B. Heizung, Strom, Wasser, Abwasser), - Gebäudereinigung, - Gebäudeinstandhaltung, - Fernmeldegebühren einschließlich anteiliger Kosten für Personal in Vermittlungsstellen, - Unterhaltung von Fm-/DV-Anlagen, - Porti, - Kosten für Druckerzeugnisse, Reproduktionskosten, fotografisches Material, - Kartenmaterial, MilGeo-Bedarf, - Lehrgangsgebühren, - Transport- und Fahrtkosten, - Fahrzeuginstandsetzung/-instandhaltung, - Erhaltung/Instandsetzung von Fernmelde-/Feldzeug-/Quartiermeistermaterial,	- Exploitatiekosten van de infrastructuur (bijvoorbeeld, verwarming, elektriciteit, water, riolering), - Schoonmaken van de gebouwen, - Onderhoud van de gebouwen, - Communicatiekosten, met inbegrip van evenredig verdeelde kosten voor personeel bij uitwisselingen, - Onderhoud van communicatiemiddelen en voorzieningen voor gemeenschappelijk gebruik, - Portokosten, - Drukkerwerk, kopieerkosten, fotomateriaal, - Kaarten, militair-geografische benodigdheden, - Cursusgelden, - Transport- en vervoerskosten, - Onderhoud en reparatie van motorrijtuigen, - Onderhoud/reparatie van communicatie/bevoorradings/kwartiermeester materiaal,	- Infrastructure operational costs (e.g., heating, electricity, water, sewage), - Cleaning of buildings, - Maintenance of buildings, - Communication expenses, including proportional costs of personnel at exchanges, - Maintenance of communication and DP facilities, - Postage, - Costs of printed matter, reproduction costs, photographic material, - Maps, military geographic requirements, - Training course fees, - Transportation and travel costs, - Motor vehicle maintenance and repair, - Maintenance/repair of communication/ordnance/quartermaster material,

- Betriebsstoffe, - Werk- und Verbrauchsmaterial, - Kosten für Sport, Freizeit, Betreuungsmaßnahmen, - Kosten für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Bestpreise, - Mieten und Pachten, - Kosten für Repräsentation.	- Benzine, olie en smeermiddelen - Kosten voor sport, recreatie en speciale diensten, - PR-werk, prijzen - Huren, - Representatiekosten.	- POL, - Costs of sports, spare time and special services activities, - Costs of public relations work, best performance prizes, - Rents, - Representation costs.
III. Kosten für Übungen - Anmietung von Gebäuden, Gerät, Fm-Verbindungen, - Kosten für DV-Unterstützung (CAX), - Kosten für Nutzung von TrÜbPI, - Transportkosten und Fahrtkosten (Erkundungen etc.), - Ersatzleistungen für Übungsschäden, - Kosten für Materialerhaltungsmaßnahmen aufgrund Übungsbedingter Schäden.	III. Kosten van oefeningen - Huur van gebouwen, apparatuur, communicatiekosten, - Kosten voor computerondersteuning (CAX), - Kosten voor het gebruik van militaire oefenterreinen, - Transport- en vervoerskosten (Informatiereizen, enzovoorts), - Vergoeding van bij oefeningen aangerichte schade, - Kosten van onderhoudswerkzaamheden in verband met bij oefeningen aangerichte schade.	III. Exercise Costs - Rent for buildings, equipment, communication, - Costs of computer support (CAX), - Costs of the use of military training areas, - Transportation and travel costs (information trips, etc.), - Compensation for maneuver damages, - Costs of maneuver damage-related maintenance activities.
IV. Investitionen - Beschaffung von Informationstechnik, - Beschaffung von Büroausstattung, - Umbau- und Erweiterungsmaßnahmen an Gebäuden.	IV. Investeringen - Aanschaf van informatietechnologie, - Aanschaf van kantoorapparatuur, - Vernieuwing en uitbreiding van de gebouwen.	IV. Investments - Procurement of information technology, - Procurement of office equipment, - Renovation and extension of buildings.
V. Einnahmen	V. Ontvangsten	V. Receipts

Niederschrift

Protocol

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und
die Regierung des Königreichs der Niederlande –

De Regering van de Bondsrepubliek Duitsland
en
de Regering van het Koninkrijk der Nederlanden,

anlässlich der Unterzeichnung der folgenden Abkommen und Vereinbarungen am 6. Oktober 1997 in Bergen:

- Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung des Königreichs der Niederlande über die Rahmenbedingungen für das I. (Deutsch-Niederländische) Korps und dem Korps zugeordnete Truppenteile, Einrichtungen und Dienststellen,
- Vereinbarung zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung des Königreichs der Niederlande über die Organisation und Arbeitsweise des I. (Deutsch-Niederländischen) Korps und des Verbindungskommandos der Luftstreitkräfte,
- Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung des Königreichs der Niederlande über die Bereitstellung von Liegenschaften und die Mitbenutzung von Übungseinrichtungen,
- Vereinbarung zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung des Königreichs der Niederlande über die von dem Königreich der Niederlande zu leistende Unterstützung bei der Verwaltung der Liegenschaft Budel,
- Vereinbarung zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung des Königreichs der Niederlande über die von der Bundesrepublik Deutschland zu leistende Unterstützung bei der Verwaltung der Liegenschaft Seedorf,
- Vereinbarung zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung des Königreichs der Niederlande über die Mitbenutzung von Übungseinrichtungen,
- Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich der Niederlande über die Stationierung von Truppen der Bundesrepublik Deutschland im Königreich der Niederlande,
- Zusatzabkommen zu dem Abkommen vom 19. Juni 1951 zwischen den Parteien des Nordatlantikvertrags über die Rechtsstellung ihrer Truppen hinsichtlich der im Königreich der Niederlande stationierten deutschen Truppen einschließlich des ergänzenden Protokolls –

sind wie folgt übereingekommen:

(1) Das Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung des Königreichs der Niederlande über die Rahmenbedingungen für das I. (Deutsch-Nieder-

bij gelegenheid van de ondertekening op 6 oktober 1997 te Bergen van de navolgende Verdragen en Akkoorden:

- het Verdrag tussen de Regering van de Bondsrepubliek Duitsland en de Regering van het Koninkrijk der Nederlanden inzake de algemene voorwaarden voor het I (Duits/Nederlandse) Legerkorps en de aan het Korps verbonden eenheden en instellingen,
- het Akkoord tussen de Regering van de Bondsrepubliek Duitsland en de Regering van het Koninkrijk der Nederlanden inzake de organisatie en activiteiten van het I (Duits/Nederlandse) Legerkorps en het Air Operations Coordination Center,
- het Verdrag tussen de Regering van de Bondsrepubliek Duitsland en de Regering van het Koninkrijk der Nederlanden inzake het ter beschikking stellen van onroerend goed en het medegebruiken van oefenvoorzieningen,
- het Akkoord tussen de Regering van de Bondsrepubliek Duitsland en de Regering van het Koninkrijk der Nederlanden inzake de door het Koninkrijk der Nederlanden te verlenen ondersteuning bij het beheer van onroerend goed te Budel,
- het Akkoord tussen de Regering van de Bondsrepubliek Duitsland en de Regering van het Koninkrijk der Nederlanden inzake de door de Bondsrepubliek Duitsland te verlenen ondersteuning bij het beheer van onroerend goed te Seedorf,
- het Akkoord tussen de Regering van de Bondsrepubliek Duitsland en de Regering van het Koninkrijk der Nederlanden inzake het medegebruiken van oefenvoorzieningen,
- het Verdrag tussen de Bondsrepubliek Duitsland en het Koninkrijk der Nederlanden inzake de stationering van strijdkrachten van de Bondsrepubliek Duitsland in het Koninkrijk der Nederlanden,
- de Aanvullende Overeenkomst bij het Verdrag van 19 juni 1951 tussen de Staten die partij zijn bij het Noord-Atlantisch Verdrag nopens de rechtspositie van hun krijgsmachten met betrekking tot de in het Koninkrijk der Nederlanden gestationeerde Duitse strijdkrachten, met inbegrip van het daarbij behorende Protocol,

zijn het volgende overeengekomen:

1. Het Verdrag tussen de Regering van de Bondsrepubliek Duitsland en de Regering van het Koninkrijk der Nederlanden inzake de algemene voorwaarden voor het I (Duits/Nederlandse)

ländische) Korps und dem Korps zugeordnete Truppenteile, Einrichtungen und Dienststellen sowie die Vereinbarung zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung des Königreichs der Niederlande über die Organisation und Arbeitsweise des I. (Deutsch-Niederländischen) Korps und des Verbindungskommandos der Luftstreitkräfte werden mit Wirkung vom 1. Dezember 1997 bis zum Inkrafttreten beider Übereinkünfte gemäß Artikel 15 des Abkommens und Artikel 40 der Vereinbarung mit Ausnahme von Artikel 9 Absatz 2 und Artikel 10 des Abkommens nach Maßgabe des innerstaatlichen Rechts vorläufig angewandt.

Hinsichtlich der Vereinbarung vom 22. April 1994 zwischen dem Bundesminister der Verteidigung der Bundesrepublik Deutschland und dem Verteidigungsminister des Königreichs der Niederlande über die Durchführung der Gemeinsamen Entschließung vom 30. März 1993 über die Aufstellung eines Multinationalen Korps mit anfänglicher Beteiligung der Bundesrepublik Deutschland und des Königreichs der Niederlande sowie der Durchführungsvereinbarung vom 22. April 1994 zwischen dem Inspekteur des Heeres der Bundesrepublik Deutschland und dem Oberbefehlshaber der Landstreitkräfte des Königreichs der Niederlande und dem Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung des Königreichs der Niederlande über die Rahmenbedingungen für das I. (Deutsch-Niederländische) Korps und dem Korps zugeordnete Truppenteile, Einrichtungen und Dienststellen sowie der Vereinbarung zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung des Königreichs der Niederlande über die Organisation und Arbeitsweise des I. (Deutsch-Niederländischen) Korps und des Verbindungskommandos der Luftstreitkräfte besteht Einvernehmen, daß die Vorgängervereinbarungen ungeachtet ihres Außerkrafttretens so lange weiter angewandt werden, bis die Nachfolgeverträge vorläufig anwendbar sind.

(2) Die Vereinbarung zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung des Königreichs der Niederlande über die Mitbenutzung von Übungseinrichtungen wird mit Wirkung vom 6. Oktober 1997 bis zum Inkrafttreten gemäß Artikel 10 des Abkommens zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung des Königreichs der Niederlande über die Bereitstellung von Liegenschaften und die Mitbenutzung von Übungseinrichtungen in Verbindung mit Nummer 12 der Vereinbarung zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung des Königreichs der Niederlande über die Mitbenutzung von Übungseinrichtungen nach Maßgabe des innerstaatlichen Rechts vorläufig angewandt.

Für einige Liegenschaftsteile in Budel besteht kein Bedarf der Bundeswehr mehr. Die bisherige Budel-Seedorf-Vereinbarung vom 2. Juli 1963 sieht eine Rückgabe von Gebäudeteilen nicht vor. Die Rückgabe ist erstmals in Artikel 33 Absatz 4 des Zusatzabkommens NL geregelt. Die niederländische Seite wird schon vor dem Inkrafttreten des Zusatzabkommens NL Anträge zur Rückgabe von Liegenschaftsteilen wohlwollend prüfen. Bei Inkrafttreten der Vereinbarung Budel wird die Anlage 1 durch einen durch die Bundeswehr zu erstellenden neuen Lageplan ersetzt, in dem die zwischenzeitlich zurückgegebenen und ggf. weitere zu diesem Zeitpunkt dauernd entbehrliehe Liegenschaftsteile gekennzeichnet sind. Diese Liegenschaftsteile werden nicht Bestandteil der neuen Vereinbarung sein.

(3) Alle in der Präambel dieses Protokolls genannten Abkommen und Vereinbarungen werden unmittelbar nach ihrem Inkrafttreten von der Bundesrepublik Deutschland gemäß Artikel 102 der Charta der Vereinten Nationen beim Sekretariat der Vereinten Nationen registriert. Die Bundesrepublik Deutschland unterrichtet das Königreich der Niederlande über die Registrierung und über die VN-Registrierenummer, sobald eine Bestätigung durch das Sekretariat erfolgt ist.

(4) Es ist das gemeinsame Verständnis der Bundesrepublik Deutschland und des Königreichs der Niederlande, daß die Zusammenarbeit gemäß Artikel 3 Absatz 3 des Zusatzabkom-

men und dem Korps zugeordnete Truppenteile, Einrichtungen, alsmede het Akkoord tussen de Regering van de Bondsrepubliek Duitsland en de Regering van het Koninkrijk der Nederlanden inzake de organisatie en activiteiten van het 1 (Duits/Nederlandse) Legerkorps en het Air Operations Coordination Center worden, in afwachting van de inwerkingtreding van beide overeenkomsten conform artikel 15 van het Verdrag en artikel 40 van het Akkoord, met ingang van 1 december 1997 voorlopig toegepast overeenkomstig het nationale recht, met uitzondering van artikel 9, tweede lid, en artikel 10 van het Verdrag.

Met betrekking tot de Overeenkomst van 22 april 1994 tussen de Bondsminister van Defensie van de Bondsrepubliek Duitsland en de Minister van Defensie van het Koninkrijk der Nederlanden betreffende de tenuitvoerlegging van de Gemeenschappelijke Verklaring van 30 maart 1993 inzake de oprichting van een multinational legerkorps met initiële deelname van de Bondsrepubliek Duitsland en het Koninkrijk der Nederlanden, de Uitvoeringsovereenkomst van 22 april 1994 tussen de Chef van de Landmachtstaf van de Bondsrepubliek Duitsland en de Bevelhebber der Landstrijdkrachten van het Koninkrijk der Nederlanden, het Verdrag tussen de Regering van de Bondsrepubliek Duitsland en de Regering van het Koninkrijk der Nederlanden inzake de Algemene Voorwaarden voor het 1 (Duits/Nederlandse) Legerkorps en de aan het Korps verbonden eenheden en instellingen, alsmede het Akkoord tussen de Regering van de Bondsrepubliek Duitsland en de Regering van het Koninkrijk der Nederlanden inzake de organisatie en de activiteiten van het 1 (Duits/Nederlandse) Legerkorps en het Air Operations Coordination Center is overeengekomen dat de eerdere overeenkomsten ongeacht hun buitenwerkingtreding blijven worden toegepast totdat de verdragen waardoor zij worden opgevolgd voorlopig kunnen worden toegepast.

2. Het Akkoord tussen de Regering van de Bondsrepubliek Duitsland en de Regering van het Koninkrijk der Nederlanden inzake het medegebruiken van oefenvoorzieningen wordt met ingang van 6 oktober 1997 voorlopig toegepast overeenkomstig het nationale recht, in afwachting van de inwerkingtreding conform artikel 10 van het Verdrag tussen de Regering van de Bondsrepubliek Duitsland en het Koninkrijk der Nederlanden inzake het ter beschikking stellen van onroerend goed en het medegebruiken van oefenvoorzieningen in samenhang met nummer 12 van het Akkoord tussen de Regering van de Bondsrepubliek Duitsland en de Regering van het Koninkrijk der Nederlanden inzake het medegebruiken van oefenvoorzieningen.

Aan enkele delen van het onroerend goed in Budel heeft de Bundeswehr geen behoefte meer. De tot nu toe geldende Budel-Seedorf-Overeenkomst van 2 juli 1963 voorziet niet in teruggave van delen van gebouwen. De teruggave is pas geregeld in artikel 33, vierde lid, van de Aanvullende Overeenkomst NL. De Nederlandse zijde zal reeds vóór de inwerkingtreding van de Aanvullende Overeenkomst NL voorstellen met betrekking tot de teruggave van delen van onroerend goed in welwillende overweging nemen. Bij de inwerkingtreding van het Akkoord Budel wordt Bijlage 1 vervangen door een door de Bundeswehr op te stellen nieuwe plattegrond, waarin de tussentijds teruggegeven en de eventuele andere delen van onroerend goed waarvan op dat tijdstip vaststaat dat ze niet meer nodig zijn, staan aangegeven. Deze delen van onroerend goed zullen geen deel uitmaken van het nieuwe Akkoord.

3. Alle Verdragen en Akkoorden genoemd in de aanhef van dit Protocol zullen, onmiddellijk na hun inwerkingtreding, door de Bondsrepubliek Duitsland worden geregistreerd bij het Secretariaat van de Verenigde Naties, in overeenstemming met artikel 102 van het Handvest van de Verenigde Naties. De Bondsrepubliek Duitsland zal het Koninkrijk der Nederlanden op de hoogte stellen van de registratie en van het VN-registratienummer, zodra dit is bevestigd door het Secretariaat.

4. De Bondsrepubliek Duitsland en het Koninkrijk der Nederlanden zijn het er over eens dat de samenwerking overeenkomstig artikel 3, derde lid, van de Aanvullende Overeenkomst D en

mens D und Artikel 3 Absatz 3 des Zusatzabkommens NL die Zusammenarbeit innerhalb des Korps sowie gemeinsame Einsätze in dritten Ländern umfaßt.

artikel 3, derde lid, van de Aanvullende Overeenkomst NL de samenwerking binnen het korps en het gemeenschappelijke optreden in derde landen omvat.

Zu Urkund dessen haben die unterzeichneten Bevollmächtigten den deutschen und den niederländischen Wortlaut dieser Niederschrift mit ihrer Unterschrift versehen.

Ten blijke waarvan de ondergetekende gevolmachtigden hun handtekening onder de Duitse en Nederlandse tekst van dit Protocol hebben geplaatst.

Geschehen zu Bergen am 6. Oktober 1997.

Gedaan te Bergen, 6 oktober 1997.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
Voor de Regering van de Bondsrepubliek Duitsland
Hartmann
Volker Rühle

Für die Regierung des Königreichs der Niederlande
Voor de Regering van het Koninkrijk der Nederlanden
Voorhoeve
P. van Walsum

06.03.98

Stellungnahme

des Bundesrates

Entwurf eines Gesetzes zu dem Zusatzabkommen vom 6. Oktober 1997 zu dem Abkommen zwischen den Parteien des Nordatlantikvertrags über die Rechtsstellung ihrer Truppen hinsichtlich der im Königreich der Niederlande stationierten deutschen Truppen einschließlich des ergänzenden Protokolls und zu dem Abkommen vom 6. Oktober 1997 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung des Königreichs der Niederlande über die Rahmenbedingungen für das I. (Deutsch-Niederländische) Korps und dem Korps zugeordnete Truppenteile, Einrichtungen und Dienststellen
(Gesetz zu dem Vertragswerk über die deutsch-niederländische militärische Zusammenarbeit)

Der Bundesrat hat in seiner 722. Sitzung am 6. März 1998 beschlossen, gegen den Gesetzentwurf gemäß Artikel 76 Abs. 2 des Grundgesetzes keine Einwendungen zu erheben.